

14. Sitzung (Fortsetzung)

Potsdam, Donnerstag, 6. Mai 2010

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten	936	Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten	
Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Drucksache 5/808	960
Drucksache 5/810	936	Homeyer (CDU)	960
Jungclaus (GRÜNE/B90)	936	Kosanke (SPD)	963
Frau Wöllert (DIE LINKE)	937	Vogel (GRÜNE/B90)	965
Beyer (FDP)	938	Domres (DIE LINKE)	967
Frau Kircheis (SPD)	940	Tomczak (FDP)	969
Prof. Dr. Schierack (CDU)	940	Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers	970
Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack	942	Bommert (CDU)	972
Frau Lehmann (SPD)	944	Frau Hackenschmidt (SPD)	973
Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie		Maresch (DIE LINKE)	975
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Frau Richstein (CDU)	976
Drucksache 5/807	945	Frau Teuteberg (FDP)	977
Frau Wöllert (DIE LINKE)	945	Minister Christoffers	978
Frau Schier (CDU)	947	Einzelplan 11 - Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft	
Frau Lehmann (SPD)	949	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen	
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	950	Drucksache 5/811	979
Büttner (FDP)	952	Frau Wehlan (DIE LINKE)	979
Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske	956	Beyer (FDP)	980
Frau Schulz-Höpfner (CDU)	958	Frau Kircheis (SPD)	981
		Genilke (CDU)	982
		Jungclaus (GRÜNE/B90)	985

	Seite		Seite
Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft		Burkardt (CDU)	994
Vogelsänger	986	Bischoff (SPD)	995
Henschke (DIE LINKE)	989	Frau Vogdt (FDP)	999
Folgart (SPD)	990	Görke (DIE LINKE)	1001
Frau Niels (GRÜNE/B90)	991	Vogel (GRÜNE/B90)	1002
		Minister der Finanzen Dr. Markov	1007
Einzelplan 12 - Ministerium der Finanzen			
einschließlich Beilage		4. Viertes Gesetz zur Änderung des Branden-	
Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung		burgischen Datenschutzgesetzes und anderer	
		Rechtsvorschriften	
Beschlussempfehlungen und Berichte		Gesetzentwurf	
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		der Fraktion der SPD	
		der Fraktion DIE LINKE	
Drucksache 5/812			
Drucksache 5/820		Drucksache 5/293	
		(Neudruck)	
Gesetz über die Feststellung des Haushaltspla-		<u>2. Lesung</u>	
nes des Landes Brandenburg für das Haus-		Beschlussempfehlung und Bericht	
haltsjahr 2010 (Haushaltsjahr 2010 - HG 2010)		des Ausschusses für Inneres	
Gesetzentwurf			
der Landesregierung		Drucksache 5/798	
Drucksache 5/400		(Neudruck)	1011
einschließlich Korrekturblatt			
<u>2. Lesung</u>		Petke (CDU)	1011
Beschlussempfehlung und Bericht		Frau Stark (SPD)	1012
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Goetz (FDP)	1012
Drucksache 5/800		Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	1013
(Neudruck)		Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)	1014
<u>in Verbindung damit:</u>			
Finanzplan des Landes Brandenburg für die		5. Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg	
Jahre 2009 bis 2013		(gemäß Beschluss des Landtages vom 21.10.2009 -	
Unterrichtung		Drs. 5/2-B)	
durch die Landesregierung		Beschlussempfehlung und Bericht	
Drucksache 5/450		des Hauptausschusses	
einschließlich Korrekturblatt		Drucksache 5/615	1014
Beschlussempfehlung und Bericht		Senftleben (CDU)	1014
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen		Frau Geywitz (SPD)	1016
Drucksache 5/821		Goetz (FDP)	1017
und		Görke (DIE LINKE)	1018
Personalbedarfsplanung 2014 und ressortüber-		Frau von Halem (GRÜNE/B90)	1019
greifende Personalentwicklungsplanung für die			
brandenburgische Landesverwaltung		6. Bericht über notwendige Änderungen des	
Unterrichtung		Brandenburgischen Hochschulgesetzes gemäß	
durch die Landesregierung		Beschluss des Landtages vom 16. Dezember	
Drucksache 5/759	993	2009 - Drs. 5/122 (ND)-B zu „Konsequenzen aus	
		dem Bildungstreik ziehen - für eine qualifizier-	
		te Weiterentwicklung der Bologna-Reform“	
		Bericht	
		der Landesregierung	
		Drucksache 5/799	1020

	Seite		Seite
7. Beschlüsse zu Petitionen		Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu Tagesordnungspunkt 3 - Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010 - HG 2010) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 5/400 einschließlich Korrekturblatt	
Übersicht 2 gemäß § 12 Absatz 2 PetG			
Drucksache 5/780.....	1020		
8. Evaluation und Fortschreibung des Schulressourcenkonzepts		- Einzelplan 08	
Antrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE		Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 5/923	1026
Drucksache 5/884.....	1020	- Einzelplan 20	
Frau Große (DIE LINKE)	1020	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 5/928	1027
Hoffmann (CDU)	1021	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 5/930	1027
Günther (SPD)	1022		
Büttner (FDP).....	1023		
Frau von Halem (GRÜNE/B90).....	1023		
Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht.....	1024		
Anlagen			
Gefasste Beschlüsse	1026	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

(Fortsetzung der Sitzung: 9.02 Uhr)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Wie verabredet beginnen wir heute, indem wir die gestrige Sitzung fortsetzen, mit dem Einzelplan 10 wegen der späteren Abwesenheit von Ministerin Tack.

Ich rufe auf:

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 5/810

Wir beginnen die Debatte mit dem Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Abgeordnete Jungclaus spricht zu uns.

Jungclaus (GRÜNE/B90): *

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Die Reihen sind zwar noch ein wenig licht, trotzdem wünsche ich Ihnen zu dieser ungewohnten Stunde einen wunderschönen guten Morgen.

Morgenstund' hat Gold im Mund - insofern passt der Einzelplan natürlich hervorragend, die Zeit also zu dem Wert, den der Umweltschutz bei uns einnehmen sollte.

(Beifall GRÜNE/B90)

Eine intakte Umwelt ist die Lebensgrundlage für uns und zukünftige Generationen. Ressourcen sind endlich, und eine intakte Umwelt ist ein unersetzliches Gut. Vor dreißig Jahren war die Forderung nach einem schonendem Umgang mit der Umwelt noch eine Provokation und wurde von vielen verhöhnt. Heute ist in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft anerkannt, dass Umweltschutz auch Wachstum und Arbeitsplätze schafft.

Doch auch, wenn sich inzwischen jede Partei zum Schutz von Natur und Umwelt bekennt oder zumindest ihr Programm grün färbt, gibt es nach wie vor deutliche Defizite bei der Umsetzung umweltpolitischer Ziele.

Brandenburg ist reich an Natur und schönen Landschaften; da werden mir alle in diesem Hause zustimmen. Aus dieser Reichtumsgleichheit leitet sich aber auch eine besondere Verantwortung für die Politik in diesem Lande ab, Natur und Umwelt zu schützen und für zukünftige Generationen zu bewahren. Diese Verantwortung muss sich auch im Haushalt widerspiegeln. Hier hätten wir uns daher erheblich deutlichere Akzente gewünscht.

(Beifall GRÜNE/B90)

Es geht uns dabei nicht um den Schutz von Natur und Umwelt um ihrer selbst willen, sondern um den Erhalt der Lebensgrundlage unserer Gesellschaft, denn nicht nur ethische Gründe verpflichten uns dazu. Umweltschutz ist auch aus rein ökonomischen Gründen zwingend.

Bereits vor einigen Jahren hat die vom BMU finanzierte und viel beachtete Studie „Die Ökonomie von Ökosystem und der Biodiversität“ den ökonomischen Mehrwert intakter Ökosysteme deutlich hervorgehoben. Investitionen in den Erhalt und den Schutz von Ökosystemen und damit verbundene natürliche Funktionen sind die kostengünstigste Methode zu notwendigen Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels oder zur Vorbeugung von Naturkatastrophen.

Der Erhalt von Ökosystemen und der darin enthaltenen biologischen Vielfalt, so der Bericht, ist bei weitem kostengünstiger als die Versuche, einmal zerstörte Funktionen wiederherzustellen oder durch technische Lösungen auszugleichen. Beispiele sind hier die Luftreinhaltung durch den Erhalt von Wäldern oder die Gewinnung von sauberem Trinkwasser in intakten Ökosystemen. Dieser Ansatz sollte bei der Haushaltsplanung wesentlich stärker berücksichtigt werden.

Investitionen in den Natur- und Umweltschutz sind Zukunftsinvestitionen. Wir sollten nicht davor zurückschrecken, diese zu tätigen. Wir müssen haushaltspolitisch Prioritäten setzen, beispielsweise indem wir nicht unnötig Gelder für eine Veranstaltung wie die Luft- und Raumfahrt ausgeben. Die ILA ist zum großen Teil Leistungsschau der militärischen Luftfahrtindustrie. Wenn in dieser Branche das Bedürfnis nach einer internationalen Luftfahrtmesse besteht, sollte sie diese selbst finanzieren. Wir sehen hier jedenfalls keine Zuständigkeit der öffentlichen Hand. Die für die ILA vorgesehenen Gelder könnten sehr viel sinnvoller in den Vertragsnaturschutz investiert werden. Wir stellen daher einen entsprechenden Antrag zur Abstimmung.

Naturschutz steht und fällt mit der Umsetzung vor Ort. Deshalb müssen die Landnutzer stärker einbezogen werden. Der Vertragsnaturschutz bildet die Grundlage für eine freiwillige und konstruktive Zusammenarbeit. Die Akzeptanz des Naturschutzes bei den Flächennutzern und die Kooperation mit ihnen ist unabdingbar, um die biologische Vielfalt zu erhalten und ressourcenschonende Bewirtschaftungsmethoden zu etablieren. Mit einer Aufstockung der Mittel würden wir zusätzliche Anreize für naturverträgliche Land- und Forstnutzung schaffen.

Darüber hinaus sollten wir aber auch verstärkt in die Bereiche investieren, in denen wir Synergieeffekte erzielen können, beispielsweise beim Moor- und Auenschutz. In diesem Bereich kann mit Landschaftsschutz durch die Schaffung und den Erhalt von Kohlenstoffsenken ein ganz konkreter Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Mit Freude habe ich die Ankündigung vonseiten des Umweltministeriums im Ausschuss vernommen, einen eigenen Haushaltstitel zum Moor- und Auenschutz schaffen zu wollen. Einen entsprechenden Antrag unsererseits konnten wir daraufhin folgerichtig zurückziehen.

In der Regel aber lehnt die Regierung unsere Forderung nach einem umfassenderen Umweltschutz mit dem Verweis auf knappe Haushaltsmittel ab. Umso dramatischer ist es, wenn die Landesregierung zur Verfügung stehende Mittel nicht nutzt. So wurden zum Beispiel ca. 20 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II des Bundes, die für den Hochwasserschutz zur Verfügung standen, nicht abgerufen. Eine solche Panne ist dem Ansehen der Politik abträglich und in Zeiten knapper Kassen absolut unverständlich. Das Land muss in der Lage sein, solche Mittel abzurufen. Und es liegt in der Verantwortung der Landesregierung, den Stellenplan im Umweltbereich entsprechend

zu gestalten, denn Hochwasserschutz ist für Brandenburg von zentraler Bedeutung. Das sollte vor allen Dingen jemand wissen, dem einst der Titel „Deichgraf“ zuteil wurde.

(Beifall GRÜNE/B90)

Auch für die gewissenhafte und zielführende Umsetzung von EU- und Bundesvorgaben müssen ausreichend Gelder bereitgestellt werden. Bislang hapert es hier in Brandenburg erheblich. Das 2001 von der Europäischen Union gesetzte Ziel, den Rückgang der biologischen Vielfalt bis zum Jahr 2010 signifikant zu reduzieren, kann in Brandenburg leider nicht mehr erreicht werden. Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern hat es unsere Landesregierung bisher versäumt, eine Landesstrategie zur biologischen Vielfalt mit verbindlichen Zielen und Maßnahmen vorzulegen. Dabei ist es höchste Zeit zu handeln.

Bislang ist es nicht gelungen, den Rückgang der Artenvielfalt entscheidend zu verlangsamen. Nur noch etwa ein Viertel der bedrohten Arten findet hier gesicherte Lebensbedingungen vor. Durch Flächenversiegelung und -zerschneidung, industriell betriebene Landwirtschaft, den Braunkohletagebau und durch den Klimawandel bedingt sinkende Grundwasserpegel werden immer mehr natürliche Lebensräume zerstört. Die Landesregierung muss daher endlich konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie vorlegen.

Es ist absolut unverständlich, dass einerseits 9 Millionen Euro für Impfstoffe gegen die sogenannte Schweinegrippe angeschafft werden, von denen dann nur 15 % eingesetzt wurden, andererseits aber kein einziger Euro für eine landeseigene Biodiversitätsstrategie aufgewendet wird. Jeder Schüler lernt es im Biologieunterricht: Der wirksamste Schutz gegen Seuchen ist Artenvielfalt. Wir sind jedenfalls auf die diesbezügliche Plenardebatte zu unserer im April eingereichten Großen Anfrage gespannt.

Eine andere Aufgabe mit erheblichen Auswirkungen auf den Haushalt ist die Implementierung der Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie in Brandenburg. Wir fordern die Landesregierung auf, die im vergangenen Jahr vorgelegten Bewirtschaftungspläne zügig umzusetzen und die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Ob die im Haushalt eingestellten Mittel für die erforderlichen Maßnahmen ausreichen, bleibt abzuwarten. Entscheidend ist, ob die für das Jahr 2015 angestrebte Gewässergüte erreicht wird.

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie wird hoffentlich einen haushalts- wie umweltpolitischen Skandal vermeiden, nämlich die Befreiung vom Wassernutzungsentgelt. Bislang zahlt zum Beispiel Vattenfall keinen einzigen Cent für über 200 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr. Die Richtlinie sieht aber vor, ab dem Jahr 2010 Wassergebühren auf Grundlage des Verursacherprinzips kostendeckend zu erheben, und zwar unter Berücksichtigung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen.

Unsere Forderung für den kommenden Haushalt ist, die hoffentlich bis dahin erhobenen Wassernutzungsentgelte zweckgebunden für Maßnahmen der ökologischen Gewässerentwicklung einzusetzen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung! Bitten Sie endlich den Tagebau zur Kasse! Neben dem Beispiel der ILA ist der Tagebau ein weiterer Punkt, bei dem wir sagen: Es ist eigentlich gut, dass die Ministerien für Wirtschaft und Umwelt in den Händen einer Regierungspartei liegen. Aber bei beiden Punkten muss man leider sagen: eigentlich.

Die mangelnde Transparenz von Entscheidungen und die fehlende Kooperation zwischen den relevanten Akteuren ist ein Missstand in der Landesumweltpolitik, der sich auch ohne die Einstellung zusätzlicher Finanzen beheben ließe. Naturschutz lebt vor allem vom Engagement der ehrenamtlichen Naturschützerinnen und -schützer. Unter dem Vorwand der Verfahrensbeschleunigung wurden und werden aber die Rechte der Vereine und Verbände - auch der Kreisnaturschutzverbände - kontinuierlich beschränkt. Die Landesregierung muss zukünftig die relevanten Akteure viel stärker einbeziehen und verstärkt deren Expertise einholen. Verabschieden Sie sich von der Methode, Strategien in Hinterzimmern zu entwerfen! Wir brauchen hier mehr Transparenz und Beteiligung.

Leider entspricht auch die von der Landesregierung verkleinerte Struktur des Nachhaltigkeitsbeirats nicht unseren Vorstellungen von Kooperation und Integration verschiedener Akteure. Es ist daher nun an den Mitgliedern des Beirats, darauf zu achten, nicht in ihrem Elfenbeinturm zu verharren, sondern die relevanten Akteure aktiv anzusprechen.

(Dr. Woidke [SPD]: Die Grünen sind auf unserer Seite!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Brandenburg galt einst als der Vorreiter des Naturschutzes in Deutschland - als ein Land, das mit der Bewahrung des heimischen Naturerbes Ernst machte, das mit der Verabschiedung eines vorbildlichen Naturschutzgesetzes und dem Aufbau eines Netzes von Großschutzgebieten zum bundesweiten Vorbild eines innovativen Naturschutzes avancierte. Der frühere Umweltminister Platzeck hat unser Land damals auf einen guten Weg gebracht. Leider ist die Regierung in den vergangenen Jahren von diesem Weg abgekommen. Mit dem Einzug von uns Bündnisgrünen in den Landtag verbinden wir auch die Hoffnung, dass dies korrigiert und Brandenburg wieder auf einen fortschrittlichen Weg im Bereich Umweltschutz geführt wird. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der Linksfraktion fort. Es spricht die Abgeordnete Wöllert.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zu solch einem frühen Zeitpunkt haben wir noch keine Gäste zu begrüßen. - Sehr geehrter Herr Jungclaus, in einem Punkt gebe ich Ihnen Recht: Es ist gut, dass die Grünen hier im Landtag sitzen. Ich denke, das wird uns im Bereich Natur- und Umweltschutz viele Impulse geben. Warten wir einmal ab, wie produktiv wir alle damit umgehen können. Eines möchte ich hinzufügen: Ihr Vergleich der Kosten von 9 Millionen Euro für den Schweinegrippeimpfstoff

(Oh! bei der CDU)

mit anderen Möglichkeiten des Natur- oder Seuchenschutzes war weit hergeholt, denn in diesem Falle ging es um eine Pandemie.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und SPD - Görke [DIE LINKE]: Die haben ein Problem mit den Zahlen!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einige Bemerkungen zum Bereich Gesundheit im Einzelplan 10: Ganz klarer Ausgabenschwerpunkt ist die Krankenhausförderung. Das ist noch keine besondere Leistung und auch nicht weiter verwunderlich, weil die Länder von Gesetzes wegen verpflichtet sind, hierfür Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen. Die 400 Millionen Euro in den kommenden fünf Jahren, wie wir sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, können sich durchaus sehen lassen. Das ist eine Summe, mit der sich unser Land nicht verstecken muss.

Man sollte aber deshalb nicht übersehen, dass in anderen Bereichen der gesundheitlichen Versorgung andere Finanzierungsgrundlagen gelten. Für die ambulante medizinische Versorgung werden in Brandenburg jährlich 700 bis 800 Millionen Euro aufgewendet, und zwar finanziert von den Krankenkassen - also beitragsfinanziert - und nicht aus dem Landeshaushalt. Ich erwähne das deshalb, damit ein wenig klarer wird, was wir als Land wirklich bewirken können und was nicht. Wir können schwerlich mit 350 000 Euro alle Probleme lösen, die wir vorher mit einer dreiviertel Milliarde Euro der Krankenkassen nicht lösen konnten. Das betrifft zum Beispiel die Finanzierung der Praxisassistentinnen. Wir haben im Fachausschuss ausführlich begründet, warum wir diese Ausgabe ablehnen. Es ist keine Landesausgabe - wir würden das System der Finanzierung im Gesundheitswesen völlig durchbrechen.

Ich will dabei nicht noch einmal auf die Deckungsquellen abstellen, die von der FDP als Argument herangezogen werden, die man jedoch wegen rechtlicher Verpflichtungen nicht heranziehen kann. Das ist zum Beispiel bei der Spielsuchtforschung und der Prävention der Fall. Wir wollen eben nicht den Weg beschreiten, einfach Löcher zu stopfen. Wir würden dann mehr als eines der berüchtigten Fässer ohne Boden vorfinden oder andere dazu animieren, weitere solche Fässer zu öffnen. So viel zum Bereich Gesundheit.

Lassen Sie mich noch einige Ausführungen zum Verbraucherschutz machen. Ich schicke voraus, dass meine Kollegin Kirch-eis von der Koalitionsfraktion der SPD zum Thema Umwelt sprechen wird. Ich werde dieses Thema jetzt ausklammern.

Nach Jahren entsprechender Forderungen haben wir im Bereich der Verbraucheraufklärung endlich eine Erhöhung der Mittel in Höhe von 24 900 Euro gegenüber dem Jahr 2009 zu verzeichnen. Beim Zuschuss für die Verbraucherzentralen handelt es sich sogar um die Summe von 180 000 Euro. Das sind keine riesigen Zahlen, aber in Anbetracht der Haushaltslage merken Sie, dass schon etwas dahintersteckt, wenn sich unser Ministerium auch als Ministerium der Lebensqualität bezeichnet. Denn Verbraucherschutz gehört einfach zu einer guten Lebensqualität. Dass hier seit Jahren zum ersten Mal eine Erhöhung der Mittel erfolgt, ist ein Zeichen dafür, dass wir uns auf einem guten Weg befinden.

Es ist ein deutliches Zeichen von Rot-Rot in Richtung Unterstützung des Verbraucherschutzes und der Arbeit der Verbraucherzentralen zu erkennen - im Gegensatz zur Vorgängerregie-

rung. Daher ist es sehr verwunderlich, dass die CDU den Verbraucherschutz, den sie all die Jahre zuvor immer an der kurzen Leine gehalten hat, nun für sich entdeckt zu haben scheint. Herr Prof. Schierack, ich hoffe, dass Sie etwas dazu sagen werden!

Durch die Erhöhung der Zuschüsse an die Verbraucherzentralen kann die Tarif- und Mieterhöhung für das Jahr 2010 kompensiert werden, und es kommt nicht zu Einschnitten in die Arbeit. Hätten wir ein „Weiter so“ gehabt wie unter Rot-Schwarz, bei denen es keine erhöhten Zuschüsse gegeben hätte, wären die Konsequenzen Kürzungen beim Personal und bei Projekten gewesen. Wir sichern jetzt gemeinsam mit unserem Koalitionspartner die bisher sehr gute Arbeit dieser Einrichtung ab.

Dazu gehört auch der Jugendverbraucherschutz in Sachen Internet, der bereits in der Verbraucherschutzzentrale umgesetzt wird. Zusätzlich wurden Gelder für das Projekt „Vernetzungsstelle Schulverpflegung“ zur Verfügung gestellt. Die Verantwortung hierfür wird in Kooperation mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport wahrgenommen. In Kooperation mit dem Arbeitsfeld „Gesundheit und Soziales“ sind bessere Voraussetzungen für eine gesunde Ernährung an unseren Schulen zu schaffen. Daran wird deutlich, dass der Antrag der CDU überflüssig ist.

Die FDP möchte eine Stärkung der Verbraucherzentrale in Bezug auf die Verflechtung mit der Republik Polen. Wir haben aber in Frankfurt (Oder) schon eine deutsch-polnische Beratungsstelle, die recht gut arbeitet und funktioniert. Uns geht es darum, die Qualität dieser Einrichtung zu verbessern, bevor wir neue Projekte beginnen. Ich denke, dafür ist die Finanzierung des Bereichs Verbraucherschutz eine gute Voraussetzung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag des Kollegen Beyer von der FDP-Fraktion fort.

Beyer (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die diesjährigen Haushaltsberatungen sind gleich in zweifacher Hinsicht von Bedeutung. Zum ersten stimmen wir über einen Haushalt ab, der die dritthöchste Neuverschuldung in der Geschichte des Landes Brandenburg vorsieht. Insgesamt 650 Millionen Euro werden wir den nachfolgenden Generationen vererben. Das ist ein zweifelhaftes Geschenk und eine Hypothek, von der sich - seien wir ehrlich - die Heranwachsenden nicht befreien können. Der vorliegende Haushalt kann sicherlich nicht unter das viel strapazierte Wort „Nachhaltigkeit“ subsumiert werden.

(Beifall FDP)

Zum Zweiten stimmen wir über einen Haushalt ab, dem eine Reihe von Ministeriumsneuzuschnitten vorausgegangen ist, die im besonderen Maße die Themen Umwelt und Gesundheit betreffen. Die Trennung von Umwelt und Landwirtschaft ist und bleibt problematisch, da beide Bereiche inhaltlich zu eng miteinander verwoben sind, als dass man sie, ohne Abstriche zu machen, getrennt behandeln könnte. Das Gleiche gilt für die

Gesundheitspolitik. Dass die Bereiche Gesundheit und Soziales, aber auch Arbeit voneinander getrennt wurden, ist problematisch. Dass die Entscheidung falsch war, zeigt sich jetzt an der Priorisierung innerhalb des Haushalts des MUGV.

Besonders deutlich wird die falsche Prioritätensetzung im Umweltbereich. Abgesehen davon, dass das LUA offensichtlich im freien politischen Raum zu agieren scheint, wird die fragwürdige Schwerpunktsetzung hier besonders deutlich. Allein 13 neue Titel bei den Einnahmen - das könnte man für sich betrachtet noch als löblich bezeichnen. Demgegenüber stehen aber 32 neue Posten bei den Ausgaben, die meisten davon ohne Erläuterungen, abgesehen von dem kleinen verräterischen Wörtchen „Neu“ - jeweils groß geschrieben - und gegebenenfalls randlich untersetzt mit Verweisen auf andere Haushaltstitel. Da drängt sich der Verdacht auf, das LUA betreibe eine eigene Politik ohne Rücksicht auf die finanziellen Spielräume des Landes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus den erwähnten Gründen haben wir in den Haushaltsberatungen diverse Einsparpotenziale aufgezeigt. Herr Kollege Bischoff, dabei gilt wie so oft in den Dingen des Lebens das Motto „Klasse statt Masse“. Ich sage das, damit die Beurteilungskriterien für Rot-Rot einmal deutlich werden. Dabei möchte ich ausdrücklich erwähnen, dass sich eine Reihe der Anträge der Grünen durchaus unter das Wort „Klasse“ subsumieren lassen. Ich bitte Sie, jetzt nicht abzuheben. Ein Lob von den Liberalen und von den Linken gleich hintereinander ist natürlich problematisch.

Mir ist bewusst, dass so mancher hier im Saal seine Probleme hat, den inneren Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie in seiner heute als „Nachhaltigkeit“ bezeichneten Dimension abschließend zu verstehen. Dass einigen aber der Zusammenhang zwischen gutem Marketing und funktionierender Öffentlichkeitsarbeit sowie dem Potenzial und den Vermarktungschancen von Großschutzgebieten nicht klar zu sein scheint, erstaunte uns dann doch sehr. Ihre Strategie, die Öffentlichkeitsarbeit in den Großschutzgebieten vollständig von Drittmittelinwerbungen abhängig zu machen, ist für uns jedenfalls nicht nachvollziehbar. Vielmehr verwundert es uns, wie die vielen Sonntagsreden von Mitgliedern dieser Regierung bezüglich der Bedeutung unserer Großschutzgebiete - immer richtig untersetzt mit dem Hinweis auf die vielfältigen Möglichkeiten, im Tourismus Anwendung zu finden - bewertet werden, wenn es diese in haushalterische Entscheidungen umzusetzen gilt.

Ebenso hätten wir es begrüßt, wenn Sie unserem Antrag, die Mittel für die Verbraucheraufklärung zu erhöhen, gefolgt wären. Herr Kollege Büchel, Sie haben unseren Antrag im Ausschuss mit der Begründung abgelehnt, die Verbraucherschutzstelle in Frankfurt (Oder) leiste bereits gute Arbeit; das wurde bereits angesprochen. Das ist vollkommen richtig und von uns nie in Zweifel gezogen worden. Richtig ist aber auch, dass ab dem 1. Mai 2011 in der EU endgültig die Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt. Die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland, insbesondere zwischen den drei angrenzenden Woiwodschaften und Brandenburg, werden sich dadurch weiter intensivieren, was zu begrüßen ist. Es schadet nicht, wenn man diesbezüglich die Mittel den Bedürfnissen anpasst, zumal wenn diese Vorschläge durch reichhaltig vorhandene Einsparpotenziale seriös gegenfinanziert werden können.

Damit komme ich zum abenteuerlichsten Aspekt. Es kann gar keinen Zweifel geben, dass in der gegenwärtigen Haushalts-

situation des Landes der Fokus bei den Aufwendungen liegen muss. Diesbezüglich stellt sich der Bereich des LUA im Einzelplan 10 als Buch mit sieben Siegeln dar. Da wird eine Vielzahl von Kleinbeträgen - hier 60 000 Euro, da 100 000 Euro - aufgelistet und unter Verweis auf andere Titel begründet. Dass man sogar im Haushalt des Umweltministeriums einen Vogel abschießen kann, wird an einem als neu und unscheinbar bezeichneten Posten deutlich. Da wird schnell einmal eine halbe Million Euro für ein Outsourcing für den Großtrappenschutz aus dem Haushalt geschnitten, damit weiterhin die antiquierten Spielfelder des Artenschutzes einiger weniger bedient werden können, während man den wirklichen Leistungsträgern des brandenburgischen Naturschutzes schlichtweg die Beine weghaut.

Im Bereich der Gesundheitspolitik sieht es nicht besser aus. Sie sperren sich - wie ein Kleinkind vor dem Besuch beim Zahnarzt -, Verantwortung zu übernehmen und die Bekämpfung der Mängel bei der ärztlichen Versorgung in Brandenburg anzugehen. Alles Böse kommt ja bekanntlich von den Liberalen. So macht man es sich recht einfach. Argumente braucht man nicht.

Wir hatten nach einem Spitzengespräch im Ministerium die Information mitgenommen, dass sich der Finanzierungsbedarf für die Praxisassistentinnen in einem exakt definierten Rahmen bewegt, und Vorschläge für deren Deckung unterbreitet. Geirrt hatten wir uns allerdings in der Vermutung, dass man bereit wäre, dieses nicht gerade unbedeutende Problem zu lösen. Kollegin Wöllert, Ihre Aussage im Ausschuss, das Land könne bei der Kofinanzierung der Praxisassistentinnen nicht aktiv werden, weil das dem SGB V nicht entspreche, ist nach unserer Auffassung nicht wahr. Selbst im Ministerium ist man der Auffassung, dass das Land in diesem Punkt mehr leisten könnte, sofern ein entsprechendes Konzept erarbeitet würde; daran fehlt es primär. Unser Vorschlag, mithilfe von Landesmitteln das Projekt zu stützen, hätte niemandem wehgetan, aber die Versorgung der Versicherten erst einmal auf solide Beine gestellt. Nichtsdestotrotz hoffen wir weiter, dass wenigstens für den kommenden Haushalt konstruktive Vorschläge aus dem zuständigen Ministerium kommen und man dort zu arbeiten beginnt.

Bitte setzen Sie den Begriff „Arbeiten“ nicht gleich mit dem Pflücken und Zubereiten von Waldmeister oder der Besichtigung von Mooren. Arbeiten bedeutet, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. Dafür sind Sie gewählt worden, und daran müssen Sie sich auch messen lassen. Auch für Pressemitteilungen gilt - wie schon erwähnt -: Klasse statt Masse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dem von Ihrem Haus vorgelegten Haushalt mangelt es nicht an Einsparpotenzialen. Was fehlt, ist der politische Wille der Landesregierung, die Probleme auf der Ausgabe Seite konsequent anzugehen. Das ist nicht nur in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz so, aber gerade in diesen Bereichen wird das Missverhältnis in der Prioritätensetzung besonders deutlich. Ich darf Ihnen bereits heute versprechen, dass sich die FDP-Fraktion dafür stark machen wird, dass die Haushaltsführung künftig transparenter ablaufen wird als bisher. Ohne substanzielle Einsparungen insbesondere beim Landesumweltamt wird es in Zukunft nicht gehen.

Gesundheit wird in den nächsten Jahren teurer werden. Der demografischen Entwicklung und dem medizinischen Fortschritt sei dafür Dank. Die hierfür eingesetzten Gelder müssen zu möglichst großen Teilen aus dem laufenden Haushalt gegen-

finanziert werden. Es ist Ihre Aufgabe, Entschlossenheit zu beweisen und dem Parlament Vorschläge zu unterbreiten, wie Sie sich diesen Herausforderungen stellen möchten. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Die Abgeordnete Kirchheis spricht.

Frau Kirchheis (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meinen Redebeitrag damit beginnen, dass ich mich bei Ministerin Tack ganz herzlich für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihrem Hause bedanke, die unter den gegebenen Rahmenbedingungen einen, wie ich finde, ausgewogenen Haushalt aufgestellt haben.

(Zuruf von der CDU)

Nachdem die Landwirtschaft aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums herausgenommen wurde und im Gegenzug der Gesundheitsbereich dazu kam, ist der Einzelplan 10 mit knapp 380 Millionen Euro der kleinste Haushalt der Landesressorts. Umso größer sind die Herausforderungen, vor denen wir hier stehen. Während die Aufgabenbereiche des Hauses neu zueinanderfinden müssen, müssen wir zugleich - angesichts des angespannten Brandenburger Haushalts und angesichts der Reduzierung von EU- und Bundesmitteln - die vorhandenen Gelder nachhaltig einsetzen.

Der Haushalt des MUGV ist zwar klein, aber bedeutsam. Es geht um Investitionsbegleitung der mittelständischen Wirtschaft in den Bereichen der Altlastenbeseitigung, der Abwasserentsorgung und der Trinkwasserversorgung bis hinein in den Tourismusbereich.

Ein wichtiger Schwerpunkt in der Arbeit des Ministeriums ist für uns zudem der Verbraucherschutz. Das haben schon viele einmütig bezeugt. Hier finanzieren wir die gute Arbeit der Verbraucherzentralen, die wesentlich und kontinuierlich dazu beiträgt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Rechte kennen, in der Lage sind, sie wahrzunehmen und sie auch gegenüber der Landespolitik einzufordern. Die Verbraucherzentrale berät nicht nur die Bürgerinnen und Bürger zu Strompreisen, Kaufverträgen und Geldanlagen; sie wird auch uns ein wichtiger Partner bei der Erarbeitung einer Verbraucherschutzstrategie sein. Die Koalitionspartner waren sich daher von Anfang an einig, dass es hier in künftigen Haushalten keine Einsparungen mehr geben wird.

Im Übrigen tragen zusätzlich auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Landesgesundheitsamtes und der Gesundheitsämter auf Kreisebene dazu bei, dass wir ein Bundesland mit bestem Verbraucherschutzniveau sind. Hier ist jeder Cent gut angelegt und jeder Mitarbeiter sein Geld wert. Für diese gute Arbeit möchte ich an dieser Stelle ebenfalls herzlich Dank sagen.

Bevor ich zum Thema Naturschutz komme, eine Bemerkung an Sie, Kollege Jungclauss und Kollege Beyer: Ich glaube, wir sind da gar nicht so schlecht, wie Sie es für Brandenburg immer darstellen. Wir glauben, dass der Weg, den wir gehen, richtig und gut ist.

Wir sind uns einig, dass der Naturraum einer der Trümpfe Brandenburgs ist. Ihn gilt es für das Land zu bewahren, damit die Bürgerinnen und Bürger auch die Notwendigkeit und Wichtigkeit des Naturschutzes erkennen und verstehen können. Wir wollen, dass der Naturraum noch mehr als bisher für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar wird. Dazu müssen die Konzepte des Naturschutzes, naturnaher Tourismus und ländliche Entwicklung in den Regionen noch stärker zusammengeführt werden. Die Einrichtungen des Naturschutzes - Naturschutzstationen, Großschutzgebiete und Biosphärenreservate - zeigen, wie sinnvoll das sein kann. Sie sind mittlerweile Highlights des ländlichen Tourismus. Hier kann man lernen, wie abhängig wir von unserer Natur sind und wie wichtig die Zuverlässigkeit einer nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen, zum Beispiel des Trinkwassers, ist. Das ist ein besonderes Spannungsfeld. Dabei ist die Frage der Entsorgung insbesondere im Wasserbereich die Kernfrage. Sie wissen, dass es da immer noch einige Sorgenkinder gibt, aber ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind. Für die, die noch fehlen, gibt es eine entsprechende Richtlinie.

Das Ministerium steht vor einer großen Aufgabe, denn die Personalbedarfsplanung für das Jahr 2014 sieht für das Ministerium eine Stellenkürzung um ca. 20 % vor. Dieser Rückgang muss mit einer Diskussion darüber verbunden werden, welche Dienstleistungsfunktionen zukünftig noch wahrgenommen werden sollen bzw. können. Bereits jetzt bleiben die Einsparungen nicht ohne Auswirkungen auf die einzelnen Arbeitsbereiche wie die Gewässerunterhaltung, die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, das Haupt- und Landgestüt Neustadt/Dosse und Maßnahmen des Landschaftswasserhaushalts. Hier werden wir nicht nur die Entwicklung der kommenden Monate genau beobachten, wir werden auch mit dem Ministerium darüber beraten, welche Strategien die gute Arbeit des Fachbereichs sichern helfen. Ich lade Sie schon heute dazu ein, diese Diskussion im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz mitzugestalten. Ich lade Sie auch dazu ein, dem Ministerium die Möglichkeit zu geben, in unserem Sinne und im Interesse des Landes seine gute Arbeit fortzusetzen, indem Sie dem Einzelplan 10 Ihre Zustimmung geben.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Prof. Dr. Schierack setzt für die CDU-Fraktion fort.

Prof. Dr. Schierack (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen! Wenn die Ärzte eine Krankheit nicht heilen können, dann geben sie ihr wenigstens einen schönen Namen - so der Philosoph Voltaire. Das ist eine Mahnung an uns Ärzte, aber durchaus auch ein Leitfaden für die Zerschlagung der Strukturen des ehemaligen MASGF und des MULV. Die Trennung zwischen Gesundheit und Soziales sowie zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz hat sich nicht bewährt und wird sich nicht bewähren.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Der Stellenwert, den die Gesundheit in dieser Koalition hat - das sage ich als Arzt und Gesundheitspolitiker -, ist ummantelt von Verbraucherschutz und Umweltschutz, als ob die Gesund-

heitspolitik in beiden Bereichen schlummern könnte. Über die Gesundheitspolitik - sie ist für mich ein gesellschaftlicher Kommunikationspunkt - muss offen und immer wieder intensiv diskutiert werden. Allein aufgrund der demografischen Entwicklung, die von einer immer älter werdenden Bevölkerung geprägt ist, werden Gesundheit und Soziales in Zukunft einen viel größeren Zusammenhang bilden müssen, zum Beispiel im Bereich der Pflege und bei anderen Dingen. Deswegen meine ich, dass Gesundheit und Soziales eng miteinander verknüpft werden müssen.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Das betrifft auch die Frühförderung und die Palliativversorgung. Auch da gibt es einen engen Zusammenhang. Diese Liste ließe sich beliebig ergänzen. Wenn Sie schon zusammenführen wollen, dann hätten Sie es dort machen können, wo es Sinn hat, zum Beispiel bei Wirtschaft und Arbeit; das hätte den Bürgern tatsächlich genutzt. Sie aber wagen unsinnige Experimente.

Meine Damen und Herren, die Trennung von Gesundheit und Soziales ist zum Nachteil der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Statt der vergeudeten Energie für die damit notwendige Trennung der Landesämter hätten wir uns gewünscht, dass Sie einen substanziellen Beitrag zur medizinischen Versorgung auf dem Land geleistet und etwas gegen den Ärztemangel getan hätten. Das tun übrigens andere SPD-geführte Länder mit SPD-geführten Gesundheitsministerien auch.

Wir würden natürlich andere Prioritäten setzen. Deshalb haben wir - darüber haben wir bereits gestern diskutiert - einen Antrag auf Gewährung eines Zusatzstipendiums für junge Mediziner gestellt, welches sich auch aus Landesmitteln speisen würde. Das wäre ein ganzheitlicher Ansatz gewesen. Leider ist er von Ihnen abgelehnt worden.

Für andere nicht zielorientierte Projekte, die wie Symbole vor sich hergetragen werden, ist ja auch Geld vorhanden. Ich nenne hier das Schüler-BAföG und den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Deswegen sage ich noch einmal zur Gesundheit: Wir erwarten von der Landesregierung ein schlüssiges Konzept. Ich hoffe, wir diskutieren bald darüber, ohne immer nur auf die Ärzte, die Kassen oder die Krankenhäuser zu weisen.

(Frau Lehmann [SPD]: Oh!)

Hier bedarf es tatsächlich kreativer Konzepte für stationäre und ambulante Strukturen, die monetär abgesichert sind. Wir brauchen Zentren für die Grund-, die Regel- und die Maximalversorgung. Die Ärzte müssen flexibel sein und sich darauf einstellen, natürlich unterstützt durch Schwestern, technisches Personal und technische Ausrüstung.

(Beifall CDU)

So, wie Sie die Gemeindeschwester und die Telemedizin vor sich hertragen, wissen Sie ganz genau, dass das nicht die Lösung ist. Das zeugt auch von wenig Sachverstand. Sie können sich gern darüber informieren.

(Beifall CDU)

Frau Ministerin, Sie reagieren viel zu gelassen auf die Ankündigung Berlins, Krankenhausbetten aufzustocken, während

Brandenburg tatsächlich massiv abgebaut hat. Ich habe mich gestern über Ihre Antwort gewundert. Sie haben gesagt, es werde um 100 bis 200 Plätze aufgestockt, Brandenburg habe deutlich weniger abgebaut und man könne nicht von „massiv“ reden. Ich habe die Zahl seit 1991, wonach Brandenburg 5 888 Betten abgebaut hat. Ich finde, das ist schon massiv.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Es gebührt der besonderen Beachtung, dass Berlin wieder aufstockt. Sie sollten mit den Menschen reden. Es geht um die Grundversorgung der Menschen auf dem Land. Die wird hier deutlich infrage gestellt.

(Beifall CDU - Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Wir haben medizinische Spitzeneinrichtungen mit engagierten Bürgern und Mitarbeitern. Diese müssen wir stärken, meine Damen und Herren.

Frau Ministerin, Ihre Verantwortung erstreckt sich aber auch auf die Bereiche Umwelt und Verbraucherschutz. Ich kann mich noch gut an die Haushaltsberatungen im Ausschuss erinnern. Da sagte der Kollege Büchel - hier wurde es von Kollegin Wöllert wiederholt -, die rot-rote Regierung sei die erste Regierung, die die Mittel für den Verbraucherschutz erhöht hat. Hätten Sie sich einmal die Mühe gemacht, näher hinzuschauen, hätten Sie festgestellt, dass das „Mehr“ einzig und allein auf die Tarifsteigerungen und die Erhöhung der Mietkosten zurückzuführen ist.

(Zuruf der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE])

Mit Verlaub, meine Damen und Herren, da von „Erhöhung“ zu sprechen halte ich für unangemessen. Im Gegenteil, es hätte Ihnen gut zu Gesicht gestanden, wenn Sie in die Verbraucheraufklärung von jungen Menschen investiert hätten.

(Beifall CDU)

Wir hatten den Antrag eingebracht, ein Konzept zur jugendgerechten Aufklärung junger Verbraucher für und über das Internet zu erstellen. Diese Internetplattform gibt es schon, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen. Sie wird gut angenommen. Sie weist junge Menschen und auch die Eltern auf potenzielle Gefahren im Netz hin und klärt sie darüber auf. Auch die Verbraucherzentrale Brandenburg würde das gerne tun, wie Sie gesagt haben, Frau Wöllert. Aber das ist nicht zum Nulltarif zu haben. Mit den bereitgestellten Mitteln ist das eben nicht möglich. Insoweit bin ich überhaupt nicht Ihrer Auffassung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend einen Blick auf den Umwelt- und Naturschutz werfen. Brandenburg ist mit seiner vielfältigen Kulturlandschaft und 15 Großschutzgebieten reich an naturnahen Landschaften. Dass diese Lebensräume für Tiere und Pflanzen geschützt und für die nachfolgenden Generationen gesichert werden müssen, steht außer Frage, auch für die CDU. Dabei sind wir jedoch der Auffassung, dass der Schutz unserer Umwelt und der Natur nur gelingen kann, wenn die Menschen vor Ort nicht ausgegrenzt werden, sondern sich als Teil dessen betrachten.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Ich spreche mich ausdrücklich nicht dagegen aus, dass es im Nationalpark Unteres Odertal in der Schutzzone I a und später auch in der Schutzzone I b Bereiche gibt, die sich uneingeschränkt und ohne Einfluss der Menschen entwickeln können.

(Bischoff [SPD]: Das ist ja beschlossen!)

Der Naturschutz darf aber nicht gegen die Interessen der Bürger im Land gestellt werden, sonst bekommen wir irgendwann ein Akzeptanzproblem. Bestimmte Berufsgruppen, die von der Natur leben und mit der Natur wirtschaften, haben ureigenes Interesse am Erhalt ihrer Wirtschafts- und ihrer Lebensgrundlage, nämlich der Natur. Sie zu schützen sind viele bereit: Land- und Forstwirte, Fischer, Jäger. Wie hat es der Kollege Vogel von den Grünen in der Plenarsitzung im März so treffend formuliert - auch wir stehen dazu -:

„Die Trennung von Naturschutz und Landnutzung war gestern.“

Heute sagen wir: Umwelt- und Naturschutz erfordert Kooperation statt Konfrontation.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Anders ausgedrückt: Freiwillige Vereinbarungen und Vertragsnaturschutz in Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sind geeignete Instrumente, sie als Partner des Naturschutzes zu begreifen. Das Ihnen in der Koalition nicht mehr viel daran gelegen ist, zeigt die Abspaltung von Landwirtschaft und Umweltschutz.

Ich kann deshalb auch nicht nachvollziehen, dass mit der Mehrheit der Regierungskoalition dem Antrag meiner Fraktion, die Mittel für den Vertragsnaturschutz um einen überschaubaren Beitrag zu erhöhen, und zwar mit einer seriösen Deckung, nicht zugestimmt worden ist. Eigeninitiative, Selbstverantwortung sowie Kooperation zwischen Flächennutzern und Naturschutz sind gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels und seiner regional sehr unterschiedlichen Auswirkungen in Zukunft notwendig. Der Staat sollte sich hier auf seine ordnungspolitische Funktion konzentrieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Frau Ministerin Tack spricht für die Landesregierung.

Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Tack:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wusste, es wird spannend. In der Haushaltsdebatte - das haben schon die Diskussionen im Fach- und im Haushaltsausschuss gezeigt, wo die Argumentation allerdings verhaltener war -, lagen bei Ihren Argumenten Dichtung und Wahrheit - daran möchte ich besonders die Kollegen der Opposition erinnern - sehr eng beieinander. Das sei Ihnen zugestanden, wenn Sie Ihre Standpunkte aus der Opposition heraus unterstreichen wollen.

Des Weiteren lagen uns im Fach- sowie im Haushaltsausschuss Anträge vor. Auch heute gibt es weitere Anträge. Ich möchte nur an den Sparwillen erinnern, den die FDP vorhin noch ein-

mal von uns deutlich eingefordert hat. Mindestens in der Hälfte Ihrer Anträge ist eine Ausgabenerhöhung eingestellt, die Ihren Sparwillen infrage stellt. Ich bin der Meinung, dass man das, was man von der Landesregierung erwartet, deutlich unterstützen und untersetzen sollte. Hier besteht bei Ihnen ein deutlicher Widerspruch.

Meine Damen und Herren, der Koalitionsvertrag der rot-roten Regierung ist für das Aufgabengebiet Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sehr gut ausgestaltet. Er hat einen sehr guten Ansatz, nämlich die Nachhaltigkeit im Land Brandenburg als Strategie in den Politikfeldern zu untersetzen. Das versetzt das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in die Lage - Sie haben das Aufgabenspektrum deutlich gemacht -, sich einen Leitspruch zu geben, nämlich zur Sicherung der zahlreichen Aufgaben der Daseinsvorsorge das Ministerium für Lebensqualität zu sein. Ich denke, Ihre Argumente und Ihre Erwartungshaltung haben sehr deutlich gemacht, dass wir hier auf einem guten Weg sind.

Wir wollen - auch das sei hier noch einmal deutlich gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition -, dass Kinder in Brandenburg gesund aufwachsen können und dass Männer und Frauen in Brandenburg gesund alt werden können. Das ist versprochen und auch der deutliche Ansatz im Haushalt 2010.

Meine Damen und Herren, Sie konnten es nachvollziehen, die Haushaltsplanverhandlungen waren schwierig. Darauf sind die Kollegen der Regierungsfractionen eingegangen. Durch die Regierungsneubildung und die Umstrukturierung der Ministerien mussten wir mit dem MIL und auch mit dem MASF in Verhandlung gehen, um den Einzelplan 10 gestalten zu können. Das war keine sehr einfache Aufgabe. Aber, Herr Kollege Schierack, hier ständig vom Zerschlagen der Strukturen und Aufgaben zu sprechen halte ich für unangebracht. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Einrichtung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ist eine gute aufgabenbezogene Strukturrentscheidung. Dabei geht es um ein Miteinander, insbesondere auch mit den dazu angrenzenden Aufgabengebieten wie dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie. Das sei hier zugesichert. Dazu machen wir die passenden strukturellen Ergänzungen.

(Zuruf des Abgeordneten Senfleben [CDU])

- Es geht hier nicht um ein Zertrennen und Zerschlagen, sondern es geht um ein inhaltliches und strukturelles Miteinander, Herr Kollege Senfleben.

(Beifall DIE LINKE)

Ich hatte davon gesprochen, dass die Verhandlungen nicht ganz einfach waren, so, wie es nun einmal ist, wenn eine Regierung mit neuen strukturellen Aufgaben antritt. Wir haben uns mit dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft auf eine Gesamtlösung für das Jahr 2010 geeinigt. Wir werden die auf dem Einzelplan lastenden globalen Minderausgaben von 9,5 Millionen Euro bei konsumtiven Zuweisungen und ca. 4 Millionen Euro bei den sächlichen Verwaltungsausgaben als neues Ministerium insgesamt tragen. Damit sind die Schwierigkeiten kurz und knapp beschrieben. Ich möchte an dieser Stelle feststellen, dass wir mit diesem Einzelplan 10 unsere Aufgaben insbesondere mit den Prioritäten, die in der Koali-

tionsvereinbarung festgeschrieben sind, uneingeschränkt wahrnehmen und die wichtigsten Eckpunkte erfüllen können.

Ich möchte auf die einzelnen Fachgebiete eingehen. Zur Gesundheit: Es fand hier keine Erwähnung, aber ich möchte unterstreichen, dass wir für den Bereich Krankenhausförderung rund 104 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Das soll erwähnt werden; denn es handelt sich um eine sehr große Position, um die Krankenhausstruktur im Land Brandenburg inhaltlich qualitativ weiter auszugestalten. Wir können die Förderung in diesem Jahr in dieser Größenordnung umsetzen.

Ein Kollege hat gesagt, wir hätten die Mittel für den Impfplan zur neuen Grippe anderswo investieren sollen. Dazu muss ich erstens sagen, dass das eine Entscheidung aus dem vergangenen Jahr, also der vorangegangenen Regierung ist. Zweitens hatte die Regierung keine andere Chance, als Vorsorge zu treffen und ausreichend Impfschutz bereitzustellen. Drittens möchte ich sagen, dass all die Punkte, die hier angesprochen worden sind, um die medizinische Versorgung auf dem Land zu verbessern, bereits oft diskutiert worden sind. Wir sind, wie ich glaube, auf einem guten Weg, mit allen in Verantwortung Stehenden nach Lösungen zu suchen.

Ich hatte Sie darüber informiert, dass wir am 21. April das Spitzengespräch hatten. Wir werden in der nächsten Ausschusssitzung am 12. Mai über die getroffenen Vereinbarungen informieren, wie wir weiter gemeinsam dafür sorgen wollen, die medizinische Versorgung auf dem Land zu sichern. Wir müssen über neue Lösungswege reden und auch darüber, wie junge Medizinerinnen und Mediziner diese Aufgabe künftig wahrnehmen können und wo sie Unterstützung brauchen. All Ihre Vorschläge, Herr Prof. Schierack, haben wir in diesem Spitzengespräch auf den Tisch gelegt und diskutiert. Wir werden darüber reden, ganz besonders heute Abend bei der Beratung mit dem Bundesgesundheitsminister in Berlin.

Ich möchte den Kollegen der FDP zusichern, dass ich den Bundesgesundheitsminister natürlich nicht allein lasse, sondern selbstverständlich an der Beratung heute Abend teilnehmen werde. Das wurde nie infrage gestellt. Wir haben, weil der Druck insbesondere in den ostdeutschen Ländern so groß ist und es zahlreiche Probleme bei der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum gibt, auf diese Beratung gedrungen. Also nehmen wir natürlich auch daran teil. Da können Sie sicherlich zufrieden sein. Morgen kann ich berichten, was wir beraten haben.

Ganz sicher werden wir noch einmal deutlich machen, dass wir den vom Bundesminister vorgeschlagenen Weg der Kopfpause nicht mittragen werden. Da sind sich die Regierungsfaktionen einig.

(Beifall DIE LINKE und GRÜNE/B90 - Zuruf von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Juchhu!)

- Genau.

Zum Naturschutz: Der ergänzend zur Förderung mit ELER-Mitteln bewährte Vertragsnaturschutz - auch der spielte bereits eine Rolle - kann mit einem Haushaltsvolumen in Höhe von ca. 1,9 Millionen Euro fortgesetzt werden. Da wird nicht gekürzt. Diesen Weg werden wir in diesem Jahr so weitergehen. Darüber hinaus werden die Umprofilierungsbemühungen der Natur-

wacht - darüber haben wir im Ausschuss berichtet - in Richtung Monitoring, Umweltbeobachtung sowie Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Schutzgebieten mit rund 4 Millionen Euro unterstützt.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal den Vertragsnaturschutz hervorheben, immer in enger Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft. Das ist überhaupt kein strittiges Thema. Es gibt in der einen oder anderen Frage unterschiedliche Auffassungen, aber das bringt das Leben mit sich, wenn es unterschiedliche Interessenwahrnehmungen gibt. Darüber müssen wir reden und nach Lösungen suchen. Aber hier immer von einer Trennung zwischen Natur- und Umweltschutz und Landwirtschaft zu reden ist der falsche Ansatz, meine Damen und Herren.

Für wasserwirtschaftliche Maßnahmen stehen insgesamt 38 Millionen Euro Landesmittel sowie ungefähr 22 Millionen Euro aus Sonderabgaben zur Verfügung. Somit können neben den Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern erster Ordnung und wasserwirtschaftlichen Anlagen auch der Deich- und der konstruktive Wasserbau in diesem Jahr gesichert werden. Wir können auch die Kofinanzierungsleistungen für die vom Bund und der EU zur Verfügung gestellten Mittel umsetzen.

Alle Fraktionen haben thematisiert, wie wichtig die Aufgabe der Verbraucherzentrale ist; wir haben schon mehrmals im Parlament darüber berichtet. Die Finanzierung wird mit 1,9 Millionen Euro zuverlässig und ausgewogen fortgesetzt. Ich will deutlich unterstreichen, dass das Deutsch-Polnische Verbraucherinformationszentrum in Frankfurt (Oder) sehr gut arbeitet. Ich würde mich freuen, wenn ich am kommenden Montag zur Tageskonferenz - mit europäischer Beteiligung - über den deutsch-polnischen Verbraucherschutz in Frankfurt (Oder) zahlreiche Mitglieder aller Fraktionen begrüßen könnte. Im Rahmen dieser Beratung wollen wir über die weitere Stärkung des deutsch-polnischen Verbraucherschutzes diskutieren, Erfahrungen austauschen und unsere Vorstellungen an die Europäische Kommission herantragen, denn diese hat bedauerlicherweise andere Vorstellungen als die Bundesländer.

Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle im Zusammenhang mit dem Umweltschutz erwähnt: Für die Haftungsfreistellung und Altlastenbeseitigung sind im Haushalt 2010 über 47 Millionen Euro eingestellt - eine Größenordnung, an der man ermaßen kann, dass es auf diesem Gebiet noch eine Reihe von Aufgaben zu lösen gibt.

Wir haben Sie im Ausschuss darüber informiert, dass wir die globale Minderausgabe im Rahmen des Haushaltsvollzugs untersetzen wollen. Dabei bleibt es.

Meine Damen und Herren! Ich habe deutlich gemacht, dass wir mit dem Haushaltsansatz 2010 eine solide finanz- und fachpolitische Lösung gefunden haben. Ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Ansatz heute Ihre Zustimmung erteilen würden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die sehr konstruktive Debatte in den Ausschüssen - sowohl im Fachausschuss als auch im Haushaltsausschuss - zu bedanken. Ich finde, dass die eine oder andere Idee durchaus aufgegriffen werden sollte.

(Zuruf des Abgeordneten Dombrowski [CDU])

- Was bemängeln Sie jetzt, Herr Kollege? Ich stehe gern Rede und Antwort. Ich kann mich erinnern, dass ich bei einer Haushaltssitzung krank war; das kommt im Leben vor. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält noch einmal die SPD-Fraktion. Die Abgeordnete Lehmann spricht.

Frau Lehmann (SPD):

Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Wöllert, Gäste sind immer noch nicht da - schade.

Wenn ich Herrn Prof. Schierack höre, fühle ich mich immer wie bei Plasberg, wenn Politik auf Wirklichkeit trifft. Das ist durchaus nicht verkehrt, aber Ihr leidenschaftliches Plädoyer für die medizinische Versorgung müssen Sie vor den Herren der KV halten. Ich spreche von „Herren“, weil ich Frauen dort noch nicht aktiv erlebt habe. Die KV hat nun einmal den Sicherstellungsauftrag. Diesen werden wir ihr auch nicht nehmen. Von dieser Verantwortung werden wir sie nicht entbinden.

Ihr leidenschaftliches Plädoyer für die medizinische Versorgung können Sie auch noch bei den Krankenkassen halten, denn sie sind dafür zuständig, dass diese Strukturen finanziert werden.

(Zuruf von der CDU: Dann können Sie das Ministerium ja abschaffen!)

Ich finde, dass wir einen anspruchsvollen Haushaltsplan 2010 vorgelegt haben; das gilt speziell für den Gesundheitsbereich.

Hervorheben möchte ich den Schwerpunkt der gesundheitlichen Prävention, auf den in der Diskussion kaum eingegangen worden ist. Immerhin 360 000 Euro werden wir im Jahr 2010 für diesen Bereich in die Hand nehmen. Entschuldigen Sie, liebe Kollegen von der CDU, aber ich muss leider noch einmal auf Berlin, die Bundesebene, zurückkommen: Wir warten schon seit Jahren auf den großen Wurf, nämlich auf ein Präventionsgesetz.

(Zuruf von der CDU: Zwölf Jahre hatten Sie ja Zeit!)

Unter Rot-Schwarz war das eine Intention der SPD. Leider war der Koalitionspartner CDU in dieser Frage sehr defensiv. Ich gehe davon aus, dass es unter Schwarz-Gelb gar nichts mehr wird. Insofern sind leider die Bundesländer verpflichtet, aktiv zu werden. Sie müssen schauen, dass sie im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten hier und da einige Präventionsmaßnahmen durchführen können. Mit einem Präventionsgesetz des Bundes hätte allerdings die Chance bestanden, einen großen Wurf zu landen. Denn die Intention bestand darin, dass sich alle Leistungs- bzw. Kostenträger mit all ihren finanziellen Budgets in ein solches Gesetz einbringen. Dann hätten wir flächendeckend mit einem ganzheitlichen Ansatz Präventionsmaßnahmen durchführen können.

Ich sagte bereits, dass in den Haushaltsplan 2010 360 000 Euro für diesen Bereich eingestellt worden sind. Gefördert werden zum Beispiel Screeningprojekte und Aufklärungsprogramme zur Organspende. Es geht auch um die Aufrechterhaltung unseres

Krebsregisters. An dieser Stelle weise ich ausdrücklich darauf hin, dass sich Brandenburg als einziges Bundesland rühmen kann, dass dieses Krebsregister sowohl flächendeckend als auch standardisiert ist. Das darf am Rande durchaus einmal gesagt werden. Auch die Maßnahmen der Aidsprävention werden aus diesem Ansatz finanziert.

In der Koalition haben wir uns sehr deutlich zu dem Thema Kinderschutz/Kindergesundheit positioniert. Wir werden in der nächsten Zeit die Instrumente, die wir in den letzten Jahren dazu auf den Weg gebracht haben, evaluieren. In unserer Koalitionsarbeitskreissitzung in der nächsten Woche werden wir nicht nur die medizinische Versorgung auf dem Lande, sondern auch den Schwerpunkt Kinderschutz/Kindergesundheit thematisieren. Unser Ziel besteht darin - die Evaluationsergebnisse haben wir aber abzuwarten -, schlussfolgernd daraus ein Kindergesundheits- und Kinderschutzgesetz auf den Weg zu bringen.

(Einzelbeifall GRÜNE/B90)

Unsere hochwertige medizinische Krankenhauslandschaft in Brandenburg ist schon erwähnt worden. Insofern bitte ich um einen realistischen Blick. Wir sollten uns vor Augen halten, wo wir vor 20 Jahren mit unserer Krankenhauslandschaft gestartet sind und wo wir heute sind. 400 Millionen Euro in der Wahlperiode, 104 Millionen Euro in diesem Jahr - ich denke, das ist eine Menge Holz. Es könnte zwar immer mehr sein, aber wir werden damit den hohen Standard auch für die nächsten Jahre gewährleisten können.

Natürlich wird auch die medizinische Versorgung im Land für uns weiterhin ein Thema bleiben. Diese Aussage gilt, auch wenn die KV dafür eine ganz spezielle Verantwortung hat, bei der es bleibt. Wo die Landesregierung bzw. die Politik insgesamt mithelfen kann, wird sie dies - wie bereits in der Vergangenheit - weiterhin tun.

Herr Prof. Schierack, Sie haben gesagt, wir trügen die Telemedizin und das Projekt Gemeindeschwester vor uns her. Das warte Hugo! Das werden wir auch weiterhin tun. Ich finde, es ist ein Armutszeugnis, dass die Gemeindeschwestern in Brandenburg nicht mit Telemedizin ausgestattet sind, und das in dem Zeitalter, in dem wir leben. Ich finde, es ist ein Armutszeugnis, dass Gemeindeschwestern hier in Brandenburg kein EKG-Gerät haben, und das nur, weil sie derzeit unterfinanziert sind. Insofern bleiben wir an dem Projekt Gemeindeschwester selbstverständlich dran.

Ich möchte noch kurz den öffentlichen Gesundheitsdienst ansprechen. Es ist uns ganz wichtig - auch das wird in den nächsten Jahren eine Schwerpunktaufgabe sein -, die Kooperation des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit allen anderen Institutionen in den Regionen weiter zu verbessern. Wir können ein Stück weit stolz darauf sein, dass Brandenburg bundesweit bei den Impfraten der Kinder und Jugendlichen einen Spitzenplatz einnimmt. Das ist der bereits guten Zusammenarbeit von niedergelassenen Ärzten und den Ärzten im ÖGD zu verdanken, aber auch neuen Projekten zur Förderung der Impfbereitschaft. Gleichwohl gilt es auch Impflücken zu schließen, zum Beispiel bei den Auffrischungsimpfungen. Auch das ist ein Thema, an dem wir dranbleiben wollen.

Lassen Sie mich ganz allgemein die Gesundheitswirtschaft Berlin-Brandenburg nennen. 96 000 Menschen arbeiten der-

zeit in dieser Branche, einer Branche, die wir nicht nur weiterhin hegen und pflegen, sondern auch weiterentwickeln müssen. Ziel der Koalition ist es in diesem Zusammenhang, Ausbildungs- und Forschungskapazitäten in Brandenburg gemeinsam mit Berlin noch intensiver zu vernetzen und miteinander abzustimmen.

Als letzte Bereiche möchte ich die Psychiatrie und die Sucht-krankenhilfe sowie den Maßregelvollzug, den wir mit 34 Millionen Euro alljährlich finanzieren, nennen. Ich möchte auch die Besuchskommission erwähnen, über die wir morgen zu sprechen haben. Alle sind schon ganz aufgeregt, weil wir die Interessen der Patienten ausweiten wollen. Schauen wir einmal, wie wir morgen darüber diskutieren werden.

Ich möchte in dem Bereich auch nicht unerwähnt lassen, dass wir 1,5 Millionen Euro für die Kontakt- und Beratungsstellen psychisch kranker Menschen zur Verfügung stellen. Damit haben wir flächendeckend im Land Brandenburg niedrigschwellige Angebote für jene Menschen, die seelisch erkrankt sind und sich dort ambulant beraten lassen können. Denen wird dort auch eine Tagesstruktur angeboten. Wenngleich niederschwellig, so handelt es sich doch um ein qualitativ hochwertiges Angebot und ist wichtig für jene Menschen, die es in Anspruch nehmen.

Insofern sind hier im Gesundheitshaushaltsplan vielfältige Rahmenbedingungen vorgegeben, die es jetzt mit Leben zu erfüllen und auszugestalten gilt. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Rednerliste zum Einzelplan 10 angekommen.

Bevor wir in die Abstimmungen einsteigen, begrüße ich unsere Gäste, Schülerinnen und Schüler der Stadtschule Altlandsberg. Herzlich willkommen im Landtag Brandenburg.

(Allgemeiner Beifall)

Ihnen liegen die Änderungsanträge vor. Wir kommen zum Änderungsantrag in der Drucksache 5/1007 der FDP-Fraktion. Es geht um die Erhöhung eines Ansatzes. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist bei wenigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag in der Drucksache 5/900 der CDU-Fraktion, Erhöhung eines Ansatzes. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag in der Drucksache 5/1008 der FDP-Fraktion, Erstellen eines neuen Ansatzes. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Der Antrag ist ohne Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Zur Abstimmung steht der Änderungsantrag in der Drucksache 5/1009 der FDP-Fraktion, Erhöhung eines Ansatzes. Wer dem

Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Der Antrag ist ohne Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag in der Drucksache 5/1010 der FDP-Fraktion, Erhöhung eines Ansatzes. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Der Antrag ist bei einer Reihe von Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ihnen liegt der Änderungsantrag in der Drucksache 5/925 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Erhöhung eines Ansatzes, vor. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Der Antrag ist bei einer Reihe von Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag in der Drucksache 5/901 der CDU-Fraktion, Erhöhung eines Ansatzes. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Der Antrag ist bei einer Reihe von Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag in der Drucksache 5/1011 der FDP-Fraktion, Minderung eines Ansatzes. Wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Der Antrag ist ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag in der Drucksache 5/1012 der FDP-Fraktion, Minderung eines Ansatzes. Wer dem Antrag zustimmen möchte, der möge die Hand heben. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? Der Antrag ist ohne Enthaltungen mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zum Einzelplan 10, Drucksache 5/810, des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Beschlussempfehlung bzw. der Einzelplan 10 sind ohne Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir kehren nun zur ursprünglich geplanten Reihenfolge zurück.

Ich rufe auf:

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 5/807

Wir beginnen mit dem Beitrag der Linksfraktion. Die Abgeordnete Wöllert spricht.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Entgegen meiner vorherigen Absicht knüpfe ich jetzt an die Kritik und den Redebeitrag des Kollegen Prof. Dr. Schierack an, auch an die Kritik bezüglich des Zuschnitts der Ministerien.

Mein Eindruck ist, dass Sie sowohl den Umweltbegriff als auch den Gesundheitsbegriff als wesentlich zu eng betrachten. So, wie Gesundheit nicht nur Abwesenheit von Krankheit bedeutet, ist Gesundheitspolitik nicht nur Medizinpolitik. Denn die WHO definiert Gesundheit als „vollständiges körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden“.

Werfen wir einen Blick auf die Geschichte des Gesundheitssystems, dann fällt auf, dass entscheidende Krankheiten, Volkskrankheiten und Seuchen nur durch Veränderung von Infrastrukturen, durch Reinigung von Trinkwasser usw. bekämpft werden konnten. Sie sehen, welche enge Zusammenhänge es zwischen Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft, Sozialem und vielen anderen Bereichen gibt. Sie sind nicht voneinander zu trennen. Das genau ist die schwierige Aufgabe von Politik, trotz geänderter Ressortzuschnitte dafür zu sorgen, dass ein übergreifendes Handeln im Sinne dieser Zielstellungen möglich ist. Das ist nicht leicht zu leisten.

Nun komme ich zum Einzelplan 07, der damit auch in engem Zusammenhang steht. Hier war vor allem die Arbeitsmarktpolitik ein Schwerpunkt der Diskussion. Auch sie hat viel mit körperlichem, geistigem und sozialem Wohlbefinden der Menschen in unserem Land zu tun.

Streitpunkt war hier vor allem der von der Regierungskoalition beschlossene öffentlich geförderte Beschäftigungssektor. Es ist ja nicht verwunderlich. CDU und FDP kritisieren den öffentlichen Beschäftigungssektor und tun so, als hätten wir überhaupt kein Problem, als müssten wir die Menschen nur auf die üppig vorhandenen Arbeitsplätze vermitteln. Der Staat bzw. die Solidargemeinschaft der Versicherten müsse bestenfalls dafür sorgen, dass für diese Arbeitsplätze eventuell noch weniger Lohn gezahlt werden kann, indem die Niedriglöhne mit Steuergeldern bzw. Versichertengeldern aufgestockt werden.

(Zurufe von der CDU)

Dafür brauchen im Übrigen dann nur wieder die Steuern gesenkt zu werden, wie es uns jetzt die schwarz-gelbe Bundesregierung vormacht. Das genau war zu erwarten.

(Zurufe von der CDU)

Ein ganz neues Argument bezüglich des ÖBS hat Kollegin Vogdt im Haushaltsausschuss vorgebracht, nämlich dass den Gemeinden bei diesem Programm womöglich das Geld zur Kofinanzierung fehlen würde. Damit sei es doch insgesamt ungerecht, ein solches Programm einzuführen. Das ist natürlich eine sehr seltsame Diskussion in Anbetracht dessen, dass die Finanzlagen der Kommunen sehr unterschiedlich sind. Es gibt Kommunen, die schon jede zweite Laterne ausschalten. Nun werden wir als Land nicht anweisen - nur damit es gerecht ist -, allen Kommunen künftig nur noch so wenig Geld zuzuteilen, dass sie gezwungen sind, jede zweite Laterne auszuschalten. Das ist eine krude Diskussionsgrundlage, und das können wir nicht nachvollziehen.

(Zuruf von der FDP)

Ein wenig anders sehe ich die Kritik allerdings bei der Fraktion GRÜNE/B90.

(Genilke [CDU]: Oh, das ist neu!)

Es steht Ihnen zu, uns immer wieder an unsere Wahlversprechen zu erinnern. Dafür sind Sie schließlich auch Oppositionsfraktion. Es ist sogar Ihre Pflicht, dies zu tun. Jedoch sollten Sie das dann auch für sich selbst geltend machen; denn sonst erschließt sich mir Ihr Standpunkt nicht. Schließlich hatten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der rot-grünen Regierungszeit auch viel mit Hartz IV zu tun.

(Lachen bei der FDP)

Ich zitiere einmal aus Ihrem Programm zur Landtagswahl:

„Zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt brauchen wir auch zukünftig einen zweiten Arbeitsmarkt. Ein-Euro-Jobs (MAE)“

- Mehraufwandsentschädigung -

„sind zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt jedoch meist untauglich. Daher fordern wir, auf die Nutzung der Ein-Euro-Jobs zu verzichten und andere Programme zu bevorzugen.“

(Jürgens [DIE LINKE]: Da hatten sie einen hellen Moment!)

Genau das tun wir mit dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

(Jürgens [DIE LINKE]: Richtig! - Beifall DIE LINKE)

Nun aber kritisieren Sie massiv und schlagen die dafür vorgesehenen Mittel als Gegenfinanzierung für andere Projekte vor. Das ist nicht nachvollziehbar, vor allem deshalb nicht, weil Ihre eigenen Vorschläge für ein solches Programm bei uns nicht vorliegen.

Zu einem zweiten Streitpunkt - der LASA: Bekanntermaßen setzt die LASA für das Land die Arbeitsförderprogramme um. Diese sind zumeist aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert. Die LASA soll möglichst wirtschaftlich arbeiten. Diesbezüglich sind wir uns sicherlich alle einig.

(Zuruf von der CDU: Wieso möglichst?)

Dies ist für die FDP Anlass, eine pauschale Kürzung der Mittel der LASA um 5 % zu beantragen. Gerade jetzt, wo zutage tritt, dass es enorme Probleme in der LASA gibt - soweit sind wir uns auch einig -, es in einigen Bereichen ziemlich schlecht gelaufen ist und sich etwas ändern muss - das ist keine Frage -, wollen Sie die Kürzung.

(Büttner [FDP]: Bravo! - Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

- Schreien Sie nicht so laut, Herr Lipsdorf. Wenn Sie sich erkundigt oder Protokolle gelesen hätten, könnten Sie es jetzt nachvollziehen.

(Lipsdorf [FDP]: Das war Herr Büttner! - Büttner [FDP]: Ich war es! - Beyer [FDP]: Er war es!)

- Das Lesen von Protokollen werden Sie in Ihrer Fraktion doch sicherlich alle bewältigen können und nicht nur Herr Büttner. Lesen können Sie doch alle, oder?

(Lachen bei der SPD)

Minister Baaske hat in mehreren Ausschusssitzungen folgenden Kernpunkt verdeutlicht: In den nächsten Wochen und Monaten wird in der LASA jede Hand und jeder Kopf gebraucht,

(Lachen bei CDU und FDP)

um korrekte Mittelnachweise zu erstellen und diese zur EU-Kommission zu bringen. Gelingt uns das nicht, geht dem Land eine Menge Geld, ein zweistelliger Millionenbetrag, verloren.

(Zuruf von der FDP: Wie wahr, wie wahr!)

Das ist nicht etwa der Verzicht auf mögliche EU-Mittel, denn dadurch, dass das Land in Vorfinanzierung geht, handelt es sich um Geld, das vom Land tatsächlich schon ausgegeben worden ist. Ich weiß also nicht, liebe Kollegen von der FDP, ob es klug wäre, gerade jetzt bei der LASA 250 000 Euro zu streichen,

(Görke [DIE LINKE]: So sind sie, so selbstlos!)

vor allem auf die Gefahr hin, dass es uns nicht gelingt, 11 oder 12 Millionen Euro bei der Europäischen Union abzurufen.

(Lachen bei der FDP)

Damit wollte ich Ihnen zumindest begründen, warum wir nicht zustimmen. Ich hoffe, Sie behalten dennoch weiterhin gute Laune.

Über die eine oder andere Förderung haben wir im Ausschuss auch gestritten. Es ist normal, dass die Fraktionen aus einer unterschiedlichen Programmatik heraus auch unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Die Opposition hat jedoch gelegentlich mit Deckungsquellen operiert, die wir nicht akzeptieren können; denn auch die Landesregierung ist an Recht und Gesetz bzw. an Staatsverträge gebunden. Ich meine zum Beispiel Mittel aus den Bereichen Spielsuchtforschung und Prävention.

Meine Fraktion hätte es sehr gern gesehen, wenn bei der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung mehr möglich gewesen wäre als lediglich die Förderung an der unteren Grenze der gesetzlichen Verpflichtung. Dies ist uns leider nicht gelungen. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass es - das ist die positive Aussicht - eine Vereinbarung zur Anpassung der Personalkostenförderung in der Tarifentwicklung gibt. Danach ist für das nächste Jahr ein Anpassungsschritt von 3,2 Millionen Euro auf 3,5 Millionen Euro vorgesehen. Dies halte ich für einen richtigen Schritt.

Zu dem Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE/B90 - Hilfsangebote für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder - hatte ich

bereits im Fachausschuss etwas gesagt, möchte dies aber an dieser Stelle noch einmal tun. Dieser Antrag ist sicherlich ein gutes Ansinnen. Wenn wir aber die Gelder aus dem Landeshaushalt in Frauenhäuser umschichten, wird daraus - auch wenn wir es an die Kommunen weitergeben - eine freiwillige Aufgabe. Kinder, die von Gewalt betroffen sind, haben nach dem Sozialgesetzbuch VIII und anderen Sozialgesetzbüchern einen rechtlichen Pflichtanspruch auf sozialpädagogische Betreuung und Therapie, den wir nicht aushebeln wollen. - Insofern danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, dem Haushalt des Einzelplanes 07 zuzustimmen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Schier setzt für die CDU-Fraktion fort.

Frau Schier (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Schwerpunkt Kapitel des Haushalts 07 ist das Kapitel 07 030 - der Arbeitsmarkt. In diesem Kapitel werden mit mehr als 142 Millionen Euro die größte Summe eingenommen und mit knapp 130 Millionen Euro auch eine große Summe ausgereicht. Das ist nach der Kostenerstattung an die örtlichen Sozialhilfeträger die höchste Ausgabensumme. Allein für das arbeitsmarktpolitische Programm des Landes sind fast 100 Millionen Euro vorgesehen.

Wichtig erscheint uns vor allem die Förderung der beruflichen Weiterbildung. Wenn von 100 Arbeitslosen lediglich fünf an entsprechenden Maßnahmen teilnehmen, dann ist das zu wenig. Viele Langzeitarbeitslose sind gering qualifiziert, fast 30 % haben überhaupt keine Ausbildung. Aus diesem Grund plädieren wir auch dafür, im arbeitsmarktpolitischen Programm des Landes verstärkt auf Weiterbildung zu setzen. Der Weiterbildungsgutschein ist dabei ein guter Ansatz.

Ein weiteres Programm, das bereits der Qualifizierung dient, wenn das Arbeitsverhältnis noch besteht, ist die Qualifizierung in kleinen und mittelständischen Unternehmen. Besonders positiv an diesem Programm ist die Verbindung zum ersten Arbeitsmarkt. Qualifizierungen von Arbeitslosen müssen mit einer ständigen Marktbeobachtung einhergehen; denn es hilft niemandem, wenn nach einer entsprechenden Maßnahme wieder die Arbeitslosigkeit folgt.

Trotz der notwendigen Existenz vielfältiger arbeitsmarktpolitischer Instrumente sollten wir nicht vergessen, dass die meisten Maßnahmen wirklich nur die zweitbeste Wahl sind. Zum Teil helfen sie, die Zeit der Arbeitslosigkeit zu überbrücken. Für manche, die wegen ihres Alters nicht mehr vermittelbar sind, sind sie ein letzter Rettungsanker. Aber auch diese Maßnahmen sollten immer Qualifizierungsbausteine enthalten. Für alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen muss gelten, dass neben der Quantität die Qualität eine größere Rolle spielt.

Vorschussleistungen für Projektträger sind nicht unüblich. In Brandenburg halte ich sie nach den Vorkommnissen bei der LASA für nicht gerechtfertigt. Wenn ausgereichte Summen nicht mehr abgerechnet werden können, bringt uns das gegenüber der Europäischen Union in eine schwierige Situation. Vorschussleistungen verhindern aber auch eine zielgerichtete Steuerung der Maßnahmen. Die Umsetzung des arbeitspolitischen Programms durch die LASA als Dienstleister des Landes ist

jedoch ein Thema, das wir morgen oder aber an anderer Stelle besprechen werden.

Priorität haben für uns neben den Weiterbildungsprogrammen die Ausbildungsprogramme. Das Landesprogramm enthält 13 Programme zur beruflichen Ausbildung. Die CDU favorisiert vor allem die betriebliche Ausbildung. Leider sind viele kleinere Betriebe aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation dazu nicht in der Lage. Deshalb ist ergänzend die Ausbildung im kooperativen Modell unverzichtbar. Das Land muss auch künftig an dem Ziel festhalten, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Dass dabei Wünsche und Möglichkeiten nicht immer übereinstimmen, wissen wir.

Eine besondere Herausforderung ist die Fachkräftesicherung, beispielsweise im Pflegebereich. Da ist das Land gefordert, stärker steuernd einzugreifen. Denn wenn wir jetzt nicht handeln, ist der Pflegenotstand vorprogrammiert.

(Beifall des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Wenn man sich einmal den demografischen Bauch ansieht - der Bauch, sage ich immer, ist meine Generation -, wird mir himmelangst. Deswegen sollten wir wirklich innovativ und modern sein und im Ausschuss ganz dringend über die Einführung eines Fonds nachdenken. Ich weiß, in Sachsen wurde ein solcher Fonds eingerichtet und wieder abgeschafft. Wir sollten anders an die Sache herangehen - entweder die Patientenzahl oder die Behandlungszahl zu Grunde legen - und einen Fonds bilden, in den alle Einrichtungen einzahlen. Diejenigen, die ausbilden, sollten aus dem Fonds Gelder entnehmen können, damit eben nicht die Menschen in den Pflegeeinrichtungen die Ausbildung bezahlen müssen.

Dann müssen wir natürlich dafür sorgen, dass diejenigen, die hier ausgebildet werden, in unserem Land bleiben.

(Frau Alter [SPD]: Richtig!)

Ich möchte noch etwas zum öffentlichen Beschäftigungssektor sagen. Sogar die Gewerkschaften versagen Ihnen ja die Gefolgschaft. „Ein solcher Sektor hat noch nie als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt funktioniert“, so wird Frau Stumpenhusen zitiert.

Ich möchte an den Kommunal-Kombi erinnern. Der Kommunal-Kombi, der von vielen Ebenen finanziert wurde - mit 150 Euro pro Kopf vom Land und auch von den Kreisen -, wurde nicht ausgeschöpft. Er wurde nicht deshalb nicht ausgeschöpft, weil wir keine Arbeitslosen hätten, sondern weil sich die Kommunen wirklich Gedanken darüber gemacht haben, wie sie Menschen zusätzlich zu bestehenden Arbeitsverhältnissen beschäftigen können.

Präsident Fritsch:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Schier (CDU):

Aber bitte.

Görke (DIE LINKE):

Sehr geehrte Kollegin! Kennen Sie die Stellungnahme des Landkreistages und des Städte- und Gemeindebundes zum Kommunal-Kombi, die zum Inhalt hatte, dass vonseiten der Kommunen und Landkreise Bedenken gegenüber dem Bund geäußert wurden, dass der Sockelbetrag von 500 Euro bzw. je nach Lebensalter aufgestockt

(Zuruf von der CDU: Frage!)

nicht ausreichte, um eine Entlastung der kommunalen Haushalte zu erreichen und damit die Umsetzung des Kommunal-Kombis für die Kommunen attraktiv zu machen?

Frau Schier (CDU):

Aber, Herr Görke, das ist doch ganz klar. Die Kommunen wurden nicht entlastet, die haben ja in ihren Kreistagen noch zusätzliche Mittel bereitgestellt. Das ist doch vollkommen klar.

(Görke [DIE LINKE]: Das ist ein Problem.)

- Nein. Es geht mir um das Kriterium „Zusätzlichkeit“. Der Kommunal-Kombi wurde unter anderem deshalb nicht ausgeschöpft, weil verantwortlich mit diesen Stellen umgegangen worden ist.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Beim öffentlichen Beschäftigungssektor ist es das Gleiche. Wir sollen zusätzliche öffentliche Beschäftigung schaffen.

Das ist übrigens auch ein Thema, das bei der ESF-Jahrestagung am 3. Mai 2010 besprochen wurde. Der Minister hat ausdrücklich von „Zusätzlichkeit“ gesprochen. Das finde ich auch richtig. Beim Kommunal-Kombi muss man einmal die Zeit abwarten. Die Laufzeit ist bis 2012. Dann werden wir sehen, wie viele Beschäftigungen auf dem ersten Arbeitsmarkt aus diesem Kommunal-Kombi entstanden sind.

Hinsichtlich des öffentlichen Beschäftigungssektors fand ich Folgendes sehr interessant: Sie werden sich vielleicht erinnern, im Februar dieses Jahres haben wir einen Antrag eingebracht, in dem wir die Landesregierung aufforderten, eine Positivliste zu erstellen; eben wegen der Zusätzlichkeit. Minister Baaske sagte: Keine Positivliste, aber wir können eine Möglichkeitsliste anfertigen,

(Lachen bei der CDU)

das heißt die Kommunen darauf hinweisen, dass dieses und jenes möglich sei.

Nun war ich auf der Jahrestagung am Montag zugegen. Ich staunte nicht schlecht, als der Minister ankündigte, dass in der nächsten Zeit vom Ministerium eine Positivliste erstellt werden soll.

(Zuruf von der CDU: Lernfähig!)

Ich möchte Ihnen, Herr Minister, das ein bisschen leichter machen. Ich habe die Positivliste aus Berlin hier, die immerhin mit den Handwerkskammern, der BA abgestimmt sind. Ich habe die Positivliste aus dem Landkreis Dahme-Spreewald hier, die mit der IHK, der Kleinen Liga, mit dem Arbeitslosenverband Königs Wusterhausen abgestimmt ist. Man muss die Arbeit nicht doppelt machen. Ich würde Ihnen dies gern übergeben. Uns ist wichtig, dass den vielen Arbeitslosen in unserem Land mit innovativen und modernen Aktivitäten geholfen wird. - Vielen Dank!

(Beifall CDU und der Abgeordneten Vogdt [FDP])

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Lehmann setzt die Debatte für die SPD-Fraktion fort.

(Zuruf von der CDU: Sie haben heute Großeinsatz, nicht das Manuskript verwechseln!)

Frau Lehmann (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Der Einzelplan 07 für das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie umfasst ein Finanzvolumen von etwa 640 Millionen Euro. Knapp 3 % betreffen freiwillige Aufgaben.

Im Vergleich zum Vorjahr weist der neue Plan gravierende Veränderungen auf. Diese resultieren einerseits aus dem veränderten Ressortzuschnitt der Abteilung Gesundheit hin zum Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und andererseits aus der Rücküberführung der finanziellen Mittel für die Eingliederungshilfe entsprechend Ausführungsgesetz SGB XII aus dem Einzelplan 20.

Allein darin begründet sich die Steigerungsrate im Einzelplan 07 in Höhe von 340 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Einnahmesituation des Landes waren bei der Haushaltsaufstellung des Jahres 2010 eine besondere Herausforderung, indem eh schon knappe Mittel noch einmal rationiert werden mussten. Alle Ministerien hatten hierbei ihren Beitrag zur Stabilisierung und Konsolidierung des Haushalts des Landes Brandenburg zu leisten.

Auch im Einzelplan 07 mussten wir in einigen Fällen Abschlüsse hinnehmen und konnten zum Beispiel folgende Aufwüchse letztlich nicht durchsetzen: die Förderung von Betreuungsvereinen, die erforderlichen Mehrbedarfe für soziale Projekte oder eben auch die Berücksichtigung von Tarifsteigerungen in der Verbandsförderung.

Umso erfreulicher und bemerkenswerter ist die Feststellung, dass wir mit dem Haushaltsplan 2010 nicht nur schlechthin an der sozialen Infrastruktur festhalten, sondern hier und da neue Akzente setzen werden. Dabei ist die Familienförderung absolut prioritär für uns. Mit dem Familienpass, den Elternbriefen und der Würdigung familienfreundlicher Unternehmen geben wir 240 000 Euro mehr aus als im Vorjahr.

Weitere Steigerungen ergeben sich durch die Einführung der flächendeckenden Finanzierung aller 23 existierenden Netzwerke „Gesunde Kinder“, was eine Erhöhung des Haushalts-

ansatzes in diesem Bereich von 408 000 Euro auf 1,05 Millionen Euro ausmacht.

Für jedes Netzwerk gewährleisten wir somit eine Grundfinanzierung zwischen 30 000 und 60 000 Euro. Damit schaffen wir eine wichtige Struktur, die regionale Netzwerkarbeit garantiert und durch die in Fragen gerade des Kinderschutzes frühzeitig reagiert werden kann. Für uns Sozialdemokraten war das ein wichtiges Wahlversprechen.

Ein weiteres Wahlversprechen, nämlich die Erstellung eines gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms - im Übrigen auch eine Forderung des Frauenpolitischen Rates -, gehen wir bereits mit Beginn der Legislaturperiode offensiv an. Im Jahre 2010 sind für Aktivitäten zur Erstellung dieses Programms als auch für erste Umsetzungsschritte 95 000 Euro vorgesehen.

Konkrete Projekte zu Themen wie den Abbau von traditionellen Geschlechterrollen, die landesweite Implementierung von Gender-Mainstreaming sowie die Beseitigung der Entgeltungleichheit, um nur einige zu nennen, werden im Laufe des Jahres 2010 erarbeitet.

Mit dem Programm „Arbeit für Brandenburg“ werden wir in dieser Wahlperiode 8 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im gemeinnützigen Bereich mit einem Finanzvolumen in Höhe von 40 Millionen Euro schaffen. Damit wollen wir vor allem älteren Langzeitarbeitslosen, die über drei Jahre ohne Arbeit sind, eine mindestens zweijährige Beschäftigung bei existenzsichernder Entlohnung anbieten.

Zum 1. Juni dieses Jahres werden wir den öffentlichen Beschäftigungssektor einführen, beginnend mit 1 200 Stellen und einem Finanzvolumen von 1,4 Millionen Euro. Die Änderungsanträge der FDP und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Zuge der Haushaltsdebatte, in denen gefordert wurde, den öffentlichen Beschäftigungssektor zu streichen, konnten und wollten wir in der Koalition natürlich nicht mittragen. Denn wie stellt sich die Arbeitsmarktsituation in Brandenburg dar? Wir haben über 41 000 Langzeitarbeitslose, davon sind über 17 000 über 50 Jahre. Rund 60 % der zu betreuenden Arbeitslosengeld-II-Bezieher weisen komplexe Problemlagen auf. Über 33 000 Arbeitslosengeld-II-Empfänger sind bereits mindestens 3 Jahre arbeitsuchend. Also es ist nicht nur ein rotes Prestigeobjekt schlechthin, sondern eine politische Notwendigkeit, um Menschen wieder eine Perspektive zu geben.

Mit unserem Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ glauben wir den richtigen Lösungsansatz gefunden zu haben. In Ergänzung zu dem laufenden Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ werden wir im Jahr 2010 insgesamt 5 540 Langzeitarbeitslosen mithilfe einer öffentlich geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wieder das Gefühl geben, Teil dieser unserer Gesellschaft zu sein. 9,2 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt sind hierfür allemal gerechtfertigt. Neben wieder-gewonnener Lebensqualität der Teilnehmenden werden durch abzuführende Sozialabgaben die Staatsfinanzen refinanziert, und durch erhöhte Kaufkraft in den Regionen wird der Wirtschaftskreislauf gefördert.

Der Änderungsantrag bzw. die Forderung der FDP, den Zuschuss für die LASA um 5 % zu reduzieren, war nun auch nicht der allergrößte Wurf. Die LASA in ihrer finanziellen Ausstattung weiter zu beschränken ist nicht vertretbar. Hier

haben wir seit Jahren einen gedeckelten Ansatz auf der Grundlage von 4,8 Millionen Euro. Das heißt, dass Tarif-, Personal- sowie Sachkostensteigerungen der letzten Jahren im Rahmen des gedeckelten Ansatzes zu erbringen waren, letztlich also durch Personalreduzierung. Hier haben wir das Ende der Fahnenstange erreicht. Die Kollegen der FDP begründen ihren Antrag unter anderem mit dem Argument: mehr Klasse statt Masse. - Die Masse haben wir über Jahre angepasst, derzeit arbeiten wir gemeinsam an der Klasse der LASA - unabhängig vom derzeitigen Landeszuschuss. Ihrem Antrag können wir insofern nicht zustimmen.

Den Haushaltsansatz der Frauenhäuser um 300 000 Euro für ausreichend sozialpädagogische und sozialtherapeutische Betreuung zu erhöhen hat - weil eben notwendig - zugegebenermaßen einen gewissen Charme. Leider verkennen die Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zuständigkeit. Diese Betreuung ist klar im SGB VIII, im KJHG geregelt und liegt eindeutig in der Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte. Mit Sicherheit kann vor Ort die Zusammenarbeit zwischen den Trägern von Frauenhäusern und den Jugendämtern verbessert werden und kann das Fachministerium bzw. das Landesjugendamt auch gern moderierend Unterstützung geben, jedoch keine finanzielle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern war der europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung; deshalb möchte ich anmerken, dass unser zuständiges Fachministerium keine Ausgleichsabgabe wegen Nichteinhaltung des Schwerbehindertenanteils leisten muss. Im MASF liegt der Schwerbehindertenanteil bei 10,6 %, vorgegeben ist gemäß § 71 Sozialgesetzbuch IX ein Anteil von mindestens 5 %. Natürlich erwarten wir das von einem Ministerium, das maßgeblich für die Behindertenpolitik im Land verantwortlich ist. Wenn Erwartungen übererfüllt werden, so darf man das auch einmal öffentlich äußern.

(Beifall der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Es soll auch eine Vorbildwirkung für andere Ministerien und Verwaltungen sowie für Unternehmen sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Nonnemacher spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Er ist der Leuchtturm rot-roter Arbeitsmarktpolitik und ein Renommierprojekt von hohem Symbolwert: der öffentliche Beschäftigungssektor, kurz: ÖBS. So war es auch klar, dass uns die rot-rote Koalition in Brandenburg analog dem Berliner Vorbild ein Beschäftigungsprogramm im gemeinwohlorientierten Bereich bescheren würde. Von den im Wahlprogramm der Linken geforderten 15 000 Stellen haben 8 000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse, die bis 2014 schrittweise geschaffen werden sollen, Eingang in den

Koalitionsvertrag gefunden. Wir müssen halt ab und zu mal daran erinnern, dass die Wahlversprechen doch ganz andere waren.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das ist die Rolle der Opposition! - Frau Kaiser [DIE LINKE]: Das gilt für alle!)

Die beiläufige Formulierung „unter Nutzung der bestehenden Arbeitsmarktförderinstrumente“ führt uns gleich zum Kern der Problematik. Einerseits gingen die Interpretationen darüber, ob das noch bis Ende 2012 laufende Programm Kommunal-Kombi auf die 8 000 ÖBS-Stellen angerechnet werden soll, deutlich auseinander - je nachdem, ob der Blick aus dem Winkel der Sozialdemokratie oder der Linken erfolgte. Ein Blick in den vorliegenden Haushalt schafft Klarheit. In den Erläuterungen heißt es:

„Die Finanzierung dient dem schrittweisen Aufbau von bis zu 8 000 geförderten Beschäftigungsverhältnissen im gemeinwohlorientierten Bereich unter Berücksichtigung der im Bundesprogramm Kommunal-Kombi geschaffenen Beschäftigungsverhältnisse.“

Da waren es von 15 000 Stellen noch 4 000. Zum anderen deutet „Nutzung der bestehenden Arbeitsmarktförderprogramme“ natürlich die größte Achillesferse des Brandenburger ÖBS an. Er findet nur statt, wenn die Kofinanzierung durch die einst von einem sozialdemokratischen Arbeitsminister Müntefering auf den Weg gebrachten Zuschussprogramme für Langzeitarbeitslose weiter gesichert wäre. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Umverteilung der Mittel für den Beschäftigungszuschuss nach § 16 e SGB II, dem Bundesprogramm „JobPerspektive“, durch das Haus von der Leyen spricht da eine andere Sprache. Mit der am 23.12.2009 im Bundesanzeiger veröffentlichten Eingliederungsmittelverordnung 2010 wurden die Finanzmittel für die „JobPerspektive“ nach einem neuen Schlüssel verteilt und sind nun im normalen Haushalt der Jobcenter integriert. Der ÖBS wird aber - wir blicken nach Berlin - hauptsächlich über den Beschäftigungszuschuss und zu einem geringeren Teil über das Bundesprogramm Kommunal-Kombi finanziert.

Von den 2009 bundesweit mit dem Programm „JobPerspektive“ geförderten Stellen entfielen 5 362 auf Berlin. Durch die Umverteilung der Mittel ist eine Ausweitung des ÖBS in Berlin illusorisch geworden, selbst das bestehende Niveau dürfte nicht zu halten sein. Das Land müsste seinen ÖBS in größerem Umfang selbst finanzieren, was nicht möglich ist. Ein angedachtes Umverteilen von Geld zulasten der Qualifizierung und Förderung junger Arbeitsloser geht auch nicht. Das Vorzeigeprojekt ÖBS verschlingt in Berlin mehr als die Hälfte des Geldes für geförderte Beschäftigung und geht offensichtlich zulasten der Ausbildungsförderung.

Meine Damen und Herren! Der ÖBS ist ein sehr teures Instrument von zweifelhafter Wirksamkeit. Jede in Berlin mit dem ÖBS geförderte Stelle kostet den Steuerzahler 23 860 Euro, wenn sie über den Beschäftigungszuschuss gefördert wird, und 21 100 Euro, wenn sie über den Kommunal-Kombi finanziert wird. Trotz dieser horrenden Summen erhält immer noch knapp die Hälfte der öffentlich Beschäftigten Transferleistungen. Sie sind Aufstocker. Ein großer Teil der ÖBS-Beschäftigten verbleibt also immer noch im SGB-II-Bezug. Das ist ernst.

Der ÖBS kostete in Berlin im Jahre 2009 178 Millionen Euro für ca. 7 500 Menschen. Nicht nur Berlins Finanzsenator Nußbaum äußerte an dem Projekt massive Kritik: zu teuer, in seiner Wirksamkeit fragwürdig, von Vorteil nur für einen Bruchteil der Langzeitarbeitslosen und ohne strukturelle Effekte auf den Arbeitsmarkt. - Auch in der Berliner SPD-Fraktion hält sich die Begeisterung inzwischen in sehr engen Grenzen, und Absetzbewegungen sind unverkennbar.

Der Kommunal-Kombi, ein Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose, das seinerzeit von Bundesminister Müntefering mit der Hoffnung verbreitet wurde, 100 000 Jobs schaffen zu können, hat diese Erwartung in keiner Weise erfüllt. Bundesweit wurden nur 15 825 Langzeitarbeitslose nach diesem Modell eingestellt. Die Akzeptanz des Programms im Westen der Republik war gleich null. Auch in Brandenburg wurde die geplante Zahl von 7 500 Stellen nicht ausgeschöpft. Es konnten lediglich 4 147 Stellen besetzt werden.

Die Probleme des Programms - Herr Görke sprach sie in seiner Zwischenfrage an -, nämlich die Kofinanzierung durch die klammen Kommunen und überhaupt Beschäftigungsfelder zusätzlicher Arbeit ohne Verdrängungseffekt auf dem regulären Arbeitsmarkt zu finden und zu definieren, sind strukturell allen Arbeitsmarktprogrammen gemein.

Wenn im Koalitionsvertrag steht: „Die Koalition strebt an, bis 2014 unter Nutzung der Bundesmittel 8 000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen“, so ist doch allen klar, dass schon das finanziell besser ausgestattete Bundesprogramm Kommunal-Kombi nur unzureichend angenommen wurde. Es konnte Ihrer Aufmerksamkeit während der Koalitionsverhandlungen auch nicht entgangen sein, dass eine schwarz-gelbe Bundesregierung in Berlin wohl kaum darauf wartet, den ÖBS in Berlin und Brandenburg üppig zu finanzieren. Sie betreiben hier reine Symbolpolitik und setzen darüber hinaus falsche Signale.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Wo bleibt das Signal, dass das oberste Ziel von Arbeitsmarktpolitik die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu sein hat, so wie wir es in unseren Vorschlägen eines ökologisch nachhaltigen Umbaus der Wirtschaft, den Green New Deal, vorgelegt haben? Wo bleibt das Signal,

(Zuruf der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE])

dass die Integration in den ersten Arbeitsmarkt das Hauptanliegen von Arbeitsmarktpolitik zu sein hat? Und wo bleibt das Signal zur Qualifizierungsoffensive auf einem Arbeitsmarkt, auf dem sich sowohl Arbeitskräfte- als auch Fachkräftemangel abzeichnen beginnt und der gerade deshalb auch schon Chancen für Ältere und Arbeitslose bietet?

Wenn Ihnen selbst von der ver.di-Vorsitzenden Frau Stumpenhusen vorgehalten wird,

(Frau Lehmann [SPD]: Das hat sie so nicht gesagt!)

dass der öffentliche Beschäftigungssektor bisher noch nie als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt funktioniert hat und allen-

falls vorher gestrichene Arbeitsplätze durch hochsubventionierte ersetzt, so stehen Sie da im politischen Aus, bevor überhaupt eine einzige zusätzliche Stelle nach dem Programm geschaffen worden ist.

Gemeinsinn und Erneuerung, nein, diesem Anfang, meine Damen und Herren, wohnt kein Zauber inne. Ich möchte anmerken, der einzige, der gestern für mich wirklich glaubwürdig vermitteln konnte, dass dieses rot-rote Projekt Inhalte transportiert und Aufbruch verschaffen will, war Herr Krause, der in einer sehr persönlichen Rede gesagt hat, er freue sich, er finde, er habe gute Arbeit geleistet. Das hat er auch. Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Erfolg.

(Beifall der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Die Mittel für die Jugendlichen hochzusetzen, das war prima. Aber sonst ist das doch hier keine Aufbruchstimmung. Sie klatschen ja nicht einmal bei Ihren eigenen Redebeiträgen.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

Nein, wir Grünen sind nicht gegen Programme für Langzeitarbeitslose, wir fordern sogar einen sozialen Arbeitsmarkt, ohne das Ziel, auch Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, aufzugeben. Den hier betriebenen Etikettenschwindel mit Umwidmung anderer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, ohne Schaffung zukunftsfähiger Jobs und in dem Wissen, dass die Bundesmittel eben nicht fließen werden, wollen wir nicht mitmachen. Wir haben die 1,44 Millionen Euro aus dem Haushaltsansatz „Programm für öffentlich geförderte Beschäftigung“ in unserem Änderungsantrag gestrichen. Für Maßnahmen zur Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen können sie aber gerne Verwendung finden.

(Beifall GRÜNE/B90 und der Abgeordneten Blechinger [CDU])

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, Ihr arbeitsmarktpolitischer Tiger ÖBS wird vermutlich bald lautlos vors Bett schweben, und er wird dort neben dem bildungspolitischen Tiger Schüler-BAföG seine letzte wohlverdiente Ruhestätte finden.

(Beifall GRÜNE/B90, CDU und FDP)

In einer sehr instruktiven Stellungnahme des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg - die haben die Fusion schon geschafft - zur öffentlich geförderten Beschäftigung wird übrigens noch auf ein weiteres Problem hingewiesen. Ich zitiere aus der Stellungnahme:

„Und nicht zuletzt ist der ÖBS für Beschäftigungsträger ein Beschäftigungsfeld, das auch zur Sicherung der eigenen Existenz, zur Finanzierung der Stammbesellschaft genutzt wird, was unter Einschränkung zulasten der ÖBS-Beschäftigten und der Ziele des ÖBS geht.“

Das ist ein ernstes Problem. Das bedeutet im Klartext: Wir müssen auch ein Auge darauf haben, dass Beschäftigungsprogramme für die Ärmsten dieser Gesellschaft nicht zur Arbeitsbeschaffung für die Träger dieser Programme werden.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

In Verbindung mit der sogenannten Maserati-Affäre und einzelnen Unregelmäßigkeiten bei freien Trägern und Sozialvereinen

(Zuruf des Abgeordneten Petke [CDU])

- das ist Ihre Interpretation, Herr Petke, die teile ich nicht unbedingt - fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Minister eindringlich auf, den angekündigten Ehrenkodex in Absprache mit den Wohlfahrtsverbänden schnell zu erarbeiten.

Dass wir uns nicht nur die Arbeitsmarktprogramme, vielleicht die Träger der Förderprogramme, bestimmt aber die Abrechnung der Maßnahmen genau ansehen müssen, beweist leider sehr eindrücklich die LASA.

(Frau Lehmann [SPD]: Das hat nichts mit dem Träger zu tun!)

Zeitgleich mit den angelaufenen Haushaltsberatungen erschüttert das Daten- und Abrechnungsdebakel der Landesagentur für Struktur und Arbeit das Land. Über die Probleme der LASA werden wir an anderer Stelle noch reden; es liegt ein Antrag vor. Ein entsprechender Hinweis ist aber auch in der Haushaltsdebatte durchaus am Platz, da dem Land durch die Vorkommnisse finanzieller Schaden entsteht und möglicherweise noch Ausfälle in Millionenhöhe drohen. Auch wenn genauere Ausfallzahlen selbstverständlich noch nicht vorliegen können, so sprach der Minister von Zinsausfällen für 2009 in Größenordnungen von 430 000 Euro. Hinzu kommen 110 000 Euro für IT-Beratungen, 30 000 Euro für Wirtschaftsprüfungen, 42 000 Euro für angefallene und ausgezahlte Überstunden der Mitarbeiter, nochmals 90 000 Euro zur Überprüfung des Smart-LASA-Systems.

Sie sehen, meine Damen und Herren, diese Kosten summieren sich leicht auf Hunderttausende und sind durchaus haushaltsrelevant. Sollte sich im Laufe des Jahres herausstellen, dass Brandenburg bestimmte Zahlungen nicht in geforderter Qualität belegen kann, würden uns diese Kosten in Höhe von bis zu 12 Millionen Euro nicht erstattet werden.

Ich möchte zum Ende noch kurz auf die Bereiche Behindertenpolitik und Frauenpolitik eingehen. Die schon länger diskutierte Novellierung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes steht bevor. Der Landesbehindertenrat hat im Vorfeld schon wertvolle Arbeit geleistet. Der neue Landesbehindertenbeauftragte Jürgen Dusel wird dieser Tage seine verantwortungsvolle Tätigkeit aufnehmen. Wir gratulieren ihm von dieser Stelle aus noch einmal zur Wahl.

(Beifall GRÜNE/B90, FDP und SPD)

Als bedauerlich sehen wir an, dass die vom Landesbehindertenrat angemahnte Überprüfung der Ansiedlung des Beauftragen beim Sozialminister nicht kritisch überprüft wurde. Die für den Sommer angesetzten fünf behindertenpolitischen Regionalkonferenzen begrüßen wir außerordentlich und hoffen, dass die Vorschläge der Betroffenen auch gehört werden.

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen entscheidet sich immer vor Ort im Alltagsleben. Wir mahnen an, dass die notwendigen Verbesserungen zur Schaffung von Barrierefreiheit nicht wieder auf dem Altar des Konnexitätsprinzips geopfert werden. Die Regierungskoalition hat in ihrem Koalitions-

vertrag die konkrete Umsetzung der UN-Konvention im Alltag versprochen. Daran muss sie sich messen lassen. Ausdrücklich erinnert sei noch einmal an den Satz:

„Bei Sanierung und Neubau von öffentlichen Gebäuden soll Barrierefreiheit durchgesetzt werden.“

Das werden wir beobachten.

Die Erarbeitung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms begrüßen wir sehr. Die Arbeit des Frauenministeriums ist durchaus positiv zu bewerten. Die zügige Besetzung des Postens der Gleichstellungsbeauftragten und die Arbeit von Frau Dr. Haase werden von uns geschätzt.

Da in der restlichen Landesregierung das Bewusstsein für die Querschnittsaufgabe Genderpolitik noch etwas unterentwickelt ist, verbinden wir mit dem Gleichstellungspolitischen Handlungsprogramm gewisse Hoffnungen.

Die Grünen haben zum Einzelplan 07 noch einen weiteren Änderungsantrag gestellt. Sowohl die Kollegin Wöllert als auch Frau Lehmann haben darauf Bezug genommen. Wir möchten, dass die Zuschüsse für Frauenhäuser um 300 000 Euro erhöht werden, die an die Kreise weiterverteilt werden, um daraus die sozialtherapeutische Arbeit für im Frauenhaus lebende und von Gewalt betroffene Kinder finanzieren zu können. Sie haben erklärt, die Kosten müssten woanders angesiedelt werden. Wir sind der Meinung, dass auch da Hilfe aus einer Hand die richtige Antwort ist. Diese Kinder leben mit in den Frauenhäusern, und sie müssten auch dort betreut und therapiert werden. Aber immerhin freuen wir uns, dass unser Anliegen doch auf Interesse und offene Ohren stößt. Vielleicht können wir demnächst da noch einmal zusammenkommen.

Ich bin am Ende meiner Rede. Die Grünen sind bisher ja viel gelobt worden. Das war schon fast rufschädigend.

(Holzschuher [SPD]: Nicht nur! - Weitere Zurufe)

Ich glaube, dass sich das inzwischen in Grenzen hält.

(Holzschuher [SPD]: Nicht übermütig werden!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Büttner spricht für die FDP-Fraktion.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Nonnemacher, das kriege ich jetzt alles ab.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Menschen ohne Arbeit eine Perspektive zu geben und ihnen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, gehört zu den drängendsten Herausforderungen in der Politik. Diesen Herausforderungen wollen wir uns als Liberale stellen. Da wir wissen, dass dies eine Aufgabe ist, die im Interesse

unseres Landes ist, werden wir gern kritisch-konstruktiv die gegenwärtige Landesregierung auf ihrem Weg hin zu mehr Beschäftigung begleiten. Allerdings glauben wir auch, dass die Landesregierung mit der Vorlage des Haushalts in diesem Bereich auf dem falschen Weg ist. Lassen Sie mich deshalb zunächst auch auf den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor kommen.

Aus dem Evaluationsbericht zu den Arbeitsförderprogrammen, welcher noch von der alten Bundesregierung im damals sozialdemokratisch geführten Bundesarbeitsministerium erstellt wurde, ist eindeutig herauszulesen, dass die Arbeitsförderprogramme vor allem viel Geld kosten und wenig bringen. Die Menschen erleben einen Jo-Jo-Effekt: Sie sind arbeitslos, bekommen dann eine öffentlich geförderte Beschäftigung, um nach dem Auslaufen selbiger wieder in der Arbeitslosigkeit zu landen.

Ziel einer vernünftigen Arbeitsmarktpolitik muss doch die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt sein. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Landesregierung helfen nicht den 750 000 Brandenburgerinnen und Brandenburgern, die noch in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stehen und jetzt den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und die sich anschließende erneute teure Arbeitslosigkeit finanzieren müssen. Über die gesamte Legislatur kommen so 40 Millionen Euro zusammen, die Sie besser in Maßnahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung gesteckt hätten. Da nämlich würden sie eine Rendite, eine Bildungsrendite bringen, da Sie die Erwerbslosen aktivieren.

(Beifall FDP)

Ich freue mich, dass ich in der Frage der Bewertung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors gleicher Meinung wie ver.di bin. Ich schließe mich gern den Ausführungen von Susanne Stumpfenhusen an: Das ist noch nie eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt gewesen.

(Zuruf)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Einzelplan zeichnet sich auch in besonderer Weise dadurch aus, dass er eine Reihe arbeitsmarktpolitischer Programme und Strukturen fortführt, die kontraproduktiv für die derzeitige und künftige Struktur des Arbeitsmarktes in Brandenburg sind. Die aktuelle Fachkräftestudie der Länder Berlin und Brandenburg sagt bis zum Jahr 2030 einen Fachkräftemangel von bis zu 460 000 Personen voraus. Bereits heute zeigen die mittelständischen Unternehmen an, dass ihnen der Nachwuchs ausgeht. Unsere wichtigste Aufgabe ist es also, einerseits Menschen zu qualifizieren, andererseits aber eine auch weiterhin hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Hier erwarte ich Antworten der Landesregierung, die ich bisher nicht erkennen kann.

Wir fördern zum Beispiel in diesem Jahr mit etwa 11 Millionen Euro unter anderem überbetriebliche Ausbildung in der Landwirtschaft. Wir versuchen, mittels eines bunten Straußes sich überschneidender Eingliederungsprogramme die Zahl der Schulabbrecher zu reduzieren und diese in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und wir fördern in Zeiten rückläufiger Bewerberzahlen im Handwerk überbetriebliche Ausbildungsgänge. Die LASA fördert die Qualifizierung in Kultur- und Gesundheitsberufen, in der Kinder- und Jugendhilfe und in Unternehmen.

Präsident Fritsch:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Büttner (FDP):

Frau Wöllert.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Herr Büttner, wie sehen Sie denn die Verantwortung der Unternehmen für die Ausbildung?

Büttner (FDP):

Ich sage dazu gleich noch etwas. Auch die Unternehmen - um kurz darauf einzugehen, Frau Wöllert - haben eine Verantwortung. Selbstverständlich. Ich erwarte auch von den Unternehmen, dass sie mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Wir dürfen ihnen dann aber das Leben unter anderem mit dem von Ihnen geplanten Vergabegesetz nicht zusätzlich erschweren.

(Frau Lehmann [SPD]: Genau! - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Ausbildung und Vergabe haben nichts miteinander zu tun! - Zurufe SPD und DIE LINKE: Oh!)

Aber warum bietet die LASA diese Programme an, wenn die berufliche Fortbildung parallel dazu auch über den Bildungsscheck gefördert wird? Die Vielzahl ähnlicher Arbeitsmarktprogramme bringt uns in Brandenburg nicht weiter und belastet den Landeshaushalt. Ich kann Sie nur ermuntern, alle Programme auf ihre Kosten und ihren Nutzen hin evaluieren zu lassen und die LASA-Angebotsstruktur komplett neu zu konzipieren.

Würden Sie endlich die Eingliederungszahlen der vergangenen Jahre zur Kenntnis nehmen, müssten Sie sich eingestehen, dass dieser Weg in der Vergangenheit nicht die Ergebnisse geliefert hat, die den Einsatz solch horrender öffentlicher Mittel rechtfertigt und dass die Politik des Sich-Kümmerns gescheitert ist.

Als ob das noch nicht genug sei, vollziehen Sie mit dem von Ihnen geplanten Vergabegesetz das, was Sie uns an Tagen wie dem 1. Mai so gern vorhalten. Sie greifen in die Tarifautonomie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein und untergraben so gültiges Tarifrecht.

Meine Damen und Herren, einer der großen Posten dieses Haushalts sind die Zuweisungen an die Landkreise und die Kommunen für soziale Projekte und Maßnahmen. Rund 300 Millionen Euro schlagen hier zu Buche. Gesellschaftliche Solidarität ist ein Grundpfeiler unseres Staates. In diesem Punkt sind wir uns einig. Unsere Wege trennen sich aber, wenn es um den Einsatz dieser Mittel geht.

Eine Menge Geld ließe sich einsparen, wenn Sie bei der Mittelbewilligung auf Transparenz, Wirtschaftlichkeit und Wettbewerb setzen würden. Allein im Jahr 2007 wurde durch freie Träger deutschlandweit ein Umsatz von 27,3 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Ihre Regierung täte gut daran, wenn Sie die Bewilligung von Mitteln für soziale Maßnahmen daraufhin überprüfen würde, ob durch die Maßnahme erstens die betroffenen Personen akti-

viert werden, anstatt Abhängigkeit zu verwalten, und zweitens das Gebot der Wirtschaftlichkeit erfüllt ist.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Wenn Sie es dann noch schaffen würden, verbindliche und nachprüfbar Ziele zu definieren, die Sie mit sozialen Maßnahmen erreichen möchten, werden die nächsten Haushalte in diesem Bereich schon bedeutend erfreulicher aussehen.

Lassen Sie mich noch auf zwei grundsätzliche Dinge eingehen, die in Ihrer Sozialpolitik immer wieder ausgeklammert werden und für die wir als Freie Demokraten in den letzten Wochen und Monaten heftig gescholten wurden. Nicht jeder, der Hilfe sucht, ist auch wirklich hilfebedürftig. Das wissen Sie, und das weiß ich. Anders als Sie trauen wir uns aber zu sagen: Wir leiden in diesem Land nicht an einem Mangel an sozialer Sicherung, sondern in vielen Fällen an einem Dschungel sozialer Angebote, Fördermöglichkeiten und finanzieller und organisatorischer Unterstützung.

(Zuruf von der SPD: Und deshalb weniger Staat!)

Sie sagen die Unwahrheit, wenn Sie immer wieder behaupten, der Sozialstaat stehe - gerade von der FDP gefordert - vor dem Ausverkauf. Wir wissen, dass die von der FDP angestoßene Debatte schwierig ist, weil interessierte Kreise die FDP in eine sozial kalte Ecke stellen wollen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Ihr seid noch nie herausgekommen! - Weitere Zurufe SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Wir wissen, dass diese Diskussion kontrovers ist. Wir werden sie trotzdem führen. Wir wollen mündige Bürger, für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eine Selbstverständlichkeit ist. Wir wollen keine Bittsteller. Wir wollen denen helfen, die Hilfe wirklich nötig haben,

(Frau Alter [SPD]: Wir auch!)

denen, die Pech im Leben hatten und sich nicht oder nicht mehr selbst helfen können. Anders als Sie sagen wir aber auch allen, dass sie in erster Linie eine Verantwortung für sich selbst haben und der Staat erst dann die Lebensrisiken absichert, wenn sie sich nicht mehr selbst helfen können.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Aha!)

Transferleistungen sind Steuergelder. Es ist das Geld der Menschen, die morgens aufstehen und pflichtbewusst ihrer Arbeit nachgehen.

(Krause [DIE LINKE]: Es gibt aber Menschen, die leider keine Arbeit haben!)

Die Mitte der Gesellschaft ist solidarisch. Wir wollen, dass dies so bleibt. Wir erleben jedoch seit Jahren, dass es in einigen politischen Parteien verpönt ist, über die Leistungsträger in unserer Gesellschaft zu sprechen.

(Beifall FDP und CDU)

Dass wir diese Menschen in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen, die den Karren ziehen und die das System am Laufen

halten, dafür steht die Freie Demokratische Partei und im Übrigen auch die christlich-liberale Koalition in Berlin. Das sind diejenigen, die dafür sorgen, dass Ihre Regierung die Mittel, die sie jetzt zur Verfügung hat, verteilen kann.

(Zurufe der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE] und der Abgeordneten Alter [SPD])

Wir wissen, dass man das Solidaritätsprinzip nicht gegen das Leistungsprinzip ausspielen kann. Wir wollen, dass Menschen aktiviert werden. Ich halte das Anliegen der von der SPD und den Grünen eingeführten Hartz-Gesetze für grundsätzlich richtig. Was ich jedoch für grundsätzlich falsch halte, ist die Tatsache, dass viele von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen eine wahre Odyssee und beschämende Behandlung über sich ergehen lassen müssen, um die ihnen zustehenden Leistungen zu erhalten. Deswegen sage ich hier ganz klar: Das gegenwärtige System von Hartz IV ist falsch und muss weg. Ich bin deshalb sehr froh, dass die christlich-liberale Koalition in Berlin im Koalitionsvertrag den Einstieg in ein Bürgergeld vereinbart hat. Das ist die Änderung des Sozialstaats hin zu mehr Effizienz und vor allem hin zu mehr menschlicher Würde.

(Zuruf der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, was ich soeben in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik skizziert habe, lässt sich auch auf geschlechter-spezifische Fragen anwenden.

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Wir haben nicht nur in Brandenburg, sondern in ganz Deutschland erhebliche Probleme, wenn es um die Chancengleichheit von Frauen und deren Schutz vor Diskriminierung geht.

(Frau Lehmann [SPD]: Das sagt jetzt der Richtige!)

Dieses Problem tangiert den respektlosen Umgang, den einige Männer mit Frauen pflegen, setzt sich bei der Staffelung der Versicherungstarife fort und findet die größte Beachtung in Fragen der Lohnungleichheit zwischen beiden Geschlechtern. Noch immer werden Frauen in vielen Fällen für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Dies hat etwas mit der Beschäftigungsstruktur zu tun. Frauen arbeiten häufiger im tertiären Sektor und sind häufiger in flexible Arbeitszeitmodelle wie Teilzeitarbeit eingebunden. In nicht wenigen Fällen entsteht Frauen aber auch aufgrund ihrer geschlechterspezifischen Rolle ein Nachteil. Arbeitgeber, die Frauen nur befristete Arbeitsverträge anbieten, weil sie befürchten, im Falle einer Schwangerschaft finanzielle Nachteile zu erleiden, sind hier nur ein Beispiel. Entsprechend wirkungsvoll und nachhaltig muss daher Politik reagieren, um Frauen noch mehr in den Arbeitsprozess zu integrieren.

(Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Unter uns herrscht auch Einigkeit, dass der beste, weil effektivste Weg aus der Armut ein fester Job mit einem auskömmlichen Einkommen ist. Den Anfang zur Benachteiligung von Frauen hat jedoch auch der Staat gemacht, indem er beispielsweise die Steuerklasse V eingeführt hat. Wenn Sie als verheiratete Frau in diese Steuerklasse eingegliedert sind, dann rechnen Sie zweimal, ob es sich lohnt, eine reguläre Beschäftigung aufzunehmen, weil der Staat Ihnen nämlich gut die Hälfte Ihres Lohnes wegsteuert. Nun werden einige von Ihnen sagen, dafür werde ja

der verdienende Ehemann steuerlich entlastet - die Steuerdiskriminierung der Frauen wird dadurch jedoch nicht gemindert. Umso wichtiger ist das Zeichen, das die christlich-liberale Bundesregierung zum 01.01.2010 gesetzt hat. Seit Jahresbeginn können sich beide Ehepartner, sofern dies gewünscht wird, unter Hinzuziehung eines steuermindernden Faktors in die Steuerklasse IV eintragen lassen. Dadurch wird die steuermindernde Wirkung des Ehegattensplittings bereits beim Lohnsteuerabzug berücksichtigt. Die Folge ist, dass besonders Frauen ein höheres Nettoentgelt erhalten, was es für sie attraktiver macht, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Dieser Schritt macht nicht alles gut, aber vieles besser. Er baut nämlich die Ungerechtigkeiten in der Besteuerung des Einkommens von Männern und Frauen ab. Dies ist ein Ergebnis einer soliden Gleichstellungspolitik der von Ihnen so abgelehnten christlich-liberalen Regierungskoalition im Bund.

(Vereinzelt Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, vielleicht werden Sie meiner These zustimmen, dass in den Bereichen der Frauenschutzprogramme, der Gewaltprävention oder der Schwangerschaftskonfliktberatung noch Verbesserungen nötig sind. Frauenhäuser und Konfliktberatungsstellen sind Träger sozialer Leistungen, die wir unterstützen wollen. Auch wenn ich ein überzeugter Vertreter des Subsidiaritätsprinzips bin, sage ich Ihnen hier: Die Finanzierung von Frauenhäusern und Schutzwohnungen muss endlich bundeseinheitlich geregelt werden.

(Frau Melior [SPD]: Na denn mal los!)

Dazu stehen wir als FDP-Fraktion hier im Haus und werden dies auch weitertragen.

Derzeit haben wir die haushalterische Situation, dass die frauenpolitischen Vereine vonseiten des Landes fast gleich bezuschusst werden. Dies wird aber ihrem Anliegen, schutzsuchenden Frauen zu helfen, nicht gerecht. Daher möchten wir, dass die Inhalte und Ziele der einzelnen Maßnahmen überprüft werden. Jede angebotene Maßnahme muss anhand eines vom Land aufgestellten Zielkataloges bewertet und entsprechend finanziell unterstützt werden. Daher bedürfen die einzelnen Projekte auch eines variierenden Finanzrahmens. Dies soll sich künftig im Haushalt stärker widerspiegeln.

Lassen Sie mich auf einen Punkt kommen, der ebenfalls sehr eng mit der Frage verknüpft ist, wie Frauen der Spagat zwischen Beruf und Familie besser gelingen kann. Dies ist auch ein ressortübergreifendes Thema. Wir haben in Deutschland in den vergangenen Jahren einen Kulturwechsel erlebt - einen Wechsel in der Betreuungskultur für Kinder unter und über drei Jahren. Sie wissen sicher alle, dass alle ostdeutschen Bundesländer die bis 2013 angestrebten Betreuungsquoten bereits heute übertroffen haben.

(Zuruf der Abgeordneten Melior [SPD])

Umso wichtiger ist es, dass wir in Brandenburg auch die richtigen Akzente setzen. Auch Brandenburg profitiert von den Bundesmitteln, mit denen der Ausbau der Kitas vorangetrieben werden soll. Wenn es uns aber gelingen soll, Beruf und Kindererziehung besser miteinander zu verzahnen, dann müssen wir beide Seiten im Blick behalten - die quantitative und die qualitative

Seite. Es darf in Zukunft nicht mehr ausschließlich darum gehen, wie viele Betreuungsplätze angeboten werden, sondern auch und gerade, zu welchen Tageszeiten diese angeboten werden. Was nutzt es, wenn die alleinerziehende Mutter im Schichtsystem arbeiten möchte, dies aber nicht kann, weil es in der jeweiligen Region keine oder zu wenige Kitas gibt, die flexible Betreuungszeiten bzw. eine 24-Stunden-Betreuung anbieten? Hier liegt eines der Hauptprobleme, denen sich alle Ebenen stellen müssen. Dabei kann unter anderem mithilfe von Tagesmüttern oder Betriebskindergärten gegengesteuert werden. Gerade bei letzteren bedarf es stärkerer Anstrengungen der Landesregierung, aber natürlich auch der Unternehmen im Land, die sich künftig stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren müssen. Anderenfalls können sie im Wettbewerb um qualifiziertes Personal nicht bestehen.

Meine Damen und Herren, familienpolitische Leistungen sind keine sozialen Wohltaten, sondern Investitionen in die Zukunft. Wir Liberale fassen dabei den Familienbegriff sehr weit. Familie heißt für uns, dass Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Verantwortungsgemeinschaften dürfen nicht diskriminiert werden, und rechtliche Benachteiligungen für neue Verantwortungsgemeinschaften gehören abgeschafft.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Familien zu stärken bedeutet nicht nur, bestehende Familienstrukturen durch bestmögliche Rahmenbedingungen zu flankieren, sondern auch, dass man die Rahmenbedingungen schafft, damit sich mehr Menschen für Kinder entscheiden. In den vergangenen fünf Jahren hat sich einiges zum Positiven gewendet. Gleichwohl besagen die neuesten Zahlen, dass die Geburtenrate im vergangenen Jahr stagniert hat. Dies verdeutlicht, dass es mit dem Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten allein nicht getan ist. Es ist notwendig, eine ganze Reihe von familienpolitischen Maßnahmen zu haben und die Rahmenbedingungen für Familien bestmöglich zu setzen. Die familienpolitischen Maßnahmen der Landesregierung werden wir deshalb auch stets kritisch-konstruktiv begleiten.

Meine Damen und Herren, der uns von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsplan setzt aus unserer Sicht diese Schwerpunkte nicht um. Ihr Haushalt enthält Luft - viel Luft. Das wissen Sie auch.

(Lachen der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Nicht umsonst hat Minister Baaske zu Anfang des Jahres darauf hingewiesen, dass die Finanzmittel für den Arbeitsmarkt nicht effektiv eingesetzt worden sind. Umso unverständlicher ist es dann, wenn Sie daraus keine Lehren ziehen, sondern aus Koalitionsraison sogar noch eins draufsatteln und einen Neuanfang verhindern.

(Beifall der Abgeordneten Vogdt [FDP])

Gestaltungswillen können wir in Ihrem Haushalt nicht erkennen. Da dies nicht der Fall ist, werden auch die politischen Ergebnisse überschaubar ausfallen und den Menschen in unserem Land nicht helfen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Büttner. - Bevor ich der Landesregierung das Wort erteile, möchte ich in unserem Plenarsaal Schülerinnen und Schüler des Sängerstadt-Gymnasiums Finsterwalde begrüßen. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Herr Minister Baaske, Sie haben das Wort.

Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie Baaske:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich werde trotzdem nicht singen.

(Zuruf von der CDU: Wie schade!)

Herr Büttner, wenn Sie hier jammern, man würde Sie und Ihre Politik in die sozialpolitische kalte Ecke stellen, dann möchte ich Ihnen nur sagen: Ihre FDP ist der sozialpolitische Tiefkühlschrank in dieser Republik schlechthin,

(Oh! bei der FDP)

und Ihr Parteivorsitzender Westerwelle steht andauernd da und drückt auf „Schockfrost“. Das haben die Leute im Land auch zur Kenntnis genommen; das ist nun einmal so.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Wenn Sie hier behaupten, wir würden eine Politik zur Beschämung der Leute betreiben, dann fragen Sie einmal die Langzeitarbeitslosen, wer sie in den letzten Monaten beschämt hat. Das war nicht unsere Politik, sondern das war Ihr Parteivorsitzender!

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wenn Sie im Übrigen davon reden, dass in diesem Haushalt viel Luft sei, dann entgegne ich: längst nicht so viel wie in Ihrer Rede.

Ich möchte noch einige Worte als Dienstleister der Opposition sagen: Infratest dimap hat im April in unserem Auftrag eine Umfrage durchgeführt.

Den Leuten im Land Brandenburg wurde die Frage gestellt: Was halten Sie von einem öffentlich finanzierten Beschäftigungssektor für langzeitarbeitslose Menschen in Brandenburg? 71 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger waren dafür. Wir müssen uns fragen, warum nur 69 % der SPD-Anhänger dafür waren.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Ihr könnt stolz sein, bei euch waren es 77 %, bei der FDP waren 75 % dafür. Drei Viertel der FDP-Anhänger sind also für einen öffentlich finanzierten Beschäftigungssektor.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Im Übrigen waren es bei der CDU 70 % und bei den Grünen, Frau Nonnemacher, 73 %. Das ist Ihre Basis!

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Ihre Basis sieht auch nicht die Postkommunisten in den Nachfolgeorganisationen der LPG, aber sei's drum.

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Ich bin mir noch sicherer: Wenn wir die Gewerkschaften in diesem Lande fragen würden, nicht Frau Stumpenhusen, aber die Gewerkschafter, die Mitarbeiter,

(Lachen bei der CDU)

würden wir locker über 80 % kommen.

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister, lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Senftleben zu?

Minister Baaske:

Ich habe doch gerade angefangen. Können Sie nicht aufschreiben, was Sie fragen wollen, und fragen, wenn ich fertig bin?

Vizepräsidentin Große:

Lassen Sie sie zu oder nicht?

Minister Baaske:

Na denn los!

Senftleben (CDU):

Sie brauchen keine Angst vor meiner Frage zu haben, Sie brauchen Sie nur zu beantworten.

(Beifall CDU)

Herr Minister, meine Frage ist ganz konkret: Richtet Rot-Rot zukünftig seine Politik nach Umfragen und Umfrageergebnissen aus?

(Jürgens [DIE LINKE]: Volksvertretung! - Weitere Zurufe)

Minister Baaske:

Das werden wir nicht tun, aber ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das in dieser Frage täten. Dann wäre uns in diesem Land schon viel geholfen.

Frau Nonnemacher, Ihrer Rede konnte ich entnehmen, dass Sie nach wie vor Berlinerin sind, eigentlich nur über die Grenze gezogen, aber ansonsten waren Sie in Ihrer Rede sehr berlin-verhaftet.

(Widerspruch bei der CDU)

Es ist ja so. Sie haben, was den öffentlichen Beschäftigungssektor betrifft, zu drei Vierteln über Berlin gesprochen und Brandenburg nur kurz angerissen. Das darf ich wohl behaupten.

(Frau Nonnemacher [GRÜNE/B90]: Sie orientieren sich an Berlin!)

Das tun wir überhaupt nicht.

Ich habe gesagt - und das haben auch Sie gesagt -, dass wir besser werden müssen. Wenn wir besser werden wollen, werden wir etwas verändern müssen. Das habe ich oft genug beschrieben, und das haben wir sogar aufgeschrieben. Das kann man nachlesen, wenn man will. Meistens ist das Schwarze die Schrift.

Ansonsten will ich Ihnen nur sagen: Wir wollen besser werden, und wir werden bei den Maßnahmen, die wir ergreifen, auch zweifellos darauf drängen, Herr Büttner, Frau Nonnemacher, dass sowohl bei der öffentlichen Beschäftigung als auch beim Programm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ Qualifizierungsinhalte dabei sind, weil wir wollen, dass eine Eingliederungsvereinbarung mit denjenigen geschlossen wird, die von diesen Maßnahmen profitieren, dass vorher klargestellt wird, in welche Richtung die Beschäftigung gehen könnte, in welcher Richtung man sich vielleicht noch etwas qualifizieren muss, um danach das beste arbeitsmarktpolitische Instrument daranhängen, nämlich den Eingliederungszuschuss.

Sie haben, Herr Büttner, diese Frage nicht umsonst gestellt. Dann muss aber die Schlussfolgerung nicht sein, nur noch mit Eingliederungszuschüssen zu arbeiten, denn so gut waren diese auch nicht. Es muss eine Kette gebildet werden. Wir müssen dazu kommen, mit den Langzeitarbeitslosen über ihre Defizite und deren Behebung zu sprechen. Die öffentliche Beschäftigung soll ein Bestandteil dieser Kette sein, um die Integration in Arbeit zu ermöglichen.

Dazu muss ich ganz klar sagen: Etwas Besseres ist Ihnen nicht eingefallen und ist auch den Linken in Berlin nicht eingefallen. Ich meine, dass das die Lösung ist, weil dies ein Punkt ist, der in den letzten Jahren viel zu kurz kam. Mir haben viele Leute, die in den Beiräten vor Ort sitzen - bei euch im kommunalpolitischen Forum - berichtet, dass es vier verschiedene Schubladen gibt, und dann kommt ein Heer aus 3 000 oder 5 000 Bedarfsgemeinschaften oder von den Erwerbsfähigen, die darin sind, in eine dieser Schubladen. Das kann es nicht sein, das ist keine Eingliederungsvereinbarung. Man muss wirklich individuell herangehen, und man braucht letztendlich tatsächlich ein paar tausend Eingliederungsvereinbarungen in unterschiedlicher Qualität in einer ARGE. Ein Bestandteil davon - das ist auch eine Bedingung für unsere Förderung - soll dann sein, dass man dort das Programm „Arbeit für Brandenburg“ einfließen lässt. Das möchte ich hier nur noch einmal sehr deutlich gesagt haben.

Sie haben auch gesagt, es sollte keinen Verdrängungswettbewerb geben. Das habe ich in der Tat auch immer wieder sehr deutlich hervorgehoben. Dabei muss man doch einmal prüfen, ob zum Beispiel die Erweiterung der Kita-Öffnungszeiten - jetzt bin ich wieder bei Herrn Büttner - ein Verdrängungswettbewerb wäre. Man könnte zum Beispiel zu einigen Randzeiten morgens und abends Unterstützung in die Kita geben - es muss natürlich immer eine Erzieherin dabei sein -, damit die Betreuungszeiten ausgeweitet werden. Ich möchte, dass das möglich ist, erst recht, weil wir wissen, dass wir auch Fachkräfte in diesem Bereich qualifizieren wollen. Die Leute könnten in den Randzeiten unterstützend tätig sein, sie könnten begleitend qualifiziert werden und später als Kita-Erzieher eingesetzt werden. Man muss einmal etwas Phantasie entwickeln und nicht von vornherein sagen: Das geht gar nicht. - Das wollten Sie gerade tun, stimmt's, Herr Burkardt?

(Zuruf des Abgeordneten Burkardt [CDU])

Nein, eben nicht, denn die Öffnungszeit ist jetzt von 8 bis 17 Uhr. Wenn es aber eine Erweiterung bis 20 Uhr gibt, dann verdrängt das überhaupt keinen Arbeitsplatz, sondern ermöglicht einer Verkäuferin mit Kind, den ihr angebotenen Job anzunehmen. Das ist der Kern.

(Beifall SPD)

Ich möchte noch einige Worte zu dem sagen, was in den nächsten Jahren bei der Qualifizierung zu beachten ist, weil Sie, Frau Schier, gesagt haben, dass wir das kooperative Modell weiterhin brauchen. Daran glaube ich nicht einmal so sehr. Jedoch müssen wir bei der Qualifizierung junger Leute verstärkt Hilfstätigkeiten avisieren, zum Beispiel in einer Ausbildung zur Pflegehilfskraft; dazu haben wir im vorigen Jahr ein Gesetz verabschiedet. Vielleicht sollten wir uns auch bemühen, mehr Hilfskräfte für andere Berufe zu finden, sodass zum Beispiel Förderschulabgänger qualifiziert werden und dann arbeiten gehen können. Das ist ein Punkt, über den man noch einmal intensiver nachdenken muss; das betrifft Assistenzberufe und Ähnliches.

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister Baaske, lassen Sie eine Nachfrage zu?

Minister Baaske:

Ja, bitte.

Frau Blechinger (CDU):

Herr Minister, sind Sie der Auffassung, dass es dem Kindeswohl dient, wenn Kinder im Vorschulalter bis nach 20 Uhr außerhalb der Familie betreut werden?

(Widerspruch bei der SPD)

Minister Baaske:

Ich denke, dass das durchaus möglich ist. Es kommt immer auf die Gegebenheiten und die Qualität der Kita an. Ich habe solche Einrichtungen gesehen und kann nicht erkennen, dass ein Kind daran Schaden genommen hätte. Natürlich ist es schön, wenn es bei der Oma ist oder wenn das Kind zu Hause betreut werden kann. Aber für eine alleinerziehende Mutter heißt es eben, wenn diese Möglichkeit nicht besteht, dass sie zu Hause bleiben muss. Sie kann als Krankenschwester oder als Verkäuferin nicht beschäftigt werden. Das ist mit Sicherheit auch nicht schön für das Kind. Darum meine ich, ist dies ein gangbarer Weg. Unter anderem kann man auch mit Tagespflege oder ähnlichen Strukturen arbeiten.

(Beifall SPD)

Noch einige Worte zur LASA: Nicht, dass Sie denken, Frau Nonnemacher, ich wollte hier ein Problem kleinreden, sondern ich will die Wahrheit sagen. Sie haben vorhin gesagt: Wenn wir den Antrag in diesem Jahr nicht stellen können, geht es vielleicht darum, dass wir 12 Millionen Euro nicht bekommen. Ich will der Ehrlichkeit halber sagen: Wir müssten jetzt einen Antrag über 131 Millionen Euro stellen, das ist der Punkt.

Jetzt bin ich bei der nächsten Frage. Wenn in den letzten drei Jahren die Zahlen falsch eingegeben wurden, wird dies nicht

innerhalb weniger Wochen rückgängig gemacht werden können. Es müssen alle Zahlen noch einmal neu eingegeben werden, und zwar mit einem neuen Verfahren. Darum finde ich den Antrag, wir sollten das Personal bei der LASA reduzieren, nicht hilfreich. Das wird derzeit absolut nicht möglich sein. Das ist absolut nicht denkbar, denn wir müssen gerade dort jetzt alle Kraft hineinstecken, auch aus allen anderen möglichen Quellen, die wir haben, um das hinzubekommen. Das wird anders überhaupt nicht möglich sein.

Alles andere, was diesen Haushalt angeht, wurde im Wesentlichen schon von Frau Lehmann und Frau Wöllert gesagt. Ich möchte noch ein Problem offenlegen, das hier so gut wie noch gar nicht angesprochen wurde. Es geht um die pflichtigen Leistungen der Sozialhilfe. Es sind in der Tat 340 Millionen Euro, das heißt über 53 % des Haushalts, die in gesetzliche, pflichtige Leistungen fließen. Es sind oftmals Leistungen im Bereich der Behindertenhilfe, also Mittel für die Werkstätten und die Wohnstätten von Behinderten, für ambulante Hilfe, für teilstationäre Hilfe usw. Es ist aber auch ein wachsender Anteil, den wir für Hilfe zur Pflege ausgeben, das heißt für ältere Menschen, die in einer Wohneinrichtung, im Seniorenheim oder in ähnlichen Einrichtungen leben und kein Geld haben, um den Pflegesatz zu finanzieren. Dann kommt der Sozialhilfeträger für diese Leistung auf.

Die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe in Brandenburg sind die über 80-Jährigen. Das heißt, die Aufwendungen für die Pflege und die Hilfe zur Pflege werden in den nächsten Jahren drastisch steigen. Das Land zahlt davon 85 %, die Kommunen zahlen 15 %. Allein in den nächsten fünf Jahren rechne ich, wenn wir nicht massiv gegensteuern, allein für diesen Ausgabenblock mit zusätzlichen 6 Millionen Euro. Das heißt, wenn weiterhin nur Seniorenheime entstehen, in die die älteren Leute einziehen, und uns nicht etwas Pfiffigeres einfällt, wie man die Leute zu Hause halten kann, was die meisten älteren Menschen auch wollen und was finanzpolitisch auch sinnvoll ist, dann werden wir mit dieser Ausgabensteigerung von 6 Millionen Euro leben müssen.

Ich will, dass wir zusammen mit den Kommunen auf diesem Gebiet besser werden, als wir es in der Vergangenheit waren. Wir müssen in der Lage sein, mit den Möglichkeiten, die wir durch eine ambulante Betreuung vor Ort haben, darauf hinzuwirken, dass die Leute nicht gleich ins Heim gehen. Das Landespflegegesetz muss letztlich auch dafür sorgen, dass den Leuten vor Ort gute Angebote unterbreitet werden, die nicht darauf abzielen, dass die Menschen ins Heim gehen.

Ansonsten halte ich den Haushalt unter den gegebenen schwierigen Umständen für durchaus vernünftig. Es ist ein guter Haushalt. Wir werden unsere pflichtigen Leistungen erfüllen können. Wir werden aber auch all die freiwilligen Leistungen, die wichtig sind, um eine gute Sozialpolitik im Lande zu machen, in diesem und im nächsten Jahr aufrechterhalten. - Schönen Dank.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Das Wort erhält noch einmal die CDU-Fraktion. Die Abgeordnete Schulz-Höpfner spricht.

Frau Schulz-Höpfner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ein paar Aspekte bezüglich des Bereichs der Familien-, Frauen- und Seniorenpolitik aufgreifen. In diesem Zusammenhang ist es mir eine große Freude, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass Frau Ludwig gestern ihren Sohn bekommen hat. Er heißt Arthur.

(Allgemeiner Beifall)

Das ist also der Part „nicht reden, sondern handeln“ in der Familienpolitik, und ich glaube in Ihrer aller Namen sprechen zu dürfen, wenn wir Frau Ludwig und ihrer Familie - insbesondere ihrem Sohn - von hier aus alles Gute auf dem Lebensweg wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Es ist schön, etwas so Positives am Anfang der Rede sagen zu können.

Ich hatte den Eindruck, dass in der neuen Koalition zwischen der gestrigen und der heutigen Debatte schon ein Lernprozess eingesetzt hat. Ich habe heute nicht wieder gehört, dass alles auseinandergepfückt wurde und man der Auffassung war, die vermeintlich solide Finanzpolitik der SPD - der Vergangenheit - und die vermeintlich unsolide der CDU zuordnen zu müssen. Denn der Ministerpräsident hat gesagt, dass er auf einer grundsätzlich soliden Finanzpolitik der Vergangenheit aufbaut. Daher denke ich, Sie haben schon ein wenig gelernt, dass dieses seltsame Auseinanderdividieren nicht fruchtbar ist. Es ist nur schade, dass Sie gerade dabei sind, das Sparbüch, das wir gemeinsam angelegt haben, zu verfrühstücken.

(Unmut bei der SPD - Beifall CDU)

Sie alle wissen: Es kommen durchaus harte Zeiten auf uns zu. Es wäre sicherlich fatal, wenn wir die Geschenke, die jetzt verteilt werden, später wieder einsammeln müssten. Diese Erfahrung haben wir in der Vergangenheit bereits gemacht. Ob solch eine Politik tatsächlich solide Finanzpolitik ist, können Sie sich am Ende der Wahlperiode fragen.

Vizepräsidentin Große:

Frau Schulz-Höpfner, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Görke zu?

Frau Schulz-Höpfner (CDU):

Ja, bitte.

Görke (DIE LINKE):

Liebe Kollegin, Sie sagten, dass wir die Sparbücher verfrühstückten, die eine mögliche alte Koalition angelegt hat. Können Sie diese haushalterisch benennen?

(Lachen bei der CDU)

Wir würden das dann gern heute noch im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung im Haushaltsausschuss erörtern.

Frau Schulz-Höpfner (CDU):

Sie als Experte der Finanzpolitik wissen sicherlich besser als ich, dass wir Rücklagen gebildet haben. Sie sind dabei, alles zu verfrühstücken - sie legen nämlich noch etwas obendrauf und machen im Land Schulden. Dazu hat Kollege Burkardt gestern ausführlich Stellung genommen. Ihre Frage ist etwas albern.

Sie sprechen von einer „vermeintlich vergangenen“ Koalition - ich glaube, es gab tatsächlich eine schwarz-rote Koalition. Da ich den heutigen Debatten entnommen habe, dass wir auf einige Dinge aufbauen, die die schwarz-rote Koalition auf den Weg gebracht hat, kann sie nicht gar so katastrophal gewesen sein.

Vizepräsidentin Große:

Frau Schulz-Höpfner, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bischoff zulassen?

Frau Schulz-Höpfner (CDU):

Ja.

(Zuruf von der CDU: Da kommt der nächste Experte!)

Bischoff (SPD):

Frau Kollegin, Sie sprachen gerade von den Rücklagen. Ich frage noch einmal nach: Meinten Sie damit im Ernst die Zweijahresüberschüsse, die wir für die Pensionsvorsorge und die Absenkung der Nettokreditaufnahme benötigen, oder meinten Sie damit die über 18 Milliarden Euro Schulden, die seit Ende der gemeinsamen Regierungszeit auf dem Minuskonto des Landes Brandenburg liegen?

Frau Schulz-Höpfner (CDU):

Ist das, was Sie hier abliefern, nicht ein wenig unter Ihrem Niveau? Ich denke, schon. Es stimmt mich etwas traurig, aber gut.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Ich nehme nun Stellung zu dem von mir angesprochenen Politikfeld. Ich denke, gerade Familienpolitik ist ein sehr wichtiges Politikfeld und auch eine Querschnittsaufgabe. Die Kolleginnen und Kollegen der Opposition hier im Hause haben dazu schon Grundsätzliches gesagt. Das sollte uns weiterhin genauso wichtig sein, denn ohne Kinder werden wir einen drastischen Bevölkerungsrückgang erleben. Die Arbeitskräfte von morgen - ich erinnere nur an die Fachkräfte - und die Einzahler in die Sozialkassen werden uns fehlen. Dem sollte man mit der Querschnittsaufgabe Familienpolitik entgegenwirken.

Es ist nämlich nicht so, dass man Familienpolitik immer ganz eng betrachten sollte. Herr Büttner sagte schon, wir sollten das sehr breit thematisieren. Nicht ohne Grund plädiere ich auch heute von dieser Stelle aus für eine transparente und zielgenaue Förderung von Maßnahmen in der Familienpolitik, und zwar in Vernetzung mit allen Ressorts der Landesregierung.

Wir sehen dabei insbesondere die Bildung als Schwerpunkt. Das wurde bereits gestern thematisiert, als wir sagten, dass daher ein von uns gestrickter Haushalt wahrscheinlich größere Prioritäten in diesem Bereich setzen würde.

Ich fordere für den Bereich Familienpolitik nach wie vor eine Familienkasse, in der die Maßnahmen gebündelt und die finanziellen Mittel eindeutig zugeordnet werden - das Ganze auf der Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Brandenburg hat sich ein familienpolitisches Programm mit Leitlinien und 65 Maßnahmen gegeben - übrigens eine schwarz-rote Idee. Eine Evaluation hinsichtlich der Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen ist jedoch bis heute leider nicht ausreichend erfolgt. Nach meiner Auffassung wäre diese aber die Voraussetzung für die Fortschreibung des Programms. Ich halte nichts von dem Vorschlag, ein völlig neues Programm aufzulegen. Vielmehr sollte man erst einmal schauen, was bisher wirklich gut gelaufen ist, um dann diese einzelnen Maßnahmen fortzuschreiben. Dabei möchte ich insbesondere die Familienbündnisse und die Netzwerke „Gesunde Kinder“ als positive Wirkungen benennen.

Es gibt aber durchaus auch Maßnahmen, die man kritisch hinterfragen sollte. Von daher ist die finanzielle Untersetzung des gesamten Programms zu hinterfragen. Welche Maßnahmen sollen auf welchem Niveau und für welche Region weitergeführt und weiterentwickelt werden? Wo ist der ländliche Raum verortet? Sie wissen genau, welche Probleme auf uns zukommen. Ich sage das in Bezug auf das Stichwort „Demografie“. Wie soll das große Thema Familienbildung in Zukunft umgesetzt werden? Wie wollen wir Hilfe von Anfang an anbieten und nicht erst, wenn Familien versagen? Ich denke, die Antwort auf diese Fragen ist einer der ganz wichtigen Ansätze für die Fortschreibung des familienpolitischen Programms.

Ähnlich ergeht es uns übrigens auch in der Frauenpolitik. Das Rahmenprogramm für die Frauenpolitik im Land Brandenburg ist angekündigt - wenn ich erinnern darf, auch eine schwarz-rote Idee. Für die Erarbeitung sind 95 000 Euro angesetzt. Aber wie soll die Ausgestaltung aussehen? Im Übrigen begrüße ich sehr, dass die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in die Erarbeitung aktiv eingebunden werden. Dabei muss man allerdings sehen, welchen Belastungen kommunale Gleichstellungsbeauftragte ausgesetzt sind. Mittlerweile haben sie nicht mehr nur den Auftrag, in den Kommunen Gleichstellungsbeauftragte zu sein, sondern manchmal zwei, drei oder vier Aufgabengebiete. Es dürfte sehr schwierig werden, dann noch diese Arbeit zu leisten. Wenn ich in diesem Zusammenhang an die kommunalen Haushalte denke, dann kann ich konstatieren: Es ist keine Besserung in Sicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege von der FDP-Fraktion hat es gerade gesagt: Frauen unterliegen nach wie vor Besonderheiten; so möchte ich es einmal formulieren. Im Berufsleben sind sie - trotz guter und sogar bester Ausbildung - immer noch nicht so erfolgreich wie ihre männlichen Kollegen. Sie verdienen weniger. Sie müssen die Betreuung der Kinder und die Pflege älterer Menschen - das ist eine besondere Aufgabe, die künftig noch größere Bedeutung erlangen wird; wir widmen uns dieser Aufgabe gemeinsam mit der Seniorenunion - unter einen Hut bringen. Zudem haben Frauen nach wie vor größte Probleme, nach der Kinderpause wieder in den Beruf einzusteigen. Das alles zeigt: Die Untersetzung dieses Programms ist eine sehr wichtige Aufgabe. Das wurde im Ausschuss bereits angesprochen.

Ich denke, es ist richtig, dass der Ansatz für Frauenhäuser und Fluchtwohnungen Bestand hat. Aber wir müssen angesichts immer noch steigender Zahlen häuslicher Gewalt darauf achten,

dass dieser Ansatz nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ untersetzt ist. Das wurde mit Blick auf die Kinder bereits angesprochen.

Ein weiterer Aspekt: Im Rahmen der Projektförderung wird mit dem Haushalt die außerschulische Mädchenarbeit gefördert. Aber wie wir inzwischen wissen, haben die Jungen ebenso große, wenn nicht mittlerweile sogar größere Probleme in diesem Bereich. Eine adäquate Jungenförderung sollte hier nicht nur thematisiert, sondern auch untersetzt werden und ihren Niederschlag im Ministerium finden.

Gar nicht plausibel ist die zusätzliche Förderung von „pro familia“ mit 60 000 Euro. Dies sehe ich als Benachteiligung anderer Träger an. Nicht nur, dass „pro familia“ im Haushalt bei den Familienverbänden auftaucht, obwohl sie doch Schwangerschaftskonfliktberatung durchführt. Der Ansatz für „pro familia“ sollte dann auch an der richtigen Stelle im Haushalt ausgebracht werden. Ich möchte damit nichts über die qualitative Arbeit von „pro familia“ gesagt haben; das steht mir gar nicht zu. Aber es macht natürlich nachdenklich und ist nach meinem Dafürhalten überhaupt kein Beitrag zur Klarheit und Wahrheit eines Haushalts, wenn man genau auf die Frage, warum das denn so ist, im Ausschuss die Antwort bekommt: Das haben wir ja schon immer so gemacht.

(Beifall CDU)

Das sorgt nicht für Klarheit und Übersichtlichkeit in diesem Haushalt. Diese möchte ich aber noch einmal deutlich anmahnen. Sylvia Lehmann nickt auch. Wir haben das schon in der Vergangenheit immer wieder gefordert. Ich hoffe, dass die Grundsätze von Klarheit, Wahrheit und Übersichtlichkeit auch im Haushalt 07 endlich ihren Niederschlag finden.

(Beifall CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen auch in diesem Politikbereich vor neuen, großen Herausforderungen. Es gibt eine Menge zu tun - für die Familien, für die Frauen, für die Senioren. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schulz-Höpfner. - Wir sind am Ende der Debatte zu Einzelplan 07 angekommen. Ich kann damit die Rednerliste schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Zu Einzelplan 07 ist über zahlreiche Änderungsanträge abzustimmen:

Erstens liegt in der Drucksache 5/999 ein Änderungsantrag, eingebracht von der FDP-Fraktion, vor. Es geht um eine Minderung. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Keine. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zum zweiten Änderungsantrag. Er liegt Ihnen in der Drucksache 5/920 vor und ist von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebracht worden. Es geht um Kapitel 07 030 Titel 633 30. Beantragt wird die Streichung des Ansatzes, mit Begründung. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte

ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Drittens liegt in der Drucksache 5/1000 ein gleichlautender Änderungsantrag, eingebracht von der FDP-Fraktion, vor. Es geht um die Streichung des Ansatzes, ohne Begründung. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Ohne Stimmenthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zum vierten Änderungsantrag, Drucksache 5/1001, eingebracht von der FDP-Fraktion. Es geht um eine Minderung. Wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Antrag ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen zum fünften Änderungsantrag, Drucksache 5/921, eingebracht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es geht um eine Erhöhung. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen und einer deutlichen Mehrheit an Gegenstimmen ist dieser Änderungsantrag abgelehnt worden.

Wir kommen zum sechsten Änderungsantrag, Drucksache 5/1002, eingebracht von der FDP-Fraktion. Es geht um eine Minderung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Antrag ist bei einer deutlichen Überzahl der Gegenstimmen abgelehnt worden.

Der siebente Änderungsantrag bezieht sich auf die Drucksache 5/897 und ist von der CDU-Fraktion eingebracht worden. Es geht um eine Änderung der Erläuterungen. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Auch dieser Antrag ist bei einer deutlichen Überzahl der ablehnenden Stimmen abgelehnt worden.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zum Einzelplan 07, Drucksache 5/807. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen hat positiv votiert. Wer diesem Einzelplan zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen ist die Beschlussempfehlung angenommen worden.

Damit schließe ich Aussprache und Abstimmung zu Einzelplan 07.

Ich rufe auf:

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 5/808

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordnetenkollegen Homeyer. Er spricht für die CDU-Fraktion.

Homeyer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte über den Einzel-

plan des Wirtschaftsministeriums bietet sich geradezu an, die ersten sechs Monate des Schaffens des Ministers und seines Hauses Revue passieren zu lassen. Esprit hat nach dem Fehlstart sicherlich keiner mehr erwartet, aber zumindest ein paar neue Ideen oder dass diese wenigstens angestoßen werden.

Wie sieht die Bilanz im Haus Christoffers aus? Eine Aussage des Ministers nach seinem Amtsantritt war:

„Mein Ziel ist es, dass die Regionen mehr mitreden können. Das heißt, die Kompetenzen zwischen Land und Kreisen bzw. Städten müssen neu festgelegt werden, damit vor Ort entschieden werden kann, welches die wichtigen Projekte sind, die gefördert werden.“

Unabhängig davon, ob eine solche Umstellung überhaupt sinnvoll ist und von regionalen Akteuren mitgetragen wird, darf man gespannt sein, wann hier der erste Schritt erfolgt. Eine Debatte darüber im Wirtschaftsausschuss wäre sicherlich spannend gewesen, aber bis jetzt, meine Damen und Herren: Fehlanzeige!

Ein zweites Beispiel, die Aussagen des Ministers zu den Branchenkompetenzfeldern in einem Interview vom 12. November 2009:

(Zuruf von der CDU: Genau!)

„Das Modell der Branchenkompetenzfelder hat sich bewährt. Es sind nur zu viele. Ein Land wie Brandenburg kann nicht mit 17 Branchen auf internationalem Niveau mitspielen. Deshalb wird das Konzept derzeit überprüft. Danach werden wir mit Berlin abstimmen, worauf wir uns gemeinsam konzentrieren wollen. Dann wird Brandenburg entscheiden, ob das reicht.“

Meine Damen und Herren, wir haben heute Anfang Mai - und still ruht der See.

(Senftleben [CDU]: Berlin ist daran schuld!)

- Richtig, Kollege Senftleben, Berlin ist daran schuld. Wir hatten die Debatte. Bei den Berlinern läuft nichts zusammen.

(Senftleben [CDU]: Genau! - Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

- Frau Kaiser, ich habe Ihre qualifizierten Zwischenrufe die letzten Monate richtig vermisst. Ich freue mich, dass Sie wieder da sind.

(Heiterkeit CDU - Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

- Ich bin immer da. Ich habe Sitzfleisch, Frau Kaiser.

Das gilt leider auch für das dritte Beispiel. Für unseren Brandenburger Mittelstand sollen neue Förderfonds aufgelegt werden. Dies wurde entsprechend angekündigt, und es wurde medial verkauft. Nur ein einziger nebulöser Hinweis erfolgte dazu im Januar im Wirtschaftsausschuss. Danach sollte der Fonds im März, April kommen. Vielleicht hätte ich an dieser Stelle einfach genauer nachfragen sollen, in welchem Jahr.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

Denn eine Veröffentlichung der Eckdaten oder eine entsprechende Information dazu im Wirtschaftsausschuss - Sie ahnen es, meine Damen und Herren -: Fehlanzeige!

(Zurufe von der CDU: Oh! Oh!)

Übrigens, ein Lieblingsthema der rot-roten Regierung ist der Mindestlohn für alle. Er soll mithilfe eines Vergabegesetzes für einige Wenige in Brandenburg kommen. Dazu legte die SPD bereits im letzten Sommer einen Gesetzentwurf vor, der damals schon vor rechtlichen Unmöglichkeiten strotzte. Er war sozusagen reine Wahlkampfrhetorik. Dann mussten wir hören, dass dieser Gesetzentwurf sicherlich am zügigsten von Rot-Rot umzusetzen sei. Nun ja! Mitte Februar kamen dann ja auch die Eckpunkte. Wer nun aber dachte, es sei alles geklärt und die Regierung werde nun schnell einen entsprechenden Gesetzentwurf verabschieden: Weit gefehlt! Man hört auf den Fluren, dass die Zuständigkeiten noch nicht geklärt sind. Also: Wer hat das Sagen? Der Wirtschaftsminister oder der Arbeitsminister?

(Zuruf von der CDU: Die Gesundheitsministerin!)

- Die hat sich noch nicht eingemischt. Kommt noch!

(Zuruf von der CDU: Kommt noch!)

Von Minister Baaske hört man: Die Eckpunkte sind für ihn nur ein erster Einstieg. Er möchte noch mehr vergabefremde Kriterien im Gesetz haben.

Lieber Herr Christoffers, man muss kein Prophet sein, um zu erkennen, wer hier als Tiger springt und demnächst als Bettvorleger landen wird.

(Beifall CDU - Frau Alter [SPD]: So etwas von Abgeordnetheit!)

- Ach, übrigens: Man hört, der neue Beratungstermin, Frau Alter, soll imkommenden Herbst sein.

(Oh! - bei der CDU)

Lassen wir uns überraschen. Das will ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren von der rot-roten Koalition: Wir, die CDU-Fraktion, werden im Juni dazu ein Mittelstandsfördergesetz vorlegen, das dem brandenburgischen Mittelstand wirklich hilft, das Bürokratie abbaut, das Arbeitsplätze schafft, das Arbeitsplätze sichert, und das wird, so wie Sie es vorhaben, kein Mittelstandsverhinderungsgesetz sein, meine Damen und Herren der rot-roten Koalition.

(Beifall CDU - Görke [DIE LINKE]: Das wollten Sie schon seit Jahren vorlegen! - Bischoff [SPD]: Junghanns hat drei Jahre gebraucht!)

- Wir haben eines vorgelegt, nur Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben es über Jahre abgelehnt.

(Beifall CDU - Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Ich gehe davon aus, dass Sie noch ein Beispiel haben möchten. In dem schon zitierten Interview traf der Minister folgende Aussage:

Die Koalitionsvereinbarung beinhaltet, dass wir keinen kurzfristigen Ausstieg aus der Braunkohle planen. Klar ist, dass Vattenfall das Kraftwerk Jämschwalde modernisieren und mit CCS ausrüsten will. Das heißt aber auch, dass in dieser Koalitionsperiode keine Entscheidungen über neue Tagebaue fallen werden.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, das Thema Energie zeigt geradezu exemplarisch die starke Unsicherheit und die gravierenden Meinungsunterschiede innerhalb der Landesregierung und speziell innerhalb der Linken. Da wird im Wirtschaftsministerium ein Referat für alle strittigen Energie- und Industrievorhaben neu geschaffen. Der Kollege Harald Petzold hat in diesem Superreferat auch schon angefangen und arbeitet heftig. Mir ist über unsere örtliche CDU eine E-Mail, eine Bürgeranfrage, zugegangen. Da teilt er uns mit, dass man in diesem Referat dabei sei, den Koalitionsvertrag in Sachen CCS umzusetzen, und er bittet darum, wir als CDU vor Ort sollen möglichst zeitnah unsere Meinung dazu sagen und mitteilen, wie wir darüber denken.

(Gelächter und Beifall CDU)

Finde ich super. Vermutlich melden jetzt alle Organisationen vor Ort, wie sie über das Problem denken.

(Bischoff [SPD]: Wie ist Ihre Position?)

Herr Petzold legt eine Matrix an, und dann bekommt das die Linke, damit sie in ihrem Arbeitskreis, den sie gerade gegründet hat, dann weiterweiß. Genau so soll das laufen.

(Zurufe und Beifall CDU - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

Herr Minister Christoffers, das war nicht ganz so gut. Wir gründen auch erst einmal einen Arbeitskreis.

(Heiterkeit CDU - Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Habt Ihr nötig!)

Auf der anderen Seite muss man sagen: Dass dem Wirtschaftsministerium vom Umweltministerium auch noch die Zuständigkeit für dieses wichtige Thema streitig gemacht wird, ist schon ein starkes Stück. Im Umweltministerium werden Strategie-papiere erstellt, welche den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung zum Ziel haben, und das ohne Zustimmung, geschweige denn Einbindung des Wirtschaftsministers. Das, meine Damen und Herren, ist ein starkes Stück. Das hat es in zehn Jahren Großer Koalition hier nicht gegeben.

(Beifall CDU - Zuruf: Das stimmt nicht!)

- Ich jedenfalls kann mich an einen solchen Vorfall nicht erinnern. Für mich ist es ein sicheres Zeichen, dass Minister Christoffers eines fehlt, nämlich die Hausmacht.

(Frau Alter [SPD]: Was?)

Das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, dass Sie, Herr Minister, trotz vorheriger Ankündigung im Wirtschaftsausschuss immer noch nicht die Eckpunkte und Ziele für eine Fortführung der Energiestrategie vorlegen konnten. Die linke

Fraktion, habe ich gehört, gründet erst einmal einen Arbeitskreis, frei nach dem Motto: Wenn ich mal nicht weiterweiß, gründe ich einen Arbeitskreis, Herr Görke.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE und der SPD)

Das jüngste Beispiel eines wenig durchsetzungsstarken Ministers ist zweifellos die bittere Diskussion um die ILA. Eine der wichtigsten internationalen Ausstellungen Brandenburgs mit einer zusätzlichen Kaufkraft von ca. 180 Millionen Euro wurde ohne Not fast aus der Region vertrieben. Die Pool-Position, die unsere Region bei dem Veranstalter hatte, ist verspielt.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Fakt ist: Die Hauptstadtregion ist nur eine von vielen Mitbewerbern. Fakt ist auch, dass der Minister seine Finanzierungsvorlage nur mit Ach und Krach über die Bühne bekommen hat. Am Ende war es doch so, meine Damen und Herren: Es ging gar nicht mehr um die ILA, am Ende ging es doch um Christoffers.

(Beifall CDU)

Ich kann nur hoffen, dass die Anziehungskraft der Hauptstadtregion trotz der stümperhaften Vorbereitungen und der Querschüsse aus der Linksfraktion am Ende groß genug ist, die ILA hier zu halten.

(Beifall CDU)

Was nützen all die Ankündigungen, wenn man nicht die Kraft oder die Autorität hat, sie umzusetzen? Was helfen ein guter Wille und gute Vorsätze, wenn einen die Mitspieler im Regen stehenlassen?

Ich stelle fest: Sechs Monate Wirtschaftspolitik in Brandenburg haben kaum etwas Neues, Greifbares und Positives für die Unternehmen im Land gebracht.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das sehen die Leute draußen aber anders!)

Offenkundig herrscht Lustlosigkeit in Ihren Reihen - von Elan und Schwung ganz zu schweigen.

(Beifall CDU)

Was in Brandenburg fehlt, ist ein klarer wirtschaftspolitischer Kurs mit einer Richtung, die der schwierigen Haushaltslage im Land Brandenburg gerecht wird. Was brauchen Brandenburger Unternehmen? Sie brauchen vernünftige Rahmenbedingungen und Verlässlichkeit. Beides kann das Ministerium zurzeit nicht bieten. Stattdessen herrscht mehr Unsicherheit. Es werden immer mehr Forderungen nach staatlicher Restriktion gestellt. Und das, meine Damen und Herren, verunsichert die brandenburgischen Unternehmen.

(Beifall CDU - Bischoff [SPD]: Wenn Sie weiterreden, wird es noch unsicherer!)

Es ist ein Irrglaube der roten Landesregierung, dass sie einen Beitrag dazu geleistet habe, dass unsere brandenburgischen Unternehmen vergleichsweise gut durch die Krise gekommen

sind. Das Beste, was sie machen konnte, war, sich im Großen und Ganzen herauszuhalten, und das hat sie auch getan. Sie war ja auch mit sich selbst beschäftigt.

(Beifall und Lachen CDU)

Meine Damen und Herren, die wichtigste Aufgabe im Land Brandenburg ist die Steigerung des Wirtschaftswachstums für mehr Beschäftigung und mehr Arbeitsplätze. Eine gute Wirtschaftspolitik muss dazu beitragen, dass brandenburgische Unternehmen - Handwerksbetriebe, Gewerbetreibende und Selbstständige - ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken können und die Wirtschaftsstrukturen in unserem Land stabilisiert werden. Der konsequente Abbau unnötiger Bürokratie sowie die Verbesserung der Mittelstandsfinanzierung müssen dabei wichtige Aufgabenfelder sein. Nur so können Unternehmen im Land gehalten und hierhergelockt werden, nur so können Arbeitsplätze gesichert werden, und nur so lässt sich langfristig auch die Einnahmesituation des Landes stabilisieren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Homeyer. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Kosanke erhält das Wort.

Kosanke (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Homeyer, ich freue mich sehr darüber, dass selbst die CDU-Fraktion in diesem Haus die Mindestlohnregelung nicht mehr erwarten kann. Dieser enorme Erfolg zeigt, dass wir diesbezüglich wahre Überzeugungsarbeit geleistet haben.

(Burkardt [CDU]: Das war ganz schön „clever“!)

- Ja, wir sind sehr clever. Das hat der Kollege Homeyer begriffen, weshalb er uns folgt und sich schützend an die Seite des Wirtschaftsministers stellt. Diese Hilfe nehmen wir gern in Anspruch, auch wenn wir sie eigentlich nicht brauchen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 08 ist einer der Pläne in diesem Haushalt, die am deutlichsten zeigen, dass wir uns auf einem richtig guten Weg befinden. Diesbezüglich muss man sich lediglich die Anträge der Opposition ansehen.

(Domres [DIE LINKE]: Da kam nichts! - Görke [DIE LINKE]: Nur heiße Luft!)

- Genau, da kam nichts. Da kommt lediglich etwas wie: Wir reduzieren die Mietzahlungen, wir zählen Erbsen bei Gerichts- und Gutachtenkosten. - Diese Dinge haben mit Wirtschaftspolitik in diesem Land nichts zu tun, sondern verfolgen lediglich das Ziel - dies ist auch das Recht der Opposition -, die Regierung ein wenig zu ärgern. Das kann man gern versuchen, aber wir wehren das ab. Das ist das normale Spiel.

Der einzige Antrag mit wirtschaftspolitischer Relevanz ist der Antrag der Grünen zur ILA. Dieser Antrag hat jedoch eine katastrophale politische Relevanz, weshalb wir ihn ablehnen müssen.

Wie sieht die Wirtschaft in diesem Land aus? - Sie hat sich stabil entwickelt. Die Arbeitslosigkeit wurde abgebaut. Wir haben die Krise gut überstanden. Das ist das Ergebnis einer guten Wirtschaftspolitik in diesem Land. Wir haben in Brandenburg - ich möchte das kurz erwähnen - eine Umstellung vom Gießkannenprinzip auf das Prinzip „Stärken stärken“ vollbracht. Wir haben räumlich und sektoral konzentriert und damit tatsächlich die Voraussetzungen für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land geschaffen. Zudem haben wir die Voraussetzung geschaffen, dass Unternehmen in der Krise weiterbestehen, weiterhin Gewinne und gute Umsätze erzielen sowie Arbeitsplätze erhalten können.

Mit dem RWK-Prozess haben wir insoweit Anreize gesetzt, als sich Standortinitiativen bilden und Kommunen sich gemeinsam mit Unternehmen und Verbänden darum kümmern, bessere Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft zu schaffen. Wir haben Unternehmen in der Krise konkret mit dem Konsolidierungsfonds geholfen. Das ist etwas, was wir tatsächlich getan haben. Insofern ist es die Landesregierung, die hier einen Erfolg bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise erzielt hat.

Meine Damen und Herren, Gerhard Schröder hat einmal gesagt, dass es keine linke und rechte Wirtschaftspolitik, sondern lediglich gute und schlechte Wirtschaftspolitik gibt. Das sehe ich genauso: Es gibt gute Wirtschaftspolitik. Die gute Wirtschaftspolitik in diesem Land führen wir fort. Gute Wirtschaftspolitik hat vor allem ein Merkmal: Sie ist verlässlich. Verlässliche Wirtschaftspolitik sorgt für Vertrauen. Sie sorgt für Vertrauen bei Unternehmerinnen und Unternehmern und bei den Menschen, die darauf bauen können, dass sie von ihrer Hände Arbeit leben können, wenn sie das wollen.

Nun einige Stichworte zum Punkt „Verlässlichkeit in der Fortführung unserer Wirtschaftspolitik“. Wir werden - das ist hinreichend bekannt - das Prinzip „Stärken stärken“ fortführen. Wir befinden uns in der Evaluation des RWK-Prozesses. Dabei werden wir kleinere Anpassungen vornehmen, wenn wir im Rahmen der Evaluation dazu kommen, dass wir diese Anpassungen vornehmen müssen. Zudem werden wir - auch das ist ein Punkt von Verlässlichkeit - das Programm KoSta noch stärker aufstocken, weil es notwendig ist und wir als Partner in der Not auch den Unternehmen in Brandenburg zur Seite stehen.

Unser Bekenntnis zur Braunkohle haben wir nie aufgegeben. Es geht klar darum, Sorgen und Nöte der Menschen so ernst zu nehmen, dass sie selbst das Gefühl bekommen, von uns ernst genommen zu werden. Das ist wichtig. Niemand würde hier die Hand für Dinge heben, die man nicht verantworten kann. Dennoch brauchen wir dieses Bekenntnis zur Energieregion in Brandenburg.

Wir brauchen auch - wir werden nachher noch eine namentliche Abstimmung haben, wenn ich recht informiert bin - Verlässlichkeit bezüglich Planung und Durchführung der ILA. Hier geht es nicht nur darum, luftfahrtaffinen Unternehmen weiterhin gute Bedingungen und einen Standortvorteil zu bieten. Hier geht es nicht nur um die regelmäßigen 180 Millionen Euro an Umsätzen, die die regionale Wirtschaft generieren kann, sondern hier steht der Ruf des Landes als verlässlicher Partner auf dem Spiel. Insofern überlegen Sie sich bei der namentlichen Abstimmung im Anschluss an diese Aussprache zum Einzelplan 08 gut, was Sie tun. Jeder, der diesem Antrag auf Nichtdurchführung der ILA zustimmt, gibt ein Bekenntnis zu einer unzuverlässigen Politik ab. Das können wir uns nicht leisten.

Wir führen aber nicht nur bestimmte Dinge fort, sondern setzen auch neue Akzente. Das Setzen neuer Akzente und neuer Schwerpunkte sowie das Reagieren auf neue Herausforderungen gehören auch zur Verlässlichkeit. Insofern wird die Wirtschaftspolitik in diesem Land grüner - das meine ich nicht politisch - und bildungsorientierter. Sie wird grüner, indem wir das Programm REN aufstocken, und sie wird grüner mit dem Erfolg, den wir mit der Übergabe des Leitsterns auf dem Weg zu den Clean Technologies haben, wenn wir diesen Weg fortsetzen. Wir fördern Energienetzwerke und Konzepte auch in Kommunen und Unternehmen, um diesen Weg weiter voranzubringen.

Zudem investieren wir - darüber bin ich als Wirtschaftspolitiker sehr glücklich - mehr in die Menschen in diesem Land. Vor allem die Bildungspolitik, bei der wir uns mächtig ins Zeug gelegt haben, ist ein Bestandteil der Konsolidierung und der Weiterführung einer verlässlichen Wirtschaftspolitik in diesem Land; denn die nächste Krise, die auf uns zukommt, ist die Fachkräftekrise. Wir bemühen uns immer wieder, dieses Problem Unternehmen, aber auch der Politik nahezubringen. Wir müssen dieses Problem ernst nehmen. Es gibt zu wenig Menschen, die die Aufgaben, die in diesem Land zu bewältigen sind, tatsächlich bewältigen können. Viele von ihnen haben noch das große Problem der Arbeitslosigkeit im Hinterkopf, das sich aber mit der Zeit erledigen wird. Vielmehr müssen wir uns mit denen beschäftigen, die über viele Jahre nicht in Arbeit waren, damit sie wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Vor allem aber müssen wir auf das neue Problem eingehen, dass Unternehmen in Brandenburg keine Fachkräfte mehr finden werden, weil junge, gut ausgebildete Menschen wegen der geringen Verdienstmöglichkeiten abwandern. Insofern ist die Forderung nach einem Mindestlohn berechtigt, der zu einer Erhöhung der Löhne insgesamt führen wird.

Begrüßenswert ist, dass wir erstmalig in Größenordnungen neue Lehrer und durch eine Veränderung des Betreuungsschlüssels neue Kita-Erzieherinnen - hoffentlich auch einige Kita-Erzieher - einstellen werden. All das wird uns helfen, die Bildungspolitik in diesem Land zu verbessern und damit natürlich auch die Qualität der zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land zu erhöhen.

Es ist erfreulich, dass wir im Bereich der Jugendarbeit aufgestockt haben. Auch bei diesem Gebiet denken viele, das hätte mit Wirtschaft nichts zu tun. Das hat es sehr wohl. Schließlich besteht das Problem der Abwanderung, dem wir begegnen müssen, und eine aktive, gute Jugendarbeit fördert Bindungskräfte bei den jungen Menschen. Aktive, gute Jugendarbeit fördert ein positives Gefühl und einen positiven Begriff von Heimat. Das ist ein wichtiger Faktor bei der Abwägung: Verlasse ich die Region oder bleibe ich hier?

(Frau Alter [SPD]: Genau!)

Auch stocken wir ein wenig im Bereich der Weiterbildung auf.

Wie gesagt, ich freue mich sehr, dass inzwischen auch die CDU-Fraktion für den Mindestlohn plädiert, ja ihn nicht mehr erwarten kann.

(Burkardt [CDU]: Ha, ha, ha! - Frau Richstein [CDU]: Wovon träumen Sie nachts?)

- Herr Homeyer hat doch gerade gesagt, dass er auf den Mindestlohn wartet.

Meine Damen und Herren, es wird natürlich auch Veränderungen geben. In den nächsten Jahren - das werden wir nicht verhindern können - werden die Mittel des Solidarpaktes auslaufen. Insofern wird unsere Wirtschaftsförderung weniger eine Förderung in monetärer Hinsicht sein können. Vielmehr müssen wir unsere Prinzipien umbauen, um weiter investieren zu können. Insofern ist es gut, dass wir auf revolvierende Fonds umbauen. Es ist gut, dass wir die Netzwerkförderung öffnen. Das sind die kleinen Stellschrauben, an denen man auch ohne viel Geld etwas sehr Sinnvolles machen kann.

(Homeyer [CDU]: Die großen Stellschrauben sind auch was!)

- Die großen Stellschrauben werden gerade in Berlin zurückgedreht, indem man die Steuern, also die Handlungsfähigkeit des Staates, senken will und damit das Vertrauen der Menschen in eine verlässliche Politik heruntersetzt. Genau das ist ja das Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Homeyer [CDU])

Da wird ein bisschen Geld eingespart, Herr Homeyer, was man als Unternehmen überhaupt nicht merkt. Aber alle wissen, dass uns das auf eine Katastrophe zusteuert, dass der Staat irgendwann nicht mehr handlungsfähig ist und nicht mehr steuern kann. Dann haben wir das Problem, dass Vertrauen verloren ist und verlässliche Politik nicht mehr praktiziert werden kann.

(Burkardt [CDU]: So wie 2002, Herr Kosanke!)

- Ja, ja, Herr Burkardt.

Wir haben einen Punkt, den wir stärker machen wollen, weil er auch wichtig ist. Wir werden weiter den Export unterstützen. Wir haben in diesem Land die Situation, dass wir im Export nicht so stark sind. Das hat uns in der Krise geholfen, weil nicht so viel kaputtgehen konnte. Aber wenn wir weiter Wachstum generieren wollen, müssen wir gerade im exportorientierten Bereich etwas zulegen. Das tun wir mit diesem Haushalt. Wir stärken vor allem den Service vor Ort. Wir stärken die Wirtschaftsförderung vor Ort. Vielleicht hat sich der eine oder andere schon einmal mit dem Landespräsentationspool beschäftigt. Das sind so kleine Sachen, über die man gern hinwegsieht, die aber tatsächlich Wirkung haben, weil die Betreuung von Unternehmen in diesem Land dadurch erheblich verbessert wird.

Meine Damen und Herren! Wie gesagt, Änderungsanträge mit Qualität lagen nicht vor. Insofern braucht man sie nicht anzunehmen. Achten Sie auf die Verlässlichkeit unserer Wirtschaftspolitik in Bezug auf die ILA. - Vielen Dank für die Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kosanke. - Wir setzen die Redeliste mit dem Beitrag der Fraktion GRÜNE/B90 fort. Herr Abgeordneter Vogel, Sie haben das Wort.

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen in der Wirtschaftsförderung vor einem Zeitenwechsel. Die finanzielle Unterstützung vonseiten der Europäischen Union wird in den nächsten Jahren signifikant sinken. Das Volumen der Investitionshilfen des Bundes wird auf das Niveau der westdeutschen Länder reduziert werden, und das in absehbarer Zeit.

Diese Einschränkungen der verfügbaren Investitionsmittel werden im Etat des Wirtschaftsministeriums am deutlichsten zu spüren sein. In der laufenden Förderperiode des EFRE, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung von 2007 bis 2013, wird über die Hälfte der 1,4 Milliarden Euro dem Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten zur Verfügung gestellt. Ein Ministerium, das drei Viertel seines Volumens für Investitionen ausgibt, muss sich über die Entwicklung, dass die Zuwendungen vonseiten der EU und des Bundes drastisch sinken werden, frühzeitig Gedanken machen. Eine derartige Situation, in der absehbar die zukünftigen Handlungsspielräume des Investitionsministeriums schlechthin fundamental eingeschränkt werden, erzwingt einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik. Ausrichtung und Art und Weise der Förderung müssen generell hinterfragt werden.

Ich will mich auf zwei Fragen konzentrieren, bevor ich zum Thema ILA komme. Ist das Rezept „Stärken stärken“ der richtige Weg für Brandenburg? Ist eine Förderung, die sich im Wesentlichen über Zuschüsse an Unternehmen definiert, effizient und zukunftsfähig für unser Land?

Diese Fragen müssen dringend diskutiert und beantwortet werden, da Kurskorrekturen heute und nicht erst morgen vorgenommen werden müssen.

Herr Kosanke und die Landesregierung sind davon überzeugt, dass die Neuausrichtung der Förderpolitik unter dem Motto „Stärken stärken“ positive Wirkung gezeigt hätte. So wird immer wieder hervorgehoben, dass Sofortmaßnahmen und prioritäre Maßnahmen die Entwicklung in den Regionalen Wirtschaftskernen vorangetrieben hätten.

Ich weiß nicht, auf welchen Erkenntnissen dieser Optimismus beruht. Mehrere hundert Millionen Euro, 320 Millionen Euro zwischen 2008 und diesem Haushalt 2010, für den Ausbau der kommunalen Wirtschaftsstruktur kamen in den letzten Jahren ausschließlich den 15 Regionalen Wachstumskernen zugute. Trotzdem lässt sich dem 8. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Aufbau Ost nicht entnehmen, dass die Regionalen Wachstumskerne im Gegensatz zu anderen Regionen Brandenburgs eine deutlich bessere wirtschaftliche Entwicklung genommen hätten.

(Beifall GRÜNE/B90)

Dies ist zum einen Teil dem mangelhaften Datenmaterial aus den RWKs geschuldet, was von der IMAG auch beklagt wurde. Dennoch war die IMAG auf Basis des vorhandenen Datenmaterials zu einigen grundsätzlichen Einschätzungen gekommen, die nicht nur uns an der Wirksamkeit der Mittelverwendung zweifeln lassen. So heißt es in diesem 8. Bericht zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sogar ausdrücklich: Auch die Arbeitsmarktsituation hat sich in den RWKs wie

in Brandenburg insgesamt nicht signifikant verschlechtert. Aha, sie hat sich nicht signifikant verschlechtert. Aber sie hat sich eben auch nicht signifikant verbessert.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Anscheinend auch, um dem vielerorts auch vorhandenen Unbehagen über die Entwicklung der RWK entgegenzutreten, ist nun eine Evaluation in Auftrag gegeben worden. Dabei bereichern die nunmehr mit der Evaluation dieser Strategie beauftragten Gutachter die politische Diskussion zurzeit noch mehr mit Fragen als mit Antworten und stellen in ihrem 1. Zwischenbericht nicht nur fest, dass die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes große Schwierigkeiten für eine belastbare Evaluation darstellt,

(Burkardt [CDU]: Aha!)

sondern sie stellen zudem heraus, dass von 133 geplanten Projekten bis Oktober 2009 nur 21 abgeschlossen waren, davon zur Hälfte Verkehrsinfrastrukturprojekte. Bis zum Ende der Evaluation werden 36 Projekte abgeschlossen sein, also nicht einmal ein Drittel.

Wörtlich heißt es in dem Zwischenbericht:

„Bei der Mehrzahl der Projekte handelte es sich um Investitions- und Bauprojekte, bei denen nach der Fertigstellung erst mit weiteren Verzögerungen die tatsächlichen Wirkungen und Effekte ersichtlich werden.“

Auf welcher Grundlage, Herr Kosanke oder Herr Minister Christoffers, erfolgt also die Einschätzung, dass das Konzept „Stärken stärken“ ein Erfolg war, wenn nicht einmal vernünftige Ausgangsdaten vorliegen und in nächster Zeit auch keine Wirkungen erkennbar sein werden?

(Beifall GRÜNE/B90 sowie vereinzelt CDU)

Für uns ist bislang nur eine Aussage belastbar: Der 8. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe stellt überaus deutlich fest, dass kleinere RWKs mit einer breiter diversifizierten Wirtschaftsstruktur die besten Entwicklungen aufweisen. Das muss die Leitlinie der Brandenburger Wirtschaftsförderung werden: kleiner und breiter diversifiziert, statt groß und monostrukturiert.

Ein solcher Ansatz greift das Konzept „Stärken stärken“ im Grundsatz an. Der bisherige Ansatz der Förderpolitik, die Mittel auf wenige Branchen, auf wenige Zentren und ursprünglich sogar auf einen Flickenteppich von Branchenschwerpunkorten zu konzentrieren, sollte ad acta gelegt werden.

Frau Kaiser - jetzt ist sie nicht anwesend - hatte 2007 Recht, als sie bei der Haushaltsberatung für den Doppelhaushalt 2008/2009 das Konzept „Stärken stärken“ in Zweifel zog und Richtlinien beklagte, durch die einer Vielzahl von Kommunen unseres Landes bzw. ganzen Regionen von vornherein der Zugang zu diesen Fördermöglichkeiten verbaut wird.

Eine grundlegende Änderung der Förderstrategie des Landes wäre deshalb überfällig. Mit der Streichung des Konzepts der Branchenschwerpunkte haben Sie einen richtigen Schritt gemacht, um allerdings gleich einen falschen zweiten danebenzusetzen.

Ich zitiere aus der Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Senftleben „Effekte des Förderinstruments der Branchenschwerpunktorte“ durch die Landesregierung:

„Gestützt auf die Empfehlung des Gutachters, aber auch im Hinblick auf die Erfüllung des wesentlichen Zwecks soll in der neuen Legislaturperiode die Förderkategorie der Branchenschwerpunktorte aufgegeben werden. Dies dient der Transparenz und stellt eine Vereinfachung des Förder szenarios dar. Damit würde außerdem eine weitere Konzentration der Fördermittel auf die integrierte Standortentwicklung in den Regionalen Wachstumskernen erfolgen.“

Das heißt, man lehnt das Projekt der Branchenschwerpunktorte jetzt ab, sammelt das Geld ein und will sich noch stärker auf die Regionalen Wachstumskerne konzentrieren, als es bisher schon der Fall war. Das heißt, man schränkt die Förderung auf noch weniger Regionen ein. Ich denke, das ist der falsche Weg. Wir halten das jedenfalls für falsch. Wir halten dies auch für eine eigentlich nicht nachvollziehbare Fortführung des schwarz-roten Konzepts der Vorgängerregierung.

(Zuruf von der CDU: Na, na!)

Sie verletzt das Konzept der sozialen Marktwirtschaft nachhaltig und schlägt alle ordnungspolitischen Grundsätze in den Wind. Auch in Brandenburg sollte die Politik in der Lage sein, einen ordnungspolitischen Rahmen vorzugeben, der Wettbewerb schafft und nicht unterbindet. Wir alle müssen daran arbeiten, Brandenburg innovativ und zukunftsorientiert auszurichten; deshalb ist es zwingend notwendig, auch im Sinne des Wahlprogramms der Linken, alle Regionen in die Förderung einzubinden. Wir benötigen eine Förderstrategie mit einem dezentralen Ansatz, die auf den Erfahrungen der Regionen aufbaut. Zwischen den Kommunen muss ein Wettbewerb um die besten Ideen und Ansiedlungskonzepte möglich werden.

(Beifall GRÜNE/B90)

Im Haushalt ist von diesem Ansatz allerdings nichts zu finden.

Kommen wir zum zweiten Thema. Brandenburg ist darauf angewiesen, auch nach Auslaufen der EU-Fördermittel flexibel die private Wirtschaft unterstützen zu können. Deshalb muss die Unternehmensförderung deutlich umsteuern. In den Koalitionsvereinbarungen wurde diese Notwendigkeit eines Strategiewechsels erkannt. Deshalb sollen „Fördermittel als rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden“. Diesen Ansatz der Landesregierung teilen wir ausdrücklich. Angesichts der auslaufenden Fördermittel und der angespannten Haushaltslage ist eine Mehrfachnutzung öffentlicher Gelder unumgänglich. Das heißt, Wirtschaftsfördermittel dürfen nicht mehr als Zuschüsse verschenkt, sondern müssen als Kredite vergeben werden und durch Tilgung an den Staat zurückfließen. Deshalb ist es zwingend erforderlich, die Umstellung von der Zuschusspolitik zur Kreditvergabe und Bürgschaftsgewährung jetzt voranzutreiben. Noch hat das Wirtschaftsministerium weit über 500 Millionen Euro der EFRE-Mittel der gegenwärtigen Förderperiode nicht verwendet. Die finanzielle Basis für Kreditvergaben könnte also sichergestellt werden. Doch dieser Haushaltsentwurf verwirklicht die Koalitionsvereinbarungen nicht. Ein Strategiewechsel ist bislang nicht zu erkennen. Ganz im Gegenteil, der Haus-

haltsentwurf zementiert die bisherige Unternehmensförderung für die gesamte Legislaturperiode.

Der Haushaltsentwurf 2010 plant in der Wirtschafts- und Strukturpolitik eine Mittelbereitstellung an private Unternehmen in Höhe von 160 Millionen Euro. Darüber hinaus werden Verpflichtungsermächtigungen für die nächsten Jahre im Umfang von über 400 Millionen Euro ausgebracht. Solche Geschenke verhindern bisher die potenzielle Inanspruchnahme von Bürgschaften und Gewährleistungen. Im Jahr 2008 wurde der Ermächtigungsrahmen für Bürgschaften, der 525 Millionen Euro betrug, nur in Höhe von 31 Millionen Euro ausgeschöpft. Der Ermächtigungsrahmen für Garantien und sonstige Gewährleistungen wurde nur in Höhe von 5 % genutzt. Im Jahr 2009, im Jahr der Finanzkrise, als ja bereits darüber gesprochen wurde, wie schwer es für Unternehmen ist, Kredite zu erhalten, stiegen die in Anspruch genommenen Bürgschaftsmittel lediglich von 5 % auf 10 %. Das heißt, 427 Millionen Euro bereitgestellte Bürgschaften wurden von den Unternehmen in Brandenburg nicht nachgefragt - ein Riesenangebot, aber keine Inanspruchnahme. Das sind skandalöse Zahlen, die jedem Wirtschaftsförderer die Schamesröte ins Gesicht treiben sollten. Solange die Regierung Fördermittel verschenkt, ignorieren private Unternehmer Bürgschafts- und Gewährleistungsmöglichkeiten. Der derzeitige Haushaltsentwurf setzt keine Anreize für private Unternehmen, auf Darlehen zurückzugreifen.

Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist daher unser Antrag - Herr Kosanke, diesen hatten Sie nicht erwähnt - zur Stärkung der Mikrofinanzierung. 800 000 Euro sollen als Mikrokredite und Darlehen neu gegründeten und jungen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

(Kosanke [SPD]: Das gibt es schon!)

- Ja, aber unzureichend. Das wissen Sie doch.

Hierdurch würden der Zugang zu Finanzdienstleistungen erheblich verbessert und das Angebot an Finanzierungsmöglichkeiten ergänzt. Dieser Antrag kombiniert sinnvoll die Ansprüche an eine nachhaltige Unternehmensförderung, indem ein essenzielles Förderungsinstrument für Brandenburg gestärkt und gleichzeitig die Mehrfachnutzung dieses Geldes sichergestellt wird. Das ist ein erster Schritt. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag zu unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, wir sollten uns einig sein, dass sich Brandenburg keine Verschwendung für Großprojekte mehr leisten kann.

(Beifall GRÜNE/B90)

Deshalb haben wir einen Antrag auf Streichung der Förderung der ILA 2010 eingebracht. Die Unterstützung einer Waffenschau durch umfangreiche öffentliche Steuergelder lehnen wir strikt ab.

(Beifall GRÜNE/B90)

Die ILA definiert sich selbst als eine der bedeutendsten wehrtechnischen und sicherheitspolitischen Messen in Europa. Sie bewirbt sich als „ideale Plattform für den internationalen Dialog

zwischen Politik, Industrie und Streitkräften“. Die ILA sieht in ihrem Ausstellungsprogramm die seltene Chance, einen direkten Vergleich fliegender Waffensysteme zu erlangen. Für eine solche Ausstellung will unsere Landesregierung unter Beteiligung der Linken, die im Bund so vehement gegen Krieg und Rüstungsindustrie streitet,

(Görke [DIE LINKE]: So wie ihr! - Frau Wehlan [DIE LINKE]: Afghanistan lässt grüßen!)

öffentliche Mittel verwenden, statt die Finanzierung an die Aussteller zu delegieren. Schlimm genug.

Jetzt steht die Verlängerung der ILA für die Jahre 2012 bis 2020 an. Eine komplett neue Infrastruktur wird aus dem Boden gestampft, um nach wenigen Jahren wieder zu verschwinden. Für all die geplanten Maßnahmen wurden unterschiedlichste Millionenbeträge veranschlagt. Anfangs wurden 120 Millionen Euro genannt; diese wurden mit der Zeit auf 27 Millionen Euro schönegerechnet, aber da scheint es auch noch Zweifel zu geben, denn in der letzten Woche kursierte die Zahl 50 Millionen Euro. Jede der Veranstaltungen zwischen 2012 und 2020 wird die Steuerzahler mehr als 10 Millionen Euro Kosten. Hand aufs Herz, verehrte Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie wirklich, dass es bei dieser Summe bleibt? Wir sehen die Gefahr, dass sich die Landesregierung in ein neues finanzielles Abenteuer begibt, das sich schnell zum Fass ohne Boden entwickeln kann. Verlässlichkeit in Zusagen, Geld zu versenken, ist kein guter Politikansatz, Herr Kosanke.

(Beifall GRÜNE/B90)

Nicht nur zur Dokumentation unserer eigenen Ablehnung der Bewerbung Berlin und Brandenburg für die ILA 2012 und folgende bringt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen zusätzlichen Antrag ein. Dieser Antrag streicht die eingestellten Verpflichtungsermächtigungen für die Durchführung der ILA 2012 - nicht für die ILA 2010 -, um hier eine breite Zustimmung zu ermöglichen. Dieser Antrag soll Ihnen ermöglichen, Ihre Ablehnung dieses Finanzabenteuers deutlich zu machen. Wir bitten Sie: Unterstützen Sie unseren Antrag in der namentlichen Abstimmung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt muss die Wirtschaftsförderung grundsätzlich neu ausgerichtet werden. Liebe Kollegen der Linken, lieber Herr Minister Christoffers, bleiben Sie Ihrem Wahlprogramm ein wenig treuer. Nehmen Sie von der rot-schwarzen Förderstrategie „Stärken stärken“ Abstand. Die Kritik aus Ihrer Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode hat sich als richtig erwiesen.

(Bischoff [SPD]: Wo ist denn eine Alternative?)

Die bisherigen RWK-Regionen haben keine wirtschaftlichen Ausrufezeichen setzen können.

Herr Christoffers, setzen Sie schleunigst Ihren Koalitionsvertrag um. Nutzen Sie Investitionsmittel mehrmals. Senken Sie die Mittel für reine Zuschüsse drastisch, damit die Unternehmen die Kredit- und Bürgschaftsmöglichkeiten auch nachfragen. Die Ausweitung des Kreditangebots allein führt nicht zu einem Strategiewechsel, solange an anderer Stelle nicht rückzahlbare Zuschüsse in Anspruch genommen werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, bleiben Sie Ihren Grundsatzpositionen treu,

(Görke [DIE LINKE]: Das müssen Sie gerade sagen!)

lehnen Sie mit uns zusammen die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung 2012 und potenzielle Folgeveranstaltungen ab. Bitte unterstützen Sie unsere Anträge. - Danke.

(Beifall GRÜNE/B90)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. - Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag des Abgeordneten Domres fort. Er spricht für die Fraktion DIE LINKE.

Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Homeyer, ein bisschen mehr Haushalt und bisschen weniger billige Polemik hätte ich mir von Ihnen schon gewünscht. Wir hatten in den ersten Wochen der Legislaturperiode sehr viel damit zu tun, Altlasten des damaligen CDU-Ministers aus dem Weg zu räumen.

Da Sie die ILA so dezidiert angesprochen haben, Herr Kollege Homeyer, möchte ich entgegnen: Seit 2008 ist nichts passiert. Die Verantwortung für diese Situation allein Kollegen Christoffers zuzuschieben finde ich unredlich.

Punkt 2, der RWK-Prozess: Auch hierüber haben wir sehr intensiv diskutiert und festgestellt, dass es Ihre Regierung war - unter Ihrer Beteiligung -, die die Fehler, die wir beheben mussten, verursacht hat.

Von daher, denke ich, ist der Prozess der Evaluierung der Regionalen Wachstumskerne richtig und wichtig, und er wird auch erfolgreich vollzogen. Herr Kollege Vogel, die Feststellung, dass der RWK-Prozess im Land völlig folgenlos sei, kann ich nicht teilen. Aber vielleicht hat es damit zu tun, dass Sie relativ wenig im Land verankert sind.

Zu den Branchenkompetenzen: Auch hierzu haben wir eindeutig im Wirtschaftsausschuss die Diskussion geführt. Wir haben uns vorstellen lassen, dass dieser Evaluierungsprozess läuft, und zum Jahresende wird es ein Ergebnis geben. So steht es im Koalitionsvertrag, und so wurden wir im Wirtschaftsausschuss informiert. Ich verstehe nicht, wo Ihr Problem liegt.

Vergabegesetz, Herr Kollege Homeyer: Dass Sie kein Fan des Vergabegesetzes sind, ist uns bekannt. Aber bezüglich Ihres Mittelstandsförderungsgesetzes, das Sie schon seit Monaten vor sich herschieben

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Seit Jahren!)

- seit Jahren, Entschuldigung -, auch da ist bisher nichts passiert. Von daher will ich Ihnen einfach einmal ein bisschen Ruhe vermitteln. Die Koalition wird nach der Sommerpause einen Gesetzentwurf einbringen, mit dem wir deutlich machen, wie wir uns künftig die Vergabe von öffentlichen Mitteln vorstellen. Darüber können wir dann trefflich diskutieren. Ich gehe davon

aus, dass es ein Vergabegesetz geben wird, das große Akzeptanz im Land Brandenburg finden wird und das wir auch gegen den Widerstand von CDU und FDP durchsetzen werden.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Zum Thema CCS: Auch hier - das muss ich eindeutig sagen - hat Minister Christoffers seine Eckpunkte für die Anforderungen an ein CCS-Gesetz vorgelegt. Sie wissen, dass das CCS-Gesetz ein Bundesgesetz sein wird. Sie wissen, dass es eine EU-Richtlinie gibt, die die Bundesregierung auffordert, diese Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Wir haben die Anforderungen an ein CCS-Gesetz formuliert. Jetzt wird dieses Verfahren dort geführt, wo es hingehört, nämlich im Deutschen Bundestag. Dass es ein Referat Strategische Kommunikation gibt, Herr Kollege Homeyer und man möglicherweise jetzt auch mit den Leuten spricht, hat ganz einfach damit zu tun, dass es unsere Sache eben nicht ist, über die Köpfe der Menschen hinweg zu regieren,

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Genau!)

sondern wir wollen die Menschen mitnehmen. Dazu gehört ein Dialog. Politik von oben zu machen überlassen wir Ihnen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Nun aber zum Haushalt: In der Koalitionsvereinbarung steht zu lesen:

„Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik, für die Unternehmen mit Instrumenten wie Überbrückungskrediten und Beratung notwendige Unterstützung zu leisten. Brandenburg braucht wettbewerbsfähige und leistungsstarke Unternehmen. Generelles Ziel der Koalition ist es, den kleinen und mittelständischen Unternehmen und den freien Berufen den Zugang zum öffentlichen und privaten Kapitalmarkt zu erhalten und zu verbessern.“

Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Kernaussage der Koalitionsvereinbarung. Ich habe auch weder in den Beratungen im Wirtschaftsausschuss noch im Finanzausschuss feststellen können, dass es zu diesem Problemkreis Anträge von Ihnen gegeben hat. Also muss doch das, was im Haushalt festgeschrieben ist, ganz gut sein. Ansonsten hätten Sie es ändern können.

Mit dem Haushalt für das Jahr 2010 und speziell mit dem Einzelplan 08 wird also dieser Aussage aus dem Koalitionsvertrag Rechnung getragen. Mit den vorgelegten Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen wird die Umsetzung dieser Zielstellung noch verstärkt. So wollen wir den Mittelansatz für das Konsolidierungs- und Standortsicherungsprogramm erhöhen. Auch wenn die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise auf die Brandenburger Wirtschaft bisher vergleichsweise gering waren - das hat die IHK vor zwei Tagen bestätigt -, so ist doch zu erwarten, dass im Jahr 2010 erhebliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu konsolidieren und die Arbeitsplätze im Land zu sichern. Ein deutliches Indiz dafür, dass dieses Programm im Jahr 2010 und folgende deutlich stärker als beispielsweise im Jahr 2008 in Anspruch genommen werden wird, ist der Mittelabfluss im Vergleich zu 2009.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Substanzpflge der klein- und mittelständisch geprägten Unternehmensstruktur des Landes sowie die Erschließung neuer Wirtschaftsfelder und Zukunftsbranchen. Brandenburgs Chancen liegen auch bei neuen Industrien und Dienstleistungen, bei Wissenschaft und Innovation wie erneuerbaren Energien und Umwelttechnologien. Ich werbe ausdrücklich an dieser Stelle auch um die Zustimmung der Opposition zu den Änderungsanträgen der Koalition. So wollen wir den Mittelansatz zur Förderung von Unternehmensaktivitäten im Management-, Marketing-, Messe- und Markterschließungsbereich im In- und Ausland für brandenburgische Unternehmen erhöhen. Dies machen wir, um strukturelle Nachteile auszugleichen und so einen Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu leisten sowie die Beratung potenzieller Exportfirmen zu verbessern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auf dem Gebiet der Außenwirtschaft aktiver werden. Kollege Kossanke ist darauf schon eingegangen. Nur 5 % der Unternehmen in Brandenburg sind in der Außenwirtschaft aktiv. Um die Exportquote in Brandenburg zu erhöhen, müssen mehr Unternehmen exportieren. Vor allem kleine Unternehmen haben Nachteile bei der Erschließung von Auslandsmärkten. Die zusätzlichen Mittel dienen insbesondere zur Beratung von potenziellen Exportunternehmen, orientiert am erfolgreichen Pilotprojekt „Fitness-Check International“, das 2008 und 2009 von der Brandenburger Wirtschaftskammer durchgeführt wurde.

Ein großes Thema der letzten Landtagssitzung war die Energiepolitik; Herr Homeyer hat es angesprochen. Selbstverständlich spielt dieses Thema auch im Haushalt 2010 eine wesentliche Rolle und wird mit Änderungsanträgen der Koalition unteretzt. Die Nutzung regenerativer Energien und die Förderung rationeller Energieanwendung nimmt angesichts abnehmender fossiler Energieressourcen eine immer größere Bedeutung ein. Dem tragen wir durch die Bereitstellung weiterer Fördermittel Rechnung. Bei der Fortschreibung der Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg, respektive der Umsetzung, muss der Fokus verstärkt auf die Unterstützung von regionalen unternehmerischen Initiativen hinsichtlich des Ausbaus von erneuerbaren Energien, der Steigerung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung gelegt werden. Regionale und kommunale Energiekonzepte und Unternehmensnetzwerke stärken die Selbstorganisation von Kommunen, Regionen und Unternehmen und tragen dazu bei, anspruchsvolle energie- und klimapolitische Ziele wirksam im Verbund zu erreichen.

Mit den veränderten Haushaltsansätzen sollen neben den Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zur Schaffung zukunftssicherer und verbrauchnaher Energieversorgungsstrukturen auch Pilot- und Demonstrationsprojekte für innovative Technologien und Verfahren in Brandenburg realisiert sowie regionale und kommunale Energiekonzepte bzw. unternehmerische Energienetze unterstützt werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in der Diskussion sowohl im Wirtschafts- als auch im Finanzausschuss wurden die Deckungsquellen der Koalitions-, aber auch der Oppositionsanträge kontrovers diskutiert. Ich möchte die Debatte hier nicht wiederholen. Deutlich wurde aber, dass es sowohl zu den Ausgaben für die Mietzahlung an den BLB als auch die Ausgaben für die Geschäftsbesorgung an die ILB weiterhin Diskussionsbedarf geben wird. Die Koalition hat die Notwendigkeit der

Einführung eines zentralen Energiemanagements erkannt, um so die nachhaltige Senkung des Wärme- und Stromverbrauchs zu erreichen. Das ist aber hier im Haus schon Beschlusslage, meine Damen und Herren. Die Frage, wie hoch die an die ILB zu erstattenden Entgelte im Jahr 2010 tatsächlich sein werden, hängt von den Leistungen ab, die die ILB im Jahr 2010 für das Land tatsächlich erbringt. Dabei besteht keine unmittelbare Abhängigkeit vom umgesetzten Fördervolumen. Man kann auch nicht daraus schließen, dass weniger Fördermittel bewilligt werden.

Das Angebot des Wirtschaftsministers, das Abrechnungsverfahren mit der ILB zu erläutern, sollte in einer der nächsten Sitzungen angenommen werden. Ein Haushaltsrisiko sehen wir in diesem Punkt jedenfalls nicht. Sonst hätten wir Ihnen diesen Vorschlag nicht unterbreitet.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht zuletzt für die brandenburgischen Unternehmen ist es wichtig, in der Förderpolitik auf Kontinuität und Verlässlichkeit setzen zu können. Davon unbenommen werden die vorhandenen Instrumente laufend auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und weiterentwickelt. Die bisherige Förderpolitik stützt sich im Wesentlichen auf Zuschüsse an Unternehmen, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Mit Blick auf die Zukunft und weniger werdende Fördermittel für das Land ist ein Strategiewechsel in der Unternehmensförderung notwendig, damit die eingesetzten Gelder für eine möglichst lange Zeit wirken können. Aus diesem Grund sollen Fördermittel auch als rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden. So steht es in der rot-roten Koalitionsvereinbarung, und dies spiegelt sich auch im Einzelplan wider.

Nun gab es vor einigen Tagen eine Pressemitteilung von Kollegen Axel Vogel - schade, er ist nicht mehr im Raum -, aber auch Herr Homeyer hat gerade gesagt, dass es diesen Strategiewechsel angeblich nicht gibt. Herr Vogel teilte der Öffentlichkeit mit, dass es keinen Kurswechsel in der Förderpolitik gebe und das alte Prinzip nahtlos weitergeführt werde. Herr Vogel, das ist falsch. Zum einen hat der Wirtschaftsminister im Ausschuss darüber informiert, dass neue Programme noch bei der EU zur Notifizierung liegen. Und, sehr geehrter Herr Kollege Homeyer, die Verantwortung für die Bearbeitungszeiten oder Bearbeitungsfristen bei der EU liegt mit Sicherheit nicht im rot-roten Kabinett. Zum anderen wurde Ende März bereits ein neuer Fonds für junge, innovative Kleinunternehmen aufgelegt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Ziel des Fonds ist es, die Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen in der Frühphase mittels offener Beteiligung in Verbindung mit Nachrangdarlehen zu stärken. Das Volumen des Fonds beträgt 20 Millionen Euro. Vorgesehen ist die Beteiligung an Kapitalgesellschaften von insgesamt 1 Million Euro, hier Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Brandenburg. Diesen Fonds finden Sie im Übrigen im Entwurf des Einzelplans 08 auf Seite 56.

An Herrn Vogel habe ich eine Bitte. Bevor er wieder solche Schnellschüsse an die Öffentlichkeit gibt, könnte er mich anrufen, meine Telefonnummer hat er, dann können wir gerne darüber reden.

Zum Änderungsantrag der CDU: Der Antrag, den bisherigen Ansatz des Titels für Öffentlichkeitsarbeit und für Veranstaltungen zur Förderung des Gründerklimas von 81 000 Euro um 39 000 Euro auf 120 000 Euro zu erhöhen, ist mit Sicherheit ehrenwert, aber angesichts des Mittelabflusses von 43 000 Euro im Jahr 2009 ist der Ansatz von 81 000 Euro aus unserer Sicht

mehr als auskömmlich. Darüber hinaus wollen wir an der Verbesserung der Rahmenbedingungen arbeiten, die nicht unwesentlich für ein gutes Gründerklima verantwortlich sind. Das verstehen wir unter einer effizienten Verwendung von immer knapper werdenden Mitteln.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt des Wirtschaftsministers und die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen machen deutlich, dass die in der Förderpolitik notwendige Kontinuität und Verlässlichkeit gegeben sind und ein Strategiewechsel eingeleitet ist. Dieser Haushalt macht deutlich, dass auch bei der schwierigen Haushaltslage die Zielstellung, Brandenburgs Wirtschaft künftig stärker ökologisch auszurichten, angegangen wird. Ebenso wird deutlich, dass das Ziel, günstige Rahmenbedingungen für zukunftsfähige und ökologisch verträgliche Arbeitsplätze zu schaffen und alles dafür zu tun, bestehende Arbeitsplätze zu sichern, fest im Blick der rot-roten Koalition ist.

Ich bitte um die Zustimmung zu den Änderungsanträgen der Koalition und zum Einzelplan 08.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Domres. - Wir setzen die Aussprache mit dem Redebeitrag der FDP-Fraktion fort. Der Abgeordnete Tomczak hat das Wort.

Tomczak (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die fraktionsübergreifende Mehrheit in diesem Parlament - 56 Abgeordnete - erlebt eine Haushaltsdebatte wie die aktuelle nicht zum ersten Mal. Ich erlebe sie zum ersten Mal, und ich muss sagen, dass ich diese Tage sehr aufmerksam verfolgt habe. Sie als alte Hasen kennen die Regie, und - seien wir ehrlich - Sie kennen schon jetzt das komplette Abstimmungsergebnis zu dieser Haushaltsberatung.

(Bischoff [SPD]: Sie aber auch!)

Worüber beraten wir heute eigentlich noch? Wir spielen das alte Spiel - öffentlich präsent - von Katz und Maus zwischen Opposition und Koalition nach dem Motto: Die Koalition ist die Katze, die Opposition ist die Maus, die Koalition hat Recht, und die Opposition ist raus.

Das trifft auch auf den Einzelplan 08 zu. 20 Änderungsanträge wurden im Wirtschaftsausschuss und im Haushalts- und Finanzausschuss beraten. Acht Änderungsanträge von SPD und Linke wurden angenommen, zwölf Änderungsanträge von CDU, FDP und GRÜNE/B90 wurden abgelehnt. Dieses Abstimmungsergebnis wird sich gleich bei der Endabstimmung wiederholen. So funktioniert nach Ihrer Meinung parlamentarische Demokratie.

Vor wenigen Monaten waren in diesem Hohen Haus andere Worte zu hören:

„Das Zusammenspiel von regierenden und oppositionellen demokratischen Parteien, ihr Wettbewerb um die richtigen Fragen der Zeit und die bestmögliche Antwort gehören zu den grundsätzlichen Voraussetzungen der Demokratie.“

„Der demokratische Grundkonsens über die Fraktionen hinweg ist Voraussetzung für Verständigungsbereitschaft und Vertrauen, ein Vertrauen, das damit beginnt, einander zuzuhören ...“

„Nur so können wir wieder das Vertrauen der Menschen in die Politik und die Politiker gewinnen.“

Für diese Worte haben Ihnen, sehr geehrte Frau Prof. Heppener, nach Ihrer Eröffnungsrede zur konstituierenden Sitzung dieses Parlaments alle Mitglieder herzlich gedankt. Ich möchte Ihnen heute sagen: Ich war von Ihrer Rede als neues Mitglied in diesem Landtag sehr beeindruckt.

Die Beratungen im Wirtschaftsausschuss, die Berichte meiner Fraktionskollegen und die Eindrücke von der Haushaltsberatung von gestern und heute machen mir es jedoch sehr schwer, ein sinnvolles Mitwirkungsmotiv in dieser Haushaltsdebatte zu entwickeln.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

Ich glaube, dass es einigen von den 32 neuen Mitgliedern dieses Parlaments, zu denen Sie nicht gehören, Herr Schulze, ähnlich geht. Was läuft hier in diesen Tagen eigentlich ab? Die Regierungskoalition stimmt ausnahmslos gegen die Oppositionsanträge. 64 % Koalitionsmehrheit wird zu 100 % Entscheidungsmehrheit aufgeblasen. Kein Grundkonsens über die Fraktionen hinweg, keine Verständigungsbereitschaft, kein Vertrauen.

In mir persönlich weckt das die Erinnerung an den demokratischen Zentralismus der SED. Das erinnert mich an eine Partei, die über sich singen ließ, immer Recht zu haben.

(Zuruf von der SPD: Das haben Sie die letzten fünf Jahre vergessen! - Frau Wöllert [DIE LINKE]: Vielleicht liegt es auch an der Qualität der Anträge!)

Aber, meine verehrten Kollegen von der Regierungskoalition, noch sind Sie zwei Parteien, SPD und Linke. Aber vorsichtig, verehrte Genossen von der SPD - Quo vadis? -, Ihr seid schon einmal zwangsvereint worden.

(Frau Geywitz [SPD]: Das ist wirklich peinlich, was Sie sagen!)

Es ist zu erkennen, dass die Änderungsanträge der FDP-Fraktion abgelehnt werden. Deshalb werden wir die Entwicklung zu den Themen des Einzelplans 08 wie Existenzgründung, Unternehmensbegleitung, Wirtschafts- und Strukturförderung, einheitlicher Ansprechpartner, Mikrokredite, ILA, Ladenöffnungsgesetz, Regionale Wachstumskerne und weitere Themenkomplexe wie das Thema CCS und vor allem die Auswirkungen des schon heute besprochenen öffentlichen Beschäftigungssektors auf kleine und mittelständische Dienstleister - Stichwort: Positivliste - sehr genau beobachten und unsere Argumente und Forderungen im Ausschuss und im Landtag mithilfe von Anträgen zur Sprache bringen.

Lassen Sie mich zur ILA noch etwas sagen. Ich komme aus der Region unmittelbar vor der Haustür der ILA im Wirtschaftsbezirk Schönefeld - Wildau - Königs Wusterhausen. Es ist also nicht nur mein persönliches Interesse, sondern das regionale Interesse. Das betrifft erstens nicht nur die Kaufkraft der Region, sondern die entscheidende Entwicklung der Infra-

struktur rund um Schönefeld mit der Ausstrahlung in die umliegenden Orte. Vor allen Dingen die Gewerbeentwicklung zeigt uns, dass die ILA ein Motor für die Region ist.

Hier ist zweitens festzustellen, dass die Bedeutung der Leistungsmesse für die Forschung der Luft- und Raumfahrtindustrie von großer Bedeutung ist. Wir wollen heute feststellen: Wenn wir uns in unserem persönlichen - häuslichen - Haushalt umgucken, stellen wir fest, dass die Militärtechnik der vergangenen Jahrzehnte - das klingt vielleicht komisch - dafür gesorgt hat und die Raumfahrttechnik heute dafür sorgt, dass es in unserem Haushalt um einiges leichter geht.

Drittens - hierzu habe ich mich öffentlich schon geäußert - ist die dauerhafte Etablierung eines Messestandorts auf Brandenburger Territorium von Bedeutung, und zwar nicht nur für die Nutzung der ILA - bis 2020 im Zweijahrestakt -, sondern auch in den Zwischenzeiträumen und vor allen Dingen nach 2020. Dass Berlin da einige Bauchschmerzen hatte, ist verständlich. Vielleicht ist es trotzdem bereits jetzt gelungen, diesen Standort in Selchow zu sichern. Dann, nach 2020, ist die exorbitante Lärmbelästigung durch die ILA sicherlich nicht mehr gegenwärtig. Von uns Liberalen hat Herr Christoffers dafür volle Unterstützung.

Ich blicke auf den Antrag von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Ansiedlung oder Durchführung der ILA als Lärmquelle oder militärischen Komplex und - wie heute schon zu hören war - als Finanzrisiko abzuwerten ist in unseren Augen falsch. Wir stehen hinter dem Beschluss, die ILA in der Region durchzuführen.

Als optimistischen Abschlussgedanken möchte ich hier ausdrücklich bemerken, dass wir wie bisher auch weiterhin auf die sachbezogene, wirtschaftsfreundliche und konstruktive Zusammenarbeit mit Herrn Minister Christoffers bauen. Da werden uns unterschiedliche Standpunkte zum Beispiel bei Vergabegesetz, Mindestlohn und andere zu erwartende Themen nicht an einer guten Zusammenarbeit hindern. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tomczak. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Minister Christoffers, Sie erhalten das Wort.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Haushaltsberatungen zum Einzelplan 08 machen deutlich, dass es gerade nicht das Katz-und-Maus-Spiel ist, von dem hier eben die Rede gewesen ist, sondern es geht um die Darlegung unterschiedlicher Grundsätze und Zielstellungen bei Kernbereichen politischen Agierens im Land Brandenburg.

Ich möchte zuerst einen Punkt entschieden zurückweisen. Herr Vogel, der leider nicht anwesend ist, unterstellte, dass wir das Konzept der sozialen Marktwirtschaft mit dem Haushalt nicht umsetzen und einen fehlerhaften ordnungspolitischen Rahmen hin zu monostrukturierten Großvorhaben setzen wollten. Das weise ich auf das Entschiedenste zurück.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Diese Debatte ist von einer „Qualität“ geprägt - zu Herrn Homeyer komme ich nachher noch -, die politisch leider immer mehr üblich wird, aber am Ziel vorbeigeht. Man stellt eine Behauptung in den Raum, bezieht sich immer wieder auf diese Behauptung, und die Begründung eines jeglichen Arguments ist die Behauptung, die überhaupt nicht untersetzt ist.

Ich frage mich in allem Ernst: Wo ist der RWK-Prozess eine große monostrukturierte Fehlentscheidung? Vielleicht in Großräschen? Oder vielleicht in Karstädt? Oder in Perleberg? Oder möglicherweise in Eberswalde, weil das 20 000, knapp 30 000 Einwohner hat? Oder ist der Wachstumskern in der Lausitz falsch? Das sind fünf Städte über zwei Landkreise. Was das mit monostrukturierter Förderpolitik zu tun haben soll, das weiß ich nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Senfleben [CDU])

Zweitens: Was ist denn das Ergebnis des RWK-Prozesses? Das wesentliche Ergebnis der RWK-Prozesses, meine Damen und Herren, ist doch nicht der Streit über diesen oder jenen harten oder weichen Standortfaktor. Das wesentliche Ergebnis des RWK-Prozesses ist, dass lokale Akteure vor Ort selbst Verantwortung für sich übernehmen und diese Verantwortung in Projekte und Vorhaben umsetzen, bei denen sie um Hilfe und Unterstützung bitten, und das alles in einer Zeit, wo wir alle über Politikverdrossenheit reden, wo wir darüber reden, dass es keine Einsatzbereitschaft mehr gibt usw. Das ist doch das wesentlichste Ergebnis, und selbstverständlich werden wir das weiter unterstützen, auch im Sinne von „Stärken stärken“. Auch das ist ein Ausdruck demokratischer Legitimierung, auch von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dieser Landesregierung.

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bretz zu?

Minister Christoffers:

Selbstverständlich.

Bretz (CDU):

Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben gerade beklagt, dass in der Politik gelegentlich Behauptungen aufgestellt werden. Diesen Politikstil haben Sie gerügt. Meine Frage an Sie ist: Wie bringen Sie Ihre Überzeugung damit in Einklang, dass Sie vor zwei Tagen gemeinsam mit Ihrer Ministerkollegin Tack behauptet haben, die Bundesregierung grenze Brandenburg bei den Solarforschungsfördergeldern in Höhe von 100 Millionen Euro für das Jahr 2011 aus, obwohl Sie wissen, dass genau das nicht der Fall ist - kombiniert mit Ihrer Aussage, dass Sie einen Politikstil verabscheuen, der Unwahrheiten verbreitet? Ich würde mich sehr freuen, Herr Minister, wenn Sie dem Hohen Haus erklären könnten, wie Sie diese beiden Aussagen in Übereinstimmung bringen können.

Minister Christoffers:

Selbstverständlich, Herr Bretz. Wir haben der Bundesregierung nicht vorgeworfen, dass sie uns ausgrenzt, sondern nur darauf aufmerksam gemacht, dass in den vorliegenden Eckwerten im Gesetz explizit drei Länder genannt werden - und Brandenburg nicht. Das wollten wir deutlich klarstellen. Wir haben

auch in Brandenburg Forschungseinrichtungen. Wir werden die Interessenlagen dieser Forschungsinstitutionen bündeln und gegenüber dem Bund einfordern, dass die Unterstützung kommt. Können Sie mir sagen, welches Ziel eine Bundesregierung bei der Bekanntgabe eines 100-Millionen-Euro-Forschungsprogramms verfolgt, das aufgestockt werden soll?

(Zurufe des Abgeordneten Senfleben [CDU])

- Herr Senfleben, ich bin doch auch immer ganz ruhig, wenn Sie reden.

(Weitere Zurufe des Abgeordneten Senfleben [CDU])

Dieses Programm soll mit über 400 Millionen Euro an privatwirtschaftlichen Mitteln aufgestockt werden. Warum werden dort nur drei Länder genannt - was soll das? Das hat mit dem Forschungscluster Solarindustrie, der mittlerweile in der Bundesrepublik entsteht und entstanden ist, nichts zu tun. Nur darauf wollten wir hinweisen, und das ist unser gutes Recht.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, zurück zum Einzelplan 08: Ich bedanke mich, Herr Vogel, dass Sie jetzt wieder anwesend sind. Ich wollte nur sagen: Ich weise das, was Sie gesagt haben, im Grundsatz zurück. Ich halte das für völlig verfehlt. Ich dachte immer, es gäbe in diesem Hohen Hause einen großen Konsens. Wirtschaftspolitik, Politik insgesamt hat die Aufgabe, Menschen zu motivieren, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Ich finde, das haben wir mit diesem RWK-Prozess erreicht - das möchte ich unterstreichen -, und das werden wir künftig noch weiter ausbauen. Deshalb finde ich den Vorwurf absurd, dass wir monostrukturierte Vorhaben im RWK-Prozess umsetzen würden.

(Vereinzelt Beifall von der Regierungsbank und der SPD)

Zweitens: Meine Damen und Herren, es wurde der fehlende Strategiewechsel in der Förderpolitik bemängelt. Schlagen Sie dazu bitte einmal das Kapitel 08 030 auf. In diesem Kapitel finden Sie für insgesamt 77,4 Millionen Euro Fonds und Beteiligungsvorhaben einzeln aufgeführt, die diese Landesregierung als Einstieg in einen Strategiewechsel bei der Förderpolitik umsetzt. Herr Vogel, wenn Sie meinen oder den Eindruck erwecken wollen - Sie ja auch, Herr Homeyer -, dass es innerhalb von sechs Monaten möglich wäre, mehr als diese 77,4 Millionen Euro institutionell und ordnungspolitisch überhaupt auszuweisen, dann muss ich Ihnen sagen: Verständigen Sie sich mit Ihren Kollegen von den Grünen in Hamburg. Ich glaube, diese können Ihnen den einen oder anderen Hinweis geben, wie lange manches tatsächlich dauert. Aber, Herr Homeyer, Sie wissen es eigentlich besser.

Diesen Strategiewechsel, den Sie einklagen, haben wir vollzogen. Es ändert sich nichts an dem Ziel, dass wir mit dem Beginn ab 2014 einen Umfang bei den involvierten Fonds in einer Größenordnung von etwa 200 bis 250 Millionen Euro haben müssen, aber diese werden natürlich unterschiedliche Laufzeiten haben. Das ist in dem Kapitel 08 030 ausführlich dargestellt, ebenso das, was damit geplant ist.

Meine Damen und Herren, es hat bereits eine Rolle gespielt: Der Einzelplan 08 ist der Haushalt mit den größten investiven Mitteln. Wenn ich die sonstigen Fördermaßnahmen hinzurechne,

liegen wir bei über 92 % des Gesamthaushalts. Das ist das, was insgesamt in die Wirtschaftsförderung wie auch in die allgemeine Förderung und Unterstützung von Unternehmen fließt. In den verbleibenden 7,5 % sind noch die Kosten für zwei Institutionen enthalten; das sind das Landesamt für Bergbau und Geologie sowie das Landesamt für das Mess- und Eichwesen.

Insofern glaube ich, meine Damen und Herren, dass dieser Haushalt auch deutlich macht, wie sparsam die Verwaltungsausgaben sind. Darüber, ob dabei weitere Optimierungen möglich und auch sachgerecht sind, werden die nächsten Jahre entscheiden. Eines wird natürlich auch deutlich: Das Jahr 2010 ist noch das beste von vielen komplizierten Jahren. Sie wissen doch alle ganz genau, dass wir 2011 oder spätestens 2012 sowie in den Folgejahren in große Verteilungskonflikte kommen werden. Selbstverständlich werden wir Prioritätensetzungen überprüfen müssen. Ich kann Ihnen dazu nur sagen, dass wir in diesem Haushalt die Prioritäten auf Substanzpflege, auf Technologieentwicklung, auf Energie und Tourismus als auch auf die Regional- und Strukturpolitik gesetzt und damit angefangen haben, uns hier weiter zu konzentrieren und damit dadurch die Voraussetzungen zu schaffen, dass wir hier für 2011 bis 2014 und weitere Folgejahre mit geringer werdenden Mitteln einen höheren oder zumindest ähnlichen Nutzeffekt erzielen können, wie das bisher in der reinen Zuschussförderung der Fall gewesen ist.

Das wird auch bedeuten, dass wir uns von Aufgaben trennen müssen, meine Damen und Herren: Wir werden nicht bei weniger Geld immer die gleichen Aufgaben ständig weiter wahrnehmen können. Selbstverständlich gibt es bei uns auch Überlegungen, von welchen Aufgaben man sich in der Perspektive bei uns trennen muss, um das Kerngeschäft - die Unterstützung der wirtschaftlichen Betätigung, die Ausrichtung des Landes Brandenburg auf einen Wachstumspfad für Wirtschaft und Beschäftigung - sicherstellen zu können. Auch das wird noch eine Reihe von Debatten hier in diesem Hohen Haus in den Folgejahren mit sich bringen.

Meine Damen und Herren, es liegt eine Reihe von Änderungsanträgen vor. Ich möchte auf einen davon eingehen, der in dieser Debatte hier bereits eine Rolle gespielt hat - das Mikrokreditprojekt. Ich kann nicht so richtig nachvollziehen, warum ein erfolgreiches Modellprojekt in Sachen Mikrofinanzierung infrage gestellt wird. Die Landesregierung hat mit einem Dienstleister - Fides - einen Vertrag geschlossen. Fides hat 100 000 Euro bereitgestellt, die Landesregierung hat 400 000 Euro bereitgestellt. Wir haben gegenwärtig einen Abschluss, der sicherstellt, dass wir bis Ende des Jahres noch rund 250 000 Euro freie Mittel in diesem Programm zur Verfügung haben. Es gibt für 2010 keinen Bedarf! - Deswegen haben wir es auch nicht aufgestockt.

Für die Jahre 2011 und 2012 stehen wir vor einer ganz anderen Frage, allerdings nicht für 2010. Wir werden doch nicht Geld einplanen, welches wir nicht benötigen, wenn wir ein gut funktionierendes und laufendes Programm zur Unterstützung des kleinen und mittelständischen Unternehmensbereiches hier im Land Brandenburg haben. Das sehe ich nicht als sinnvoll an; deshalb haben wir den Antrag in dieser Richtung auch abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich hoffe sehr, dass wir mit den genannten Schwerpunkten, die sowohl in der Debatte als auch in den Fachausschüssen und im Haushaltsausschuss deutlich

geworden sind, unter dem Einzelplan 08 - Wirtschafts- und Europaangelegenheiten - einen Beitrag dazu leisten können, das Land Brandenburg stabiler zu machen, ein Stück weit zukunftsfähiger zu machen und die Weichen zu stellen, damit wir die komplizierter werdenden und noch vor uns liegenden Jahre auch in dem Bereich Wirtschaft und Wirtschaftsentwicklung sowie Europapolitik tatsächlich gestalten können.

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Wir beginnen ja langsam mit der Aufstellung des Haushalts für 2011. Ich möchte an dieser Stelle auch um Unterstützung vonseiten des Parlaments bitten. Wir werden einen Vorschlag unterbreiten, den Bereich Europapolitik mit einem eigenständigen Kapitel oder einer Titelgruppe zu untersetzen. Ich hoffe sehr, dass wir dabei auf Ihre Unterstützung setzen können.

Weil der Finanzminister gerade skeptisch schaut: Das ist kein zusätzliches Geld, sondern nur eine Maßnahme, um eine Möglichkeit zu finden, in dem uns zur Verfügung stehenden Rahmen eine Absicherung für die Ausweisung von europapolitischen Vorhaben durchzuführen.

(Zurufe von CDU und FDP)

Gegenwärtig ist die Situation so, dass wir in der Europapolitik, was die Zivilgesellschaft betrifft, diese Aufwendungen ausschließlich über Lottomittel realisieren. Ich finde, Europa ist ein wichtiges Thema, und zu einer zusammenwachsenden Region innerhalb Europas gehört auch die eine oder andere Maßnahme, die haushaltstechnisch längerfristig abgesichert werden muss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich bitte um Zustimmung zu dem vorliegenden Entwurf.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir setzen die Aussprache mit dem Redebeitrag des Abgeordneten Herrn Bommert von der CDU-Fraktion fort.

Bommert (CDU):

Frau Vizepräsidentin! Meine Damen und Herren! Vorweg, lieber Sören: Die CDU hat nicht den Mindestlohn für sich entdeckt, sie ist schon immer für den Mindestlohn, nur nicht für einen staatlich verordneten, sondern einen Mindestlohn, vereinbart zwischen den Tarifpartnern, also zwischen den Gewerkschaften, die Ihr eigentlich vertreten, und natürlich den Arbeitgebern.

(Beifall CDU - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, Vielfalt und Kleinteiligkeit zeichnen den Mittelstand und das Handwerk aus. Deshalb funktionieren nicht globale Hilfen, sondern nur individuelle Lösungsansätze. Daher ist es gut, dass Innovationsgutscheine eingeführt wurden. Es ist auch zu begrüßen, dass das Programm zur Konsolidierung und zur Standortsicherung für kleine und mittlere Unternehmen weitergeführt und aufgestockt werden soll. So weit zum Positiven.

Ich komme wie mein Kollege Homeyer allerdings nicht umhin, die Umsetzung zu kritisieren. Noch etwas ist bemerkenswert: An den beiden Beispielen werden zwei Tendenzen der neuen

linken Wirtschaftspolitik in Brandenburg deutlich. Zum einen baut man mangels eigener umsetzbarer Ideen auf Bewährtes aus der letzten Legislaturperiode. Die Innovationsgutscheine für den Mittelstand wurden nämlich bereits auf den Innovationsgipfeln zwischen Berlin und Brandenburg vereinbart. Der erste war im November 2008 und der zweite Anfang September des letzten Jahres. Natürlich ist es legitim, auf positive Erfahrungen und gute Projekte zurückzugreifen. Doch nach sechs Monaten in der Regierung sollten auch eigene Ideen ersichtlich sein.

Das zweite Beispiel, das KoSta-Programm, zeigt zwar den guten Willen, indem man Mittel entsprechend der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Brandenburg aufstockt, doch die dafür vorgesehene Finanzierung ist unseriös. Herhalten sollen die Geschäftsbesorgungsverträge mit der ILB, sprich die entsprechenden Entgelte für erbrachte Leistungen. Unabhängig davon, dass diese Entgelte einer neuen Abstimmung, der genaueren Betrachtung und der Überprüfung bedürfen, kann man nicht einfach die Ansätze kürzen, ohne die vorhandenen und gültigen Verträge bzw. die Entgeltzahlungen neu zu verhandeln. Wenn eine solche Art und Weise von vertraglichen Verpflichtungen in der freien Wirtschaft zum Tragen käme, wäre der Aufschrei der staatlichen Vertreter mit Sicherheit nicht zu überhören. Genau diese staatlichen Vertreter wollen nun - und nicht nur in diesem Fall - die Ansätze ohne Weiteres kürzen.

Eine seriöse Finanzpolitik sieht sicherlich anders aus. Und so richtig wohl scheint es dabei selbst weder dem Ministerium noch den Regierungsfractionen zu sein. Ich möchte kurz aus der Antragsbegründung zitieren:

„Auch wenn die Umstellung der Abrechnung zu den erstatteten Kosten einen höheren Aufwand als 2009 erwarten lässt, so erscheint der Ansatz 2010 in Höhe von 6,8 Millionen als auskömmlich.“

Es wird also der Eindruck hervorgerufen, die Mittel seien ausreichend. Das ist eine Aussage, die an Unglaubwürdigkeit und Unseriosität kaum zu überbieten ist. Selbst in der Ausschussberatung wurde zugegeben, dass in den Geschäftsbesorgungsverträgen durch die ILB „noch Luft drin“ ist. Vermutet haben wir es ja schon, aber dass das vom Minister so unverblümt zugegeben wird, hat nichts, aber auch gar nichts mit einer soliden Haushaltsführung zu tun.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, bereits an diesen beiden Beispielen ist erkennbar, dass eine Linie in der Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung völlig fehlt. Da wird viel versprochen, aber kaum etwas ordentlich umgesetzt. Wie viel dieser Landesregierung und speziell dem Minister der Mittelstand wert ist, kann man im Internet betrachten. Auf den Seiten des MWE, unter der Rubrik „Mittelstandspolitik“, erscheint eine leere Seite

(Oh! bei der CDU)

getreu dem Motto: „Wie Sie sehen, sehen Sie nichts“ mit einem Link zum Mittelstandsbericht 2004 bis 2008. Das ist nicht nur für ein Wirtschaftsministerium armselig, sondern zeigt auch, welche Bedeutung dieses wichtige Thema in der Hausspitze und in der Verwaltung hat, frei nach Lessing: „Lau ist schlimmer als kalt.“

Meine Damen und Herren, eines hatte mich gestern noch beeindruckt. Unser Kollege Krause hatte eine Statistik aufgestellt, ein Diagramm. Ich habe mich vorhin hingesezt und das auch gemacht

(Beifall CDU)

und habe einfach einmal die Zeit seit der Übernahme durch die rot-rote Regierung genommen.

(Lachen bei der CDU)

Die Linie zieht sich fort, wie sie von unserem Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns vorgegeben wurde, frei nach dem Motto Ihres Kollegen in Berlin: „Und das ist auch gut so.“ - Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bommert. - Wir setzen die Rednerliste mit dem Beitrag der Abgeordneten Hackenschmidt von der SPD-Fraktion fort.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bommert, ich halte Ihnen zugute, dass Sie in den letzten fünf Jahren hier nicht dabei waren, auch einige andere Vorredner, so Herr Tomczak, nicht. Im Koalitionsvertrag der letzten Regierung stand eindeutig, dass alle Anträge der Opposition grundsätzlich abzulehnen sind. Selbst vernünftige Anträge fanden keinen Konsens. Das war recht schwierig. Ich meine, wir haben heute eine ganz andere Diskussionsqualität, und es wird nicht einfach per se abgelehnt,

(Widerspruch bei der CDU)

Anträge aus der Opposition zu erörtern. Das kann man auch nachprüfen anhand von Anträgen, bei denen wir uns auch mit Partnerinnen und Partnern aus anderen Fraktionen verständigt haben. Ich meine, das ist schon eine andere Herangehensweise.

(Senfleben [CDU]: Eine ganz andere Qualität!)

- Eine ganz neue Qualität, Herr Senfleben.

Sie haben zuletzt angesprochen, dass die rot-rote Regierung dies jetzt auf demselben Niveau wie Herr Junghanns fortsetzt. Ich nenne dazu nur ein Beispiel, das Sie auch nicht kennen können - deswegen entschuldige ich das -, aber Herr Homeyer müsste das wissen: Wie lange haben wir nach der Entstehungsgeschichte der Branchenkompetenzfelder geforscht und haben von Herrn Junghanns keine Antwort, jedenfalls keine zufriedenstellende, bekommen? So war es auch mit den Studien, die versprochen wurden. Das war schon eine Farce auch für den Koalitionspartner, das war nicht so einfach. Ich meine, dies ist jetzt im Raum und wird evaluiert, die Anzahl der Branchen wird abgeschmolzen, das ist alles richtig.

Ich rede heute zum Europatitel. Europa ist eine Querschnittsaufgabe, gerade auch in der Wirtschaftspolitik, und das ist gut

so. Wir haben die Förderprogramme, die dann natürlich sorgsam eingesetzt werden müssen, und da gebe ich Ihnen Recht: Rückzahlbare Zuschüsse sind besser, als wenn Zuschüsse einfach so mal mitgenommen werden und verloren sind.

Auch was das Innovative betrifft, sind die Dinge anders. Beispielsweise sollen zukünftig Energienetzwerke gefördert werden. Man muss auch einmal nachschauen, was mit EU-Mitteln Innovatives passiert ist. Da komme ich auf den Ansatz von Minister Baaske zurück: Fachkräftesicherung ist auch Wirtschaftspolitik. Im Süden von Brandenburg können Sie an der „Fabrik der Älteren“ sehen, wie nach Bedarfen aus der Wirtschaft für die Wirtschaft Langzeitarbeitslose mit EU-Mitteln gefördert wurden und dann passgenau dort ihren Arbeitsplatz gefunden haben. Ich meine, das sind gute Beispiele.

Zu Europa finden Sie ein Bekenntnis im Koalitionsvertrag. Die europäische Einigung ist ein einmaliger historischer Prozess und dient der Friedenssicherung, der Stabilität und der Sicherheit auf unserem Kontinent. Wir in Brandenburg bekennen uns ausdrücklich zur Erweiterung der Europäischen Union, zur Integration und natürlich auch zum Lissabon-Vertrag. Wir werden uns aktiv in die Debatte um die Zukunft der Europäischen Union einbringen. Das sehen Sie an dem Titel, der von 20 000 auf 31 500 Euro erhöht wird, um einer lange erhobenen Forderung, nämlich die Öffentlichkeitsarbeit zur europäischen Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern über europäische Schwerpunkte zu forcieren, nachzukommen. Brandenburg setzt sich für ein wettbewerbsfähiges und soziales Europa ein, für ein neues Verhältnis zu sozialen Grundrechten und wirtschaftlichen Grundfreiheiten. Dazu gehört auch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-Bürger ab 01.05.2011.

Durch die EU-Erweiterung haben wir hier in Brandenburg eine wichtige Scharnierfunktion nach Ost-, Mittel- und Südeuropa, und wir haben nicht nur Probleme, wie sie immer herbeigeredet werden, sondern vor allen Dingen auch große Chancen. Wir müssen diese Verantwortung hier auch im Haushalt deutlich machen, was auch passiert, und zwar für neue Arbeitsschwerpunkte in der Zusammenarbeit mit Polen, den GUS-Staaten und Südeuropa, durch ein Aufwachsen der Mittel im Haushaltstitel von 14 200 auf 21 700 Euro. Wir können Erfahrungen einbringen und unsere Mitwirkungsrechte bei notwendigen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen in der Europäischen Union nutzen.

Dazu gehört auch, die Markterschließung im Bereich Außenwirtschaft für KMUs zu unterstützen - natürlich ist das Wirtschaftspolitik -, aber auch Vorhandenes zu stabilisieren. Es gilt, im Rahmen dieser Wirtschaftspolitik die Zukunftsmärkte Asien und Nordamerika im Auge zu behalten und Firmen zur Seite zu stehen, um sie auf ihrem Weg zu begleiten und mit europäischem Geld zu unterstützen.

Ich halte die Verstärkung der grenzüberschreitenden und überregionalen Zusammenarbeit für sehr wichtig. Dabei ist natürlich Polen unser wichtigstes Partnerland. Es gilt: Die Zusammenarbeit mit Polen wird insbesondere im Rahmen der Oderpartnerschaft vertieft. Gemeinsam mit unseren Partnern in den Woiwodschaften, aber auch in Verbindung mit Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen wollen wir eine Verständigung über Entwicklungslinien für eine gemeinsame Region an Oder und Neiße herbeiführen.

Dabei setzt sich Brandenburg besonders für die weitere Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und des grenzüberschreitenden Tourismus, die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region sowie für Kooperation bei Bildung und Ausbildung ein.

Ich denke, wir haben einmal als Brandenburgerinnen und Brandenburger - nämlich aus ESF-Mitteln, also europäischer Finanzierung - von anderen europäischen Ländern - die guten Kontakte zu Schweden mit ihren Projekten machen es deutlich - gelernt und können dieses Wissen in Richtung Ost- und Südeuropa weitergeben. Es wird gern angenommen, denn es wird danach gefragt, wie der Wissenstransfer begleitet werden kann.

Aus meiner Sicht sind dabei die Euroregionen ein sehr wichtiger Bereich. Diese haben sich bewährt - beispielsweise in der Nachbarschaft zu den Niederlanden und zu Frankreich. Das Gleiche gilt es jetzt in die andere Richtung mit unseren Nachbarn auf ordentliche Füße zu stellen.

Der Haushalt macht den gezielten Einsatz von Partnerschaftsbeauftragten als Bindeglieder zwischen Landesregierung, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren der Partnerregionen in Polen, aber auch in Rumänien, deutlich. Hier sind die Finanzmittel deutlich verstärkt worden. Brandenburg hat sich laut Landesverfassung bereits im Jahr 1992 zu seiner entwicklungspolitischen Verantwortung als lebendiges Glied der Bundesrepublik, im Jahr 1999 zu den entwicklungspolitischen Leitlinien - dazu gibt es die Drucksache 2/6080 - sowie im Oktober 2008 auf der Ministerpräsidentenkonferenz zur entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Länder bekannt.

Ziel ist, diese Leitlinien den heutigen Bedingungen anzupassen. Daher unser Antrag mit den 60 000 Euro, der deutlich macht, wie wichtig uns dieses Thema ist. Ich weiß, es gab den Antrag der CDU-Fraktion auf 75 000 Euro, aber ich halte es nicht für gut, die Deckung aus einem anderen Einzelplan, nämlich 61 000 Euro aus dem Imagekampagnentitel „Marke Brandenburg“ - wir brauchen die Markenentwicklung, diese Kampagne dringend - und die fehlenden 14 000 Euro aus der Öffentlichkeitsarbeit aus dem Innenministerium zu entnehmen. Ich halte den Antrag der CDU-Fraktion für die falsche Herangehensweise. Sie haben darauf hingewiesen, dass wir die Geschäftsbesorgungsbeiträge der ILB reduziert haben - daher unsere Deckung aus diesem Haushalt.

Den entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen kommt bei der Umsetzung der genannten Leitlinien eine maßgebliche Rolle zu, und aus diesem Grund soll im Einzelplan 08 das für die Entwicklungspolitik zuständige Ministerium neu den Titel „Zuschüsse für entwicklungspolitische Projektarbeit“ erhalten. Die darin enthaltenen Mittel sollen vorrangig für Projekte der Brandenburger entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden, gegenwärtig vor allem im Bereich Gesundheit, Bildung, Ökologie und Armutsbekämpfung sowie für die entwicklungspolitische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit in unserem Land.

Ein wichtiger Partner für diese Umsetzung ist VENROB e. V. - wir haben ihn im Ausschuss angehört. Ebenfalls wesentlich war der bundesweite Bildungskongress für globales Lernen „WeltWeitWissen 2009. Bildung für unsere Zukunft.“ Es ist

aus meiner Sicht hierbei dringend geboten, die Mittel gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren einzusetzen. Deshalb bitte ich, den Teil des Kapitels des Einzelplans 08 mit der angebrachten Änderung - die Aufnahme des neuen Titels für entwicklungspolitische Arbeit - zu unterstützen. - Danke.

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Maresch spricht für die Linksfraktion.

Maresch (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Einzelplan 08 gehört auch die Europa- und Entwicklungspolitik. Laut Kapitel 08 070 ist das ein scheinbar kleiner Bereich. Nimmt man die über 3 Milliarden Euro hinzu, die Brandenburg zwischen 2007 und 2013 aus dem Brüsseler EU-Topf bekommt, verschieben sich die Relationen erheblich. Hinzu kommt, dass die Koalition gerade in diesem Bereich für die Jahre 2009 bis 2014 etliches vereinbart hat, was sich quantitativ, aber vor allem qualitativ auf den Landeshaushalt auswirken wird. Rot-Rot hat mit dem Koalitionsvertrag Akzente gesetzt, die sich deutlich von der politischen Agenda zu Zeiten der Vorgängerregierung unterscheiden.

(Beifall DIE LINKE)

Ich will die Kollegen der CDU-Fraktion daran erinnern: Es war ein CDU-Minister, der dafür sorgte, dass seit 2002 kein Cent mehr für die Unterstützung entwicklungspolitischer Arbeit im Landeshaushalt eingestellt war. Im Unterschied dazu hat das politische Programm von Rot-Rot eine andere Qualität. Europapolitik soll künftig ein wichtiger Schwerpunkt der Landespolitik in Brandenburg sein. Die materielle Basis für die europapolitische Offensive, für die wir uns immer eingesetzt haben, ist damit gegeben. Im Rahmen der Oderpartnerschaft soll gemeinsam mit den Nachbarwoiwodschaften und -ländern eine Verständigung über die Entwicklungsrichtlinien für die Regionen an Oder und Neiße herbeigeführt werden. Schwerpunkte sind Verkehrsinfrastruktur, Tourismus, Arbeitsmarkt, Bildungspolitik und die Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region. Die Euroregionen sollen bei ihrer Profilierung zu Trägern der grenzüberschreitenden regionalen Entwicklung durch die Koalition bzw. durch das Land unterstützt werden.

Jugendaustauschmaßnahmen sollen im europäischen Kontext insbesondere mit Polen und anderen östlichen Nachbarn verstärkt und der Blick nach Osten generell geschärft werden. Die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit vor allem mit Regionen in Polen sowie anderen MUE-Staaten soll über weitere Partnerschaftsbeauftragte Brandenburgs in diesen Ländern und über andere Wege gefördert werden. Im Rahmen einer Strategie zum Ausbau der Mehrsprachigkeit soll nicht nur dem Erlernen von Fremdsprachen - vor allem der polnischen Sprache - breiterer Raum gegeben, sondern es sollen auch in Bezug auf die hier gesprochenen Minderheitensprachen sowie auf die Regionalsprache Niederdeutsch neue Akzente gesetzt werden.

Brandenburg wird seine Erfahrungen und Interessen frühzeitig in den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der Europäischen Union einbringen. Das betrifft nicht nur die Schaffung der bestmöglichen Bedingungen in der nächsten Förderperiode - insbesondere die Verstärkung der europäischen Unterstützung für die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit -, nein, wir wollen uns generell stärker in die Dis-

kussionen um die Zukunft der Staatengemeinschaft einmischen.

Dazu gehört, dass sich die Koalitionspartner in Abstimmung mit Gewerkschaften für ein neues Verhältnis von sozialen Grundrechten und wirtschaftlichen Grundfreiheiten in den europäischen Verträgen einsetzen. Für all diese Pläne gibt es schon heute Ansatzpunkte im Landeshaushalt. Einiges davon kam im Verlauf der Beratungen in den Ausschüssen hinzu. Vor uns liegen jedoch noch viereinhalb Jahre in dieser Regierung, insoweit ist es selbstverständlich, dass vieles bisher nur andiskutiert, manches auch noch nicht begonnen wurde.

Offene Fragen und zu lösende Aufgaben gibt es nicht wenige. Ich will beispielhaft auf eine verweisen: die Arbeit der Partnerschaftsbeauftragten in Polen und Rumänien, für die im Einzelplan 200 000 Euro eingestellt sind. Es ist gut, dass die Linke schon vor einigen Monaten im Europaausschuss durchgesetzt hat, dass er sich voraussichtlich im Juni dieses Jahres mit der Arbeit der Partnerschaftsbeauftragten beschäftigen wird. Dieser Tage wurden mir zu diesem Thema drei kleine Anfragen von der Landesregierung beantwortet. Auf dieser Grundlage wollen wir gemeinsam mit Heike Uhe, Angelika Menze und Frau Dr. Birgit Schliewenz erörtern, wie die Beauftragten als Bindeglieder zwischen der Landespolitik, den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren in Brandenburg und den drei Partnerregionen künftig agieren wollen und sollen und welche Rahmenbedingungen seitens der Landespolitik dafür erforderlich sind.

Auf der Habenseite dieser Haushaltsdebatte steht auch ein Titel zur entwicklungspolitischen Projektförderung - erstmals seit acht Jahren. Ich freue mich sehr darüber, dass dieser Antrag einstimmig im Fachausschuss beschlossen wurde. Die Koalition hat sich dazu bekannt, dass dieser eine Haushaltstitel keine Eintagsfliege bleibt.

Einer guten Tradition der vergangenen 20 Jahre folgend wird unsere Fraktion nach Kräften versuchen, ihre Ideen für das entwicklungspolitische Engagement Brandenburgs auch künftig einzubringen. Das gilt für die zugesagte Überarbeitung der entwicklungspolitischen Leitlinien wie auch für die Einbeziehung der in diesem Bereich tätigen NGOs in die Landespolitik. Die Mitverantwortung unseres Landes in einer globalisierten Wirtschaft, Brandenburgs Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz, die Förderung einer sozialen Infrastruktur sowie die Unterstützung entwicklungspolitischer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sollen nach unserer Überzeugung Ansatzpunkte auch und gerade für die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg sein. Mit der Beschlussfassung zum Landeshaushalt 2010 sendet der Landtag wichtige Signale für die Europa- und Entwicklungspolitik, denen weitere folgen müssen und werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der Abgeordneten Richstein fort. Sie spricht für die CDU-Fraktion.

Ich begrüße unsere Gäste von der Friedrich-Hoffmann-Oberschule Großräschen. Ich wünsche euch einen spannenden Nachmittag bei uns.

(Beifall)

Frau Riehstein (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Hackenschmidt, zunächst ein Lob: Auch die SPD-Fraktion hat erkannt, dass Europapolitik zu Haushaltsdebatten gehört. Das haben Ihre SPD-Minister in der vergangenen Legislaturperiode nicht sehen wollen.

Aber auch ein Tadel: Wenn Sie schon die Behauptung aufstellen, in dem Koalitionsvertrag der vergangenen Legislaturperiode zwischen CDU und SPD hätte gestanden, Anträge der Opposition seien abzulehnen, dann lesen Sie bitte nach! Das steht nicht darin. Sie haben die Regelungen, wie im Landtag miteinander umgegangen wird, letztlich aus dem vorigen Koalitionsvertrag abgeschrieben und nichts Neues hinzugefügt.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Zur Sache, meine Damen und Herren! Die Europapolitik ist mit 1,1 Millionen Euro in der Tat nur ein kleiner Teil unseres Haushalts. Von den Fraktionen ist schon darauf hingewiesen worden, dass es sich um eine Querschnittsaufgabe handelt, die daher sehr wichtig ist.

Herr Minister, ganz am Schluss Ihrer Rede hatte ich gehofft, dass Sie mich nicht enttäuschen würden; Sie haben es letztlich doch getan. Als Sie von Europa sprachen, haben Sie lediglich einen kleinen Ausblick in das Jahr 2011 gewagt und sind auf die Förderung europapolitischer Vorhaben eingegangen. Inhaltlich habe ich Ihrer Rede aber nichts entnehmen können, was Sie in diesem Jahr mit diesem Haushalt in und mit Europa machen wollen. Immerhin erhalten wir in der Förderperiode 3,3 Milliarden Euro Strukturfondsmittel, die Sie aber nicht neu gestalten, Herr Maresch. Was das angeht, sind die Messen längst gesungen. Sie dürfen sich jetzt auf die nächste Förderperiode vorbereiten. Aber das, was jetzt läuft, haben wir mit auf den Weg gebracht. Das müssen Sie uns schon zugute halten.

(Beifall CDU)

Wenn Sie schon ankündigen, Sie wollten eine europapolitische Offensive starten, dann frage ich mich: Warum haben Sie Ihre Landesregierung bisher nicht mitgenommen? Wir fragen im Ausschuss seit langem - nach Ablauf der ersten 100 Tage; wir sind auch fair -, wo der europapolitische Ansatz der Landesregierung ist. Er ist unbekannt. Wir haben bislang noch keine Schwerpunkte der Landesregierung zu hören bekommen, wissen also nicht, was sie eigentlich machen will. Wir sind auf das Arbeitsprogramm der Kommission vertröstet worden. Sie ist in der Tat erst im Februar gewählt worden und brauchte ein bisschen Zeit, sich vorzubereiten. Die Schwerpunkte können auf das Arbeitsprogramm Bezug nehmen, müssen es aber nicht. Ich hoffe, dass wir diesen Zustand auch im Ausschuss bald ändern werden.

Wenn ich mich frage, wie präsent Brandenburg in den europäischen Gremien ist, dann stelle ich fest: unzureichend. Wenn ich mir vor Augen halte, dass im Ausschuss der Regionen - ich muss sagen: dankenswerterweise - auch der Landtag vertreten ist, aber ein Abgeordneter in den Ausschuss der Regionen geschickt wird, den ich sehr schätze, der aber noch nicht einmal Mitglied des Europaausschusses ist, dann frage ich mich, wie dort ein Zusammenspiel erfolgen soll. Unabhängig davon war Brandenburg in der letzten Plenardebatte im Ausschuss der Regionen, als es immerhin um die wichtige Stellungnahme zur Kohäsionspolitik ging, nicht vertreten.

Einige von Ihnen kennen noch den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas. Meines Wissens ist der Platz Brandenburgs derzeit vakant. Ich weiß nicht, wann die Landesregierung gedenkt, ihn nachzubeseetzen.

Wie ist angesichts dieser Rahmenbedingungen das Bild Brandenburgs in Brüssel? Unzureichend! Wir haben zumindest auf unserer letzten Ausschussreise eine Antwort bekommen, einer Ausschussreise übrigens, auf der Sie, Herr Maresch, die europapolitische Offensive angesprochen haben. Aber Sie sind auf diesem Weg ganz allein. Ich habe nicht gesehen, dass ein Abgeordneter der SPD Ihren Weg der europapolitischen Offensive bisher mitgegangen wäre; in Brüssel war zumindest kein SPD-Abgeordneter anwesend.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Wir haben viele Gespräche mit Mitgliedern der Generaldirektionen geführt und hofften, ein Feedback zu bekommen, wie Brandenburg dort aufgestellt ist. Was aber haben wir gehört? LASA! Die Affäre um die LASA prägt momentan das Bild Brandenburgs in Brüssel. Ich hatte mir dagegen etwas Positives vorgestellt: dass wir eine gute Kohäsionspolitik machen, dass wir Impulse setzen, dass wir auf dem europapolitischen Parkett besser vertreten sind. Fehlanzeige!

Wir können uns ferner die Frage stellen: Wie agiert Brandenburg eigentlich als Partner in Europa? Unzuverlässig. Wir haben immer den „Leuchtturm“ hervorgehoben, dass wir gemeinsam mit Berlin eine Wirtschaftsrepräsentanz in Brüssel haben. Während unserer Ausschussreise mussten wir erfahren, dass sich Brandenburg klammheimlich aus dieser Partnerschaft - ich hätte fast gesagt - gestohlen hat. Weder das Parlament ist informiert worden, noch sind frühzeitig die Entscheidungsträger in Berlin unterrichtet worden. So geht man mit Partnern nicht um. Wenn wir schon von der Fusion reden, dann müssen wir auf dem europäischen Parkett damit anfangen.

Ein anderes Beispiel: In der Oder-Partnerschaft ist Brandenburg sehr aktiv. Dennoch müssen wir feststellen, dass das letzte Gipfeltreffen am 13. Januar - es war als solches angekündigt worden - letztlich zu einem netten Zusammenkommen mutiert ist, um einander kennenzulernen. Ergebnisse haben wir bis heute nicht.

Insgesamt stelle ich momentan ein eher lustloses Agieren auf dem europäischen Parkett fest. Davon möchte ich ausdrücklich die Arbeitsebene, die Mitarbeiter der Landesvertretung in Brüssel, aber auch die Europaabteilung ausnehmen. Dort wird eine engagierte Arbeit mit viel Sachverstand geleistet.

Herr Maresch hat vorhin gesagt, Europa sei im Koalitionsvertrag würdig vertreten. Ich finde es ein bisschen bedenklich, wenn man in den Koalitionsvertrag Selbstverständlichkeiten hineinschreiben muss wie, dass man zum Lissabon-Vertrag stehe. Das ist ganz normal, und so muss es auch sein. Nur, die Umsetzung des Lissabon-Vertrags habe ich bis heute nicht gesehen, wenn ich einmal über das Frühwarnsystem nachdenke. Gerade hat uns die Kollegin aus Berlin übermittelt, dass der Senat dem Abgeordnetenhaus schon 16 Unterlagen im Rahmen dieses Frühwarnsystems übersandt hat. Vielleicht habe ich es übersehen, aber bei mir ist von der Brandenburger Landesregierung noch nichts angekommen.

Von meinen Kollegen ist schon angesprochen worden, dass zu den Europaangelegenheiten auch die Entwicklungspolitik ge-

hört. In der Tat ist 2002 - Sie waren damals noch nicht im Parlament -, als Brandenburg wirklich nur ganz knapp kalkulieren konnte, die Entwicklungspolitik herausgestrichen worden. Von der später zuständigen Staatskanzlei ist sie aber auch nicht wieder eingefügt worden. Lasten Sie also bitte nicht alles der CDU an, sondern schauen Sie, wer wirklich dafür zuständig ist!

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat im Oktober 2008 neue Maßstäbe gesetzt. Diese sind von uns aufgegriffen worden, und wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt. Wir hatten aber 2008/2009 einen Doppelhaushalt, sodass 2010 für uns die erste Möglichkeit bestand zu agieren. Wir wären sehr froh gewesen, wenn Sie unseren Antrag, der Entwicklungspolitik 75 000 Euro zukommen zu lassen, mitgetragen hätten. Das haben Sie leider nicht. Wir haben nicht gegen Ihren Antrag gestimmt, weil uns die Entwicklungspolitik wichtig erscheint.

Gleichwohl verweise ich auf das, was Herr Bommert vorhin gesagt hat. Sie haben eine so unseriöse Deckungsquelle genommen: Entweder entspricht der Haushalt wirklich der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit oder es ist in der Tat eine unseriöse Deckungsquelle. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Frau Abgeordnete Teuteberg spricht für die FDP-Fraktion.

Frau Teuteberg (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es zieht sich wie ein roter Faden durch diese Haushaltsdebatte: Eine solide Finanzierung sieht anders aus. Das gilt leider auch für den Bereich Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik.

Sehr geehrter Herr Minister Christoffers, wir begrüßen es sehr, dass Sie der Europapolitik in Brandenburg einen höheren Stellenwert einräumen wollen. Man konnte in der Vergangenheit bei der Landesregierung manchmal den Eindruck haben, dass das kein Herzensthema ist. Ob es das wirklich ist?

Sie selbst halten hierfür die Bereitstellung von mehr Mitteln für den Bereich Europaangelegenheiten für wünschenswert. Aber genau das spiegelt sich in diesem Einzelplan nicht wider. Es wäre ein schönes Zeichen gewesen, wenn zum 60. Jahrestag der Schuman-Erklärung am kommenden Sonntag, dem Europatag, ein anderes Signal von dieser Debatte hätte ausgehen können.

Beispiel Oder-Partnerschaft: Die Stärkung dieser Partnerschaft ist ein erklärtes Ziel der Landesregierung, das man - nebenbei bemerkt - auch mit mehr Dynamik verfolgen könnte. Im Haushalt aber wird die Oder-Partnerschaft nicht mit einem eigenen Posten bedacht. Es findet sich die Zusammenarbeit mit Polen, und es finden sich die Partnerschaftsbeauftragten. Die Bedeutung der Oder-Partnerschaft aber, die von der Landesregierung immer wieder herausgestellt wird, schlägt sich im vorgelegten Ansatz nicht nieder.

Das führt mich direkt zum nächsten Punkt, der mangelnden Transparenz des Haushaltsentwurfs. Prägnantestes Beispiel dafür waren die Beratungen im Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik über einen Änderungsantrag der Regierungsfractionen, um einen Posten im Bereich

Entwicklungspolitik wieder einzuführen. Es wurde hier gerade erwähnt.

Als es um die Frage der Deckung für diesen Posten ging, stellte sich heraus, dass die Deckungsquelle von Regierungsseite wissentlich zu hoch angesetzt worden war. Das Ergebnis: Hier gab es einen schönen Geldpuffer, der während der Beratungen über den Haushalt für Änderungsanträge der Regierungsfractionen angezapft werden konnte, und das unter dem öffentlichen Eingeständnis, dass die Deckungsquelle zu hoch war. Man muss sich also fragen, wie viele versteckte Geldreserven es im Haushaltsentwurf wirklich gibt.

(Beifall FDP)

Das wissen wir als Opposition nicht - leider. Wir sind da auf Schätzungen angewiesen. Transparenz sieht anders aus,

(Beifall FDP)

und es wirft kein gutes Licht auf die Regierung, wenn sie über ihren eigens entworfenen Haushalt sagt, die Ansätze seien zu hoch.

Ich bleibe abschließend beim Stichwort Transparenz. Der Titel Öffentlichkeitsarbeit ist erfreulicherweise von 20 000 auf 31 500 Euro angestiegen, und das unter anderem mit der Begründung, die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs verstärkt über europäische Schwerpunktthemen informieren zu wollen.

Eine verstärkte Information durch die Landesregierung - ja, das hätten wir uns als Abgeordnete ebenso gewünscht, und zwar zum Beispiel über den Rückzug aus der gemeinsamen Wirtschaftsrepräsentanz in Brüssel. Dass es an der gemeinsamen Umsetzung von Wirtschaftsinteressen zwischen Berlin und Brandenburg offenbar hapert, ist schon schlimm genug, aber das eigene Parlament nicht im Vorfeld darüber zu informieren, dass man die Entscheidung, sich aus der Repräsentanz herauszuziehen, nun umsetzt, ist eine denkbar schlechte Informationspolitik und eine klare Missachtung des Parlaments.

(Beifall FDP)

Man kann zu diesem Thema noch viel sagen. Zu dem Grundsatz, dass wir sicherlich nur Erfolg haben werden, wenn wir uns als eine Metropolregion Berlin-Brandenburg präsentieren - nur wenn wir das glaubwürdig tun -, habe ich mir heute während der Debatte manchmal die Frage gestellt, ob sich manche Kollegen und zum Beispiel Minister Baaske auch die Frage stellen, wie eigentlich das kleinliche Herumreiten auf den Ländergrenzen zwischen Berlin und Brandenburg auf europäische Beobachter wirkt.

(Beifall FDP und CDU)

Ich kann dazu nur sagen: Wir sind nicht hier, um solche Vorurteile und Befindlichkeiten zwischen Berlinern und Brandenburgern zu bedienen. Tolerantes Brandenburg fängt vor der Haustür und auch hier im Plenum an.

Für uns gilt: Wir konnten uns als Abgeordnete auf der Ausschussreise wieder einmal von der guten Arbeit der Landesvertretung in Brüssel überzeugen. Es ist eine sehr engagierte, eine leise und zugleich effiziente Arbeit. Weil wir - das sage ich auch für die Fraktion der Liberalen - diese Arbeit der Landes-

vertretung sehr schätzen, halten wir es für ein vergiftetes Lob zu sagen: Die arbeiten so gut in der Landesvertretung, da können sie die Aufgaben der Wirtschaftsrepräsentanz einfach mit übernehmen, ohne dass wir irgendwelche zusätzlichen Ressourcen geben. - Das wird der Aufgabe nicht gerecht.

Wir werden Sie, Herr Minister, nächstes Jahr daran erinnern, dass die Europapolitik im Haushalt besser ausfinanziert und abgesichert werden muss. Darauf können Sie sich verlassen. Es ist aber auch eine Aufforderung an alle Ressorts, ihre Abordnungspraxis zu überprüfen und dem Stellenwert der Arbeit in Brüssel Rechnung zu tragen.

Europa geht uns alle an. In Brüssel hat die Stimme Brandenburgs dank der eigenen Landesvertretung ein deutlicheres Gewicht erhalten. Damit wir aber als kleines Land in Brüssel etwas erreichen, müssen wir mit einer Stimme sprechen. Diesen Ansatz kann ich aus dem vorliegenden Entwurf nicht herauslesen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Fritsch:

Zum Schluss der Debatte über den Einzelplan 08 erhält Herr Wirtschaftsminister Christoffers noch einmal das Wort.

Minister Christoffers:

Meine Damen und Herren! Ich hätte nicht gedacht, dass ich zu dieser Thematik doch noch einmal eine Erklärung abgeben möchte. Aber offensichtlich beginnt sich hier etwas zu einem Ballon aufzublähen, was überhaupt keiner ist. Wir reden von dem Rückzug aus der gemeinsamen Wirtschaftsrepräsentanz der Länder Berlin und Brandenburg. Meine Damen und Herren, im Jahr 2008 ist die Entscheidung gefällt worden, dass das Land Brandenburg bis Ende 2009 eine Übergangsförderung in Höhe von 40 000 Euro für eine gemeinsame Repräsentanz mit der IHK Berlin aufrechterhält, die aus zwei - in Worten: zwei! - Personen bestand.

Bevor wir uns entschieden haben, die Option des Jahres 2008, die vertraglich geregelt gewesen ist, zu ziehen, haben wir selbstverständlich sowohl mit Herrn Schweitzer von der IHK Berlin als auch mit den zuständigen Berliner Institutionen im Bereich des Senats gesprochen. Insofern gibt es hier keinen Rückzug auf etwas oder eine plötzliche Entscheidung, die die Grundlage der Zusammenarbeit der Region Berlin-Brandenburg gefährdet, sondern es ist ein logischer Prozess.

Kern dieser Repräsentanz war, dass Unternehmen dafür bezahlen sollten, dass sie vermittelt werden. Das ist in Brüssel ein chancenloses Geschäftsmodell, weil 271 Regionen Landesvertretungen in Brüssel haben, und die arbeiten kostenlos für die Unternehmen. Selbstverständlich wird unsere Landesvertretung weiterhin - Frau Teuteberg, ich bedanke mich für die lobenden Worte; ich freue mich auf Ihre Erinnerung im nächsten Jahr - alle Kontakte für Unternehmen, aber selbstverständlich auch für alle anderen Institutionen im Land Brandenburg eröffnen. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Damit sind wir am Ende der Debatte über Tagesordnungspunkt 3, Einzelplan 08, angelangt. Hier ist wiederum über eine Reihe von Änderungsanträgen abzustimmen.

Im ersten Änderungsantrag - Drucksache 5/1003 von der FDP-Fraktion - geht es um die Minderung eines Ansatzes. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Den Änderungsantrag in der Drucksache 5/922 hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellt: Streichung eines Ansatzes. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der folgende Änderungsantrag - Drucksache 5/923 - stammt wiederum von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Streichung einer Verpflichtungserklärung. Hierzu hat die Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte die Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)

Hatte jemand der anwesenden Abgeordneten keine Gelegenheit, seine Stimme abzugeben?

(Die Abgeordneten Böhnisch [DIE LINKE] und Bischoff [SPD] geben ihr Votum ab.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Gegen den Antrag stimmten 67 Abgeordnete, für ihn stimmten 6 Abgeordnete. Es gab zwei Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 1026)

Wir kommen nun zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ausbringung eines Ansatzes -, der Ihnen in der Drucksache 5/924 vorliegt. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Mit deutlicher Mehrheit und ohne Enthaltungen ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der FDP-Fraktion - Einstellen eines neuen Titels -, der Ihnen in der Drucksache 5/1004 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion beinhaltet eine Erhöhung eines Ansatzes und liegt Ihnen in der Drucksache 5/898 vor. Wer ihm Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion befasst sich mit der Minderung eines Ansatzes und liegt Ihnen in der in der Druck-

sache 5/1005 vor. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, der Ihnen in der Drucksache 5/1006 vorliegt, befasst sich wiederum mit der Minderung eines Ansatzes. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der CDU-Fraktion - Einstellung eines neuen Titels mit Ansatz -, der Ihnen in der in der Drucksache 5/899 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Mit deutlicher Mehrheit und ohne Enthaltungen ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zum Einzelplan 08 des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, die Ihnen in der Drucksache 5/808 vorliegt. Wer dieser Beschlussempfehlung Folge leisten möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung wurde mehrheitlich und ohne Enthaltungen angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11 - Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt
und Finanzen

Drucksache 5/811

Ich eröffne die Debatte mit dem Beitrag der Linksfraktion. Die Abgeordnete Wehlan erhält das Wort.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Der Einzelplan 11 hat ein Haushaltsvolumen von 1,4 Milliarden Euro und umfasst die Ressorts des ehemaligen Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung in Höhe von 961 Millionen Euro und den neu hinzugekommenen Landwirtschaftsbereich in Höhe von 453 Millionen Euro.

Die Linke unterstützt die Eckzahlen der Finanzierungsstruktur im Einzelplan 11. Ein Schwerpunkt für uns bildet dabei das größte Kapitel Strukturförderung, Landwirtschaft und Entwicklung ländlicher Räume mit insgesamt etwa 329 Millionen Euro. Diese sind vollumfänglich kofinanziert. Das ist auch eine Anforderung, die hier Umsetzung fand. Das sind immerhin 47 Millionen Euro Landesmittel und weitere 60 Millionen Euro, die vom Bund zum Einsatz kommen. Dies ist kein Pappentstiel, aber notwendig, wenn man bedenkt, dass wir in diesem Kapitel ein hohes Investitionsvolumen haben, das insbesondere im ländlichen Raum wirkt bzw. wirken soll. Nicht loszulösen davon sind die etwa 24 Millionen Euro im Kapitel Landwirtschaft und Agrarforschung, die zu 100 % Landesmittel sind und zum Teil durch EFRE-Mittel kofinanziert werden.

Ein zweiter Schwerpunkt bildet das Kapitel Städtebauförderung mit etwa 100 Millionen Euro. Sie wissen, verehrte Damen und Herren, dass aus dem Programm „Nachhaltige Stadtentwicklung 2007 bis 2013“ weitere 115 Millionen Euro EFRE-Mittel zum Einsatz kommen, die zu 25 % durch die kommunalen Antragsteller kofinanziert werden.

Ein dritter Schwerpunkt betrifft die Erhöhung des Wohngeldes in Umsetzung der Wohngeldnovelle auf 56 Millionen Euro. Diese Mittel werden zu 50 % mit Landesmitteln kofinanziert. Letztlich stehen im Bereich des Wohnungswesens 28 Millionen Euro für die Wohnraumförderung zur Verfügung, die hauptsächlich für die Modernisierung und Instandhaltung verwendet werden.

Der vierte Schwerpunkt sind Mittel für den Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Forst in Höhe von 75,5 Millionen Euro. Sie wissen, dass sich diese Haushaltsposition in diesem wie auch in den Folgejahren entsprechend der Entscheidung der alten Landesregierung zur Forstreform entwickeln wird.

Für die Linke und die Koalition ist wichtig, dass entsprechend dem Koalitionsvertrag die Forstreform Fortführung findet bei Aufgabenerfüllung in der Fläche. Das geht nur mit den Menschen, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Wenn das eine größere Aufgabenvielfalt, eine größere Verantwortungswahrnehmung bedeutet, dann ist damit natürlich auch eine größere Anerkennung verbunden. Dem trägt der Stellenplan für diesen Bereich Rechnung.

Es betrifft, sehr geehrter Herr Dombrowski, ja nicht die Häuptlinge, sondern die Indianer. Es geht hier um die Revierförster. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Der fünfte Schwerpunkt betrifft den Bereich zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden - all die Millionen kann man hier schon kaum noch in Worte fassen: 54 Millionen Euro zur ordentlichen Darstellung und die Regionalisierungsmittel für die Bestellung von Bahnverkehrsleistungen. Beide Positionen sind ausschließlich Bundesmittel, die wir in unserem Haushalt darstellen und über die Projekte zum Einsatz bringen. Zu diesem Verkehrsschwerpunkt gehören auch die Zuweisungen an den Landesbetrieb Straßenwesen von fast 240 Millionen Euro für die Planung, den Bau und die Unterhaltung von Landesstraßen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu all diesen Eckpunktezahlen und zu grundsätzlichen Veränderungen des Haushaltsvolumens dieser Schwerpunkte gab es keine Änderungsanträge der Opposition. Das spricht für die Arbeit und Qualität von Rot-Rot.

Gestatten Sie mir aber, zu den Änderungsanträgen unterhalb dieser globalen Finanzierungssummen Stellung zu nehmen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen, die Zuschüsse für die Regionalen Planungsgemeinschaften um insgesamt 150 000 Euro zu erhöhen, ist mehr als zeitgemäß und anerkennt deren gestiegenen Aufgabenumfang in Umsetzung der Energie- und Klimastrategie insbesondere bei der Windenergienutzung.

Der Antrag der CDU zur Erhöhung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, der Antrag der FDP zur Erhöhung der Zuschüsse der veranschlagten Lottomittel und zur Verstärkung des Bleifreimonitorings in den Landesforsten wie auch von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen Haushaltstitel „Alleinkon-

zept“ waren entbehrlich, weil die vorgesehenen Haushaltsstellen durch das Landesministeriums für 2010 ausfinanziert sind. Es gibt keinen Grund, zusätzliches Geld in diesen Haushaltsstellen zu bunkern.

Im Übrigen musste ich schon mit Schmunzeln feststellen, dass sich CDU und - auch im anderen Ausschuss - FDP ziemlich stark engagiert haben, um der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung mit deutlichen Ansatzserhöhungen Ausdruck zu verleihen. So große Sorgen, geehrte Damen und Herren der CDU und der FDP, brauchen Sie sich um die Öffentlichkeitsarbeit von Rot-Rot, denke ich, nicht zu machen. Die Erfolgsprojekte rot-roter Landespolitik werden ausreichend gut dargestellt.

(Dombrowski [CDU]: Im „Neuen Deutschland“!)

Diese Versicherung ist, denke ich, im Ausschuss stark herausgearbeitet worden. Im Übrigen hat sich diese Art der Vermittlung von Erfolgsgeschichten keine Landesregierung nehmen lassen, auch nicht die bis 2009.

Die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Reduzierung der Mietzahlungen an den BLB und zur Senkung des Wärme- und Energieverbrauchs brauche ich nicht weiter zu kommentieren. Mein Kollege Görke hat generell zu allen Anträgen, die alle Einzelpläne betrafen, gestern vom Grundsatz her deutlich gemacht, welchen Anspruch wir an das zukünftige Energiemanagement haben. Der Landtag hat sich ja dazu schon durch eine entsprechende Beschlussfassung in eine besondere Verantwortung genommen.

Als positiv - das möchte ich an dieser Stelle auch sagen - erachteten wir - Linke und SPD - die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mehr Haushaltsklarheit zur Aufgliederung von Haushaltstiteln, um eine konkrete Darstellung der Agrarumweltmaßnahmen und der Anteile für die Ausgleichszulage zu erreichen. Mit der entsprechenden Notiz im Ausschussprotokoll und der Aufforderung an den Minister, das bei der Haushaltsaufstellung für 2011 zu beachten, war Ihrer Forderung Genüge getan. Deshalb war es folgerichtig, dass Sie diese Anträge in der abschließenden Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses zurückgezogen haben.

Zu den Anträgen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die die Innenstadtentwicklung betreffen, nur so viel: Konsequenter wäre es gewesen, die Haushaltsposition „Energetische Modernisierung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen und soziale Stadt“ vom Budget her zu erhöhen. So folgten Ihre Anträge doch mehr dem Prinzip „linke Tasche - rechte Tasche“. In Anbetracht der Verwaltungsabkommen, die mit dem Bund zu dem Programm vertraglich bestehen, waren solche Art Veränderungen natürlich im laufenden Haushaltsjahr überhaupt nicht umsetzbar, zumal in der Diskussion deutlich herausgestellt wurde, dass über die Verpflichtungserklärung im Landtagshaushalt Verbindlichkeiten für die Kommunen festgeschrieben und auch gesichert sind, die nicht einfach mal so infrage gestellt werden können.

Ich erinnere an Ihre Deckungsquelle Denkmalschutz. Dabei handelt es sich ja um Denkmalschutz „Anerkannter historischer Stadt- und Ortskerne“, den man nicht einfach infrage stellen kann. Da gibt es langjährige Verpflichtungen, die sich genau aus diesem Programm „Anerkannter historischer Stadt- und Ortskerne“ ergeben. Aus meinem Heimatkreis ist die Stadt Jüterbog in diesem Programm und soll es auch bleiben.

Diese fachlich sehr gute Diskussion im Ausschuss hat sicherlich auch dazu geführt, dass Sie diese Anträge heute nicht erneut zur Abstimmung stellen.

Ich möchte - damit spreche ich jetzt als Ausschussvorsitzende - meinen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss danken. Die Diskussionen waren, denke ich, sehr nutzbringend. Wir alle haben an Erkenntnissen gewonnen. - Viel Spaß bei der weiteren Diskussion.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Beyer spricht für die FDP-Fraktion.

Beyer (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Wehlan, keine Angst, Sorgen machen wir uns weniger. Denn in Demokratien sind auch Regierungen nur auf Zeit berufen. Alles hat einmal ein Ende. Wir vertrauen da voll auf den Wähler.

(Beifall FDP sowie vereinzelt CDU - Frau Alter [SPD]: Deswegen hat er es so gemacht!)

Aber die Wahl kommt; ganz ganz langsam.

(Weitere Zurufe von FDP und SPD)

Zur Sache: Die Ausgaben des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft belaufen sich auf über 1,4 Milliarden Euro. Das sind 64 Millionen Euro mehr als im Jahre 2009. Die Einnahmen betragen 884 Millionen Euro. Damit benötigt das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft in diesem Jahr einen Zuschuss von 529 Millionen Euro. Das sind 19 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Ein Grund für diese Steigerung ist auch der Neuzuschnitt der Ministerien. Nicht nur, dass dieser Neuzuschnitt aus den bereits in meinen letzten Ausführungen genannten Gründen ein Fehler war, nein, er führt nun auch dazu, dass sich der Einzelplan 11 in weiten Teilen als ein eilig zusammengestricktes Sammelsurium erweist.

So liefert uns das Ministerium als Antwort auf eine Reihe von Unklarheiten immer wieder die Erklärung, das resultiere aus der Umsetzung ehemals anderer Einzelpläne.

Einer der wesentlichsten Ansätze im Rahmen unserer Änderungsanträge zielte daher auch auf eine Steigerung der Transparenz ab, indem wir beispielsweise dafür plädierten, die 6 % Lottomittel des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft im Haushalt fest zu veranschlagen. Diese Lottomittel sind in gewisser Weise das Goldtöpfchen für den Minister, das ihm zur freien Verfügung steht. Wir sind der Auffassung, dass diese Mittel für die Landwirtschaft und hier explizit für Verbände und Organisationen einzusetzen sind. Denn es reicht nicht, den Leiter der Landwirtschaftsabteilung zum Vizestaatssekretär zu ernennen. Wer der Landwirtschaft helfen will, von dem sind im Haushalt umgesetzte Taten gefordert und keine befriedigenden Gesten.

Auch der Aspekt, dass das alte Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung über 6 % der Lottomittel verfügte und jetzt nach der neuen Zusammensetzung weiterhin nur über diese 6 % verfügt, zeigt den vernachlässigenden Umgang mit der Landwirtschaft. Da legt die Landesregierung das Ressort Landwirtschaft, das einen Großteil der wohlgerneht 16 % Lottomittel des alten Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz erhielt, in ein anderes Ministerium. Aber an der Lottomittelverteilung ändert sich nichts. Das bedeutet weniger Unterstützung für die Vereins- und Verbandsarbeit im ländlichen Raum, nichts anderes.

Wie wenig kreatives Denken diesen Haushaltsentwurf befruchtet hat, lässt sich an vielen Beispielen ablesen. Eines der klassischen Beispiele ist das Brandenburgische Haupt- und Landesgestüt Neustadt/Dosse. Das Landesgestüt wird in diesem Jahr mit über 2 Millionen Euro bezuschusst; das sind fast 1 Million Euro mehr als im Vorjahr. Hierbei handelt es sich um eine Stiftung öffentlichen Rechts, die eigentlich in der Lage sein sollte, sich aus eigenen Kräften zu finanzieren. Uns ist klar, dass dieser Umstand der Misswirtschaft auch der ehemaligen Führung des Landesgestüts geschuldet ist. Nicht klar ist jedoch, warum der Steuerzahler in dieser Höhe dafür aufkommen soll, Brandenburgs „Sanssouci der Pferde“ - wohlgerneht ein Prestigeobjekt - aus der Misere zu helfen.

Eine Stiftung ist eine hochmoderne Rechtsform, die sich wie kaum eine andere dazu eignet, rein ökonomisch betrachtet, defizitäre Aufgaben mit Gemeinwohlcharakter durch Aufbau eines entsprechenden Stiftungskapitals abzusichern. Viele privatrechtliche Stiftungen machen uns das seit Jahren überaus erfolgreich in vielen Lebensbereichen vor; denken Sie nur an die erst in der letzten Woche vom Ministerpräsidenten sehr zu Recht gelobte Heinz Sielmann Stiftung. Aber nein, auch in absehbarer Zeit wird das Gestüt nicht in der Lage sein, ohne immense Zuschüsse des Landes auszukommen. Dabei kann man durchaus die Frage stellen, ob die Zucht von Reitpferden im 21. Jahrhundert immer noch in Landeshand organisiert werden muss. Auf alle Fälle wäre es sinnvoll, die innovativen Möglichkeiten der Rechtsform Stiftung zu nutzen und dazu überzugehen, ein entsprechendes Stiftungskapital aufzubauen. Ich darf Ihnen schon heute ankündigen, dass wir zu dieser Frage einen konkreten Vorschlag in das Hohe Haus einbringen werden.

Ein weiteres Thema, das nicht nur uns Bauchschmerzen bereitet, ist die Breitbandversorgung in Brandenburg. Der Ministerpräsident versprach den Bürgern dieses Landes im letzten Wahlkampf vollmundig eine Komplettversorgung bis Ende des Jahres 2009. Jetzt jedoch, Mitte des Jahres 2010, bekommt man nur zu hören, dass beim Ausbau Tempo gemacht werden soll. Der bestehende Zustand bedeutet eine Zweiklassengesellschaft bei der Informationsversorgung. Manche Gemeinden wie etwa Lunow-Stolzenhagen wurden zudem aufgefordert, eigenständig nach Lösungen für ihre Unterversorgung und damit ihre Benachteiligung zu suchen. Hier wurde ein Versprechen nicht gehalten, und Bürger wurden in einigen ländlichen Regionen vernachlässigt. Auch bei der Notwendigkeit der flächendeckenden Breitbandversorgung sind im Haushalt untergesetzte Taten gefordert und nicht leere Worte.

Das sind nur einige Punkte des Einzelplans 11, mit denen wir nicht konform gehen können. Das soll nicht heißen, dass wir grundsätzlich gegen alle Vorschläge der Regierungsparteien allergisch sind. Dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD

und DIE LINKE hinsichtlich der Erhöhung der Zuschüsse für die Regionalen Planungsgemeinschaften um 150 000 Euro haben wir im Ausschuss zugestimmt, weil es sich hierbei um eine sinnvolle und unterstützenswerte Sache handelt; Frau Kollegin Wehlan hat es schon ausgeführt.

Wenn es darum geht, gemeinschaftlich gute Politik zu machen, sind die Liberalen die Letzten, die Anträge grundsätzlich ablehnen würden. Die Erhöhung der Zuschüsse für die Planungsgemeinschaften allein reicht jedoch nicht aus, um für diesen Einzelplan unsere Zustimmung zu erlangen. Wir fordern beim Einsatz der Steuergelder der brandenburgischen Bevölkerung mehr Augenmaß, Bedarfsgerechtigkeit und einen verantwortungsvollen und transparenten Umgang. Daher stimmen wir dem Einzelplan 11 des Haushaltsentwurfs 2010 nicht zu. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Kircheis spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Kircheis (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie es mich gleich zum Anfang feststellen: Uns liegt ein Haushalt der Kontinuität vor, in dem die bewährten Programme fortgeschrieben werden, und das ist ein großer Erfolg. Es ist ein großer Erfolg gerade auch angesichts der zusätzlich zu veranschlagenden Mittel zum einen für die Finanzierung der Konjunkturpakete und zum anderen für die politisch gewollte Gehaltsangleichung. Die Gesamtausgaben steigen immerhin um eine halbe Milliarde Euro. Im Jahr 2010 betragen die Ausgaben 1,4 Milliarden Euro, im Jahr 2009 betrugen sie 1,35 Milliarden Euro.

Auf Kontinuität setzen wir unter anderem in den vier folgenden Aufgabenbereichen:

Erstens: Dem Landesbetrieb Straßenwesen stehen für den Erhalt und den Neubau von Landesstraßen nunmehr 72 Millionen Euro zur Verfügung.

Zweitens: Die Braunkohlesanierung unterstützen wir immer noch mit 36 Millionen Euro.

Drittens: Den Wohnungs- und Städtebau mit den Konzepten Denkmalpflege, städtebauliche Sanierung, Stadtumbau, Stadtentwicklung und energetische Modernisierung fördern wir mit 100 Millionen Euro. In den letzten 20 Jahren haben wir gerade im Wohnung- und im Städtebau Immenses geleistet. Es wurde saniert, modernisiert, erweitert und neu gebaut, und wir werden auch zukünftig investieren, jedoch mit wenigen Mitteln und knapper werdenden Ressourcen. Dennoch: 100 Millionen Euro sind eine imposante Größe.

Viertens: In den ÖPNV und SPNV fließen knapp 500 Millionen Euro und damit 7 Millionen Euro mehr Mittel als noch im vergangenen Jahr.

Entscheidend ist, meine Damen und Herren, dass wir mit den eingesetzten Mitteln deutliche Investitions- und Modernisierungsimpulse setzen werden. Ich beginne mit dem Bereich Verkehr.

Die Mobilität in unserem Flächenland ist sicher finanziert. Wir werden uns auch weiterhin für einen starken öffentlichen Verkehr einsetzen. Dazu gehört natürlich auch, dass wir jetzt langfristig tragfähige Entscheidungen treffen müssen. Beispielsweise müssen wir entscheiden, ob wir auch künftig leistungsfähige Straßenbahnen im Land wollen. Wenn ja, dann müssen wir hierfür auch die notwendigen Investitionen ermöglichen. Besonderer Stellenwert kommt den Ausschreibungen im SPNV zu. Einerseits können wir durch sie Mitteleinsparungen realisieren, die wir dringend brauchen, wenn - was zu erwarten ist - der Bund ab 2014/15 weniger Mittel bereitstellt. Andererseits dürfen wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und einen Dumpingwettbewerb bei Löhnen und Sozialleistungen zulassen. Deshalb müssen wir die EU-Verordnung 1370/2007 endlich anwenden und brauchen schnellstens ein Landesvergabegesetz.

Wohnen ist der zweite Bereich. Wichtig ist die Fortsetzung des Stadtbbaus, bei dem wir besonders aufpassen müssen, dass der Bund die Kontinuität ermöglicht, die wir brauchen. Denn demografisch bedingt müssen wir bis 2020 noch einmal 40 000 Wohnungen vom Markt nehmen. In einem Antrag der Koalitionsfraktionen hat sich der Landtag hierzu eindeutig positioniert. Ein erster Erfolg ist schon zu verzeichnen: Es werden höhere Abrisspauschalen für den teureren Teilrückbau vereinbart.

Besonders hervorheben möchte ich, dass wir nun deutlich mehr Mittel für die energetische Modernisierung einsetzen können: 9,2 Millionen Euro im Jahr 2010 gegenüber 3,8 Millionen Euro im Vorjahr. Das ist ein Plus von 5,4 Millionen Euro und ein starkes Signal. Gerade im Wohnungsbestand gibt es immer noch immense Potenziale für Energie- und damit CO₂-Einsparungen, die wir dadurch endlich nutzen.

Trotz der noch immer bestehenden Notwendigkeit des Rückbaus haben wir aber auch Kommunen im Land, bei denen kräftig gebaut wird und Bedarf für zusätzliches sozialverträgliches Wohnen besteht. In einem kleinen Rahmen ist es durchaus sinnvoll, hier noch Neubauten zu fördern.

Zur Raumordnung: Nach der Energie- und Klimastrategie der Landesregierung sollten bis 2020 über die Regionalen Planungsgemeinschaften 555 km² als Eignungsgebiete ausgewiesen werden. Diesem positiven Beitrag für den Klima- und Ressourcenschutz stehen allerdings auch erhebliche landschaftliche Auswirkungen und öffentliche Betroffenheiten gegenüber. Der Erfolg der Energiepolitik des Landes hängt aber von der Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung und der richtigen Kommunikation vor Ort ab. Für den Ausgleich zwischen den verschiedenen Nutzungsansprüchen, für die Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Menschen, der Natur, der Umwelt und der regionalen Besonderheiten und Potenziale sollen die Regionalen Planungsgemeinschaften regional unterschiedliche Lösungen entwickeln und dann vor Ort hinreichend kommunizieren. Das ist kein einfacher Weg. Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist diesbezüglich ein Beispiel von vielen. Insgesamt wurden von 151 Trägern öffentlicher Belange und 729 Bürgern ca. 4 000 Anregungen und Bedenken vorgebracht. Die Anforderungen an die Regionalen Planungsgemeinschaften steigen, und aus diesem Grund haben wir ihre Mittel um 150 000 Euro erhöht.

Zum Alleengesetz ist schon eine Menge gesagt worden. Herr Jungclaus, ich denke, dass wir mit dem Konzept 2007 etwas Gutes auf den Weg gebracht haben und dies Schritt für Schritt

umsetzen sollten. Die Statistiken beweisen, dass die Angabe für Brandenburg eben nur eine Mindestangabe ist und wir eigentlich auch immer mehr Alleeebäume gepflanzt haben. Das, was Sie fordern, halte ich im Rahmen des Landeshaushalts für nicht umsetzbar.

Wir haben erreicht, dass Investitionen weiterhin erfolgen können und wichtige Impulse für die Modernisierung in unserem Land gegeben sind. Sie wissen es, und ich weiß es, es könnte für die Infrastruktur noch viel mehr sein, aber step by step ist es nun einmal das, was hier mit Augenmaß vorgenommen werden sollte. Ich glaube, im Rahmen dieser Möglichkeiten ist der Einzelplan 11 ein hervorragendes Angebot, das wir und auch Sie annehmen sollten. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Der Abgeordnete Genilke spricht für die CDU-Fraktion.

Genilke (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Einzelplan 11 werden die Mittel für die Infrastruktur, den Städtebau, den Verkehr und neuerdings auch für die Landwirtschaft abgebildet. Es handelt sich somit vom finanziellen Umfang her um den bedeutendsten Einzelplan des Gesamthaushalts. Aufgrund des neuen Ressortzuschnitts und der Einrichtung des Superministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft wurden somit die großen Investitionshaushalte in einem Einzelplan zusammengefasst. Die Sinnhaftigkeit dieser Zusammenlegung kann man damit allein, denke ich, noch nicht rechtfertigen. Ich werde im Verlauf meiner Rede noch darauf zu sprechen kommen.

Dennoch hat sich die Landesregierung, Superministerium hin oder her, im Vorfeld genau diesen Etat als primäres Ziel ihrer Sparbemühungen ausgeguckt. Ich möchte diesbezüglich an ein Interview mit Minister Markov beim rbb im Februar erinnern, in dem er Sparmaßnahmen vor allem beim Landesstraßenbau und bei der Stadtentwicklung ankündigte. Bei der Durchsicht des Haushalts auf der Suche nach genau diesen Einsparmaßnahmen bin ich allerdings auf Widersprüche gestoßen, die Sie uns allen hier möglicherweise erklären können.

(Minister Dr. Markov: Mal sehen!)

Insgesamt wurde bei dieser Aufgabe jedoch noch ein anderes Problem dieses Haushalts besonders deutlich, nämlich seine Intransparenz. Die Mittel für den Straßenbau beispielsweise sind in verschiedenen Titeln dargestellt, deren jeweiliger Inhalt auch von Ihnen offensichtlich nicht eindeutig bestimmbar ist. So wird für den Titel „Zuführung für Investitionen des Landesbetriebs Straßenwesen“ angegeben, dieser umfasse Zuweisungen an den Landesbetrieb zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen und Investitionen im IT-Bereich. Auf meine Kleine Anfrage zu den Winterschäden zählen Sie diesen Titel aber auf einmal für den Um-, Aus- und Neubau von Landesstraßen auf. Undurchsichtiger geht es nicht. Dies ist nur ein Beispiel für die schwere Lesbarkeit dieses Haushalts. Ich sage Ihnen hier eindeutig: Wenn wir von unseren Kommunen und Kreisen einen doppelten Haushalt fordern, ist es nicht zu akzeptieren, dass wir auf Landesebene eine derart weitreichende Intransparenz zulassen.

Aber in diesem Haushalt kommt es noch besser. Möglicherweise hat an dieser Stelle auch der Finanzminister den Überblick verloren; denn die von Minister Markov angekündigten Sparmaßnahmen konnte ich nach längerer Suche nicht finden. Zwar weist der wichtigste Titel für den Landesstraßenbau, Titel 891 10, eine Einsparung von 3,5 Millionen Euro aus, berücksichtigt man jedoch die in den kleingedruckten Erläuterungen erwähnte Nettoveranschlagung, müssen die 7,6 Millionen Euro, die aus diesem Titel herausgerechnet und von nun an im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Straßenwesen veranschlagt werden, natürlich gegengerechnet werden. Dies führt eben nicht zu einer Einsparung, sondern sogar zu einer Mehrausgabe von knapp 4 Millionen Euro.

(Minister Dr. Markov: Das ist bei Salden so!)

Herr Markov kann da sicherlich zur Klärung beitragen. Herr Minister Vogelsänger konnte jedenfalls im Verkehrsausschuss auf unsere Nachfrage nur auf Sie verweisen. Deshalb, denke ich, ist die Adresse, an die ich die Frage gerichtet habe, durchaus richtig. Möglicherweise meinten Sie - ich will Ihnen da ein Stück weit helfen - den Titel „Zuführung an den Landesbetrieb Straßenwesen für betriebliche Tätigkeit“. Dieser Titel umfasst die Mittel für die Beseitigung von Straßenschäden. Dort kommt es tatsächlich, auch unter Berücksichtigung der Nettoveranschlagung, zu einer Einsparung von 2 Millionen Euro. Die steht dann aber wieder im Widerspruch zu der Ankündigung von Minister Vogelsänger, der Anfang des Jahres ein Sofortprogramm von 7,5 Millionen Euro für die akuten Winterschäden verkündet hat. Wir alle wissen, dass dieser harte Winter besondere Anstrengungen bei der Instandhaltung der Straßen verlangt. Auf Nachfrage unsererseits jedoch, woher der Minister diese Mittel nehmen will, bekamen wir lediglich die Antwort, dass diese innerhalb des zur Verfügung stehenden Budgets durch Umschichtung bereitgestellt werden. Auch hier null Transparenz. Herr Minister, wenn Sie jedes Mal wegen einer Umschichtung eine Pressekonferenz geben, von mir aus auch beim rbb, dann werden Sie in Zukunft die Einschaltquoten von Günther Jauch locker überbieten.

Meine Damen und Herren, dieses Hin- und Hergeschiebe verdeutlicht die Problematik dieses Einzelplans. Er ist kaum nachvollziehbar, und die Landesregierung versucht offensichtlich, die unbequemen Wahrheiten hinter Buchungstricks zu verstecken.

Ein weiteres Beispiel dieser unseriösen Informationspolitik liefert die zweite Ankündigung, dass auch beim Städtebau eisern gespart werden würde. Die faktischen Einsparungen in diesem Bereich erklären sich aber einzig und allein aus den jährlich zwischen dem Bund und den Ländern verhandelten Verwaltungsvereinbarungen und würden, ganz nebenbei, auch noch dem entgegenstehen, was wir im letzten Plenum beschlossen haben: dass wir gerade für den Stadtbau mehr Geld zur Verfügung haben wollen. Wir haben fraktionsübergreifend einen Antrag dahin gehend verabschiedet. Da sprechen wir von einer 50 : 50-Finanzierung zwischen Land und Bund. Von daher, denke ich, müssen wir in diesem Bereich, wenn der Bund tatsächlich das erfüllt, was er vorhat, auch diese Mittel zur Verfügung stellen. Die Einsparmaßnahmen des Landes in diesem Bereich führen also gleichzeitig zu einem ebenso hohen Einnahmerückgang bei den Bundeszuweisungen. Deshalb muss man es auch so ehrlich ansprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch dringend davor warnen, unsere Infrastruktur auf Verschleiß zu fahren und die Investitionshaushalte als einzige Spardose des Landes zu betrachten. Auch angesichts der schweren Haushaltslage dürfen wir nicht vergessen, dass der Wohlstand unseres Landes unmittelbar mit der Qualität seiner Infrastruktur zusammenhängt. Vieles von dem, was wir für den Straßenbau in diesem Jahr noch verwenden werden, sind die sogenannten Konjunkturpaketmittel, die in diesem Jahr zur Anwendung kommen. Das heißt, das ist ein Ausnahmezustand. Ich denke, es gehört auch dazu, dass man das in diesem Zusammenhang einmal sagen darf.

Die Infrastruktur dient einer nachhaltigen Beschäftigungsentwicklung, und das ganz anders als Ihr vorgesehener öffentlicher Beschäftigungssektor; denn eine gute Infrastruktur generiert Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt, und hier werden Werte geschaffen, die sich durch ihr Wirken auch multiplizieren. Mit einer leistungsfähigen Infrastruktur unterstützen wir die Leistungsträger dieses Landes. Dies sind zuerst auch die zahlreichen Pendler, die oftmals mehr als 100 km täglich zu ihrer Arbeit fahren. Letztlich sind es die Steuergelder derjenigen, über die wir heute hier zu entscheiden haben. Fragen Sie die Fachleute bei den Wirtschaftskammern, beim Landesrechnungshof oder auch in Ihrem eigenen Ministerium. Sie alle werden Ihnen bescheinigen, dass die Infrastruktur ein für die Entwicklung dieses Landes nachhaltiger Parameter ist, der nicht vernachlässigt werden darf. Lassen Sie mich diesbezüglich beispielhaft auf die Straßenbaupläne dieser Landesregierung für die nächsten 15 Jahre eingehen. Die Landesregierung sieht vor, den Investitionsrahmen für den Landesstraßenbau auf 50 Millionen Euro zu begrenzen, 5 Millionen Euro für den Straßenneubau und 45 Millionen Euro für die Instandhaltung. Angesichts eines Verkehrsnetzes von 5 800 km Landesstraße und einem von Ihnen selbst, Herr Minister, prognostizierten Verhältnis von 1 Million Euro für einen Kilometer Neubau einer Straße und 300 000 Euro für einen Kilometer Sanierung von Straßen werden wir in den nächsten Jahren alle 38 Jahre eine Straße grundsanieren. Wenn Sie also einen Arbeiter, der gerade an Ihrer Landesstraße arbeitet, sehen, dann begrüßen Sie ihn, Sie werden ihn nicht mehr wiedersehen.

(Beifall CDU)

Selbst der Bund geht bei seinen eigenen Straßen und Bundesautobahnen davon aus, dass eine Straße nach etwa 25 Jahren grundsaniert werden muss. Herr Minister, ich unterstütze ausdrücklich, dass Sie dazu übergehen, die Straßen eher zu sanieren als neue zu bauen. Das will ich völlig außer Frage lassen. Aber wir brauchen dort deutlich mehr, weil sich dieses Verhältnis in einem Flächenland, wie wir eines sind, auf Dauer nicht durchhalten lassen wird. Infrastruktur ist nicht einfach so da wie die Morgensonne, sondern sie muss natürlich instand gehalten werden, damit Folgeinvestitionen, die dann immer gleich ein Neubau sein müssen, nicht nötig werden, denn die Diskrepanz beträgt auf einen Kilometer 700 000 Euro.

In Zukunft wird es angesichts der demografischen Entwicklung besonders darauf ankommen, die Mittelzentren dieses Landes als Anker im ländlichen Raum weiter zu stärken. Die Regionalisierungsmittel sind effizient für den öffentlichen Verkehr einzusetzen. Als Ziel sollten wir uns eine adäquate SPNV-

Verbindung aus den Mittelzentren nach Berlin und zum neu entstehenden Großflughafen BBI setzen. Dies wird einige Kraftanstrengungen verlangen, zumal die Bundeszuweisungen im ÖPNV zwischen den Ländern und dem Bund wohl weiter hart umkämpft sein dürften. Wir brauchen hier Visionen und Konzepte, um die Zukunft dieses Landes positiv zu gestalten.

Die Visionen gerade im SPNV und im Gesamtkonzept kann ich für den Infrastrukturbereich nur schwer erkennen. Zu dieser Ideenlosigkeit passt auch Ihr eigener Änderungsantrag zu den Regionalen Planungsgemeinschaften. Hier schieben Sie mal eben so 150 000 Euro aus dem Ressort der Landwirtschaft in die Regionalen Planungsgemeinschaften und erwirken damit nur eine Aufblähung von Verwaltungsstrukturen. Vielleicht sollten wir damit auch verdeutlicht sehen, dass der neue Ressortabschnitt auch in der Praxis eine Bedeutung haben kann. Dass dadurch der Regionalplan Windkraft in irgendeiner Form Schaden nimmt, ist wirklich Unfug. Das wird auch ohne diese 150 000 Euro funktionieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum zweiten Teil meiner Rede. Die betrifft die Land- und Forstwirtschaft. Er ist neben der Infrastruktur der zweite große Bereich in diesem Einzelplan. Herr Minister, es freut mich, dass sich die Agrarminister der Länder auf ihrer Frühjahrstagung vergangene Woche in Plön auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt und sich eindeutig für eine Fortsetzung des europäischen Landwirtschaftsmodells ausgesprochen haben. Das stärkt die deutsche Verhandlungsposition in Brüssel für eine gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2013, die die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in regionalen und globalen Märkten stärkt und bei der gleichzeitig die Verantwortung für Landwirtschaft, Tiere, Klima und Umwelt Beachtung findet.

Das Zwei-Säulen-Modell hat sich in der Vergangenheit bewährt. Da werden Sie mir sicherlich zustimmen, Herr Minister. Wir brauchen auch nach 2013 eine starke erste Säule, die die Leistungen der Landwirtschaft angemessen honoriert, für die auf dem Markt kein Preis bezahlt wird, und die den Landwirten bei außergewöhnlichen Marktschwankungen eine Art Sicherheitsnetz bietet. Jedem, der Zweifel an den Direktzahlungen an die Landwirte hegt, sollte man eindrücklich zu verstehen geben, dass nur eine multifunktionale und flächendeckende Landwirtschaft die Triebkraft des ländlichen Wirtschaftskreislaufes ist. Sie ist es, die Einkommen und Arbeit in ländlichen Regionen auch bei uns in Brandenburg schafft und sichert.

Darüber hinaus - das gilt im Besonderen auch für das Land Brandenburg - brauchen wir auch in Zukunft eine wirkungsstarke zweite Säule, die folgende drei Schwerpunkte miteinander verbindet, erstens Erhalt der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Agrarbetriebe, zweitens Erhalt und Entwicklung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raums und drittens Klimaschutz und den Schutz der natürlichen Ressourcen.

Dass Landwirtschaft, ländliche Entwicklung sowie der Umwelt- und Naturschutz direkt zusammenhängen, zeigt nicht nur die aktuelle Diskussion zur Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013. Es scheint jedoch, dass man in Brandenburg von dieser Überzeugung abgekommen ist und vielmehr Parteiproporz in den Mittelpunkt rückt. Anders kann ich mir die Trennung des Ressorts Landwirtschaft und Umwelt nicht erklären.

Wie sollte ich es mir auch erklären, dass im Einzelplan 10 ein Umsetzungsvermerk in Höhe von 30 000 Euro nach Einzelplan 11 für Mittel der Öffentlichkeitsarbeit enthalten ist, diese in Kapitel 11 020, Allgemeine Bewilligungen, jedoch überhaupt nicht zu finden ist? Dass die Trennung von Umwelt und Landwirtschaft nicht nur für die Landwirte eine Überraschung war, zeigt auch, dass im Entwurf des Einzelplans 11 als laufende Veröffentlichungen im Übrigen auch noch „MIR aktuell“ steht.

Herr Minister, in der vergangenen Woche, am Dienstag, um genau zu sein, haben Sie die Zielstruktur für den Landesbetrieb Forst der Öffentlichkeit vorgestellt. Dazu zwei Anmerkungen. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie es bei einer so wichtigen Reform, die uns hier im Landtag schon einige Zeit begleitet, für nötig angesehen hätten, zunächst das Parlament zu informieren. Bei einem Teil der Abgeordneten haben Sie es ja auch schon gemacht, wie die Präsentation zur Strukturreform im Fachausschuss in der vergangenen Woche wunderbar illustrierte.

Ich habe bereits im Ausschuss bemängelt, dass Sie den Landesstraßenbedarfsplan eine halbe Stunde vor der Sitzung der Presse - am Parlament vorbei - mitgeteilt haben. Aber dass Sie es jetzt auch mit der Forstreform so gehandhabt haben - tut mir leid -, halte ich für Spielchen und in gewisser Weise auch für eine Respektlosigkeit gegenüber den Abgeordneten. Beim Landesstraßenbedarfsplan habe ich mir gedacht: Mensch, er ist jung im Amt, das kann ja mal passieren. - Jetzt haben Sie zum zweiten Mal so gehandelt, und ich glaube, Herr Minister, Sie haben dieses Spielchen nicht nötig. Wir stehen durchaus hinter dieser Forstreform und zu Teilen auch hinter dem von Ihnen vorgestellten Landesstraßenbedarfsplan.

Bis zum Jahr 2015 - so in dieser Forstreform - soll eine Personalzielzahl von 1 516 von derzeit ca. 2 400 Stellen erreicht werden. Auf die Frage des Kollegen Dr. Luthardt im Ausschuss - er ist gerade nicht da -

(Zurufe)

- er ist doch da; Entschuldigung -, ob bereits konkrete Vorstellungen seitens der Landesregierung zur Aufgabenwahrnehmung und Sicherung in der Fläche bei einer Personalzielzahl von 1 516 existieren, machte Staatssekretär Bretschneider klar, dass man das noch nicht mit letzter Gewissheit beantworten könne. Herr Minister, es wundert mich dann allerdings schon, dass Sie bereits vor der abschließenden Beratung zur Forststrukturreform in Ihrem Einzelplan festschreiben, dass 77 Planstellen von A 10 nach A 12 höhergruppiert werden, obgleich eine Klärung des tatsächlichen Bedarfs in der Finanzierbarkeit dieser Maßnahmen abschließend noch nicht stattgefunden hat. Man muss sich das also so vorstellen: Wir beschließen im Grunde vorsichtshalber einmal eine Höhergruppierung, obwohl wir noch gar nicht wissen, ob das, was wir hier getan haben, tatsächlich mit einer Mehrleistung zu begründen ist. Ich denke, das sind die Puffer, von denen wir heute auch schon bei anderen Einzelhaushalten gehört haben. Wenn Sie mit einem solchen Businessplan zur Bank gehen und 650 Millionen Euro Kredit haben wollen, schmeißt Sie - die Sekretärin hat noch nicht einmal den Kaffee eingegossen - der Sparkassendirektor schon raus. Das ist einfach keine seriöse Personalplanung - schon gar nicht unter dem Gesichtspunkt der Verschuldung in unserem Haushalt.

Es stellt sich im Übrigen auch die Frage, was mit den Waldarbeitern passieren soll, die direkt von der Forstreform betroffen sein werden. Meine Fraktion war immer der Auffassung, dass der Einsatz von Waldarbeitern zum Beispiel in den Wasser- und Bodenverbänden dann richtig ist, wenn sie dort sinnvolle Tätigkeit ausführen. Was aus Sicht der CDU-Fraktion auf keinen Fall zu akzeptieren ist, ist der Einsatz von Waldarbeitern in Bereichen, die in direkter Konkurrenz zu privaten Unternehmen stehen, wie der Einsatz von Waldarbeitern in der Allenpflege deutlich zeigt.

(Beifall CDU)

Sie schränken damit nicht nur den Wettbewerb weiter ein, sondern gefährden auch Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt, die Sie offensichtlich hintenherum mit dem öffentlichen Beschäftigungssektor finanzieren wollen.

(Görke [DIE LINKE]: Das ist Unfug!)

Das ist übrigens auch der Vorwurf von ver.di gewesen, gestern in der Zeitung nachlesbar.

Ich möchte an dieser Stelle für meine Fraktion deutlich machen, dass wir das große Reformvorhaben und die Einführung einer völlig neuen Struktur im Forstbereich erfolgreich zu Ende führen wollen. Die Vorarbeiten dazu wurden in der vergangenen Legislaturperiode gründlich gemacht, weshalb ich hoffe, dass wir, wie von Ihnen jetzt angekündigt, zum 1. Januar 2011 die Reform erfolgreich und im Sinne des Forstes und der Beschäftigten zu Ende bringen können, ohne dass es zu einer weiteren Verschiebung kommt.

Herr Minister Vogelsänger, abschließend möchte ich an Sie appellieren, sich von Ihrem linken Koalitionspartner nicht die Butter vom Brot nehmen zu lassen.

(Zuruf von Minister Vogelsänger)

Angesichts der angespannten Haushaltslage sind wir zu Einsparungen gezwungen. Das wissen wir alle.

(Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

- Genossen der einfarbigen Koalition: Das ist die Sparbüchse, die wir angreifen. Das wird noch schlimmer werden, wenn die K-II-Mittel im nächsten und übernächsten Jahr deutlich zurückgefahren werden; sie sind für 2010 deutlich abgebildet. Wir werden noch darüber zu sprechen haben, wie weit der Haushalt an dieser Stelle zu schrumpfen geht.

Es ist schmerzhaft zu sehen, dass das Augenmerk offensichtlich darauf liegen wird, sich in besonderer Weise in diesem Haushalt zu tummeln, wenn es darum geht, weitere Sozialleistungen - wir haben heute schon einige gehört - gegenzufinanzieren. Kämpfen wir also für eine vernünftige Infrastruktur, damit dieses Land auch in der Fläche eine Zukunft hat. Und glauben Sie mir - ich komme aus dieser Fläche -, sie hat es bitter nötig. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Fritsch:

Während der Abgeordnete Jungclaus für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach vorn kommt, begrüße ich unsere neuen Gäste vom CDU-Ortsverein Cottbus Mitte-West. Herzlich willkommen und einen interessanten Nachmittag bei uns!

(Allgemeiner Beifall)

Jungclaus (GRÜNE/B90):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Liebe Gäste! Ich muss zunächst einmal Frau Wehlan enttäuschen. Dass wir unsere Anträge hier nicht noch einmal zur Abstimmung stellen, ist weniger Zeichen dafür, dass wir Ihrer nicht immer sinnhaften Argumentation folgen konnten, sondern eher ein wenig Rücksichtnahme auf die Tagesordnung und von uns der Versuch, Akzente zu setzen, statt Massenabstimmungen durchzuführen.

Wie schon mehrfach gehört, ist die Haushaltsdebatte ideale Gelegenheit, sich auf die Grundlinien der Politik zu besinnen und sich politische Ziele zu vergegenwärtigen. Bei der Verteilung der Haushaltsmittel geht es also nicht nur um das Kleinklein zahlreicher Einzelprojekte, sondern auch um die Grundlinien der Politik der nächsten Jahre. Das gilt besonders für den Infrastrukturbereich, zu dem ich jetzt reden werde. Der Bereich Agrar wird nachher von meiner Kollegin Sabine Niels übernommen.

Bisher verfügt das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft über den größten Einzeletat, gefolgt - immerhin - von Bildung. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, entspricht nicht unseren Vorstellungen von einer zukunftsweisenden Politik. Die Zukunft Brandenburgs ist nach unseren Vorstellungen nicht in Beton gegossen. Die Zukunft Brandenburgs ist die junge Generation. Angesichts des Bevölkerungsrückgangs ist es eine zwingende Notwendigkeit, den jungen Menschen in der Region attraktive Bildungsangebote zu machen. Die brandenburgischen Unternehmen sind auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Mit der Ausbildung unserer Kinder steht und fällt die zukünftige Entwicklung des Landes, denn ohne vernünftig ausgebildete Fachkräfte nützen auch die besten Straßen nichts.

Zukunftsweisend wäre es also, den Bildungsetat als größten Haushaltsposten anzusetzen. Die entsprechenden Anträge, Investitionen in Bildungsmaßnahmen durch Kürzungen im Straßenneu-, -umbau und -ausbau zu finanzieren, haben wir bereits beim Bildungshaushalt gestellt. Aber auch die Einzeltitel innerhalb dieses Haushaltspostens sollten anhand von Nachhaltigkeitskriterien geprüft und abgewogen werden. Mit knapp 500 Millionen Euro besitzt das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft den größten Investitionshaushalt des Landes; dieser Etat prägt die zukünftige Entwicklung Brandenburgs entscheidend, insbesondere natürlich der Infrastrukturanteil mit weit mehr als 300 Millionen Euro. Das Motto „Bildung statt Beton“ lässt sich leicht verändert auch auf Maßnahmen im Bereich Städtebau übertragen. Hier müsste es heißen: „Beteiligung statt Beton“.

Im Landeshaushalt liegen die Prioritäten aber nach wie vor auf baulichen Maßnahmen. Seit Jahren werden diese Prioritäten

gesetzt, obwohl man schon seit längerem erkannt hat, dass sich die Probleme der Städte weder durch neuen Beton noch mit der Abrissbirne allein lösen lassen. Die gravierenden Probleme des Bevölkerungsrückgangs drücken sich nicht nur im Leerstand von Plattenbauwohnungen aus, sondern vor allem auch durch die Verödung der Innenstädte. Die Schrumpfung ostdeutscher Städte ist gekennzeichnet durch die Konvergenz und wechselseitige Verstärkung verschiedener Rückbildungsprozesse. Diese Prozesse haben eine Abwärtsspirale erzeugt, die sämtliche städtische Lebensprozesse betrifft und nur durch eine umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort aufzuhalten ist. Dies aber erfordert einen integrierten Ansatz der Quartiersentwicklung, der die Bereiche Städtebau und Umwelt, infrastrukturelle Ausstattung, lokale Ökonomie, Soziales, Integration und nachbarschaftliches Zusammenleben sowie Image-Bildung berücksichtigt. Diese Kriterien erfüllt das Programm „Soziale Stadt“, deshalb sollten hier auch unbedingt die finanziellen Mittel erhöht werden.

Der Verweis des Staatssekretärs Bretschneider im Ausschuss und soeben von Frau Wehlan bei der entsprechenden Ausschussdebatte, dies sei dem Land nicht möglich, ist noch lange nicht das Ende unserer Diskussion. Die Verwaltungsvereinbarung von 2009 ermöglicht den Ländern sehr wohl eine Umverteilung zwischen dem Programm „Städtebauliche Sanierung“ und den Entwicklungsmaßnahmen „Aktive Stadt und Ortsteilzentren“ sowie „Städtebaulicher Denkmalschutz“. Auch zusätzliche Ausnahme genehmigungen können ausdrücklich beantragt werden. Hier ist also eindeutig das Land in der Verantwortung, die richtigen Prioritäten zu setzen.

Neben der Stärkung integrierter Stadtentwicklungsansätze müssen auch die Investitionen für die energetische Gebäudesanierung deutlich erhöht werden, auch wenn sie dies zum Teil - wie soeben angesprochen - bereits gemacht haben. Der Gebäudebestand spielt neben dem Verkehr eine Schlüsselrolle bei der CO₂-Reduktion; er ist für rund 40 % der CO₂-Produktion und -Emission verantwortlich. Deshalb ist eine energetische Modernisierung des Gebäude- und Wohnbestandes im Interesse des Klimaschutzes zwingend erforderlich. Die energetische Gebäudesanierung ist grundlegender Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Gegenstand der Förderung sind Gebäude der sozialen Infrastruktur in den Gemeinden; deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal für alle Haushälter in der Regierung ausdrücklich auf die langfristigen finanziellen Gewinne für die öffentliche Hand hinweisen. Eine Aufstockung der Mittel in diesem Bereich wäre eine Zukunftsinvestition, die sich langfristig deutlich positiv auf die Haushalte auswirkt, auch wenn es über die bereits erfolgte Aufstockung hinausgeht.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Einstellung eines eigenen Titels für den Alleenschutz. Alleen sind ein Markenzeichen Brandenburgs; darüber wird weitgehend Einigkeit in diesem Hause bestehen. Soll das auch in Zukunft so sein, müssen die Versäumnisse der letzten Jahre kompensiert werden. Dies bedarf einer Budgeterhöhung von 1,1 Millionen Euro für den Alleenschutz. Die bisherige Handhabung, die Ausgaben für den Alleenschutz durch unterschiedliche Titel zu decken, ist zu intransparent und trägt der Bedeutung der Alleen für Brandenburg in keiner Weise Rechnung. Deshalb haben wir einen Antrag gestellt, die Mittel für den Alleenschutz auf 8,7 Millionen Euro zu erhöhen und vor allem dafür einen eigenen Titel zu schaffen. Das ist, so denke ich, Brandenburg seinem Markenzeichen schuldig.

Insgesamt betrachtet werden unserer Ansicht nach von der Landesregierung in der Infrastruktur die falschen Prioritäten gesetzt. Die Übersicht der Einzelposten der Infrastrukturinvestitionen verdeutlicht die Schwerpunktsetzung der Landesregierung sehr eindrucksvoll. Für den Straßen- und Brückenbau werden mehr als 120 Millionen Euro aufgewendet. Davon fließen mehr als 100 Millionen Euro in die Stadtentwicklung, während die 22 Millionen Euro für Investitionen in den öffentlichen Schienenbahnverkehr sehr gering ausfallen. Wenn Sie hierzu jetzt das Beispiel mit dem Landesstraßenbedarfsplan bringen, der erheblich gekürzt wurde, so gebe ich Ihnen den Tipp: Gehen Sie nach Falkensee, dort bekommen Sie noch einmal 17,2 Millionen Euro auf die Hand.

Ein flächendeckendes ÖPNV-System ist für die Entwicklung Brandenburgs von zentraler Bedeutung, insbesondere im ländlichen Raum. Dem Land stehen jährlich fast 400 Millionen Euro aus Bundesmitteln für den ÖPNV zur Verfügung. Wir sind davon überzeugt: Brandenburg könnte mit diesen Mitteln deutlich mehr Nahverkehr organisieren und finanzieren als bisher, wenn das Land konsequent auf Wettbewerb im ÖPNV setzen würde. Mit überhöhten Pauschalleistungen an einen Monopolisten muss Schluss sein. Wir brauchen ein transparentes Vergabesystem und einen fairen Wettbewerb auf der Schiene sowie die Einführung eines Qualitätsüberwachungssystems, wie es die EU fordert. Die Rückzahlungen des DB-Konzerns an das Land müssen in sinnvolle ÖPNV-Projekte fließen - beispielsweise eine dichtere Taktung, eine konsequentere Verknüpfung mit dem Busverkehr oder die Entwicklung eines integrierten Verkehrskonzepts für Berlin.

Mit einer nachhaltigen Verkehrspolitik hat die bisherige Praxis jedenfalls nicht viel zu tun. Die genannten Zahlen verdeutlichen, wie lax die Landesregierung mit den Empfehlungen des letzten Nachhaltigkeitsbeirats umgeht. Deren Empfehlungen waren eindeutig: Dem Schienenverkehr muss absolute Priorität eingeräumt werden. Verkehr trägt einen erheblichen Anteil an den CO₂-Emissionen; zum Klimaschutz gehört deshalb auch immer eine nachhaltige Verkehrspolitik. Die medienwirksame Verabschiedung einer Energietaktik 2020 und die Einsetzung eines neuen, zusammengeschrumpften Nachhaltigkeitsbeirats sind dafür eindeutig nicht geeignet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, belassen Sie es nicht bei der bisherigen Nachhaltigkeitsrhetorik und setzen Sie zukünftig stattdessen in der Haushaltspolitik die richtigen Schwerpunkte. - Vielen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90 - Zurufe von der CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Wir setzen mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Minister Vogelsänger spricht.

Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft Vogelsänger:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn der Hauptkritikpunkt der FDP die Lottomittel sind, dann haben wir einen guten Einzelplan hinbekommen, Herr Finanzminister!

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Eines noch zur Transparenz bezüglich des Landesstraßenbedarfsplangesetzes: Es gibt einen Entwurf, der vorgestellt wurde. An dem besagten Tag habe ich die Fraktionen informiert - ich komme auch gerne in die CDU-Fraktion, das ist für mich gar kein Problem -, eine Pressekonferenz gehalten sowie die Öffentlichkeit und den Ausschuss informiert. Mehr Transparenz ist überhaupt nicht möglich.

Wer mich kritisieren könnte, ist das Kabinett, denn ich hatte noch nicht einmal einen Kabinettsbeschluss und gab dennoch schon die Planungen des Ministeriums bekannt. Transparenter geht es nicht, und das werden wir auch weiter so handhaben. Ich habe Interesse daran, dass wir hier gut zusammenarbeiten.

(Vereinzelt Beifall - Zuruf des Abgeordneten Eichelbaum [CDU] - Zuruf von der Regierungsbank)

Herr Genilke, nicht dass etwas schiefgeht: Am 16. Juni werden wir unser Konzept „Stadtumbau II“ bekanntgeben. Das erfolgt in einer großen Veranstaltung des Ministeriums. Ich sage dies vorsorglich und nicht erst im Ausschuss, weil auch die Kommunen eingeladen sind. Selbstverständlich sind auch die Abgeordneten des Brandenburger Landtages eingeladen, denn Stadtumbau ist ein schwieriger Prozess, und diesen müssen wir gemeinsam meistern.

Ich komme jetzt zu einem neuen Ressort: Stadt und Land in einer Hand - Bündelung der finanziellen Ressourcen. Es gibt hierzu ein gutes Beispiel aus Rheinland-Pfalz; ich habe den entsprechenden Kollegen auf den Ministerkonferenzen getroffen, und dieser war der Meinung, es habe der Landesentwicklung sehr gutgetan, dass es diese Kombination gibt. Ich habe mir deshalb vorgenommen, dass wir gemeinsam das Beste daraus machen. Wir haben eine hohe Verantwortung: 1,4 Milliarden Euro, das sind 13,5 % des Landeshaushaltes. Aber zu den 13,5 % muss man sagen, dass von den 1,4 Milliarden Euro rund 38 % in Investitionen fließen - das ist also eine große Verantwortung für mein Haus - sowie 6 % Personalkosten. Es sorgt also eine schlanke Verwaltung dafür, dass Landesentwicklung in Brandenburg stattfindet.

Ich komme zu einem schwierigen Spruch und zu den Grünen: „Bildung statt Beton“ - das halte ich für Unfug. Wir brauchen gute Bildung und gute Infrastruktur für die Menschen im Land Brandenburg.

(Vereinzelt Beifall von der Regierungsbank)

Ich möchte das noch einmal verdeutlichen: Mein Haus ist zuständig für die Strukturförderung Landwirtschaft, für den ländlichen Raum, für die Braunkohlesanierung, für den Stadtumbau, für die Städtebauförderung, für den öffentlichen Personennahverkehr und für den Verkehrsbereich insgesamt. Daher kann man nicht sagen „Bildung statt Beton“, sondern wir sorgen für eine gute Landesentwicklung.

Der überwiegende Teil des Einzelplans 11 sind Drittmittel für EU- und Bundesmittel. Es ist ein großer Erfolg, dass alle Mittel kofinanziert werden können. Das ist auch ein Vorteil eines strategisch großen Ministeriums für den Bereich Infrastruktur und für den Bereich Landwirtschaft.

Ich komme zum Teil Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Da sieht man, dass dieses Ministerium gut zusammenpasst. Die Bürger in Brandenburg leben hauptsächlich in ländlichen Strukturen. Auch die Kleinstädte liegen im ländlichen Bereich. Hier lässt sich unsere Politik gut verbinden. Gut 80 % der Landesfläche werden land- und forstwirtschaftlich genutzt. Auch dies gehört zum Ministerium.

Jetzt komme ich zu Aussagen, die ich für sehr schwierig halte. Sie haben in dieser Woche eine größere Rolle gespielt. Dabei ging es um Lenin, um die Frage, ob Lenin im ländlichen Raum noch einen gewissen Einfluss hat. Ich war bei vielen Agrarbetrieben - ich schaue zu Udo Folgart - und habe dort weder einen Typ Lenin noch einen Typ Stalin noch einen Typ Mao getroffen. Ich habe engagierte Menschen getroffen, die für die Landwirtschaft kämpfen und dafür, dass die Menschen im ländlichen Raum weiterhin Arbeit in ihren Betrieben haben.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich halte dies aus einem ganz besonderen Grund für ärgerlich: Das Landwirtschaftsanpassungsgesetz ist ein Erfolg. Wir haben eine flächendeckende Landwirtschaft in Brandenburg. Ich schaue zu Abgeordneten aus Brandenburg an der Havel, aus Eberswalde und aus Luckenwalde. Ist es uns bei der Industrie gelungen, eine flächendeckende Struktur zu erhalten? Das Landwirtschaftsanpassungsgesetz und auch die ausgewogene Agrarstruktur in Brandenburg sind ein Erfolgsmodell, das wir fortsetzen werden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ich bin über die Aussagen verärgert, denn in den Gesprächen bemerke ich, dass vom Geschäftsführer bis zum Traktoristen an einem Strang gezogen wird. Wenn die Situationen mitunter schwierig sind, ist jeder besorgt, dass auch die Landwirtschaft weiterhin eine Zukunft hat. Es sind immerhin 38 000 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, dazu kommen 17 000 Arbeitsplätze im Gartenbau. Das erste Ziel des Ministers ist, diese Arbeitsplätze zu erhalten. Deshalb brauchen wir auch in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 Direktzahlungen an unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Es gibt ein wichtiges Signal aus Plön: Wir setzen uns gemeinsam mit der Bundeslandwirtschaftsministerin und den 16 Landesagrarministern dafür ein. - Ich meine, so haben wir eine Chance, dass sich Deutschland mit seinen Forderungen in Brüssel durchsetzt und die Direktzahlungen weiterhin eine starke erste Säule bleiben.

(Vereinzelt Beifall SPD und CDU)

Welche Bedeutung das hat, möchte ich anhand der Zahlen verdeutlichen. Diese sind im Haushalt gar nicht enthalten. Am 1. Dezember 2009 sind Direktzahlungen in Höhe von 385 Millionen Euro an die Betriebe geflossen. Ohne diese Direktzahlungen wären diese Betriebe nicht liquide. Ich möchte das ausdrücklich verteidigen. Wer das so nicht will, muss sich auch fragen: Ist es richtig, dass in Deutschland nur 11 bis 13 % der Einkommen für Lebensmittel ausgegeben werden? Dann weiß man, woher entsprechende Subventionen rühren.

Präsident Fritsch:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Minister?

Minister Vogelsänger:

Gerne.

Präsident Fritsch:

Bitte, Herr Dombrowski.

Dombrowski (CDU):*

Herr Minister, ich teile Ihre Auffassung zur Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte. Aber Sie haben vorhin, als Sie über die Landwirtschaftsstrukturen sprachen und sagten, dass es gelungen sei, dass jeder Hektar Boden in Brandenburg bewirtschaftet wird, einen Vergleich gezogen und gefragt, ob Adäquates auch in den Bereichen Industrie und Gewerbe gelungen sei. Sind Sie nicht der Meinung, dass dieser Vergleich etwas hinkt? Denn wenn Sie jetzt auf die Direktzahlungen für die Landwirtschaft zu sprechen kommen, die völlig berechtigt sind, wollen Sie dann dafür plädieren, dass sich das Land Brandenburg jetzt dafür einsetzt, dass die Industrie- und Gewerbebetriebe in Brandenburg von der EU jährliche Direktzahlungen erhalten?

Minister Vogelsänger:

Herr Dombrowski, das wird mit Sicherheit nicht so sein. Ich habe es genannt, es geht um das Landwirtschaftsanpassungsgesetz und die Erfolge. Es gibt auch im Wirtschaftsbereich entsprechende Förderungen aus GA, aus EFRE, allerdings keine Direktzahlungen. Aber wir müssen auch eines konstatieren: Es herrscht Konkurrenz im europäischen Bereich, und ohne Direktzahlungen geht es nicht; das wissen Sie auch. Ich halte es für einen Erfolg, dass wir eine flächendeckende Landwirtschaft haben. Ich bedaure es außerordentlich, dass die flächendeckende Erhaltung der Industriestruktur nicht gelungen ist. Das ist eine Sache, die wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium zu beraten haben. Mich freut es, dass wir beispielsweise eine Reindustrialisierung in Frankfurt (Oder) durch die Solarindustrie haben. Das darf durch die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht kaputtgemacht werden.

Ich komme zu einem weiteren spannenden Thema, zur Forstwirtschaft. Hier haben wir eine weitere große Reform vor. Der Minister hat bereits in einigen Fraktionen sehr transparent über das Vorhaben informiert. Ich werde gern weitere Fraktionen und natürlich auch die Öffentlichkeit mit über dieses Projekt informieren. Es muss jedem klar sein, dass es eine gewaltige Aufgabe ist, in diesem Bereich 2 400 Stellen auf 1 516 zu reduzieren, und zwar ohne betriebsbedingte Kündigungen. Deshalb brauche ich auch die Solidarität der Landesregierung insgesamt. Ein weiterer Synergieeffekt entsteht dadurch, dass wir gemeinsam für den Bereich Forst und den Bereich Straße verantwortlich sind. Das ist auch eine große Chance, was die Neustrukturierung im Bereich der Forstwirtschaft betrifft.

Im Haushalt ist ein Zuschuss von 75,5 Millionen Euro an den Landesbetrieb Forst vorgesehen. Das können wir in den nächsten Jahren so nicht weiter leisten. Deshalb muss es auch dort Umstrukturierungen geben. Das hat leider auch mit Finanzen zu tun. Ich sage auch hier: Es wird nicht alles beim Alten bleiben. Wenn man von 2 400 auf 1 516 Stellen abbauen muss, kann nicht alles beim Alten bleiben. Ich halte die Struktur aber für richtig: die Trennung in Landeswald-Forstbewirtschaftung, dafür die 14 Oberförstereien, und in hoheitliche Aufgaben.

Ich bin mir sicher, dass man damit gemeinsam die Reform umsetzen kann.

Ich komme zum nächsten Schwerpunkt: Stadtentwicklung und Wohnraumförderung. Ich glaube, das ist ein Bereich, wo insbesondere die Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene sehr gut läuft. Das sind die integrierten Stadtentwicklungskonzepte, aber auch die Zusammenarbeit mit den Arbeitskreisen der Kommunen und auch mit anderen Institutionen, mit den Wohnungsbauverbänden. Ich glaube, hier hat sich eine Vertrauensbasis über zwei Jahrzehnte aufgebaut. Daran werden wir auch weiter arbeiten.

Wir haben im Bereich der Wohnungsbauförderung, im Bereich Städtebau ein Bewilligungsvolumen von über 130 Millionen Euro in diesem Jahr. Wichtig ist - es gibt ja die ersten Signale vom Bund -, dass diese Mittel vom Bund nicht zurückgefahren werden. Ich möchte alle Abgeordneten auffordern, mit ihren Bundestagsabgeordneten das Gespräch zu suchen, denn dies betrifft Brandenburg in diesem Bereich ganz direkt.

Eine große Herausforderung ist der Stadtumbau. Er wird entsprechend fortgeschrieben. Den Termin habe ich schon genannt. Die Aufgabe ist gewaltig. Nach 50 000 Wohnungen werden wir in der nächsten Phase weitere 35 000 WE vom Markt nehmen müssen. Das ist eine große Herausforderung für alle Beteiligten. Deshalb habe ich mir vorgenommen, dies gemeinsam mit den Kommunen, gemeinsam mit den Abgeordneten und allen, die damit zu tun haben, zu stemmen.

Eine wichtige Frage ist die der Altschuldenhilfe. Hier brauchen wir eine Folgeregelung. Ich habe im Mai einen Termin mit meinem Kollegen Ulbig aus Sachsen. Wir haben uns vorgenommen - das halte ich auch für richtig -, dass ein Minister der sogenannten A-Länder und ein Minister der B-Länder die Verhandlungen mit dem Bund führen. Wir brauchen dafür eine Regelung, und die müssen wir gemeinsam schaffen. Bei der Frage Altschuldenhilfe dürfen auch hier im Parlament Parteigrenzen keine Rolle spielen.

(Beifall SPD und CDU)

Ich komme zur Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg. Es geht um die Umsetzung der Energie- und Klimastrategie. Deshalb brauchen wir auch ein integriertes Konzept in den Regionalen Planungsgemeinschaften. Ich bedanke mich für den Antrag der Koalitionsfraktionen. Ich halte dies für sehr sinnvoll.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Wir müssen bei diesem schwierigen Thema auch die kommunale Ebene entsprechend mitnehmen. Wir brauchen eine Akzeptanz für erneuerbare Energien, und wir brauchen Konzepte nicht nur für Windenergie, sondern Gesamtkonzepte.

Eine weitere große Herausforderung ist die Finanzierung der Braunkohlesanierung. In diesem Bereich besteht das 4. Verwaltungsabkommen mit dem Bund 2008 bis 2012. Auch hier brauchen wir ein Folgeabkommen. Ich habe Kontakt mit Sachsen und Sachsen-Anhalt, denn auch hier müssen wir mit dem Bund gemeinsam verhandeln. Die Abgeordneten aus der Lausitz wissen, wie dringend notwendig das ist. Die Lausitz ist ein gutes Beispiel dafür - ich begrüße unsere Gäste aus Cottbus -, wie gut die Region bei der Internationalen Bauausstellung zu-

sammengewachsen ist, das muss weitergehen. Dazu brauchen wir ein 5. Verwaltungsabkommen mit dem Bund.

Der Verkehrsbereich steht immer im besonderen Fokus der Öffentlichkeit, aber auch der Abgeordneten. Es sind mit Abstand die meisten Anfragen an mein Haus. Die meisten Anfragen aus dem Parlament bekommen wir zum Verkehrsbereich. Besonders interessant ist das Thema Landesstraßen: 5 800 km, 1 580 Ortsdurchfahrten. Derzeit haben wir noch Investitionsmittel in Höhe von 114 Millionen Euro für Planung und Bau. In dieser Summe sind noch EFRE-Mittel, also EU-Mittel, enthalten. Wir haben jetzt vor, zuerst die Verbindung Richtung Schönefeld entsprechend sicherzustellen. Das halte ich für dringend notwendig, denn es ist das wichtigste Investitionsprojekt im Land Brandenburg. Allerdings bleibt danach für Neubau nicht mehr viel Spielraum. Deshalb haben wir einen Landesstraßenbedarfsplan mit Augenmaß vorgelegt. Ich glaube, es ist richtig, dass wir noch mehr auf Erhalt statt auf Neubau setzen. Dabei müssten uns im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft eigentlich auch die Grünen unterstützen.

Ein weiteres Thema sind die Bundesfernstraßen. Auch das findet man im 1,4-Milliarden-Haushalt nicht. Bezüglich der Bundesfernstraßen wird der Haushalt 2011 des Bundes für uns spannend werden. Auch da wird es von uns dann ein Gesamtkonzept geben. Es gibt diesbezüglich viele Wünsche, viele Planungen, und ich hoffe, dass wir möglichst viel realisieren können. Wir sind in dieser Hinsicht allerdings vom Bund dahin gehend abhängig, dass wir entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Ich unterstütze Herrn Ramsauer bei seiner Anmeldung von 11,3 Milliarden Euro für den Verkehrsbereich beim Bundesfinanzminister. Ich hoffe, dass er Erfolg hat. Ansonsten hätten wir große Probleme, was den Neubau von Bundesfernstraßen betrifft.

Wir müssen die Planung vorfinanzieren - immerhin 28 Millionen Euro -, und da wird von mir auch nicht gekürzt. Wenn wir keine Planung in der Tasche haben, können wir mit dem Bund nicht verhandeln. Weiterhin brauchen wir dringend Projekte, was Bundesfernstraßen betrifft, denn es geht um die Erreichbarkeit des Landes Brandenburg.

Ich komme zu einer weiteren Erfolgsgeschichte, dem Radwegbau. Wir werden in diesem Jahr die Einweihung unserer 2 000 km straßenbegleitenden Radwege an Landes- und Bundesstraßen feiern. Ich kann mich erinnern: 1994, zu Beginn meiner Abgeordnetentätigkeit - Herr Dr. Markov war auch dabei - hatten wir etwas über 100 km straßenbegleitende Radwege an Landes- und Bundesstraßen. Die nunmehr 2 000 km sind ein Riesenerfolg. Jetzt muss ich aber auch sagen: 2 000 km heißt Unterhaltung der Radwege. Der Neubau wird so schnell nicht mehr vorangehen, aber wir haben einen großen Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet, und ich möchte auch den Wirtschaftsfaktor hervorheben, denn Radwege laden natürlich auch Touristen ein.

Zu den Finanzhilfen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden: Das ehemalige Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, jetzt Entflechtungsgesetz, mit seinen 54 Millionen Euro, weckt viele Begehrlichkeiten. Zumeist wird dreimal so viel beantragt, wie unser Budget groß ist. Das zeigt, wie wichtig dieses Programm ist. Damit können der kommunale Straßenbau und der öffentliche Personennahverkehr unterstützt werden. Besonders wichtig ist es, dass dieses Programm über 2013 hin-

aus fortgesetzt wird. Es handelt sich hierbei um Bundesmittel, und um diese kämpfen die Minister gemeinsam. Ich werde um die Zweckbindung der Mittel für diesen Bereich kämpfen; denn ich halte es für dringend erforderlich, dass wir diese Mittel zur Verfügung haben. Ich sage aber auch - viele Abgeordnete haben nachgefragt -: Es wird schwierig, eine zusätzliche Fahrzeugförderung für Straßenbahnen daraus zu finanzieren. Aus dem Topf ist das nicht möglich. Wir haben schon große Schwierigkeiten, komplexe Maßnahmen wie Eisenbahnkreuzungen, aber auch zusätzliche Maßnahmen an Bundes- und Landesstraßen der kommunalen Seite zu unterstützen.

Zum öffentlichen Personennahverkehr - Regionalisierungsgesetz: Die Länder sind seit 1996 für den öffentlichen Personennahverkehr auf der Schiene, also für den schienengebundenen Nahverkehr zuständig. Eine Erfolgsstory für das Land Brandenburg sind besonders die schnellen, direkten RE-Verbindungen von und nach Berlin im gesamten Land. Ich will aber auch sagen: Es ist schwierig, alle Wünsche zu berücksichtigen. Jeder will eine direkte Verbindung nach Berlin, jeder will eine direkte Verbindung zum Flughafen Schönefeld. Deshalb müssen wir uns zusammensetzen und sehen: Was können wir uns leisten, und welche Zusatzleistungen können wir noch bestellen? Es gibt Gedanken in Richtung S-Bahn-Erweiterung und Heidekrautbahn. Über alle Dinge - darüber werden wir hier debattieren - können wir seriöserweise nur diskutieren, wenn wir wissen, wie die Revision ausgefallen ist - so ehrlich muss man sein -, und wenn wir wissen, ob wir über das Entflechtungsgesetz weiterhin Möglichkeiten der Unterstützung haben.

Ich bitte das Parlament um Unterstützung zum wichtigsten Investitionshaushalt. Alle Ihre Wahlkreise sind ganz direkt von diesem Einzelplan betroffen. Lassen Sie uns gemeinsam die Landesentwicklung voranbringen! - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Henschke erhält das Wort für die Linksfraktion.

Henschke (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir vier Bemerkungen. Erstens: Herr Genilke, zum Thema Sparbüchse Einzelplan 11: Den Besorgnissen können wir uns nur gemeinsam widmen. Deshalb halte ich es auch für angemessen, dass wir im Bereich Stadtentwicklung, für den ich hier sprechen möchte, zunächst erst einmal zur Kenntnis nehmen mussten, dass Schwarz-Gelb diesen Bereich zur Sparbüchse gemacht hat,

(Aha! bei der CDU)

denn wir bekommen 7 Millionen Euro weniger vom Bund. Demzufolge kommen auch 7 Millionen Euro weniger aus dem Landesetat. Das ist dann, Herr Jungclaus, wenn ich das richtig verstanden habe, tatsächlich eine ziemlich klare Umsetzung der Devise „Bildung statt Beton“; denn da hat eine haushaltspolitische Umschichtung stattgefunden, und die halten wir auch für richtig.

Zweitens: Zum Thema „Beteiligung statt Beton“: Ich bin auch der Auffassung, wir sollten uns insbesondere bei der Städte-

bauförderung noch mehr auf die Kompetenzen vor Ort verlassen. Das heißt im Klartext, dass die Umschichtungsfähigkeit in den einzelnen Haushaltspositionen auch von der Landesregierung so begriffen wird, dass die kommunale Kompetenz insbesondere bei der Umsetzung der integrierten Stadtentwicklungskonzepte dann auch genutzt und nicht so stringent als goldener Zügel verstanden wird. Insofern hielten wir diese Anträge der Grünen für verzichtbar.

Drittens: Zu den Regionalen Planungsgemeinschaften: Ich glaube, wir sollten es auf keinen Fall als einen Eingriff in die Planungshoheit der Kommunen verstehen. Wir wissen, wie wichtig in den Kommunen die Korrespondenz mit dem Umland ist. Wir sollten es als Stärkung, als Begleitung verstehen, und wenn wir uns auf den Weg machen, die entsprechenden Vorberreitungen für noch mehr erneuerbare Energien zu treffen, dann ist das genau der Schritt in die richtige Richtung.

Über die ersten drei Bemerkungen kann man in diesem Hohen Haus sicherlich unterschiedlicher Meinung sein; aber ich hoffe, bei der vierten Bemerkung können wir uns wieder treffen. Ich erinnere daran, dass wir hier parteiübergreifend einen Antrag zum Stadtumbau beschlossen haben. Darin haben wir alle uns dazu bekannt, uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen zu wollen, dass die Altschuldenentlastung erteilt wird. Warum wiederhole ich das, obwohl der Minister bereits dazu gesprochen hat? Erstens halte ich es für unsinnig, dass dazu überhaupt ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde. Das ist leider kein Blödsinn, denn dahinter bauen sich Lobbyvertreter auf; sie werden sich auch in unserem Land aufbauen. Deswegen kann ich nur darum bitten, wenn zum Beispiel „Haus und Grund“ vorstellig wird, dass wir alle an unserer Position festhalten und uns dafür einsetzen, dass die Altschuldenentlastung bei uns auf dem Tableau bleibt. - Danke.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Folgart setzt für die SPD-Fraktion fort.

Folgart (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass die Debatte über den Einzelplan 11 gezeigt hat: Wir sind uns darin einig, dass wir in unserem schönen Land Brandenburg vitale ländliche Räume brauchen. Die Anstrengungen, um dies zu sichern, sind enorm. Das ist aber auch an den anderen Einzelplänen, die wir heute besprochen haben, abzulesen.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, dass Neuzuschnitte von Ministerien auch zu Neufestlegungen führen müssen. Ich will an dieser Stelle aus meinem Herzen keine Mördergrube machen: Auch ich hatte anfangs meine Probleme damit, dass wir mit dem Zuschnitt des neuen MIL eine Konstruktion auf Landesebene bekommen, die am Ende des Tages vielleicht doch die eine oder andere Frage aufwerfen wird. Darauf werde ich aber noch zu sprechen kommen.

Ich bin aber auch unbegrenzt lernfähig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Zusammenlegung von Infrastruktur und Landwirtschaft bedeutet gerade angesichts des hohen Anteils an

EU-Finanzierungsgeldern, die in beide Bereiche fließen, dass wir tatsächlich Synergieeffekte generieren und eine bessere Abstimmung zum Nutzen Brandenburgs erreichen können.

Noch ein Satz vorneweg: Der Haushaltsansatz gewährleistet aus meiner Sicht den Erhalt des Erreichten. Er stärkt nicht nur die Wirtschaft insgesamt, sondern speziell auch die Landwirtschaft in Brandenburg und dient damit der Weiterentwicklung der Lebensqualität in den ländlichen Räumen.

Da meine Kollegin Kerstin Kircheis den Bereich Infrastruktur schon beleuchtet hat, will ich mich ganz kurz auf den Landwirtschaftsbereich fokussieren. Wir haben in Brandenburg eine vielfältige Agrarstruktur: Es gibt große und kleine Betriebe, Agrargenossenschaften und Kapitalgesellschaften, aber auch Personengesellschaften, in denen sich natürliche Personen zusammengeschlossen haben. Es gibt auch den klassischen landwirtschaftlichen Familienbetrieb.

Da Herr Vogel jetzt anwesend ist, eine Bemerkung an ihn: Ich bin von dem einen oder anderen Vorsitzenden gegenwärtig existierender Agrargenossenschaften - davon haben wir 222 oder 225 in Brandenburg; nageln Sie mich bitte nicht auf die Zahl fest - beauftragt worden, hier noch einmal explizit darauf hinzuweisen, dass die Umwandlung nach 1990 nicht nach den leninschen Genossenschaftsprinzipien erfolgte - Lenin wurde im ländlichen Raum nach 1990 nicht gesehen; das wurde auch von Kollegen der CDU heute dankenswerterweise schon festgestellt -, sondern auf der Grundlage des bürgerlichen Genossenschaftsgesetzes.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Die starke Rolle der EU-Agrarpolitik sei an dieser Stelle noch einmal hervorgehoben. Ich möchte Minister Vogelsänger ausdrücklich dafür danken, dass wir es hinbekommen haben, auf der Agrarministerkonferenz über die Landwirtschaftsministerien aller 16 Bundesländer hinweg ein einheitliches Papier zu erstellen, in dem klar definiert wird, dass es wichtig ist, zukünftig eine starke erste Säule zu haben. Dafür bin ich sehr dankbar. Herr Genilke, Sie haben die Rolle der Risikoabsicherung an der Stelle noch einmal betont. Wir brauchen auch eine klar abgegrenzte zweite Säule, um die ländlichen Räume zu stärken, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und die Erfüllung der Aufgaben, die im Umwelt-, im Klima- und im Verbraucherschutz vor uns stehen, zu gewährleisten.

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter, es gibt Bedarf an Zwischenfragen. Möchten Sie antworten?

Folgart (SPD):

Ja.

Dombrowski (CDU):*

Herr Kollege Folgart, die CDU hat zum Einzelplan 11 den Antrag eingebracht, die Mittel für den freiwilligen Naturschutz zu erhöhen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Landwirte unter Gänsefraßschäden zu leiden haben. Sie kennen die Regionen, die betroffen sind. Werden Sie diesem Antrag zustimmen?

Folgart (SPD):

Nein. Herr Dombrowski, da muss ich Sie enttäuschen. Ich will für die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten darauf hinweisen, dass das ein spezielles Thema des westlichen Havellandes ist. Momentan steckt es in der Bearbeitung. Ich habe mit Abteilungsleiter Schubert darüber gesprochen. Es gibt ein Projekt, das schon mit Inhalten gefüllt ist und sich gegenwärtig in der Prüfung befindet. Es soll in ein Forschungsprojekt des ZALF Müncheberg eingebettet werden. Das Ziel ist das gleiche, das wir den Landwirten schon Ende letzten Jahres mitgeteilt haben: Wir wollen uns eine Deckungsquelle erschließen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass das erfolgen wird.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Der Antrag liegt heute auch gar nicht vor!)

- Danke schön, Frau Wehlan.

Ich bin bei der fehlenden Kofinanzierung. Was die Zukunft in Brandenburg angeht, so habe ich schon von der klaren Abgrenzung zwischen erster und zweiter Säule gesprochen. Je stärker die erste Säule ist, desto weniger haben wir uns parlamentarisch damit zu beschäftigen, Kofinanzierungsmittel aus dem Landeshaushalt sicherzustellen, um EU-Mittel „abzugreifen“, wenn ich das einmal so salopp sagen darf. Ich meine, es ist eine riesige Herausforderung gewesen, die Kofinanzierung für den gesamten ELER-Bereich sicherzustellen. Dafür gilt Ihnen mein Dank, Herr Dr. Markov. Frau Wehlan hat vorhin die Zahlen genannt; deshalb verzichte ich darauf.

Diese Kofinanzierung ist das wichtigste Element, das wir brauchen, um auch gegenüber der EU zu erklären, dass wir in der Lage sind, die von dort bereitgestellten Gelder abzurufen. Insofern ist das 100%ige Abrufen im Jahr 2010 eine wichtige Botschaft. Ich denke auch, dass die Ist-Situation beleuchtet wird. Wenn wir die Mittel nicht abrufen würden und damit Landwirtschaft und Gartenbau im ländlichen Raum nicht gestalten könnten, würden wir ein schlechtes Zeichen für die Zukunft setzen.

Ich meine, die Wirtschaftsbelebung im ländlichen Raum dient letztlich dem Verbraucher- und dem Umweltschutz - das ist der dritte Punkt, den wir in der zweiten Säule zu beachten haben -, aber auch dem Klimaschutz. Auch das spielt hier eine Rolle. Ich trenne hier noch einmal zwischen Mitteln für die Infrastruktur und für die Landwirtschaft. Hier wurden Pflöcke eingeschlagen und Zeichen gesetzt. Daher auch meine Forderung an die beiden Ministerien.

Damit bin ich bei der Frage, die Herr Dombrowski gestern gestellt hat: Ich bin fest davon überzeugt, dass wir zu einer verbindlichen Einvernehmens- bzw. Mitzeichnungsregelung zwischen beiden Ministerien kommen müssen, wenn wir Fragen der Unterschutzstellung im Auge behalten wollen. Sollte es dazu kommen, dass weitere Unterschutzstellungsgebiete auszuweisen sind, dann muss eine verbindliche Gegenzeichnung beider Ministerien erfolgen. Ich erinnere an die Diskussionen, die wir zwischen 1995 und 1999 geführt haben.

Bevor ich zum Ende komme, noch kurz ein Satz zur Forstreform; auch darüber ist heute schon gesprochen worden. Ab dem 01.01.2011 gibt es neue Strukturen im Landesbetrieb. Wir ha-

ben uns darüber in den Debatten der letzten Jahre ausreichend ausgetauscht. Deshalb bin ich heilfroh, dass wir zu einem Ergebnis gekommen sind. Den Forstbediensteten sind wir das schuldig, denn sie wollen wissen, wie es weitergeht. Hier steht das Land in der Verantwortung. Dieser Verantwortung wollen wir mit dem Haushaltsplan gerecht werden. Planungssicherheit wird mit dem Haushalt hergestellt. Die Bewirtschaftung des Waldes ist damit auch weiterhin gesichert.

Ich denke, dass wir hier zu dem Antrag der CDU-Fraktion nichts weiter sagen müssen, weil wir uns dazu im Fachausschuss hinlänglich und ausreichend ausgetauscht haben. Auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Alleenplanung hat Kerstin Kircheis hingewiesen. Deshalb gehe ich nicht noch einmal darauf ein.

Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Einzelplan 11 zukunftsgerichtet ist. Dieser Einzelplan trägt einerseits den Möglichkeiten des Landes, vor allem aber den Bedürfnissen unserer Brandenburger Bürger Rechnung. Insofern bitte ich um Zustimmung zu diesem Einzelplan. - Danke schön.

(Beifall SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Frau Abgeordnete Niels setzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort.

Frau Niels (GRÜNE/B90):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Falls jemand die Debatte verfolgt und Landnutzerin oder Landnutzer ist, Gärtnerin oder Gärtner: Ich mache gern konstruktiv und im sachlichen Sinne Politik und vertrete keinerlei Klientel. Ich sage das einmal so global, falls die Debatte von verschiedenen verfolgt wird.

(Frau Melior [SPD]: Das ist eine Unterstellung! - Jürgens [DIE LINKE]: Das ist nicht live. - Im Internet!)

- Na, ist doch schön. Da kann man das dann schön abrufen: www. - Okay. Das zur Weiterbildung. - Der ist so frech. Ich habe heute mit einer Schülergruppe darüber gesprochen. Da wurde ich wieder gefragt: Wie sieht es denn aus mit der Disziplin? In der Schule hören wir einander zu. Ich war sehr stolz auf meine Fähigkeit, im Plenum auf alle möglichen Anflüge von hier und dort reagieren zu können.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Ja, Frau Niels, das ist der Unterschied! - Weitere Zurufe)

Und heute, jetzt ...

Präsident Fritsch:

Nun nehmt aber Rücksicht darauf und bringt sie nicht aus dem Konzept.

Frau Niels (GRÜNE/B90):

Ich halte mich an meinen Zettel, damit Herr Jürgens mich nicht wieder ablenkt.

Der Etat der Landwirtschaft - wir sind ja beim Einzelplan 11 und haben eine Haushaltsrede, das andere war nur ein Ausflug - stellt einen Löwenanteil im Haushalt dar. Ich unterstreiche gern, dass wir Grünen eine entsprechende finanzielle Unterstützung für eine zukunftsfähige Landwirtschaft begrüßen, vorausgesetzt, die Landwirtschaft erbringt auch Leistungen, von denen die Gesellschaft profitiert.

Auch die gemeinsame Agrarpolitik der EU erkennt mehr und mehr, dass die Transferzahlungen an die Landwirtschaft nur dann aufrechtzuerhalten sind, wenn sie zielgerichtet und transparent für gesellschaftlich anerkannte Leistungen der Landwirtschaft eingesetzt werden.

(Unruhe)

- Das Hintergrundgemurmel der SPD ist eine mir angenehme Musik. - Deshalb wurden im sogenannten Gesundheitscheck der GAP im Jahre 2008 spezifische Herausforderungen identifiziert, denen sich die europäische und damit auch die Brandenburger Landwirtschaft stellen müssen. Diese Herausforderungen umfassen unter anderem die Biodiversität, den Klimawandel und ein nachhaltiges Wassermanagement.

Einen Einstieg in die neue Ausrichtung der Agrarpolitik stellt die Modulation dar, deren Mittel von den Ländern nach Vorgabe der EU-Kommission bevorzugt für die sogenannten neuen Herausforderungen eingesetzt werden sollen.

(Unruhe)

Die Agrarumweltmaßnahmen sind zur Umsetzung dieser Ziele das geeignete Instrument. Denn mit diesem Angebot an Maßnahmen wird den Landnutzern auf freiwilliger Basis ein gutes Angebot gemacht, die Deckungsbeiträge jenseits von Intensivierung und erhöhtem Ressourcenverbrauch zu steigern. - Auch das Lachen aus den Reihen der CDU ist eine mir angenehme Hintergrundmelodie.

Dadurch, dass die Landnutzer angepasste Bewirtschaftungsmethoden verwenden oder auf den ökologischen Landbau umstellen, können sie einen zusätzlichen attraktiven Förderanspruch erwerben. Die auf diese Weise erbrachten ökologischen Leistungen rechtfertigen die Unterstützung durch die Gesellschaft. In Brandenburg ist diese neue Schwerpunktsetzung der EU-Kommission allerdings noch nicht in der landwirtschaftlichen Förderpolitik angekommen.

In der intensiven Auseinandersetzung mit dem Einzelplan 11 des Haushalts ist uns aufgefallen, dass zuvorderst keinerlei Transparenz besteht, in welche konkreten Fördermaßnahmen die Zuschüsse an private Unternehmen fließen.

Präsident Fritsch:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Abgeordnete?

Frau Niels (GRÜNE/B90):

Nein.

(Heiterkeit CDU)

Deshalb haben wir im Ausschuss eine Änderung beantragt, die darauf abzielt, dass künftig die einzelnen Fördertöpfe einzeln

dargestellt werden, um besser beurteilen zu können, welche Fördertöpfe künftig aufgestockt und welche im Umfang reduziert werden müssen, um die Ziele der europäischen Landwirtschaftspolitik auch wirklich umzusetzen.

(Zurufe)

- Ich komme noch auf Ihren Redebeitrag, und wir freuen uns auch sehr, dass es schon eine Zusage hinsichtlich der Transparenz gab.

Ich möchte Ihnen ein konkretes Beispiel nennen, warum wir diese verbesserte Übersichtlichkeit benötigen. Nur auf Nachfrage im Ministerium erfuhren wir, wie sich zum Beispiel die Fördermittel für die Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete und wie sich die Höhe der Agrarumweltmaßnahmen für 2010 entwickeln. Diese Information ist essentiell, um die Förderpolitik politisch zu bewerten.

Die Agrarumweltmaßnahmen werden deutlich erhöht. Im gleichen Augenblick werden aber die Ausgleichszahlungen für die benachteiligten Gebiete in einem sehr viel höheren Maße angehoben. Die Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete kommen in Brandenburg mit Dreivierteln aller Nutzflächen einer Förderung mit der Gießkanne gleich, und zwar ohne eine ökologische Gegenleistung von den Landnutzern dafür einzufordern. Dass sie sie trotzdem hier und dort freiwillig erbringen, steht ja außer Rede.

Jegliche ökologische Steuerungsfunktion ist durch diese Art der Förderung verschenkt, denn die Ausgleichszahlung ist einfach ein Obendrauf auf die Flächenprämie. Das ist eben genau nicht das, was die EU mit ihrem Gesundheitscheck erreichen will.

(Unruhe)

Wir brauchen deshalb gezielte Agrarumweltmaßnahmen, aber weniger lenkungsfreie Ausgleichszahlungen, um die richtigen Anreize zu setzen. - Ich frage mich gerade, ob nicht ein ganz leerer Saal günstiger gewesen wäre. Okay.

(Heiterkeit SPD)

2011 stehen die hier noch einmal auf dem Tableau, ja! Auf die lenkungsfreien Ausgleichszahlungen können wir doch eher verzichten, oder? Sind Sie nicht auch der Meinung? Ich weiß gar nicht, ob Sie sich mit meinem Thema beschäftigen. Ich würde mich ja sehr freuen und stehe nachher noch gern für Rücksprachen zur Verfügung.

(Dr. Woidke [SPD]: Wissen Sie, wofür es sie gibt?)

Alles andere ist ein Geschenk für eine Klientel, aber kein sinnvoller Einsatz knapper Steuergelder - um die Frage mit einem Nicken zu beantworten; nebenbei hm -, noch dazu, wenn das Ganze schön in irgendwelchen großen Haushaltstiteln verpackt wird, die absolut keine Transparenz bieten und das Vorgehen verschleiern.

Und jetzt? Jetzt kommt es: Wir freuen uns deshalb über die Zustimmung im Ausschuss Infrastruktur zu unseren Anträgen. Immerhin wurde uns in Aussicht gestellt - ein Dankeschön auch an den Minister -, dass unsere Vorschläge auf ein offenes Ohr treffen und bereits im nächsten Haushaltsentwurf berücksichtigt werden.

Und jetzt kommt dieser Ausblick: Ich freue mich nämlich schon auf die nächste Debatte. Deshalb bin ich gespannt auf den Entwurf 2011, damit wir zukünftig schnell und übersichtlich die Schwerpunktsetzungen der brandenburgischen Landwirtschaftsförderung diskutieren und gemeinsam bewerten können, ob wir mit diesen beachtlichen Mitteln auch die von der EU vorgesehene Richtung einschlagen oder nur die Fördermittel mit der Gießkanne in der Fläche verpuffen lassen, wie es im Fall der Ausgleichszahlungen geschieht.

Vorher werden wir noch die Diskussion führen müssen, wohin die Brandenburger Agrarpolitik überhaupt will. Dazu bedarf es erstens eines klaren Ziels und zweitens einer tollen Strategie, die ich gern mit Ihnen gemeinsam erarbeite. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Rednerliste angekommen. Die Abgeordnete hatte bereits mitgeteilt, dass sie keine Zwischenfragen beantworten wolle. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

Ich darf bei uns neue Gäste begrüßen, und zwar Auszubildende aus der Bildungseinrichtung Buckow (Schorfheide). Herzlich willkommen im Landtag Brandenburg. Herzlich willkommen Frau Luther.

(Allgemeiner Beifall)

Wenn wir uns darauf verständigen könnten, die Leninismusdebatte nicht weiter im Einzelplan 11, sondern morgen im Hauptausschuss zu führen, kämen wir jetzt zur Abstimmung.

Ich stelle den Änderungsantrag in der Drucksache 5/902 der CDU-Fraktion - Erhöhung sowie Änderung von Erläuterungen - zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle den Änderungsantrag in der Drucksache 5/1013 der FDP-Fraktion - Erhöhung eines Ansatzes - zur Abstimmung. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ohne Enthaltungen ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle den Änderungsantrag in der Drucksache 5/1014, wiederum von der FDP-Fraktion - Erhöhung eines Ansatzes - zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Ohne Enthaltungen ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der CDU-Fraktion - Wirtschaftsplan des Landesbetriebes Forst, Änderung des Stellenplans -, der Ihnen in der Drucksache 5/903 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Es folgt der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Einstellung eines neuen Titels und Ausbringung

eines Ansatzes mit Erläuterungen -, der Ihnen in der Drucksache 5/926 vorliegt. Wer ihm Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Mit sehr deutlicher Mehrheit - so muss ich es formulieren - ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zum Einzelplan 11 des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, die Ihnen in der Drucksache 5/811 vorliegt. Wer ihm Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Die Beschlussempfehlung wurde mehrheitlich und ohne Enthaltungen angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 12 - Ministerium der Finanzen, einschließlich Beilage Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 5/812
(Neudruck)
Drucksache 5/820

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsjahr 2010 - HG 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 5/400
einschließlich Korrekturblatt

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 5/800
(Neudruck)

in Verbindung damit:

Finanzplan des Land Brandenburg für die Jahre 2009 bis 2013

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Drucksache 5/450
einschließlich Korrekturblatt

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 5/821

und

Personalbedarfsplanung 2014 und ressortübergreifende Personalentwicklungsplanung für die brandenburgische Landesverwaltung

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Drucksache 5/759

Ich eröffne die Aussprache zu diesen Einzelplänen mit dem Beitrag des Abgeordneten Burkardt, der für die CDU-Fraktion spricht. - Bitte sehr.

Burkardt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn der Kollege Folgart noch im Saal wäre, könnte er ein wenig für seine eigene Fortbildung bezüglich der Genossenschaftsgeschichte tun.

(Beifall des Abgeordneten Vogel [GRÜNE/B90] - Schippel [SPD]: Das ist doch albern!)

Ich darf zwei Korrekturen anbringen. Erstens: Die Überleitung der Genossenschaften ist nicht durch das bürgerliche Genossenschaftsgesetz - wie er es genannt hat - erfolgt, sondern durch eine Überleitungsverordnung, die ihre Mängel hatte,

(Zuruf des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

die nur mit viel Kreativität und gutem Willen der Registerrichter ausgegült werden konnten.

Zweitens: Das Genossenschaftsgesetz ist am 01.05.1889 in Kraft getreten, somit am heutigen Tage 121 Jahre und fünf Tage alt und stammt demnach - falls das noch in Erinnerung ist - aus der Kaiserzeit und mitnichten aus den Weimarer oder sonstigen bürgerlich zu apostrophierenden Zeiten.

(Holzschuher [SPD]: Da gab es noch Frühkommunisten!)

Meine Damen und Herren, wir haben zwei Tage Haushaltsberatungen hinter uns. Was nehmen wir mit? - Wir als CDU und auch wir als Opposition haben viel Politlyrik gehört - diese können Sie in diversen Reden der Regierungspolitiker nachlesen -,

(Lachen und Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

etwa unter der Überschrift „Politik für die Menschen, Politik gegen Marktversagen - ein lebenswertes Brandenburg“. All dies schließt jedoch leider nur wenig Inhalt ein.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

- Abregen, es kommt noch besser.

Wir haben Anflüge von Erkenntnis bei der Regierung und ihren Heloten gespürt. Herr Christoffers hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass wir mit dem Haushalt 2010 noch einen guten Haushalt hätten. Ich füge hinzu: wenn wir ignorieren, dass er auf Pump „gebaut“ wurde und 1 Milliarde Euro der Substanz dieses Landes verzehrt. Der Kollege Bischoff hat uns darauf hingewiesen, dass die Verschuldung und die Schuldenhöhe dieses Landes viel zu hoch seien. Diesbezüglich können wir Ihnen ausdrücklich beipflichten. Jedoch ist von Beiträgen, dies zu senken und abzuändern, auch in diesen Haushaltsberatungen leider nichts zu spüren gewesen.

Des Weiteren haben wir eine neue Kultur des Umgangs kennengelernt. Die Ablehnung von Anträgen erfolgt jetzt nicht mehr nur, weil sie von der Opposition sind - so, wie es früher viel-

leicht einmal der Fall gewesen sein muss, wenn ich dem Hörensagen Glauben schenken darf -, sondern sie erfolgt nun nach kritischer Prüfung, weil sie den hohen Ansprüchen der Regierungskoalition nicht ausreichend Rechnung trägt.

(Zuruf der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE])

Herr Vogel, Herr Goetz, Herr Dombrowski, Herr Senftleben: Ich glaube, wir müssen einmal ins Trainingslager gehen und kräftig üben, damit wir es zumindest bis zum Ende dieser Legislaturperiode schaffen, dieser Regierungskoalition einen Antrag zur Zustimmung vorzulegen, die sie dann nicht mehr verweigern kann, damit wir die Messlatte, die Frau Hackenschmidt uns aufgelegt hat, eines nicht allzu fernen Tages auch einmal überspringen können.

(Holzschuher [SPD]: Ihre Partei hat kein moralisches Recht, dieses Thema zu verfolgen! Ich erzähle Ihnen in Ruhe, wie das lief! - Beifall bei der CDU)

Bis dahin werden wir uns als Opposition mit der klassischen Oppositionsaufgabe - bescheiden wie wir sind - begnügen müssen,

(Oh! des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

die da lautet: Schwächen der Regierung offenlegen und die Regierung anspornen, besser zu werden.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Immerhin!)

Meine Damen und Herren, Brandenburg verliert mit diesem Haushalt ein ganzes Jahr auf dem Weg zur Konsolidierung und erhöht damit die Konsolidierungslast. Die neuen Schulden kosten pro Haushaltsjahr 30 Millionen Euro mehr und die des Finanzplanungszeitraumes etwa 80 Millionen Euro. Das ist nicht mehr aufholbar. Das kostet Substanz. Diese Substanz ist weg und nie wieder aufzuholen.

Abgesehen davon haben wir eine beachtliche und - ich sage dies, da ich einige Jahre Stadtkämmerer tätig war - neue Dimension der Missachtung des Haushaltsrechts kennenlernen dürfen. Dem Finanzplan fehlt die vom Gesetz gebotene Erläuterung und Begründung im Finanzplanungszeitraum. Der Finanzminister wird uns nachher erklären, dass sie tatsächlich vorhanden ist. Meine Damen und Herren, wenn Sie Lyrik lesen wollen, dann lesen Sie sie danach.

Im Übrigen hat der Finanzplan einen entscheidenden inhaltlichen Mangel: Nach dem Haushaltsgrundsätzegesetz ist das erste Jahr des Finanzplanungszeitraums das Haushaltsjahr. Nun frage ich Sie: Welches Haushaltsjahr haben wir denn? 2009 oder 2010? - Wenn Sie sich den Finanzplan anschauen, werden Sie feststellen: Diese Regierung geht in dem im Februar beschlossenen, bei uns dann folgend eingebrachten und nunmehr Anfang Mai zu verabschiedenden Haushaltsplan davon aus, dass wir immer noch das Haushaltsjahr 2009 haben; denn der Finanzplanungszeitraum endet im Haushaltsjahr 2013. Hätte sie den Finanzplan so aufgestellt, wie es das Gesetz gebietet, dann hätte sie jene ominöse Zeile „Handlungsbedarf“ noch um ein weiteres Jahr fortschreiben müssen, und dann stünden unten nicht solche Summen um die 1,4 Milliarden Euro, sondern eine Summe von 2 Milliarden Euro, die es zu konsolidieren und mit entsprechenden Einsparvorschlägen zu

untersetzen gilt, um der Entwicklung unserer Haushaltslage auch nur ansatzweise Rechnung zu tragen, damit wir eines Tages nicht in die Gefahr geraten, selbst darum streiten zu müssen, ob wir unsere Pflichtaufgaben noch werden erfüllen können.

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zum Thema „Anlagepolitik“. Ich habe gestern darauf hingewiesen, dass das, was dort in diesem Hause geschieht, nicht verantwortbar ist. Die Frage, die sich mir stellt, ist folgende: Warum hält sich dieses Land, diese Landesregierung und dieser Finanzminister nicht an das, was der Innenminister den Gemeinden vorschreibt? - Ein Blick in den entsprechenden Runderlass des Innenministeriums hätte etwas zum Thema „Sicherheit der Geldanlagen“ hergegeben. Dort heißt es unter der Überschrift „Grundsätze der Geldanlage“: Die Gelder sind unter Beachtung der rechtzeitigen Verfügbarkeit regelmäßig mündelsicher anzulegen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Bei der Forderung nach der Mündelsicherheit kommen hierbei zunächst nur die in § 1807 BGB bzw. die in der Verordnung über die Mündelsicherheit der Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen genannten Forderungen in Betracht.

Bis 30 % des Bestandes - so heißt es unter Ziffer 1.4 - der allgemeinen Rücklage können unter Beachtung der erforderlichen Liquidität in Wertpapieren angelegt werden, für die zumindest zwei Gerichte unabhängig voneinander die Gestattung zur Anlage von Mündelgeldern gemäß § 1811 BGB erteilt haben.

Wenn sich jemand tatsächlich noch einmal am Kapitalmarkt aktiv betätigen möchte, weil die Kreativität seinen Sachverstand anregt und ihm das dumme Schicksal, das ihn in die Kammern des Finanzministeriums getrieben hat, keine Ruhe lässt, hier aktiv tätig zu werden, kann er sein Geld auch in einem Spezialfonds anlegen. Dieser Spezialfonds muss jedoch - so regelt es Ziffer 1.5 - den Vorschriften des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen - auch dort sind sichere Geldanlagen geregelt - Rechnung tragen.

All dies tut das Finanzministerium nicht. Das Finanzministerium will auf dem Kapitalmarkt unter anderem - ich sagte es gestern bereits - Triple-B-Anlagen, das heißt also mit anderen Worten Griechenland, in sein Portfolio nehmen. Aber man braucht nicht auf Griechenland zu schauen. Wir hatten auch Russland dabei, wo 1998, 1999 der Internationale Währungsfonds 20 Milliarden Euro zur Stabilisierung des Rubels und der russischen Wirtschaft hineinpumpen musste.

Also nicht, dass wir ständig auf denen herumtrampeln, die am Boden liegen. Es gibt noch andere negative Beispiele.

Zu Triple-A-Anlagepapieren: Ich sage nur Lehman Brothers. Bis vor zwei Jahren war Lehman Brothers ein Triple-A-Papier. Das werden wir künftig mit entsprechender Spannung beobachten dürfen: Geht es auf oder geht es nicht auf?

Meine Damen und Herren! Das Finanzministerium, am Ende das Land, spekuliert mit Geld, das es nicht hat, das es sich pumpt und für das es außerdem noch Zinsen zahlen muss, die mit einem entsprechenden Zinsänderungsrisiko unterlegt sind. Damit das nicht passiert, macht es noch ein Übriges und legt etwas drauf und setzt dann Derivate dagegen.

Meine Damen und Herren! Die Finanzministerien waren einst die Eliteverwaltungen, quasi eine Art Kaderschmiede, an der viele erfolgreiche Karrieren in Verwaltung, Politik und Wirtschaft ihren Anfang nahmen. Man muss bezweifeln, ob das für das brandenburgische Finanzministerium heute noch gilt.

Zum Haushalt: Das Wort Haushalt ist nichts anderes als ein Euphemismus. Haushalt heißt ordentliche Wirtschaft. Haushalt heißt nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Haushalt heißt nicht spekulieren auf die Zukunft. Haushalt heißt solide wirtschaften. Das alles verstehen wir begrifflich nach wie vor unter einem ordentlichen Haushalt.

Dieser Haushalt ist nicht nur in seiner Substanz unsolid und nicht nachhaltig, das habe ich gestern ausgeführt, sondern er ist - das haben die Beispiele auch gezeigt - schlampert, ignorant und intransparent.

Frau Teuteberg hat heute noch einmal deutlich gemacht, welche Luftnummern in diesem Haushalt enthalten sind. Sie haben uns gezeigelt, weil wir am 16. März den Antrag gestellt haben, diese Luftnummern aus dem Haushalt herauszunehmen. Es ist ja nicht so, dass diese Luft am Ende in den Überschuss des Landeshaushaltes, möglicherweise in die Reduzierung der Kreditaufnahme, münden würde. Nein, über die Budgetierung und die Deckungsvermerke, die Sie haben, wird das Geld, was dort an Luft zur Verfügung steht - Herr Christoffers, der jetzt nicht da ist, hat uns in den Haushaltsberatungen ein schönes Beispiel dafür geliefert -, dazu benutzt, um an anderer Ecke Ausgaben zu tätigen und das Geld im Grunde genommen - unkontrolliert vom Landtag - zu verpressen.

Es wäre falsch, die Verantwortung dafür auf die Mitarbeiter des Finanzministeriums zu schieben. Herr Dr. Markov hat ja, als es um die Jubiläumszuwendungen ging, ausdrücklich erklärt, was ihm hoch anzurechnen ist, dass er die Verantwortung für das Missgeschick - wenn man es freundlich formuliert -, das seiner Verwaltung unterlaufen ist, trägt. Das gilt für diesen Haushalt auch.

(Minister Dr. Markov: Genau, aber ganz genau!)

Für diese Landesregierung gilt: Jeder arbeitet an seinem Ruf, so gut er kann. - Schönen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Burkardt. Die Redezeit der CDU ist damit fast mit Punktlandung ausgeschöpft.

Es ist mir eine besondere Freude, meinen Vorgänger im Amt des Vizepräsidenten hier heute begrüßen zu können. Herr Habermann, seien Sie herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort erhält jetzt die SPD-Fraktion. Bitte, Herr Bischoff.

Bischoff (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das wäre dann aber schon die einzige Punktlandung für die zweitägige Haushaltsdebatte gewesen.

Lieber Herr Kollege, eigentlich ist die Haushaltsdebatte die Stunde der Opposition. Darauf habe ich - ehrlich gesagt - auch zwei Tage gewartet.

(Lachen der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Es wäre Ihre Pflicht, Ihre verdammte Pflicht gewesen, einen Gegenentwurf zum Etat dieser Landesregierung, dieser rot-roten Koalition vorzulegen.

(Lachen bei CDU und FDP)

Was dann gekommen ist, entbehrt wohl jeder Grundlage.

(Widerspruch und Zurufe bei der CDU)

Ich zitiere Sie und lasse es einmal so stehen: Trainingslager und kräftig üben, Herr Kollege.

(Frau Melior [SPD]: Jawohl!)

Meine Damen und Herren! Neben den Allgemeinplätzen gibt es auch reale Politik, die wir als rot-rote Koalition umsetzen. Der Haushalt ist eine in Zahlen gegossene Politik dieser neuen rot-roten Regierung.

Ich will mit den 10,5 Milliarden Euro abschließen und in der parlamentarischen Debatte noch einmal auf einige wenige Punkte eingehen, die finanzpolitisch durchaus schwergewichtig sind.

Der erste Punkt: Ich fand das wirklich hinreißend - der Kollege Krause hatte damit begonnen -, hier Grafiken hochzuhalten; ein Kollege von der Unionsfraktion hat das, glaube ich, auch getan. Ich habe ebenfalls etwas dabei, und das sollte uns alle interessieren.

(Zuruf von der CDU: Zeigen!)

Bevor ich es hochhalte, sage ich gleich vorweg: Es ist ein Ausdruck. Es ist nicht so schön handgemacht, es hat nicht die persönliche Note wie bei Herrn Krause. Aber es zeigt eine Entwicklung, die Grund zur Sorge geben sollte.

Als ersten Punkt möchte ich gern zum Schluss der 2. Lesung die Entwicklung der Pensionslasten für den Landeshaushalt noch einmal ansprechen. Ich tue das nicht aus Jux und Tollerei. Es ist auch kein Thema, aus dem man politisches Kalkül oder Honig saugen kann. Ich mache es aus einer Sorge heraus, die wir in der politischen Diskussion im Haushalt- und Finanzausschuss auch mit unterschiedlichen Konzepten diskutiert haben:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagt: Pensionsvorsorge sollte man jetzt nicht betreiben. Wir nehmen gerade Kredite auf. Dem hat sich die Unionsfraktion angeschlossen. Ich bin darüber sehr verwundert, da wir ein gemeinsames Gesetz vorgelegt und gesagt haben: Für alle diejenigen, die neu verbeamtet werden, wird eine Vollkostenvorsorge betrieben.

Das heißt aber nicht, dass für diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die pensioniert sind und die wir jetzt im Landesdienst haben, jemals eine Vorsorge betrieben worden ist. Das ist weder in der Ampel am Anfang passiert noch in der Großen Koalition, und wir können es jetzt auch nicht mehr tun.

Jetzt kommt meine Folie oder mein Bildchen.

(Der Abgeordnete hält eine Grafik in die Höhe.)

Bergsteiger würden sich freuen. Es ist der klassische Aufstieg nach oben, allerdings der Anstieg von Kosten. Es ist eine Grafik des Finanzministeriums, für jeden einsehbar: 2005 hatten wir 1 070 Beamte in Pension, die wir finanzieren mussten. Schon jetzt sind es 6 900, und am Ende dieser Legislaturperiode werden es 13 000 sein. Das bedeutet, dass sich die Pensionslasten allein in dieser Legislaturperiode weit mehr als verdoppeln, sogar verdreifachen.

Wir haben in diesem Landeshaushalt jetzt 90 Millionen Euro. Die Pensionskosten werden Ende der Legislaturperiode bei 300 Millionen Euro liegen. Das ist Landesgeld. Unser Konzept, Pensionsvorsorge auch in schwierigen Haushaltszeiten zu betreiben, ist eine ganz ehrliche Antwort, weil wir dann deutlich sehen, was eigentlich unsere Ausgaben für diesen Bereich sind.

Ich will an der Stelle noch einmal eine Zahl in Erinnerung rufen. Würden wir in dem Haushaltsjahr die Beamtinnen und Beamten ganz konkret in Arbeitslosenversicherung und Sozialversicherung finanzieren, also wie Angestellte, müssten wir 350 Millionen Euro bezahlen. Das heißt, die Pensionsvorsorge, die wir jedes Jahr betreiben müssten, um eine Vollkostenvorsorge für die Zukunft zu treffen, beträgt 350 Millionen Euro. Das heißt, in dem Haushaltsjahr, in dem wir 400 Millionen Euro Überschuss hatten - das war 2007 -, hatten wir in Wahrheit nur 50 Millionen Euro Überschuss, weil wir 350 Millionen Euro Überschuss bzw. Kosten ja eigentlich auf die Zukunft verlagert haben. Das ist das Problem bei der Pensionsvorsorge, dass diese in den letzten Jahren so nicht angegriffen worden ist.

Wir haben als Große Koalition damit begonnen, wir werden es als Rot-Rot konsequent fortsetzen, auch unter schwierigen Bedingungen. Es gibt dazu meines Erachtens keine Alternative.

Eine letzte Zahl zu dem Thema: Die Pensionslasten für die jetzt vorhandenen Beamtinnen und Beamten werden kumuliert auf alle Jahre bis 2030, 2040 8 Milliarden Euro Landeshaushaltsgeld betragen. Da sind wir alle gefordert. Es wird uns in einer Zeit treffen, in der die Solidarpaktmittel II etc. komplett weggefallen sind.

Den zweiten Punkt, den ich ansprechen will - keine Angst, es gibt keine weiteren Folien -, sind die Zinsen, die Zinslasten des Landeshaushaltes. Die Zahlen sind ja bekannt. Im Haushaltsausschuss sind sie kaum diskutiert worden. Ich nenne sie hier noch einmal. 750 Millionen Euro werden im Haushalt 2010 an Zinsen gezahlt. Es ist einer der allergrößten Ausgabeposten; ich glaube, er steht auf Nr. 4.

Wer immer hier vorn erzählt und sagt, wir machen Quersubventionierung für diesen oder jenen, dem versuche ich das einmal zu übersetzen: Wir finanzieren die Banken der ganzen Welt, weil sich Brandenburg überall Kredite holt, weltweit. Wir finanzieren diese Banken mit dem vierfachen Betrag, den das Land Brandenburg - das sind 170 Millionen Euro - für die Kita-Finanzierung ausgibt. Viermal 170 Millionen sind allein für Zinsen weg, nicht refinanzierbar, und wahrscheinlich steigen die später sogar einmal an. Das sind 2 Millionen Euro pro Tag.

Diese Last - Herr Kollege Bretz, ich kann Ihre Frage, die Sie jetzt noch einmal hochspulen, förmlich schon hören, wer denn diese Schulden gemacht hätte - haben wir gemeinsam in der Großen Koalition zu verantworten. Bevor Sie eine Frage stellen, wenden Sie sich bitte an die Bundesregierung, die endlich aufhören soll, ständig Steuersenkungen auf dem Buckel bzw. zulasten des Landes durchzusetzen.

Vizepräsidentin Große:

Herr Bischoff, lassen Sie die Frage, die Sie schon erwartet haben, zu?

Bischoff (SPD):

Es ist mir eine große Ehre, eine Frage von Herrn Bretz zu beantworten.

Bretz (CDU):

Lieber Kollege Bischoff, Ihre prognostischen Fähigkeiten vermag ich nicht zu beurteilen; ich stelle einfach meine Frage. Sie haben gerade drei Punkte aufgezählt: die Pensionslasten, die Zinslasten und die schwierigen haushalterischen Situationen, vor denen das Land angesichts der Schuldenbremse usw. steht.

Bischoff (SPD):

Das ist falsch.

Bretz (CDU):

Sie haben soeben Gründe geliefert, deretwegen Sie als verantwortungsvoller Abgeordneter des Landtags zu der Entscheidung kommen müssten, dem vorgelegten Haushalt nicht zustimmen zu können. Deshalb meine Frage: Wie können Sie es mit der von Ihnen dargestellten Verantwortung bzw. mit Ihrer Verantwortung in Übereinstimmung bringen, diesem Haushaltsentwurf zuzustimmen? Es wäre Ihre Pflicht gewesen, Herr Kollege Bischoff, einen Gegenentwurf vorzulegen. Die Gründe dafür haben Sie selbst genannt.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Wissen Sie selbst noch, was Sie gefragt haben?)

Bischoff (SPD):

Herr Bretz, ich werde Ihnen sagen, warum wir dem Haushalt zustimmen werden: weil wir keine Populisten sind. Deshalb.

(Beifall SPD - Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, den dritten Punkt, den ich ansprechen möchte, sind die Investitionen. Das Land Brandenburg - das ist eine mehrfach kommunizierte Zahl - investiert 17, 18 %. Das ist historisch betrachtet eine sehr hohe Quote. In Geldwert ausgedrückt, sind es 1,8 Milliarden Euro; 1,1 Milliarden Euro auf Landesseite plus 720 Millionen Euro aufseiten der Kommunen. Wir werden mit einer geringeren Investitionsquote auskommen müssen; das muss uns allen klar sein. Von den 1,8 Milliarden Euro kommen 700 Millionen Euro für das Land und 500 Millionen Euro für die Kommunen aus Solidarpakt-II-

Mitteln. Diese werden in weniger als einem Jahrzehnt nicht mehr vorhanden sein. Das heißt, unsere Investitionsquote wird deutlich sinken, und darauf müssen wir uns gemeinsam einstellen. Das müssen wir auch mit den Kommunen besprechen. Wir haben darauf Antworten gefunden. Eine Antwort lautet, dass wir aus dem vorhandenen Geld mehr machen werden, Stichwort revolvingierende Fonds. Wir werden uns überlegen müssen - da stimme ich dem Finanzminister ausdrücklich zu -, ob wir jedes Programm des Bundes und der Europäischen Union, nur weil es angeboten wird, kofinanzieren. Wir werden genau prüfen müssen, aus welchen Programmen wir den größten Nutzen für das Land Brandenburg ziehen können. Wir plädieren dafür, nur diese Programme kofinanzieren und nicht mehr alles, was uns - sinnbildlich gesprochen - vor die Flinte kommt.

Wir müssen Kosten senken. Das Land Brandenburg investiert in eigene Immobilien,

(Zuruf von der CDU: Wann denn?)

und damit sind immer auch Kostensenkungen verbunden.

Sie sind designierter Vorsitzender des Haushaltsausschusses, ein Blick in den Haushalt dürfte genügen, mein lieber Kollege. Im Einzelplan sind erhebliche Investitionen in Universitäten und Polizeiwachen enthalten, die auch zu Kostensenkungen im Energiebereich führen werden.

Vierter und vorletzter Punkt: die Kommunen. Mindestens 50 % der Abgeordneten unseres Landesparlaments sind auch in Kommunalparlamenten vertreten. Die Kommunen bekommen aus dem Landeshaushalt 2,6 Milliarden Euro. Diese Summe erhalten sie nicht nach good will, sondern es ist ein rechtlicher Anspruch, der permanent von Gutachtern überprüft wird. Wir stehen zum Finanzausgleichsgesetz, aber eines muss klar sein: Bei den Kommunen wird auch in Zukunft der Gürtel enger geschnallt werden müssen, weil der Solidarpakt II nicht nur das Land jährlich mit 105 Millionen Euro weniger Einnahmen „beglücken“ wird, sondern sich dies aufgrund des 40%igen kommunalen Anteils auch auf die kommunalen Einnahmen auswirken wird. Bei den Kommunen wird weniger Geld ankommen.

Die SPD-Fraktion spricht sich ganz klar für einen fairen finanziellen Ausgleich für die Kommunen aus. In den Kommunen findet das Leben statt, sie sind die Orte gelebter Demokratie. Ich denke, wir müssen gemeinsam darauf achten, dass keiner bevorteilt oder benachteiligt wird. Klar ist: Es muss und wird auch in Zukunft einen fairen Finanzausgleich geben.

Der letzte Punkt ist zugleich der entscheidende: Wir haben in der zweitägigen Haushaltsdebatte - eigentlich reden wir darüber schon länger, auch in den Fachausschüssen - über viele kleine Projekte gesprochen; ich nenne nachher noch einige Beispiele. Eine wesentliche Stellschraube wird über die Zukunftsfähigkeit des Landeshaushalts entscheiden, und das ist der größte Ausgabenposten in diesem Landeshaushalt: die Personalausgaben. Wir werden das Personal gemäß den festgelegten Zielzahlen - dahinter steht die SPD uneingeschränkt - von derzeit 50 000 Beschäftigten auf 45 500 und im Jahr 2019/20 schließlich auf 40 000 Beschäftigte reduzieren. Dies wird im Haushalt primär keine Einsparung bringen; denn die Tarifsteigerungen kompensieren dies. Derzeit gibt es Mehrausgaben in Höhe von 170 Millionen Euro.

Vizepräsidentin Große:

Frau Blechinger möchte gern eine Frage stellen. Lassen Sie sie zu?

Frau Blechinger (CDU):

Ist Ihnen bekannt, in welchem Jahr das Land Brandenburg die höchste Neuverschuldung vorgenommen hat und wer in jenem Jahr die politische Verantwortung trug? Ist Ihnen bekannt, in welchem Jahr das Land Brandenburg die höchste Zahl an Bediensteten hatte und wer damals die politische Verantwortung hatte?

Bischoff (SPD):

Verehrte Frau Kollegin, mir ist auch bekannt, in welchem Ministerium in den letzten zehn Jahren am wenigsten Personal abgebaut worden ist. Ich möchte Ihre Frage gern beantworten: Natürlich ist mir das bekannt. 1994 ist der höchste Kredit in der Geschichte dieses Landes aufgenommen worden. Es waren 4,4 Milliarden DM. Bei 3 oder 4 % Verzinsung - das ist ja historisch betrachtet ein niedriger Wert - kann man sich ausrechnen, welche Zinslasten das bis zum heutigen Tage sind.

(Frau Blechinger [CDU]: Das war „zufällig“ ein Wahljahr! - Schulze [SPD]: Es war eine Finanzierung aus dem Fonds deutsche Einheit!)

- Ja, es war ein Wahljahr. Es gab eine Zeit, in der wir alle uns im Parlament einig waren, dass die Situation in Krankenhäusern und Altenheimen, der Straßen, in Schulen und Kitas verbessert werden muss. Dafür war damals eine solche Kreditaufnahme nötig, und dazu haben wir gestanden. Es war rückblickend gesagt hart an der Grenze, denn wir werden uns auch in der Zukunft noch daran abarbeiten müssen.

Für die Linke ist es das erste Mal, dass ein Haushalt unter ihrer Regierungsbeteiligung beschlossen wird, aber alle anderen Fraktionen in diesem Haus sind in den letzten 20 Jahren an der jeweiligen Haushaltsaufstellung beteiligt gewesen: die Grünen, die FDP, die SPD und die CDU. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, diesen Landeshaushalt weiterhin steuerbar zu halten.

(Beifall des Abgeordneten Vogel [GRÜNE/B90])

Die Personalausgaben werden sinken. Wir reagieren natürlich. Wir als Koalition werden harsch kritisiert. Ich schaue zu Herrn Petke und zu anderen Kollegen. Sie produzieren derzeit stapelweise Kleine Anfragen und beschimpfen uns dann immer, dass die konsumtiven Ausgaben im Land Brandenburg nicht gesenkt werden. Ich will es nicht kritisieren, sondern nur anmerken, dass sie von ihrem parlamentarischen Recht rege Gebrauch machen.

Wir werden die Personalzahlen sozialverträglich senken. Dies gelingt nur, wenn man Strukturentscheidungen trifft. Das wird Polizeiwachen betreffen, die Struktur der Finanzämter, der Gerichte und der Oberförstereien ist zu überprüfen. Es wird nicht unbemerkt vonstatten gehen.

(Zuruf des Abgeordneten Petke [CDU])

Das ist Aufgabe der Großen Koalition, Herr Petke, Sie sollten nicht in Sonntagsreden immer von Haushaltssanierung sprechen und montags vor die Leute treten und sagen, wogegen Sie so alles sind.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Das haben Sie jahrelang an den Linken kritisiert. Fassen Sie sich an Ihre eigene Nase und gehen Sie einmal konstruktiv an die Sache heran. Das ist jedoch von Ihnen wahrscheinlich nicht mehr zu erwarten.

Vizepräsidentin Große:

Es gibt noch eine Frage.

Goetz (FDP):

Herr Kollege Bischoff, darf ich Ihre Ausführungen als Versprechen dahin gehend verstehen, dass, wenn Kollege Petke keine Fragen mehr stellt, Sie eine Polizeiwache weniger schließen werden?

(Heiterkeit bei FDP und CDU - Petke [CDU]: Warum stellen die SPD und die Linke denn Anfragen?)

Bischoff (SPD):

Es gibt Anfragen, auf die man nicht antworten muss, die erklären sich von selbst.

Meine Damen und Herren! Ich möchte einen Vergleich ziehen. Brandenburg verschuldet sich mit dem Etat 2010 um 260 Euro neu für jeden Einwohner dieses Landes; das sind - ich habe es gestern schon gesagt - 260 Euro pro Kopf bzw. 650 Millionen Euro insgesamt zu viel. Wir kreditieren damit etwa 7 % unserer Ausgaben. Der Bund nimmt Kredite - hören Sie gut zu, Herr Petke - von 1 000 Euro pro Bundesbürger auf und kreditiert 25 % seines Haushalts. In dieser Situation, in der 1 000 Euro pro Kopf in der Bundesrepublik - von Nord nach Süd, von West nach Ost - neue Kredite aufgenommen werden, von Steuersenkungen zu sprechen, schlägt dem Fass den Boden aus. Bitte beenden Sie die Debatte in Ihrer Partei!

Ich möchte hinzufügen: All diese haushaltspolitisch schwierigen Entscheidungen, die wir mit dem vorgelegten Haushalt schon zu treffen beginnen und die in den nächsten Jahren in Gänze anstehen - diese werden von noch viel größeren Demonstrationen begleitet werden als der, die wir gestern erlebt haben - unterliegen einer Sparpolitik mit sozialem Augenmaß der rot-roten Koalition. Die Musikschule erhält mehr Geld. Wir stocken leicht das Budget der Volkshochschulen auf. Wir haben in der freien Jugendhilfe etwas nachgesteuert. Wir geben mehr Personal in die Brandenburger Kitas, und zwar in jedes Dorf und jede Stadt, in dem bzw. der sich eine Kita befindet.

Was öffentlich nie diskutiert worden ist, aber es ist noch einmal eine Möglichkeit, es kurz zu unterstreichen: Diese Aufstockung zugunsten des Kita-Betreuungsschlüssels ist die erste in der Geschichte Brandenburgs, die das Land Brandenburg komplett

allein aus der Landeskasse bezahlt. Diese Aufstockung wird zu 100 % von der Landeskasse übernommen. Die Kommunen müssen sich nicht beteiligen, die Träger nicht, und die Eltern werden auch nicht beteiligt. Ich will es an dieser Stelle nur sagen: Die Aufstockung haben wir trotz der schweren Haushalts-situation vorgenommen. Das ist ein einmaliger Vorgang, den wir auch nicht oft wiederholen können.

Wir werden das Schüler-BAföG einführen, wir werden neue Lehrer einstellen und, was ich persönlich sehr wichtig finde, auch für das Netzwerk „Gesunde Kinder“ weiterhin die Mittel zur Verfügung stellen, um das Ehrenamt an der Stelle zu stärken.

Zum Schluss möchte ich ganz kurz in die Presse von heute schauen und drei Zitate nennen. In ard.de wird berichtet:

„Nach einem Jahr roter Zahlen hat die Commerzbank das erste Quartal 2010 mit einem Gewinn abgeschlossen. Die Commerzbank-Aktie schießt ...“

- um 5 % am heutigen Tage -

„... in die Höhe.“

Zweite Meldung:

„Georg Funke wirtschaftete als Chef die Hypo Real Estate so an den Abgrund, dass sie verstaatlicht werden musste. Trotzdem will er nach seinem Rauswurf noch 3,5 Millionen Gehalt einklagen. Heute wird vor Gericht verhandelt.“

Die dritte Meldung ist die, die uns ganz direkt im Landeshaushalt treffen wird, und zwar unmittelbar ab dem Jahr 2011. Der Kreis der Steuerschätzer berichtet:

„Bund, Länder und Gemeinden müssen sich bis zum Ende 2013 im Vergleich zu früheren Prognosen auf Steuerausfälle von rund 39 Milliarden Euro einstellen.“

Das ist auch ein Ergebnis der Steuersenkungspolitik.

Ich will zum Schluss einen Appell an Sie als Oppositionsfraktionen richten: Bitte unterstützen Sie uns darin, auch im Interesse des Landeshaushalts, nach diesem katastrophalen Steuerschätzungsergebnis keine weiteren - beißen Sie ruhig noch in Ihren Keks hinein, während wir die haushaltspolitische Debatte führen - Steuersenkungen zuzulassen! Es muss endlich Schluss sein mit diesem Unfug. Und, meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam weiter dafür streiten, dass die Verursacher dieser Krise, in der wir heute stecken, finanziell hinzugezogen werden! Blockieren Sie eine Finanztransaktionssteuer nicht weiter, weder im Bundestag noch im Bundesrat!

(Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Ich wünsche mir nach der Debatte sehr, dass Nordrhein-Westfalen am Sonntag endlich wieder Rot wird und wir im Bundesrat eine Mehrheit bekommen. - Danke.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Eine Viertelstunde hätten Sie noch gehabt.

(Senftleben [CDU]: Nein, das war gut so, danke!)

Wir setzen die Aussprache mit der FDP-Fraktion fort. Die Abgeordnete Vogdt erhält das Wort.

Frau Vogdt (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf den Haushalt eingehe: Herr Bischoff, hoffentlich hat das Finanzministerium Commerzbank-Aktien gekauft.

Wir haben nun seit mehr als dreizehneinhalb Sitzungsstunden über den Haushalt debattiert. Wir könnten noch stundenlang weiter darüber reden, aber eines ändert sich leider überhaupt nicht: Der Haushalt ist schlecht aufgestellt und widerspricht auch in diesem Punkt leider Ihren eigenen Beteuerungen im Koalitionsvertrag. Es ist erstaunlich, dass einmal wieder die Opposition Sie an Ihren Vertrag erinnern muss. Dort heißt es nämlich:

„Die Koalitionspartner sind sich einig, dass der Konsolidierungskurs zur Sicherung der Handlungsfähigkeit des Landes nachhaltig fortgesetzt werden muss.“

Kann man von einer Konsolidierung sprechen, wenn die Ausgaben um über 4 %, knapp 500 Millionen Euro, auf 10,5 Milliarden Euro ansteigen? Was für eine Art Konsolidierung ist es, wenn die Neuverschuldung des Landes um 651 Millionen Euro steigt, und das alles zulasten der künftigen Generationen? Nur zur Erinnerung: Im Haushaltsplan 2009 betrug die Nettoneuverschuldung 107 Millionen Euro, schon damals schlimm genug, aber Sie toppen das jetzt noch. Wann treten Sie endlich auf die Ausgabenbremse, um diese gefährliche Staatsverschuldung zu stoppen? Ausgabendisziplin ist etwas anderes, und eine Schuldenbremse wollen Sie ja nicht.

Wenn Sie Wohltaten verteilen wollen, dann sagen Sie uns doch wenigstens, wie diese finanziert werden sollen. Das ist doch immer Ihre Forderung anderen gegenüber. So, wie Sie jetzt das Geld ausgeben, können Sie die Hoffnung, 2014 ohne neue Kredite auszukommen, begraben. Das geht nämlich auf Dauer nur, wenn deutlich weniger ausgegeben als eingenommen wird. Ich weiß, jetzt kommt gleich wieder der Kommentar: Milchmädchenrechnung! Höhere Mathematik ist scheinbar nicht Ihr Ding.

(Schulze [SPD]: Ich wusste gar nicht, dass Sie in Milch machen!)

- Herr Schulze, auch wenn es schwerfällt, versuchen Sie sich Ihrer Kinderstube zu erinnern.

Noch bei der letzten Haushaltsberatung sprach der damalige Finanzminister Speer von Politik, die Verantwortung definiert, die über den Tag hinausgeht. Er sprach davon, dass mit dem, was dem Land zufließt, sorgsam umgegangen werden muss und bei allen Entscheidungen für die Zukunft genau abzuwägen ist, was sich das Land leisten kann und was nicht. Weiter sagte er, dass es die wesentliche soziale Leistung der Landesregierung sei, das Geld für die Zukunft nicht auf dem Kreditmarkt aufzunehmen. Schade, alles vergessen bei der Regierungsbildung - und das wird zum Problem der künftigen Generationen.

Es ist schon bezeichnend, wenn in den Beratungen zum Einzelplan 20 im Haushalts- und Finanzausschuss die Regierungs-

koalition eigene Änderungsanträge beraten möchte, in denen es um Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 55 256 800 Euro geht. Ja, Sie haben richtig gehört: Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 55 256 800 Euro zu einem einzigen Einzelplan! Woran lag es? Da wurde eben mal vergessen, 55 Millionen Euro rechtlich zuzusichern. Ein gutes Beispiel dafür, welchen Bezug Rot-Rot zum Geld hat. Das liegt in der Verantwortung des nicht anwesenden Herrn Ministerpräsidenten Platzeck.

Aber die Finanzierung der Ausgaben scheint ja kein Problem zu sein. Man sucht einfach neue Einnahmequellen. Was bietet sich da anderes an, als höhere Steuern und Abgaben zu erheben? So soll die Grunderwerbssteuer von derzeit 3,5 % auf 5 % erhöht werden. Damit sollen wieder einmal die sogenannten Reichen getroffen werden, wie Sie so gerne den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes weismachen wollen.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Was heißt sogenannten?)

Aber wen trifft es? Für eine Familie mit geringem finanziellen Spielraum kann dies das Ende des Traums vom Eigenheim sein. Denjenigen, der Spielraum hat, hält eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer auf 5 % nicht vom Erwerb einer Immobilie ab.

Dann haben Sie jetzt auch die Quelle der Immobilienveräußerungen für sich entdeckt, um Ihre falsche Ausgabenpolitik zu kompensieren. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Grundsätzlich begrüßen wir Liberalen die Privatisierung von Landesimmobilien. Doch dabei müssen die berechtigten Interessen der Mieter gewährleistet werden. Weder Finanzminister Markov selbst noch eine Mitarbeiterin seines Ministeriums konnten den Mitgliedern des Finanzausschusses konkrete Antworten zu einem geplanten Verkauf geben, und das, obwohl dieser Punkt auf der Tagesordnung stand. Sie verstrickten sich in widersprüchlichen Aussagen zur Mehrerlösklausel und konnten keine Auskunft darüber geben, warum keine Regelungen zum Schutz der Mieter getroffen worden sind. Und wenn Sie schon Löcher im Haushalt mit den Veräußerungserlösen stopfen möchten, sollte man doch wenigstens erwarten können, zu erfahren, welches Loch eigentlich gestopft wird. Aber ganz ehrlich: Es wundert uns Liberale nicht, dass Sie nicht wissen, wofür Sie die Veräußerungsgewinne im Landeshaushalt verwenden möchten. Sie legen einen Entwurf für den Landeshaushalt 2010 vor, der die falschen Prioritäten setzt, die zudem nicht finanziert werden können.

Ein weiteres Beispiel zum finanzwirtschaftlichen Missmanagement dieser Regierung zeigt sich beim Brandenburgischen Landesbetrieb für Bauen und Liegenschaften. Hier sind wir uns mit den anderen Oppositionsparteien einig: Der Landesrechnungshof weist nicht erst seit gestern auf die katastrophalen Zustände bei den Gebäuden des Landes hin. Aber die mahnenden Worte werden auch an dieser Stelle wieder einmal ignoriert. Marode Fenster und längst veraltete Heizungen sorgen für viel zu hohe Kosten. Das beste Beispiel dafür ist der Landtag. Aber die Verantwortung trägt ja jetzt der Landesbetrieb. Das Geld wird sage und schreibe aus dem Fenster geworfen. Geld, das an anderer Stelle im Landeshaushalt fehlt und somit nicht den Bürgerinnen und Bürgern Brandenburgs für notwendige Ausgaben zur Verfügung gestellt werden kann. Der Landesbetrieb ist nicht in der Lage, einen Überblick über den energetischen Zustand der von ihm verwalteten 1 000 Gebäude zu ermitteln. Zum einen sind das finanzielle Mittel, die beispielsweise für eine kostenfreie Schülerbeförderung, wie wir sie für alle Schüler gefordert haben, fehlen. Das wäre eine sinnvolle Investition in die Zukunft unseres Landes.

Zum anderen zeigt dieser Landesbetrieb wieder einmal, dass ein derartiges Konstrukt als solches Ergebnisse zutage fördert, die unter ökonomischen Gesichtspunkten weit von einem Optimum entfernt sind. Es kann nicht sein, dass ein Landesbetrieb zur Erfüllung einer ihm übertragenen Aufgabe Geld aus dem Haushalt des Landes erhält, jedoch nicht in der Lage ist zu belegen, dass dieses auch effizient verwendet wird. Wir Liberale fordern Sie daher im Interesse eines verantwortungsbewussten Umgangs mit Steuergeld und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf: Nehmen Sie die mahnenden Worte des Landesrechnungshofes ernst und sorgen Sie dafür, dass nicht weiter Geld verschwendet wird!

Es ließe sich noch eine Vielzahl weiterer Ausgaben nennen, die nicht gerade von Finanzkrise und Sparzwang sprechen. Viele davon sind im Übrigen Ausgaben, die die Kommunen belasten, ohne diese vorher mit ihnen zu besprechen. Beispielhaft dafür sind die Stellen im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zu nennen, an dessen Sinnhaftigkeit - das haben wir heute Morgen schon mehrfach gehört - selbst die Gewerkschaften zweifeln. Auch ich möchte an dieser Stelle Frau Stumpenhusen zitieren, die Angst vor dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor hat, weil er noch nie eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt gewesen sei. Im Gegenteil! Ähnliches hat übrigens auch Minister Baaske im Ausschuss geäußert.

Aus unserer Sicht hat das Land ein deutlich sorgfältigeres Aufstellungsverfahren des Haushalts und einen Minister verdient, der auch an Details wirklich interessiert ist. Wir haben Einsparvorschläge gemacht und diese als Anträge im Finanzausschuss vorgelegt, um sie ernsthaft mit Ihnen, der Regierungskoalition, zu diskutieren. Aber leider war festzustellen, dass die im Ausschuss anwesenden Mitglieder der Regierungsfractionen immun gegen gute oppositionelle Ideen sind -

(Jürgens [DIE LINKE]: Nein, gegen gute nicht!)

nur, weil es oppositionelle Ideen sind.

(Zuruf von der SPD: Nein, weil sie nicht gut sind!)

Die Vorschläge meiner Fraktion sowie der anderen Oppositionsfractionen zum Haushaltsentwurf der Landesregierung, die helfen sollten, den Weg einer Konsolidierung der Landesfinanzen zu gehen, werden in diesem Haus ignoriert.

(Jürgens [DIE LINKE]: Nein, sie waren einfach nicht gut!)

Lediglich - oder muss ich sagen, immerhin - zwei Änderungsanträgen aus den Reihen der Opposition haben Sie bei den Beratungen zum Haushaltsentwurf 2010 im Ausschuss zugestimmt. Zwei von 122!

(Jürgens [DIE LINKE]: Wenn Sie nur zwei gute schreiben!)

Die FDP-Fraktion fordert Sie an dieser Stelle noch einmal auf: Schlagen Sie den Pfad der Konsolidierung endlich ein! Regieren heißt, Verantwortung zu übernehmen und auch unangenehme Entscheidungen zu treffen.

(Bischoff [SPD]: Machen Sie mal einen Vorschlag!)

Dazu waren Sie bis heute weder willens noch in der Lage. Das

Land Brandenburg hat kein Einnahme-, sondern ein Ausgabe-
problem. Bedenken Sie dies bei allen weiteren Planungen der
Finanzen unseres Landes. Herr Bischoff, wenn Sie Hilfe brau-
chen, stehen wir dafür immer bereit. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Vogdt. Die FDP hat nun zwei
Stunden und eine Minute ihrer Redezeit verbraucht. - Wir
kommen zum Redebeitrag der Fraktion DIE LINKE. Der
Abgeordnete Görke erhält das Wort.

Görke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Art
und Weise, wie die CDU-Fraktion und der Kollege Burkardt in
den Haushaltsberatungen agiert haben, ist recht selbstgerecht
und teilweise unredlich. Zur Erinnerung: Sie als CDU fordern,
die Neuverschuldung drastisch zu senken, weil es nach Ihrer
Auffassung im Haushalt noch viel Luft gibt. Allerdings war
diese Fraktion nicht in der Lage, ihre vollmundigen Einspar-
vorschläge in den Einzelplänen mit konkreten Anträgen zu
untersetzen.

Ich kann Ihnen sagen, dass es in anderen Landtagen sogar
Oppositionsfraktionen gibt, die alternative Haushalte aufgestellt
haben. Das könnte man sich einmal anschauen. Das wäre eine
Weiterbildungsveranstaltung, die Sie vielleicht besuchen könnten.
Meine Damen und Herren, so viel zur Politlyrik.

Nun präsentieren Sie uns als nächstes Haushaltshighlight einen
Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz. Die CDU-Fraktion
möchte in § 2 des Haushaltsgesetzes die Kreditemächtigungen
ändern. Sie beantragt, dem Finanzminister die Ermächtigung
zu entziehen, um Kredite im Vorgriff auf das nächste Haus-
haltsjahr in Höhe von 8 % des Haushaltsvolumens aufnehmen
zu können. Herr Kollege Burkardt, in diesem Zusammenhang
komme ich nicht umhin, Ihnen als neuem Abgeordneten in dieser
Legislatur aus dem Tagebuch der guten Taten der ehemaligen
CDU-Fraktion zu berichten.

(Heiterkeit des Abgeordneten Schulze [SPD])

So wird im Jahr 2004 berichtet - dem Protokoll über die Haus-
haltsdebatte ist das zu entnehmen -, mit den Stimmen der
CDU-Fraktion wurde beschlossen, den Prozentsatz des Haus-
haltsvolumens für Kredite, die im Vorgriff auf das nächste
Haushaltsjahr aufgenommen werden können, von 4 % auf 8 %
zu erhöhen. Begründet wurde das mit einer Flexibilität der
Kreditaufnahme. Meine Damen und Herren von der CDU, von
dieser Begründung wollen Sie wahrscheinlich jetzt nichts mehr
wissen. Trotzdem ist die Begründung aus unserer Sicht heute
noch uneingeschränkt richtig. Deshalb soll es auch so bleiben,
wie es ist. Aber das ist wieder ein Beleg dafür, was die CDU
unter verlässlicher Politik versteht. In der Regierung „Hü!“, in
der Opposition „Hott!“.

Ausgehend von einem Niedrigzinsumfeld, wie es zurzeit noch
herrscht, kann es erforderlich sein, dass sich das Land im Vor-
griff günstige Konditionen durch die Aufnahme von Krediten
sichert, und das Ministerium für Finanzen - und damit Helmuth
Markov - muss in der Lage sein, in einer solchen Situation
auch handeln zu können. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.
Es ist unredlich.

Mit diesem Antrag soll wahrscheinlich auch der Eindruck ent-
stehen, dass der erste linke Finanzminister in Deutschland
nicht mit Geld umgehen kann. Deshalb wollen Sie ihn an die
Kandarre nehmen. Schauen Sie einfach mal in den Verantwor-
tungsbereich Ihrer Partei. Der Kollege Bischoff hat gesagt, wie
die Bilanz aussieht. Rekordverschuldung auf Bundesebene.
Veranschlagt ist eine Nettoneuverschuldung von 80 Milliarden
Euro bei einem Haushalt von 320 Milliarden Euro. Diese Zahlen
sprechen für sich. Ich glaube, das ist hiermit klargestellt.

Wie bereits angekündigt, sehr geehrter Herr Kollege Vogel,
möchte ich noch einmal zu Ihren Anträgen kommen, die ges-
tern aus Zeitgründen noch nicht kommentiert werden konnten.
Mit einem ganzen Paket von globalen Minderausgaben wollen
die Grünen auf wundersame Weise die Nettokreditaufnahme um
434 Millionen Euro senken. Herr Vogel, Sie schreiben allen
Ernstes in einem Antrag, dass es auf der Grundlage einer drei
Jahre alten mittelfristigen Finanzplanung möglich sein muss,
die Personalausgaben global um 61 Millionen Euro zu senken,
um sich an die Planvorgaben aus dem Jahr 2007 zu halten.
Donnerwetter! Auf den ersten Blick eine klasse Idee. Ja, im Ver-
gleich zum alten Planwerk gibt es einen Aufwuchs des Personal-
budgets. Aber - das haben wir Ihnen auch schon im Ausschuss
gesagt, und deshalb habe ich gedacht, dass Sie diesen Antrag
zurückziehen - was waren die Gründe, die man mit Beschluss-
fassung des Planwerks 2007 noch nicht kannte?

1. Januar 2008: Besoldungssteigerungen in Höhe von 17,3 Milli-
onen Euro. Tarifabschluss am 1. März 2009 und die wirkungs-
gleiche Übertragung auf unsere Beamten in einem Volumen
von 98 Millionen Euro. Insgesamt 115,3 Millionen Euro. Sehr
geehrter Kollege Vogel, abgesehen davon, dass die Recherche
fehlerhaft war, was bei diesem Antrag hier zu sehen ist, ist fest-
zustellen: Würden wir Ihrem Antrag entsprechen, wäre es uns
nicht möglich, den Lohnverpflichtungen, die im Wesentlichen
feststehen, nachzukommen. Ich glaube nicht, dass Sie mit die-
sem Antrag einem Personalabbau das Wort reden wollen. Oder?

Meine Damen und Herren von den Grünen, die nächste globale
Minderausgabe: Dieses Mal wollen Sie die Verwaltungsausgaben
in Höhe von 38,1 Millionen Euro senken. In Ihrem Antrag
heißt es, die Verwaltungsausgaben sollten im Einklang mit der
Reduzierung des Personals zurückgeführt werden usw. Über
diesen Antrag soll auch noch namentlich abgestimmt werden.

In diesem Zusammenhang erkläre ich vor dem Hintergrund der
gestrigen Demonstration der Gewerkschaften, die den öffent-
lichen Dienst in Brandenburg vertreten, für meine Fraktion in
Brandenburg: Wir haben auch bei diesem Antrag nicht die Ab-
sicht, Personal über das hinaus, was wir in der Personalbedarfs-
planung sozialverträglich reduzieren wollen, zu reduzieren und
uns überholen zu lassen. Ich glaube, der beste Weg wäre, dass
Sie diesen Antrag mit dieser Begründung und diesem Text zu-
rückziehen.

Zur Klarstellung die Zahlen, die Sie hier möglicherweise noch
einmal beleuchten sollten. Woher kommen die sächlichen Ver-
waltungsausgaben in Höhe von 494 Millionen Euro, die die
Grünen pauschal um 38 Millionen Euro kürzen wollen?

Sie sind unter anderem erstens die Aufwendungen aus dem vor-
geschriebenen EU-weiten Zensus, den wir zu realisieren haben.
Das muss jedes Bundesland machen. Es handelt sich dabei um
eine einstellige Millionen-Größe, und zwar 4 Millionen Euro.

Wir haben die Aufwüchse, die sich aus den sächlichen Verwaltungskosten zur Realisierung des ELAs ergeben. Dies sind noch einmal 9,9 Millionen Euro. Die Verwaltungsausgaben aus dem TV Umbau, den wir als Koalitionsfraktion unbedingt wollen, belaufen sich auf eine Größenordnung von 4,3 Millionen Euro.

Ein anderes Beispiel sind die Ausgaben im Landesumweltamt, zum Beispiel für den Vertragsnaturschutz und den Großtrappenschutz - das sind 1,5 Millionen Euro usw. usf. Im Übrigen kann kein kausaler Zusammenhang dahin gehend abgeleitet werden, dass eine Reduzierung des Personals gleichzeitig mit einer Reduzierung der Sachkosten verbunden werden kann. Hierzu gibt es Szenarien und Gutachten, die dies auch belegen. Insofern glaube ich, dass damit insgesamt genug gesagt wurde, um Ihren Antrag abzulehnen.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zur Frage der Generationengerechtigkeit und Neuverschuldung. Jede Neuverschuldung ist natürlich eine Hypothek für die nächste Generation, und der Kollege Bischoff hat auch die Profiteure einer Neuverschuldung hier deutlich genannt. Allerdings muss man dies mit Augenmaß und Courage betrachten; die Argumentation ist nur teilweise richtig. Mit jeder Einsparpolitik, die man jetzt vornehmen würde - so, wie Sie sie zumindest virtuell hier ständig formuliert haben -, würde diese künftige Generation in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Gesundheitsprävention, Sport und Umweltschutz auch jetzt schon betroffen sein. Deshalb, meine Damen und Herren, ist die Linksfraktion für eine Haushaltskonsolidierung, aber eine Haushaltskonsolidierung mit Augenmaß, in der Haushaltskonsolidierung und Haushaltsgestaltung im Sinne einer nachhaltigen Strukturentwicklung für das Land Brandenburg betrieben werden müssen. Eine Schuldenaufnahme ist bedingt zu verantworten, wenn diese Mittel für zukünftige Investitionen, für Innovation, für Wertschöpfung im weitesten Sinne und damit für Arbeitsplätze, aber im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge eingesetzt werden. Um den nachfolgenden Generationen tatsächlich tragfähige Staatsfinanzen hinterlassen zu können, muss die Verschuldungsspirale durchbrochen werden. Dazu brauchen wir aber auch nachhaltige Einnahmen für die öffentliche Hand.

Sehr geehrte Frau Kollegin Vogdt, wir haben gestern festgestellt, dass 99 % der Einnahmen nicht wir zu verantworten haben, sondern aus bundesgesetzlichen Regelungen stammen; also verantworten wir nur 1 %. Es ist richtig, dass diese Koalition darüber nachdenkt, im Haushalt 2011 in der Frage des Hebesatzes eine Erhöhung vorzunehmen, und zwar von 3,5 auf 5 % bei der Grunderwerbssteuer. Ja, das ist eine Erhöhung. Aber andere Länder, die nicht rot-rot regiert werden, sind auf einem guten Weg, dies nachzuzeichnen. Die Diskussion in Niedersachsen können Sie nachlesen; das ist eine ähnliche Größe, und ich glaube, in Niedersachsen regieren Sie sogar mit.

Ich möchte noch einmal auf Folgendes aufmerksam machen: Es handelt sich um eine einmalige Zahlung. Kauft jemand beispielsweise ein Grundstück in einer Größenordnung von 100 000 Euro, dann beliefe sich das auf eine Grunderwerbssteuer, die im 1 500 Euro höher liegen würde. Bei einem kleineren Grundstück sind es Größenordnungen von 150 bis 250 Euro. Daran werden kein Grundstückserwerb und kein Bauvorhaben in diesem Land scheitern.

Im Übrigen ist richtig, dass wir nach Einnahmen suchen, weil Sie als Fraktionen mit Ihrer Steuersenkungspolitik versagt haben.

Dort ergeben sich Beträge, die wir unbedingt brauchen, und bei den Steuerschätzungen, die uns ins Haus stehen, sind auch 30 Millionen Euro Mehreinnahmen im Landeshaushalt durchaus ein Gewinn, zumal auch die Kommunen mit 7,5 Millionen Euro daran partizipieren, so die Prognosen. Ich glaube, es ist angemessen, darüber zu diskutieren; aber die Entscheidung werden wir mit dem Haushalt 2011 hier treffen.

Mit der Vorlage der mittelfristigen Finanzplanung - und damit komme ich zum Schluss - hat diese Landesregierung einen klaren Rahmen gesetzt. Trotz schwierigster Rahmenbedingungen wollen wir mit Courage und Augenmaß die Neuverschuldung schrittweise bis 2014 auf null zurückführen, um diese Verschuldungsspirale zu beenden.

Ich bedanke mich bei allen Diskutanten für die lange Haushaltsdebatte, die wir bald abschließen werden, und möchte Sie bitten, dem Einzelplan 20 Ihre Stimme zu geben. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Görke. Die Linke hat damit jetzt insgesamt 2 Stunden und 6 Minuten verbraucht.

Wir kommen damit jetzt zum Redebeitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Der Abgeordnete Vogel erhält das Wort.

Vogel (GRÜNE/B90):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die vorherigen Rednerinnen und Redner haben bereits das Feld abgeräumt; dem letzten Redner obliegt es damit, den Ausputzer zu spielen. Dafür habe ich noch 33 Minuten Redezeit zur Verfügung. Das wäre eigentlich noch genug Zeit, um einen Alternativhaushalt vorzulegen, wie es von der Linken angeregt wurde. Ich gebe aber zu, dass ich in den Unterlagen dieses Parlaments keinen Alternativhaushalt der Linken gefunden, den Sie in den letzten 20 Jahren erbracht hätten. Sollten Sie dennoch einen haben, stellen Sie uns diesen bitte zur Verfügung; dann können wir vielleicht darauf aufbauen.

Wenn ich einen Konsens hier im Hause - obwohl ich mir bei Ihnen, Herr Görke, gar nicht mehr so sicher bin - verspüren würde, dann wäre es jener, dass Sparen dringend erforderlich ist, dass wir die Nettokreditaufnahme herunterfahren müssen, dass wir letztendlich auch die Verschuldung herunterfahren müssen. Ich habe jedenfalls gehofft, diesen Konsens hier zu haben. Herr Bischoff hat ja etliche Zitate vom heutigen Tage gebracht. Er hat aber nicht das Beispiel Griechenland angesprochen, das in dieser Diskussion auch für uns kann mitsamt seinen Auswirkungen auf Brandenburg durchaus noch relevant sein; wir hatten zu diesem Thema ja gestern eine kleine Fernsehdiskussion. Ich denke, Griechenland hat unmittelbar nicht nur für das Land Brandenburg und alle anderen Länder die Signalwirkung, dass sie beizeiten ihre Haushaltszahlen in Ordnung bringen müssen, sondern hat auch unmittelbar Auswirkungen über den Euro auf die internationalen Finanzverflechtungen. Der Euro - das haben Sie vielleicht gelesen - ist im Sinken begriffen; er ist auf 1,27 Dollar gesunken. Das heißt, es findet momentan ein Ausstieg aus dem Euro, eine Flucht aus dieser Währung statt. Wir hoffen zwar, dass sie gestoppt werden kann, aber Flucht aus dem Euro bedeutet auch

steigende Zinsen, und zwar steigende Anleihezinsen. Das kann somit auch die Finanzplanungen unseres Finanzministers zu nichte machen. Bisher sind wir ja in einer sehr glücklichen Situation, dass wir gegenüber veranschlagten 907 Millionen Euro 2009 nur ungefähr 709 Millionen Euro für Zinsen aufwenden mussten. Auch für 2010 ist nur eine maßvolle Steigerung der Zinsausgaben vorgesehen.

Das alles kann natürlich in dem Moment zerschossen werden, wo im Gefolge einer Euro-Krise die Zinsen für Anleihen steigen. Das hat nicht nur Auswirkungen, weil wir eine Nettokreditaufnahme haben, sondern es hat auch deswegen Auswirkungen, weil wir revolving jedes Jahr einen größeren Betrag von den 18 Milliarden Euro Gesamtverschuldung - weil Anleihen auslaufen - neu aufnehmen müssen. Insofern sollten wir das nicht allzu locker nehmen. Griechenland muss auch nicht nur - und das ist die Auflage der EU und des Internationalen Währungsfonds - die Nettokreditaufnahme auf Null senken, sondern muss tatsächlich auch Schulden zurückzahlen. Wenn Deutschland ein ähnliches Programm vom IWF aufgedrückt bekäme, möchte ich nicht erleben, was dann hier los wäre. In verschiedenen Zeitungen war dies heute etwas detailgenauer aufgeschlüsselt: Nicht nur, dass wir die Bundeswehr abschaffen müssten und dass weder neue Verkehrsbauteile noch Verkehrsunterhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden könnten, nein, es wäre auch die Rede davon, dass wir die Hartz-IV-Sätze halbieren müssten. Das geht aber überhaupt nicht. Es ist aber auch klar, dass wir nicht in dem Ausmaß Steuern erhöhen können, wie es in Griechenland zurzeit der Fall ist.

Aber auch wir sind in das internationale Finanzsystem eingebunden, und wir sind letztendlich sogar mit den Rating-Agenturen verbunden. In dem Einzelplan 20, über den wir hier reden, habe ich auch einen Titel gefunden, Kapitel 20 650 Titel 546 20, der da lautet „Ausgaben für Beratung, Rating und sonstige Dienstleistungen“, wo wir als Land Brandenburg 180 000 Euro für die Firma Moody's Rating bezahlen. Das ist die Firma, die gerade versucht, Portugal in die B-Benotung hineinzubringen und letztlich dazu beizutragen, dass die EU und der Euro destabilisiert werden. Als Begründung für diesen Haushaltstitel steht dort: „Diesen Ratings wird große Bedeutung am Kapitalmarkt beigemessen.“

Ich glaube nicht, dass wir auf die Rating-Agenturen verzichten können, aber wir müssen dafür sorgen, dass sie tatsächlich an die Leine genommen und kontrolliert werden. Wir wissen alle: Das ist Aufgabe des Bundes oder der EU. Vielleicht ist auch die EU zu klein. Man soll aber nicht bedingungslos diesen Ratings vertrauen. Ich habe schon ein Problem damit, dass wir aus unserem Landeshaushalt auch noch diese Firma mit bezahlen.

Herr Bischoff hat - bedauerlicherweise, muss ich sagen - die Diskussion um Pensionsfonds und Altersvorsorge vermischt.

Es geht ja bei der Diskussion um die 200 Millionen Euro nicht um die Beamten, die nach dem 01.01.2009 neu eingestellt wurden. Das wird nicht in Abrede gestellt, dazu gab es auch keinen Änderungsantrag, weder von den anderen Oppositionsfraktionen noch von uns. Es geht vielmehr um die 200 Millionen Euro, die fiktiv aus der Rücklagenbildung der letzten Jahre genommen werden, um sie in den Pensionsfonds einzuzahlen.

Herr Burkardt hat dazu gestern alles gesagt, was man dazu nur sagen kann. Er hat dezidiert begründet, warum es nicht sinn-

voll ist, in einer Situation, wo man Nettokreditaufnahmen tätigt, Mittel aufzunehmen, um sie dann in einem Fonds anzulegen, wobei die Idee dahintersteht: Das Land ist der bessere Spekulant als die privaten Banken; wir sind in der Lage, mehr Einnahmen zu erzielen, als uns die Zinsausgaben kosten. - Dazu sage ich, weil gestern verschiedentlich - ich glaube, Herr Görke war das - die CDU gescholten wurde, dass sie von ihrer ursprünglichen Position abgewichen ist, da sie im letzten Jahr noch sagte: Wir wollen gern, dass diese 200 Millionen Euro, möglichst sogar 400 Millionen Euro, eingezahlt werden. Die CDU hat ihre Position überdacht. Ich meine, das ist auch ein Zeichen von Stärke, und diese Stärke stünde auch Ihnen, meine ich, sehr gut zu Gesicht.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Ohne jetzt weiter über Risiken oder Fristentransformationen, Ratingrisiko und Ähnliches zu fabulieren: Wir wollen Ihnen die Möglichkeit geben, auch individuell Ihre Ablehnung gegenüber dieser Zuführung, die wirklich wirtschaftlich unsinnig ist, an die allgemeine Versorgungsrücklage des Landes in Höhe von 200 Millionen Euro deutlich zu machen, und haben deswegen eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist hier oft genug dargelegt worden: Die Steuern sind auf 4,8 Milliarden Euro gesunken. Allerdings muss man korrekterweise immer die 268 Millionen Euro Kfz-Steuererstattung durch den Bund mit berücksichtigen. Wir liegen also bei ungefähr 5 Milliarden Euro Steuereinnahmen.

Ich habe wie andere auch in dieser Haushaltsdebatte immer wieder darauf hingewiesen, dass die Solidarpaktmittel bis zum Jahr 2019 auslaufen werden. Was ich nicht gesagt habe, was ich aber für den weiteren Verlauf der Diskussion in diesem Jahr und in den nächsten Jahren wichtig finde, ist, dass sie ja langsam abschmelzen. In den nächsten Jahren wird die Summe aus den Sonderbedarfsergänzungszuweisungen und dem Länderfinanzausgleich fast konstant bei rund 2,3 Milliarden Euro verharren. 2010 haben wir 2,4 Milliarden Euro, sie sind in den Haushalt eingestellt. 2011 wird dies um 7,4 Millionen Euro zurückgehen, also um einen relativ kleinen Betrag, 2012 um 63 Millionen und 2013 um 124 Millionen Euro. Erst danach setzt die Phase ein, wo in 100-Millionen-, 200-Millionen- und zum Schluss sogar 300-Millionen-Schritten diese Zahlungen, die wir von den anderen Ländern oder vom Bund erhalten, zurückgehen werden.

Das heißt, wir befinden uns im Moment tatsächlich noch in einer relativ guten finanziellen Situation, und wir stehen vor einem maßvollen Rückgang. Wir müssten jetzt eigentlich darauf sehen, dass wir bis zum Jahr 2013 die Vorleistungen dafür treffen, dass die Regierung auch in der nächsten Legislaturperiode noch eine Chance hat, mit dem Haushalt klarzukommen. Dazu heißt es eben nicht, über Nettokreditaufnahmen über 650 Millionen, über 500 Millionen, über 350 Millionen, über 200 Millionen Euro die zusätzliche Schuldenaufnahme zu reduzieren. Wir müssten tatsächlich in eine Tilgung einsteigen. Aber dahin ist bei dieser Regierung offenkundig derzeit noch kein Weg zu sehen.

Herr Görke hat zum wiederholten Male angesprochen, dass er das wichtigste Ziel darin sieht, Einnahmen zu erzielen. In der Debatte für den Haushalt 2011 ist schon einmal angeklungen,

dass die Grunderwerbsteuer erhöht werden soll. Wir halten das für ein falsches Signal. Wir halten dies für den Standort Brandenburg als Ansiedlungsgebiet für junge Familien aus Berlin für fatal. Jeder Berliner und jede Berlinerin, die mit ihrem Arbeitsplatz hier herausziehen, bringt wesentlich mehr Einkommensteuer dauerhaft in unsere Taschen, als die Grunderwerbsteuer einmal auch nur ansatzweise erbringen kann.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Ich möchte einmal darauf hinweisen, dass im Haushaltsentwurf 2009 noch 146 Millionen Euro Einnahmen aus Grunderwerbsteuer veranschlagt wurden, aber im Jahr 2010 nur noch 107 Millionen Euro. Ich meine, das ist schon ein Zeichen dafür, dass die Ansiedlungsbereitschaft derzeit zurückgeht. Wir sollten also nichts unternehmen, um das noch in die Höhe zu treiben.

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Vogel, lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Görke zu?

Vogel (GRÜNE/B90):

Bitte, Herr Kollege.

Görke (DIE LINKE):

Herr Kollege Vogel, kennen Sie den Hebesatz der Grunderwerbsteuer in Berlin? Vielleicht können Sie diesem Parlament sagen, dass er in Brandenburg momentan 3,5 % beträgt.

Vogel (GRÜNE/B90):

Sie können mich bestimmt aufklären. Aber selbst wenn der Grunderwerbsteuerhebesatz in Berlin bei 4,5 % liegen sollte, was ich so annehme, ist dies ja ein Standortvorteil, den Brandenburg noch hat und den wir nicht aufs Spiel setzen sollten.

(Bischoff [SPD]: Das ist aber unökologisch! - Beifall CDU und GRÜNE/B90 - Jürgens [DIE LINKE]: Ist das nicht ein Wettbewerbsvorteil?)

Es ist ein Wettbewerbsvorteil bei der Ansiedlung von jungen Familien, meine ich schon, möglicherweise auch ein Wettbewerbsvorteil bei der Ansiedlung von Unternehmen und Institutionen in diesem Land, die selber Immobilien erwerben wollen.

Wir meinen, wir sollten uns erst einmal darauf konzentrieren, die Einnahmen zu erzielen, die unproblematisch erzielbar wären. Die Deutsche Steuergewerkschaft - und das ist nur ein Punkt - hat mehrfach darauf hingewiesen, dass die Zahl der Betriebsprüfer aus ihrer Sicht zu niedrig ist. Auch der Landesrechnungshof hat das Problem mehrfach angesprochen. Ich hatte es in der 1. Lesung zum Haushalt auch deutlich akzentuiert; das will ich nicht weiter ausführen.

Der zweite Punkt ist, was als Prüfauftrag in der Koalitionsvereinbarung enthalten ist, was momentan zwei kleine Anfragen ausgelöst hat und was im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verpflichtungen aus der Wasserrahmenrichtlinie auch tatsächlich ein eminent politisches Thema ist, das Wassernutzungsentsgelt für Bergbaubetriebe durchzusetzen und die Ausnahmeregelungen zu streichen. Dadurch könnten ohne Probleme und ohne einem Armen wehzutun nämlich 20 Millionen Euro zusätzlich für den Landeshaushalt erwirtschaftet werden.

Es ist klar - und das hatte ich auch schon in der 1. Lesung ausgeführt -: Über Wirtschaftswachstum werden wir unsere Probleme nicht lösen. Wir müssten ja bis 2010 unsere Steuereinnahmen verdoppeln. Das bedeutet, wenn ich einmal davon ausgehe, dass dies in einer Kohärenz zum Wirtschaftswachstum steht, dass wir 7 % Wachstum pro Jahr erzielen müssten. Das ist völlig ausgeschlossen. Also geht nur der Weg der Haushaltskonsolidierung über die Senkung der Ausgaben. Wir haben eine ganze Masse Änderungsanträge gestellt. Wir wissen, dass dies eine gigantische Aufgabe ist. Wir müssen bis zum Jahr 2019 die Ausgaben um rund 2 Milliarden Euro herunterfahren, und das ist noch niedrig gegriffen. Wir müssen die noch relativ guten Jahre bis 2013 nutzen, um fundamental etwas zu leisten und Einsparungen zu erbringen. Wir haben in der Tat - Herr Görke hat es angesprochen - globale Minderausgaben in einer beträchtlichen Größenordnung beantragt. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir zusammen nicht einmal 240 Millionen Euro globale Minderausgaben beantragt haben. Der Finanzminister selber sieht ja in seiner Haushaltsplanung - das hat er bei der Vorstellung der Haushalts Eckwerte für 2011 deutlich gemacht - eine globale Minderausgabe im nächsten Jahr von 333 Millionen Euro, im Jahr 2012 von 500 Millionen Euro und im Jahr 2013 in ähnlicher Größenordnung vor.

(Görke [DIE LINKE]: Stimmt gar nicht!)

Das heißt, 240 Millionen Euro globale Minderausgabe ist ja eigentlich nur eine Übungsaufgabe, um die viel größeren Ausgaben der Folgejahre lösen zu können.

(Görke [DIE LINKE]: Sie müssen besser zuhören!)

Was die Personalausgaben betrifft, da irren Sie sich, Herr Görke. Ich habe mir die mittelfristige Finanzplanung 2007 genau angesehen und auch noch einmal im Haushaltsausschuss nachgefragt. Erstens: Die Ost-West-Angleichungen - ich glaube, das ist auch nicht strittig - waren vorgesehen.

(Görke [DIE LINKE]: Das ist gar nicht mit drin!)

Zweitens: In die mittelfristige Finanzplanung, in die Personalausgaben - das hat der Herr Finanzminister auch bestätigt - werden selbstverständlich Tarifsteigerungen eingerechnet. Über die Prozentsätze rede ich hier nicht, weil wir im Haushaltsausschuss auch Konsens darüber hatten, dass wir den Gewerkschaften nicht das Futter vorlegen wollen, aus dem sie ihre Forderungen entsprechend ableiten könnten. Aber es ist so, dass Tarifierhöhungen von vornherein in die mittelfristige Finanzplanung eingerechnet sind. Alles andere wäre auch unredlich und keine gute Finanzplanung.

Wir sind im Übrigen - das hatte ich hier auch schon mehrfach deutlich gemacht - auch nicht der Auffassung, dass man seine Personalplanung allein an Stellen festmachen sollte, sondern sollte sie an Budgets festmachen und den einzelnen Ministerien wesentlich mehr Freiräume gewähren, selbst zu entscheiden, welche Stellen sie mit welcher Dotierung besetzen wollen; und das nicht im Einzelnen haarklein durch Kontrollinstanzen, die sehr viel Zeit der Mitarbeiter beanspruchen, zu regeln zu versuchen.

Wir haben bei den sächlichen Verwaltungsausgaben im Jahr 2009 eine Rücklage in Höhe von 81,2 Millionen Euro bilden können. Das heißt, diese Mittel wurden nicht in Anspruch genommen. Wir haben - diese Argumentation habe ich im Übrigen aus

früheren mittelfristigen Finanzplanungen übernommen - darauf hingewiesen, dass früher einmal die Argumentation lautete: Wenn die Personalstärke zurückgeht - damals wurden 1,5 % pro Jahr genannt -, dann kürzen wir auch die Verwaltungsausgaben um 1,5 %. - In dieser mittelfristigen Finanzplanung ist erstmals die Rede davon, dass die Verwaltungsausgaben um 2 % pro Jahr steigen sollen - jedes Jahr! 2 % dieses Jahr, 2011 kommen wieder 2 % drauf usw. Das halten wir für nicht angemessen. Daher sagen wir, dass es im Bereich Bildung angesichts einer Rücklage in Höhe von 81,2 Millionen Euro doch möglich sein muss, die Hälfte davon als Einsparung im Rahmen des Haushaltsvollzugs zu realisieren. Wenn Sie nicht einmal dazu in der Lage sind, wie will die Landesregierung dann um Gottes willen im Jahre 2011 333 Millionen Euro globale Minderausgabe erwirtschaften?

(Görke [DIE LINKE]: Die Zahl ist nicht richtig!)

- Die Zahl 330 Millionen stimmt nicht?

(Görke [DIE LINKE]: Es sind 160 Millionen globale Minderausgabe!)

- Gut, dann ist die mittelfristige Finanzplanung vielleicht schon wieder durch ein Korrekturblatt zu ergänzen.

(Minister Dr. Markov: Nein, Sie haben es in diesem Falle nur nicht verstanden. Das erkläre ich Ihnen nachher!)

- Okay, gut, Herr Markov. Danke schön, dass Sie mir das nachher erklären wollen.

Die globale Minderausgabe für laufende Zuschüsse habe ich auch schon angesprochen. Ich weiß, dass es besonders viel Gehirnschmalz erfordert, diese zu finden, aber wir denken, wir müssen Einsparungen bringen. Es kann nicht sein, dass wir die Ausgaben kontinuierlich in die Höhe schrauben. Wir wollen der Landesregierung allerdings auch die Möglichkeit lassen, selbst zu entscheiden, wo sie diese Mittel einsparen will.

Nun komme ich über diese allgemeine Einspardiskussion zu einigen Titeln des Einzelplans 20. Der Einzelplan 20 ist ja - dies ist bemerkenswert - der höchste, wird jedoch am wenigsten diskutiert. In diesem Einzelplan befinden sich - deswegen hatte ich vorhin auch leichten Herzens auf die Entgegnung auf Herrn Folgart verzichtet - auch die Titelgruppen 66 und 67, in denen sich die Folgen der Bodenreform und der nachfolgenden Zwangskollektivierung auch niederschlagen.

In der Titelgruppe 66 und 67 befinden sich die Grundflächen, die sich das Land aus dem Bodenreformvermögen an Land gezogen hat. Das sind in der Titelgruppe 67 allein 10 200 Fälle, in denen die gesetzliche Vertreterbestellung rückabgewickelt werden soll. In der Titelgruppe 66 befinden sich die übrigen Flächen, für deren Verwendung sich der Bund gemäß Artikel 233 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch die abschließende Entscheidung vorbehalten hat. Das heißt, die Flächen, die von denjenigen an das Land gegangen sind, die Bodenreformvermögen bekommen haben - meist Neusiedler -, deren Erben aber zu einem bestimmten Stichtag nicht in der landwirtschaftlichen Produktion tätig waren, sind nicht weg, sondern sie sind da. Sie sind in der Verwaltung des Landes. Sie erwirtschaften Geld, sie kosten Geld, wie auch immer.

Sie stehen aber vorbehaltlich dessen, wie der Bund sich verhält - da tragen auch die CDU und die FDP viel Verantwortung, die die Bundesregierung stellen -, natürlich auch für die zukünftige Ausgestaltung der Landwirtschaftspolitik in Brandenburg zur Verfügung.

Herr Folgart, ich denke, man muss auch als Linker oder SPD-Mitglied in der Lage sein, den 50. Jahrestag der Zwangskollektivierung ansprechen und seiner gedenken zu können, ohne automatisch nachschieben zu müssen, dass die damals geschaffenen Großstrukturen sich doch heute bewährten.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Das ist das ganze Anliegen, das ich habe. Selbstverständlich steht die Zwangskollektivierung in einer historischen Abfolge.

(Zurufe von SPD und DIE LINKE - Dr. Woidke [SPD]: Sie haben so viel vermengt!)

Die Zwangskollektivierung steht doch in einer historischen Abfolge vom kommunistischen Manifest 1848

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

- das ist doch nicht gelogen -

(Frau Lehmann [SPD]: Lassen Sie ihn reden! Jeder Satz nutzt uns!)

über das Leninsche Genossenschaftsprogramm von 1918/19 bis zur SED-Diktatur.

(Erregte Zurufe von SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Das liegt doch alles offen, was regen Sie sich denn so auf? Das verstehe ich gar nicht.

(Beifall CDU)

Dass diese historische Traditionsfolge ...

(Dr. Woidke [SPD]: Sie haben keine Ahnung von Brandenburg!)

- Also gut. Ich sehe schon, wir haben umfangreichen Gesprächsstoff für die Enquetekommission.

(Minister Baaske: Lassen Sie ihn ausreden! Kamera läuft!)

Jedenfalls ist doch die Aussage nicht falsch: Die großen Strukturen in Brandenburg in dieser Form wären nicht vorhanden, wenn es nicht die Kollektivierung gegeben hätte. Was ist denn bitte schön an dieser Aussage falsch? Man kann doch einfach einmal Unrecht als Unrecht benennen,

(Beifall CDU)

ohne gleich sagen zu müssen: Das ist alles super, wie es jetzt hier ist.

Herr Folgart, es ist einfach völliger Quatsch und unredlich, mir

zu unterstellen, dass ich behaupten würde, dass in den heutigen Genossenschaften oder Großbetrieben der Kommunismus herrschen würde. Das ist doch unsinnig!

(Erregte Zwischenrufe bei der SPD - Zuruf von der Regierungsbank: Ordnungsruf! - Minister Dr. Markov: Quatsch darf man nicht sagen! - Ness [SPD]: Wo ist denn Ihre Gegendarstellung?)

- Wer heute einen Landwirtschaftsbetrieb nicht nach betriebswirtschaftlichen Regeln führt - bei Kapitalbetrieben kann man es von mir aus auch kapitalistische Prinzipien nennen -, der ist überhaupt nicht in der Lage, einen Betrieb zu führen. Insofern: Die Betriebe, die heute noch existieren, sind doch nicht frühkommunistische Betriebe. So ein Unsinn! Das habe ich nicht behauptet.

(Kuhnert [SPD]: Das haben Sie doch behauptet! - Unruhe bei der Fraktion DIE LINKE sowie Gelächter bei der SPD)

- Ich habe behauptet, habe gesagt ... Mein Gott, vielleicht darf ich ausreden? - Auch Herr Kuhnert ist wach geworden, wunderbar!

Ich habe gesagt, dass sich die Existenz dieser Betriebe natürlich aus dieser historischen Abfolge ableitet.

(Dr. Woidke [SPD]: Nein, das ist falsch!)

- Natürlich, die großen Strukturen wären nicht da, wenn es die Kollektivierung nicht gegeben hätte - Punkt! Darüber werden wir, denke ich, noch viel in der Enquetekommission zu reden haben.

(Schippel [SPD]: Viel Spaß! 1,4 Millionen! Dafür geben Sie Steuergelder aus!)

Ich finde die Diskussion hier schon ganz bewegend und denke, da haben wir wirklich noch einiges untereinander zu klären.

(Unruhe im Saal)

Ich habe noch viele andere Titel, lasse es aber sein, weil ich denke, ich habe morgen in der 3. Lesung noch genügend Gelegenheit, mich zu allen möglichen Themen zu äußern.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Sich zum Haushalt zu äußern wäre nicht schlecht!)

- Ich habe ja an die Titelgruppen 66 und 67 angeknüpft, das Bodenreformland usw. angesprochen; insofern war der sachliche Zusammenhang schon gegeben. Und ich habe auf eine Rede von Herrn Folgart, die auch im Rahmen des Haushalts gehalten wurde, reagiert. Ich denke, das ist angemessen und steht mir auch zu.

(Frau Lehmann [SPD]: Jetzt werden uns alle Landwirte wählen!)

Herr Görke, was mich etwas erstaunt hat, ist Ihr Angriff auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion in Drucksache 5/889, in dem die CDU das Ansinnen äußert, das früher ein Ansinnen der Linken war, dass der Finanzminister nicht freihändig über

die 650-Millionen-Euro-Nettokreditaufnahme, die im Haushalt steht, hinaus noch bis zu 8 % zusätzliche Kredite im Vorgriff auf das nächste Jahr aufnehmen kann.

(Görke [DIE LINKE]: Wir sind lernfähig!)

Es geht also um eine Größenordnung von 850 Millionen Euro.

(Dr. Markov: Gut gerechnet!)

- Ja, in Finanzmathe habe ich immer eine Eins gehabt.

Von daher: Wir haben im Haushaltsausschuss beantragt, dass erstens eine geteilte Abstimmung stattfindet und dass sich zweitens der Haushaltsausschuss, wenn man dem Minister diese 8 % unbedingt lassen will, wenigstens das Recht nimmt, darüber zu entscheiden, ob diese Kreditermächtigung in Anspruch genommen werden darf. Auch das ist abgelehnt worden. Ich verstehe diese Selbstentmündigung des Parlaments und des Haushaltsausschusses in diesem Zusammenhang überhaupt nicht.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU - Zuruf von der CDU: Selbstkastration!)

Ich habe gestern dargestellt, dass der Haushaltsausschuss in den USA „Committee on Ways and Means“ heißt.

Der Vorsitzende dieses Haushaltsausschusses für Wege und Mittel ist einer von sechs Abgeordneten, die ihr Büro im Kapitol haben dürfen, weil er zu den sechs wichtigsten Abgeordneten gehört. Diese wichtige Funktion hat er aber nur deswegen, weil in diesem Abgeordnetenhaus - dem Repräsentantenhaus - Vorlagen der Regierung nicht einfach durchgewunken werden, sondern weil dort eine intensive Auseinandersetzung stattfindet und Änderungsanträge auch einmal eine Chance haben, durchzugehen. Für uns hat sich herausgestellt: Die einzige Möglichkeit, im Haushaltsausschuss Änderungsanträge durchzubringen, ist, sie zurückzuziehen -

(Lachen bei der CDU - Beifall DIE LINKE)

sei es bei den Agrarumweltmaßnahmen, dass diese aufgegliedert werden, sei es beim Moorschutz, wo wir Möglichkeiten gefunden haben, sie auszuweiten, seien es detailliertere Darstellungen im Kulturbereich. Wir haben unsere Anträge immer zurückgezogen, nachdem signalisiert wurde: Die Regierung macht das ab 2011.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Das ist gut!)

- Ja, ist ja gut.

Aber es war auch klargestellt worden: Würden wir sie für 2010 zur Abstimmung bringen, würden unsere Anträge abgelehnt werden.

(Frau Wehlan [DIE LINKE]: Sie sind doch selbst einmal ein Staatsbediensteter im Ministerium gewesen. Wir sind hier mitten im Jahr! - Weitere Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Von daher sage ich: Das war die Möglichkeit, Anträge durchzubringen.

(Zuruf der Abgeordneten Wehlan [DIE LINKE])

- Okay, das ist eine Begründung; die nehme ich zur Kenntnis.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Jedenfalls will ich sagen: Es war möglich, Anträge durchzubringen, weil insbesondere aus der Regierungsebene, von der Regierungsbank - jetzt sprechen wir Herrn Markov, Frau Münch und andere an - signalisiert wurde, dass Vorschläge unsererseits gar nicht so schlecht seien und sie im Jahr 2011 und in den folgenden Jahren aufgegriffen werden sollen.

Ich habe bei Herrn Markov - auch das sage ich deutlich - in mehr Positionen Verständnis verspürt als bei meinen Abgeordnetenkollegen. Herr Markov, ich fand es war ein angenehmes Zusammenwirken, auch wenn wir uns in vielen Dingen inhaltlich nicht einig sind. Zumindest haben wir uns über verschiedene Formalitäten gut verständigt. Ich empfand - das sage ich jetzt auch als Mitglied des Kontrollausschusses - Herr Bischoff wird mir sicherlich zustimmen - es auch als sehr angenehm, dass es möglich war - was in diesem Parlament, bei ersten Anläufen nicht zu erreichen war -, dass Sie zugesagt haben, darzulegen, wie bis zum Jahre 2019 erreicht werden soll, dass wir aus der Neuverschuldungssituation herauskommen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Aber Sie kennen die Mittel des Landes Brandenburg!)

Vizepräsidentin Große:

Herr Abgeordneter Vogel, Sie haben die Redezeit bereits um eine Minute überschritten.

Vogel (GRÜNE/B90):

Wirklich?

(Zurufe und Unruhe im Saal)

Ich bitte ernsthaft um Verzeihung, dass ich so lange gesprochen habe. Ich habe gedacht, meine Ausführungen würden sich auf zwölf Minuten beschränken lassen, aber es gab zu einzelnen Punkten so viel Gesprächsbedarf, dass meine Redezeit etwas länger geworden ist. Insofern freue ich mich auf den Abschluss der Debatte heute und auf die Neuaufnahme morgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Dr. Markov, Sie haben jetzt die Möglichkeit, noch einiges zu klären, zu erklären.

Minister der Finanzen Dr. Markov:

Frau Vizepräsidentin, wie viel Zeit habe ich zur Verfügung?

(Zuruf: 45 Minuten!)

Vizepräsidentin Große:

Eigentlich, aber Sie dürfen ...

Minister Dr. Markov:

Nein, nein. Da wir morgen die 3. Lesung haben - das soll ja auch dann die Elefantenrunde sein -, um von den Fraktionsvorsitzenden noch einmal zusammenfassend zu hören, wo die Hauptkritikpunkte sind, würde ich Sie als Kollegen gern um Verständnis bitten, dass ich mich jetzt nur auf das beziehen werde, was in dieser Debatte angesprochen worden ist, und ich würde gern einige Antworten geben.

Herr Burkardt - da könnte ich jetzt natürlich gleich zu Herrn Vogel gucken -: Manchmal hatte Lenin nicht so Unrecht. Er hat einige kluge Sprüche gesagt, die zum Beispiel lauten: Utschitj, utschitj, jeschoras utschitj! - also lernen, lernen und nochmals lernen! - Die CDU muss endlich begreifen, dass sie das manchmal machen muss.

(Beifall DIE LINKE)

Ich könnte ebenso gut einen zweiten Ausspruch - ebenfalls von Lenin - nennen, den ich gleich auf Deutsch sage, um Sie nicht zu überfordern:

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Wiederholung ist die Mutter des Lernens. Deswegen wiederhole ich jetzt manche Dinge, obwohl ich sie schon einmal gesagt habe, aber es kommt offensichtlich nicht an, auch nicht bei Frau Vogdt von der FDP.

Also: Gestern haben Sie ein sehr krasses Wort benutzt, und Sie haben heute noch einmal über die Anlagepolitik gesprochen. Sie haben gestern gesagt: BBB ist alles Ramsch. - Als Erstes würde ich Ihnen gern sagen, dass Ihre Fraktionskollegin Blechinger offensichtlich klüger ist als Sie. Sie hat nämlich unter der Nummer 883/08 im Mitzeichnungsverfahren darauf hingewiesen, dass es richtig und gut ist, dass sich die Anlagerichtlinie des Landes Brandenburg an die Anlageverordnung des Bundes anzulehnen hat. Das hat Frau Blechinger gemacht. Klug war sie.

(Beifall der Abgeordneten Lehmann [SPD])

Deswegen hat sich diese Anlagerichtlinie, die auch hier von den Grünen debattiert wird, sehr stark an die Anlageverordnung angelehnt.

Was wir gemacht haben - deswegen sind wir nämlich klug -:

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Wir haben noch zusätzliche Trigger eingezogen, weil nämlich diese Anlageverordnung vorrangig für Versicherungen gemacht ist und diese Anlagerichtlinie eben nicht für Versicherungen. Deswegen haben wir eingezogen, dass das Land, wenn es denn von dieser Anlagerichtlinie Gebrauch macht, nicht unter BBB

gehen darf. Das haben wir als unterstes Limit eingezogen. Da Sie offensichtlich nicht wissen, was BBB ist, würde ich Ihnen diese Definition auch noch vortragen können, wenn Sie das denn wollen, nämlich: „Adequate capacity to meet financial commitments, but more

(Zuruf: Russisch ging besser!)

Ich habe jetzt überlegt, ob ich es abkürze.

(Beifall DIE LINKE)

subjects to adverse economic conditions.“ Das ist mittlere Güte.

Weil Sie gestern gesagt haben, das sei Ramsch, würde ich Ihnen empfehlen: Gehen Sie einmal zu dem Vorstandsvorsitzenden von Daimler - der hat BBB plus, gehen Sie einmal zu dem Vorstand von Vivendi - der hat BBB, gehen Sie zum Vorstand der Deutschen Telekom, der hat BBB plus - und erklären Sie denen, dass ihre Aktien Ramsch sind. Das finde ich wunderbar. Machen Sie das - oder gucken Sie vorher nach!

(Beifall DIE LINKE - Genilke [CDU]: Wer kauft denn Daimler?)

Das heißt: Das Land Brandenburg wird ganz, ganz vorsichtig damit agieren. Dass immer ein Restrisiko verbleibt, kann ein Finanzminister nicht verhehlen. Dieses Restrisiko - ich wiederhole das - ist aber so getriggert, dass wir maximal die Zinsen wieder verlieren könnten, aber nicht das eingezahlte Kapital. Ich glaube, dass es gegenwärtig möglich ist, so zu agieren. Das ist nicht einfach. Deshalb werden wir es auch in eigener Landeshoheit machen und uns dann natürlich einer Bank bedienen, die die Handlung vornimmt, das ist vollkommen klar. Sie werden sehen, dass das funktionieren wird.

Dann gab es noch einen Punkt. Sie haben sich über die Derivateermächtigung aufgeregt. Ich möchte noch einmal klar und deutlich sagen: Das ist eine Derivateermächtigung über den Zins, und es macht Sinn, in dem Moment, wo der Zins für festverzinsliche, langfristig anzulegende Papiere unter dem Zins liegt, den Sie variabel jetzt in Kurzzeitgeschäften bekommen können, diese Option zu belassen, dann zu wechseln, wenn die Festverzinslichkeit höher wird. Das hat diese Anlagerichtlinie gemacht, nicht mehr und nicht weniger. Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. Das ist ein ganz normales, gutes finanztechnisches Management.

Dann wurde hier gesagt, solide Finanzpolitik sehe anders aus. Nun habe ich mir gedacht: Gut, das ist ja erst einmal eine Beschreibung dessen, wie man es interpretiert. Wo sitzen denn die drei Oppositionstruppen hier? In der Regierung? Im Saarland sind sie zusammen an der Macht. Und was finde ich da? Einen Landeshaushalt von 3,5 Milliarden Euro mit einer Nettokreditaufnahme von 1,1 Milliarden Euro. Das ist „solide Finanzpolitik!“

(Beifall DIE LINKE und SPD - Zurufe von der CDU)

Wir haben ein dreimal so hohes Haushaltsvolumen und haben die Hälfte der Nettokreditaufnahme.

(Zurufe)

Deswegen sage ich einfach: Das wirkt nicht solide. Man kann uns kritisieren. Das ist Ihr gutes Recht, dazu sind Sie da, sonst bräuhete man keine Opposition. Aber wenn man schon eine Basis nimmt - deswegen habe ich es nicht mit dem Bund gemacht, sondern mit einem Land, was zwar nur so groß ist wie die Uckermark,

(Bischoff [SPD]: Größer!)

aber immerhin, und wo Sie alle zu Dritt in der Regierung sitzen. Das ist meiner Ansicht nach vergleichbar.

Frau Vogdt kommt jedes Mal mit demselben Argument, dass wir ein Haushaltsvolumen von 10,5 Milliarden Euro haben.

(Senftleben [CDU]: Nehmen Sie einmal Sachsen als Beispiel! Was ist denn damit?)

- Stimmt, da hat sie Recht. Ich habe aber schon so oft erläutert, dass der Aufwuchs von 10 Milliarden 50 Millionen Euro auf 10 Milliarden 500 Millionen Euro auch dadurch zustande kommt, dass wir dem Versorgungsfonds 200 Millionen Euro zuführen, dass wir 165 Millionen Euro für das Zukunftsinvestitionsgesetz im Rahmen des Konjunkturpakets ausgeben, dass wir den Fehlbetrag des Jahres 2009 ausgleichen.

(Senftleben [CDU]: Und neue Schulden!)

Wir waren in den letzten zwei Monaten des vergangenen Jahres in der Regierung. Für diesen Anteil übernehme ich durchaus Haftung, aber doch nicht auch für den vorhergehenden Teil. Noch müssen wir 145 Millionen Euro für den Ausgleich zur Verfügung stellen. Hinzu kommen Ausgaben von 130 Millionen Euro für die Ost-West-Anpassung der Gehälter. Wenn Sie all das zusammenzählen, kommen Sie auf 640 Millionen Euro. Daran sehen Sie, wo der Aufwuchs herkommt. Das ist keine spendable Finanzpolitik, sondern Ausdruck der Notwendigkeiten, die jeder Finanzminister beachten muss. Wenn Sie an der Regierung wären - glücklicherweise sind Sie es nicht mehr -, hätten Sie diese Ausgaben ganz genauso tätigen müssen.

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister, lassen Sie eine Frage des Abgeordneten Dombrowski zu?

Minister Dr. Markov:

Ja, klar.

Dombrowski (CDU):

Herr Minister, Sie haben soeben Lenin zitiert.

Minister Dr. Markov:

Ja.

Dombrowski (CDU):

Er hat viel Kluges gesagt. Nun will ich nicht anmerken, dass Lenin vielleicht doch überall ist, denn das ist nicht meine Meinung.

Aber wenn Sie schon damit anfangen, Diktatoren zu zitieren, dann darf ich nachfragen, was Sie denn zu dem Zitat von Lenin sagen: „Wer die Kapitalisten vernichten will, muss ihre Währung zerstören.“ Ist die Politik, die Sie hier betreiben, im leninischen Duktus angelegt?

(Beifall CDU - Lachen bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Minister Dr. Markov:

Ich glaube, wenn man den Euro als Währung betrachtet,

(Unruhe bei der CDU)

dass Banken, die mit Leertiteln, Verbriefungen bzw. nichtgedeckten Derivaten handeln, diese Währung zerstören. Ich habe gestern klar und deutlich gesagt, dass man dies nicht zulassen darf.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Ich habe gestern aber auch darauf hingewiesen, dass diese Währung von vornherein ein paar Webfehler bei der Installation hatte. Das hat nun wirklich nichts mit Lenin zutun.

(Heiterkeit SPD und DIE LINKE)

Ich war bei dem Fehlbetrag von 650 Millionen Euro. Auf die Grunderwerbsteuer ist schon mehrfach eingegangen worden. Zunächst einmal stelle ich fest, dass Maßnahmen auf diesem Gebiet nicht für 2010, sondern erst für 2011 vorgesehen sind.

Jawohl, wir haben nach der Steuerschätzung vom Mai 2009, auf die wir uns damals bezogen haben, eine Deckungslücke von 330 Millionen Euro. Das ist bis November fortgeschrieben worden. Davon sollen aus der Allgemeinen Finanzverwaltung etwa 50 % erwirtschaftet werden, die anderen 50 % aus den Ministerien. So ist es vorgesehen.

Wenn behauptet wird, wir gäben immer zu viel Geld aus und seien nicht sparsam, obwohl wir konsolidieren müssten, dann rufe ich noch einmal Folgendes in Erinnerung - das hilft zwar auch nicht, aber trotzdem -: In der ersten Legislaturperiode, die nur vier Jahre umfasste, betrug die Nettokreditaufnahme 7,7 Milliarden Euro. Damals stellten FDP, Grüne und SPD die Regierung; tut mir leid, da seid ihr von der SPD jetzt auch mit dran.

(Oh! bei der CDU)

In der ersten Legislaturperiode unter Schwarz-Rot erreichte die Nettokreditaufnahme 4,7 Milliarden Euro.

(Senfleben [CDU]: Sie haben die fünf Jahre davor vergessen! - Weiterer Zuruf von der CDU: Da sehen Sie mal, was Sie für ein Chaos hinterlassen haben!)

- Was Sie für ein Chaos hinterlassen haben! Das muss man wirklich sagen.

(Zuruf von der CDU: Ich meinte, vor 1990!)

Der Haushalt, den wir jetzt vorgelegt haben, widerspiegelt eben genau die Politik, die Rot-Rot will,

(Senfleben [CDU]: Schulden machen!)

nämlich den Bürgern in Brandenburg die Sicherheit zu geben, dass wir uns um ihre Belange kümmern und dass wir ihre Sorgen ernst nehmen. Wir wollen, dass insbesondere die jungen Menschen besser qualifiziert werden, damit sie in ihrem späteren Leben mehr Chancen haben. Genau das wollen wir.

(Senfleben [CDU]: Und Schulden abarbeiten können!)

Dafür sind wir auch bereit, eine Nettokreditaufnahme in Kauf zu nehmen, wissend, dass uns das insgesamt natürlich stark belastet. In diesem politischen Abwägungsprozess haben wir uns dafür entschieden. Ich finde das richtig. Ich bin mir ganz sicher, dass der Brandenburger das auch honorieren wird, weil er fühlt: Diese Regierung kümmert sich um ihn. Sie nimmt ihn ernst. Sie nimmt seine Sorgen und Nöte auf. - Das ist es, was der Bürger von einer Regierung erwartet und was er von ihr auch erwarten kann. Deswegen bin ich optimistisch, dass viele der kritischen Punkte, die Sie von der Opposition angeschnitten haben, den Großteil der Menschen in diesem Land eigentlich nicht existenziell berühren.

Sie haben heute mehrmals die Gewerkschaften angesprochen. Gewerkschaften sind - das ist ihr Job, dafür sind sie da - Interessenvertreter einer Klientel. Eine Landesregierung muss sich um alle Menschen kümmern.

(Dombrowski [CDU]: Dann fangen Sie einmal damit an!)

Insofern sage ich klar und deutlich: Wenn Frau Stumpfenhusen gegen den ÖBS argumentiert, dann finde ich das vollkommen falsch. Ich glaube auch nicht, dass das die Meinung des DGB ist. Genauso deutlich sage ich, dass es Aufgabe dieser Landesregierung ist - denn die Arbeitslosen haben keine Gewerkschaft -, sich auch um die Langzeitarbeitslosen zu kümmern, damit sie wieder eine Zukunft haben, in das Leben blicken können und die Chance bekommen, in den ersten Arbeitsmarkt zu wechseln.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Das zu diskreditieren finde ich ein ziemlich starkes Stück. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsidentin Große:

Herr Minister, die Abgeordnete Niels hatte zur richtigen Zeit eine Frage gestellt. Sie haben das Rednerpult so schnell verlassen. Sind Sie bereit, die Frage noch zu beantworten?

Minister Dr. Markov:

Entschuldigung!

Frau Niels (GRÜNE/B90):

Es gibt heute viele Rückmeldungen über Weiterbildungsangebote. Zum Thema ÖBS habe ich die Frage, ob Sie sich vielleicht einmal mit mir unterhalten möchten, denn hier sitzt eine Lobby von Langzeitarbeitslosen. Ich habe schon mehrere Maßnahmen mitgemacht, kann also nicht nur von Statistiken berichten. Vielleicht können wir einmal einen Tee zusammen trinken.

Minister Dr. Markov:

Das machen wir sofort. Wir vereinbaren einen Termin. Ich bin auch gern bereit, in Ihre Fraktion zu kommen - auch Einladungen anderer Fraktionen bin ich immer gefolgt -, und dann unterhalten wir uns darüber. Wenn Sie nichts dagegen haben, bringe ich noch ein paar ganz kluge Leute mit, die speziell auf diesem Gebiet arbeiten. Ich gehe davon aus, dass wir das gut miteinander ausdiskutieren können.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Dr. Markov. - Damit ist die Rednerliste beendet. Die Regierung hat in einer Zeit von 1 Stunde und 55 Minuten alle Erfordernisse hier erfüllt. Ich beende die Aussprache. Damit ist auch die Unterrichtung durch die Landesregierung in der Drucksache 5/759 zur Kenntnis genommen worden.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zu Einzelplan 12 - einschließlich Beilage -, Drucksache 5/812, mit dem positiven Votum des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Zu Einzelplan 20 ist über Änderungsanträge abzustimmen, die ich jetzt einzeln aufrufe. Da es auch namentliche Abstimmungen gibt, bitte ich Sie, Ihre Abgeordnetenkollegen herbeizurufen.

Wir stimmen zuerst ab über den Änderungsantrag in der Drucksache 5/927, eingereicht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es geht um die Einstellung einer globalen Minderausgabe. Wer dem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine. Bei einer erheblichen Anzahl von Gegenstimmen ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Wir kommen zu dem Änderungsantrag in der Drucksache 5/928, eingereicht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die einreichende Fraktion hat für diesen Antrag namentliche Abstimmung beantragt. Es geht um die Einstellung einer globalen Minderausgabe.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, sich vorzubereiten und dann die Namen aufzurufen.

(Namentliche Abstimmung)

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt: 21 Abgeordnete haben mit Ja gestimmt, 54 mit Nein. Es gab keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 1027)

Wir bitten alle Abgeordneten darum, ihr Votum etwas lauter und deutlicher zu artikulieren, damit wir das hier verstehen können.

Wir kommen zum nächsten Änderungsantrag: Änderungsantrag Drucksache 5/929, ebenfalls eingebracht von der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Einstellung einer globalen Minderausgabe. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer Enthaltung ist der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen nun zu einem weiteren Antrag, für den namentliche Abstimmung beantragt wurde. Es ist der Änderungsantrag in Drucksache 5/930, eingereicht von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es geht um die Streichung des Ansatzes. Kapitel 20 710, Titel 919 20. - Sind die Beisitzer bereit?

(Namentliche Abstimmung)

Ich bitte jetzt darum, die Auszählung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Für den Antrag stimmten 28 Abgeordnete, gegen ihn stimmten 50 Abgeordnete. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 1027)

Wir kommen nun zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zum Einzelplan 20. Diese liegt Ihnen in der Drucksache 5/820 vor. Wer der Beschlussempfehlung Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Zum Text des Haushaltsgesetzes ist nun über folgende Änderungsanträge abzustimmen. Erstens: Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion - Neufassung des § 2 Abs. 5 - liegt Ihnen in der Drucksache 5/889 vor. Wer diesem Änderungsantrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zweitens: Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion - Neufassung des § 5 Abs. 1 Satz 2 und § 5 Abs. 4 Satz 1 sowie Streichung des § 5 Abs. 5 Satz 1 - liegt Ihnen in der Drucksache 5/890 vor. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Enthaltungen ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Drittens: Ich rufe den Änderungsantrag der CDU-Fraktion - Ergänzung des § 18 Abs. 3 Nr. 2 -, der Ihnen in der Drucksache 5/891 vorliegt, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich und ohne Enthaltungen abgelehnt.

Nun kommen wir zur Beschlussempfehlung zum Haushaltsgesetz 2010, die Ihnen in der Drucksache 5/800 - Neudruck - vorliegt. Dabei handelt es sich um eine Empfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich angenommen. Damit ist das Haushaltsgesetz 2010 in 2. Lesung angenommen.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Haushaltsgesetzes 2010 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur

Vorbereitung der 3. Lesung. Wer der Empfehlung Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag einstimmig zur 3. Lesung überwiesen.

Damit ist der Finanzplan des Landes Brandenburg für die Jahre 2009 bis 2013 gemäß Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drucksache 5/821 - zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Viertes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 5/293
(Neudruck)

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Inneres

Drucksache 5/798
(Neudruck)

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion der CDU. Der Abgeordnete Petke erhält das Wort.

Petke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Wir befassen uns heute zum zweiten Mal mit dem Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes und anderer Rechtsvorschriften. Wir werden dem vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktion SPD und DIE LINKE zustimmen.

(Senfleben [CDU]: Ja, so sind wir!)

Wir versprechen uns davon, dass mit der Zusammenlegung der beiden Bereiche des Datenschutzes nicht nur Synergieeffekte genutzt werden können, sondern auch der Landesbeauftragten für den Datenschutz eine höhere Bedeutung beigemessen wird und der Datenschutz insgesamt in unserer Gesellschaft eine größere Bedeutung erhält.

In der Begründung des Gesetzentwurfs wird auf Defizite im Datenschutz in Brandenburg in den zurückliegenden Jahren hingewiesen. Zugleich wird darauf abgestellt, dass mit dem Gesetzentwurf die Hoffnung verbunden ist, dass vieles, das im Datenschutz im Argen liegt, in Ordnung gebracht wird, wenn man nur den öffentlichen und den nichtöffentlichen Teil des Datenschutzes bei der Landesbeauftragten für Datenschutz zusammenlegt.

Diesbezüglich möchte ich zwei Punkte ansprechen: Zum einen müsste der Datenschutz insgesamt in unserer Gesellschaft über eine größere Bedeutung verfügen. Berichte der vergangenen Tage über Versäumnisse in sozialen Netzwerken und an anderen

Stellen haben gezeigt, dass es nicht nur darum geht, zu schauen, inwieweit gesetzliche Vorschriften eingehalten werden, sondern dass es vor allem auch um eine Verankerung des Wertes des Datenschutzes in weiten Teilen der Bevölkerung gehen muss.

Wenn Sie die letzte Berichterstattung zu den sozialen Netzwerken verfolgen, können Sie feststellen - das erfüllt uns mit Sorge -, dass ein Großteil der Nutzer von sozialen Netzwerken den Datenschutzbelangen wenig bis keine Bedeutung beimisst, dass unter anderem persönliche Daten sehr freizügig ins Netz gestellt werden und dass die Sorge bezüglich des Umgangs mit den eigenen persönlichen Daten offensichtlich nicht gerade verbreitet ist. Insofern geht es auch darum, dass wir im Landtag nicht nur so tun, als ob mit diesem Gesetzentwurf jetzt automatisch eine Verbesserung verbunden ist, sondern dass wir die Datenschutzbelange auch an anderer Stelle politisch ansprechen.

Mein Kollege Eichelbaum fragte im Rechtsausschuss die Landesregierung, wie denn die Positionierung zu den Fotografien von „Google Street View“ im Land sei. Bei den Fotografien handelt es sich um Mitarbeiter, die mit dem Auto unsere Straßen abfahren und unsere Häuser fotografieren.

Das ist das eine. Sie tun damit auch etwas anderes: Sie stellen die Aufnahmen ins Netz, machen sie suchfähig und verknüpfen sie mit anderen Informationen. Wir können heute noch gar nicht wissen, was sie damit noch alles vorhaben. Da war aufseiten der Ministers, aufseiten der anwesenden Mitarbeiter der Landesregierung, aber auch im Ausschuss selbst so etwas wie Ratlosigkeit zu sehen.

Die erste Frage war: Sind wir denn überhaupt zuständig? Dann gab es eine durchaus sachliche Diskussion. Wir einigten uns darauf, dass nicht der Rechtsausschuss, sondern der Innenausschuss zuständig ist, weil er für die Datenschutzbelange verantwortlich ist.

An diesem Beispiel möchte ich deutlich machen, dass wir alltäglich mit Belangen des Datenschutzes konfrontiert sind. Aber wenn es dann konkret wird, stoßen wir ganz schnell an unsere politischen, personellen und materiellen Grenzen. Insofern werden wir schauen, ob das, was wir heute gesetzgeberisch auf den Weg bringen und was in der Gesetzesbegründung in Aussicht gestellt wird, in den nächsten ein, zwei Jahren - das ist zunächst einmal nur eine Annahme - tatsächlich funktioniert.

Ich bin der Meinung, dass wir mit diesem Gesetzentwurf heute einen notwendigen Schritt tun. Allerdings sind wir tatsächlich auf die kommenden Herausforderungen, insbesondere was neue Medien, das Internet und neue technische Möglichkeiten betrifft, auch in Brandenburg insgesamt unzureichend vorbereitet. Es lohnt sich, in den Landtagsausschüssen vertiefte Diskussionen zu führen und die Bereitschaft mitzubringen - darauf hat die Datenschutzbeauftragte hingewiesen -, die notwendigen materiellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen, um einen effektiven Datenschutz für die Menschen in Brandenburg zu verwirklichen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Petke. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Abgeordneten Stark von der SPD-Fraktion fort.

Frau Stark (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich meine Freude zum Ausdruck bringen, Herr Kollege Petke, dass Sie hier angekündigt haben, dass die CDU-Fraktion diesen Gesetzentwurf mittragen wird. Es freut mich ganz besonders, denn das war ein langer, zäher Prozess. Sie wissen, dass wir uns in der vergangenen Legislaturperiode schon bemüht haben, das gemeinsam mit Ihnen auf den Weg zu bringen. Was lange währt, wird endlich gut, kann man sagen.

Der Datenschutz als Aufgabe des Staates ist noch recht jung. Es gab und gibt auch heute noch sehr viele Staaten, denen das Sammeln von Daten ihrer Bürger viel näher liegt als der Schutz der Daten vor dem Zugriff durch Behörden und Dritte.

Insofern denke ich, dass wir mit unserem Gesetzentwurf genau in die richtige Richtung gehen. Übermäßiges Datensammeln greift nicht nur in unzulässiger Weise in die Freiheit der Betroffenen ein. Ich bin der Meinung, es belastet nicht nur in unnötigem Maße die öffentlichen Haushalte, sondern es führt zwingend dazu, dass das Vertrauen der Bürger in das Staatswesen sinkt, jenes Vertrauen, das jedes Staatswesen und unsere Demokratie auf ganz besondere Weise brauchen.

Voraussetzung für dieses Vertrauen ist eben, dass die jeweiligen Datenschutzbehörden frei von Einflüssen der Exekutive sind, und zwar nicht nur in dem Rahmen, in dem sie öffentliche Stellen kontrollieren, sondern auch dann, wenn die Belange des Datenschutzes gegenüber Dritten durchgesetzt werden sollen.

Nur so wird verhindert, dass im Einzelfall Eingriffe zugunsten dieser Dritten, zum Beispiel im wirtschaftspolitischen Interesse oder aus anderen Interessen, der Staatsräson folgen. Diese Überlegungen lagen auch der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zugrunde. Nicht nur wir im Innenausschuss wissen - ich glaube, es ist allen bekannt -, dass es entsprechende Beschlüsse gibt. Wir setzen mit dem heutigen Gesetzentwurf die Forderung des Europäischen Gerichtshofs um.

Es ist klar, dass auch unsere Datenschutzbeauftragte eine Landesbehörde ist, die mit öffentlichen Mitteln öffentliche Aufgaben zu erledigen hat. Folglich muss eine parlamentarische Kontrolle realisiert werden.

Es gibt zwei Kernpunkte, einmal das Zusammenführen des öffentlichen und nichtöffentlichen Bereichs. Der zweite Punkt ist, dass wir parlamentarische Kontrolle als Regelung in den Gesetzentwurf aufgenommen haben. Wir haben zukünftig ein Fragerecht der Abgeordneten gesichert, zum einen bezogen auf die Behörde der Datenschutzbeauftragten, zum anderen auf die Behörde von Frau Poppe. Wir werden im nachfolgenden Tagesordnungspunkt dieses in der Geschäftsordnung festschreiben.

Insgesamt muss man sagen: Es ist ein großer Qualitätssprung, der sich heute mit diesem Gesetzentwurf vollzieht. Es war ein langer Weg. Die SPD hat einen langen Atem an den Tag gelegt. Ich freue mich - wie gesagt - auch über Rechtsaußen, dass wir diesen heute gemeinsam verabschieden werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Stark. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der FDP-Fraktion fort. Abgeordneter Goetz, Sie haben das Wort.

Goetz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Die Jüngeren unter uns kennen das nicht, nur die Älteren, die in den 70er Jahren ferngesehen haben. Damals gab es Serien wie „Raumschiff Enterprise“. Da drang Captain Kirk mit seiner Mannschaft - 400 Leuten -, in Galaxien vor, die nie ein Mensch zuvor gesehen hatte. Die hatten Technik dabei; die hatten Kommunikatoren, die wurden aufgeklappt. Dann sprach man mit dem Raumschiff irgendwo da oben. Jedes läppische Handy, das jeder von uns heute in der Tasche hat, kann wesentlich mehr als diese Phantasiekommunikatoren, diese Hightech-Produkte, die man in den 60er und 70er Jahren vorhergesehen hatte.

Wer „Star Wars“-Fan ist: Der imperiale Todesstern kann mit seiner Technik, seiner Rechentechnik wesentlich weniger als jeder Laptop, der heute hier auf den Tischen steht. Das heißt, die Technik hat über die letzten Jahrzehnte eine gewaltige Entwicklung genommen, die sich vor 30, auch vor 20 Jahren so keiner vorstellen konnte.

So sind eben auch die Anforderungen an den Datenschutz gewachsen, mit dem wir uns hier befassen müssen. Deshalb ist es gut, dass das Gesetz, das jetzt vorliegt, diese Anforderungen in Teilen nachvollzieht, indem der Datenschutz im Land Brandenburg in einer Hand konzentriert wird. Deshalb vorab: Auch die FDP-Fraktion wird selbstverständlich zustimmen.

Schön wäre es gewesen, wenn es ein bisschen schneller gegangen wäre. Die Datenschutzbehörde als oberste Landesbehörde anzusiedeln war bereits einmal eine Idee der FDP-Fraktion - sie fand keine Mehrheit. Es war eine Idee der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - auch sie fand keine Mehrheit.

Dann kam der EuGH mit derselben Idee. Nun fand sie eine Mehrheit. Also Ende gut, alles gut. Wir hätten es nur ein bisschen früher haben können; aber nun ist es so.

Ich habe es gestern schon am Rande der Haushaltsdebatten zum Landtag und der bei uns angesiedelten obersten Datenschutzbehörde gesagt: Man kann Freiheit nicht schützen, indem man sie beseitigt. Ich hatte Beispiele genannt, bei denen Datenschutz im Land Brandenburg verletzt worden ist. Ich bringe Ihnen heute drei andere Beispiele. Aus dem Bericht der Datenschutzbeauftragten geht hervor, dass einreicher Katalog darüber vorliegt, was im Land Brandenburg alles schiefgelaufen ist.

Im Bereich Hartz IV sind Daten von Hartz-IV-Leistungsempfängern auf dem Flur der Behörde gelagert worden. Das heißt, jeder, der vorbeizog, konnte Akten anschauen und sehen, wer Leistungen in welcher Höhe bezieht. Das ist ein krasser Verstoß gegen Datenschutzbestimmungen. Gut, dass es unsere Behörde gibt, die das festgestellt und für Abhilfe gesorgt hat.

Die ARGe verlangt die Bekanntgabe von Kundendaten von

einzelnen Selbstständigen, damit sie Hartz-IV-Leistungen beziehen können. Das ist ebenfalls ein Verstoß gegen die Datenschutzrichtlinien. Diese Kundendaten werden für die Aufgaben der Behörde nicht benötigt. Auch da ist hoffentlich Abhilfe auf dem Wege.

Außerdem erhebt die Behörde Daten bei den Vermietern von Hartz-IV-Empfängern. Dadurch erfährt der Vermieter, wer Sozialleistungen bezieht. Das drückt das Rating für Vermietungen. Es ist durchaus so, dass, wenn die Behörde Leistungen erbringt, man diese gern in Anspruch nimmt. Aber es wird von Vermietern gefragt, welche Leistungen bezogen werden, wie denn Einkommen erzielt wird. Der Bezug von Hartz-IV-Leistungen wirkt sich eben nachteilig auf das Zustandekommen von Mietverhältnissen aus. Auch das ist ein krasser Datenschutzverstoß, der dank unserer obersten Datenschutzbehörde festgestellt worden ist und dem abgeholfen wird.

Die Zusammenlegung ist gut.

Für die Medizintechnik habe ich gestern krasse Beispiele angeführt, welche große Entwicklung wir in diesem Bereich im Land Brandenburg haben und was in der Telemedizin alles möglich ist. Teltow ist auf diesem Gebiet und auch darüber hinaus führend im Land Brandenburg. Man kann wirklich mit kleinen Instrumenten, die am Arm oder irgendwo sonst am Körper getragen werden, Daten zwecks Auswertung in die ganze Welt übermitteln. Diese Daten bergen natürlich die Gefahr des Missbrauchs in sich. Auch diese Herausforderung wird von unserer Datenschutzbehörde angenommen.

So schön das alles ist, diese Arbeit muss, auch wenn wir sie gesetzlich angebunden haben, natürlich geleistet werden, und zwar von Leuten, die es tatsächlich tun sollten. Da haben wir gegenwärtig einen Bestand von 17 Mitarbeitern - vier kommen aus dem Innenministerium dazu. Das macht dann 17 und 4. Aber es ist kein Kartenspiel, kein Glücksspiel, was da läuft.

Eigentlich soll damit die gesamte Datenschutzarbeit geleistet werden. Praktisch ist das mit 21 Leuten angesichts der gewachsenen Herausforderungen im IT-Bereich, die wir im Datenschutz haben, nicht zu machen. Deswegen setzen wir uns weiterhin intensiv dafür ein, dort für personelle Ausstattung der Behörde zu sorgen, die es nicht nur vom Gesetz, sondern von den tatsächlichen Verhältnissen her ermöglicht, die Aufgaben, die vor uns allen stehen, die unser aller Sicherheit, unser aller Freiheit dienen, wirklich zu erfüllen.

Ich wünsche mir, dass im Landtag durch das Gesetz, das nach Ablehnung der Vorschläge der FDP und nach Ablehnung der Vorschläge der Grünen erst nach dem EuGH-Urteil zustande gekommen ist, die Einsicht wächst, dass mehr Personal gebraucht wird - wie wir es vorschlagen und wie es auch die Grünen sehen -, um diese Aufgabe zu erfüllen.

Wenn das gelingt und wir dorthin kommen, haben wir nach dem ersten Schritt, den wir heute mit dem gemeinsamen Gesetz gehen werden, einen zweiten wichtigen Schritt getan. Die FDP-Fraktion stimmt zu. Wir sind auf einem guten Weg, aber es darf nicht der letzte Schritt sein, wenn wir einen wirksamen Datenschutz im Land Brandenburg gewährleisten wollen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP und GRÜNE/B90)

Vizepräsident Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Goetz. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Dr. Scharfenberg von der Fraktion DIE LINKE fort.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit der 1. Lesung des Gesetzentwurfs von SPD und Linken zur Novellierung des Datenschutzgesetzes haben sich die Bedingungen für die Zusammenführung der Datenschutzaufsicht wesentlich konkretisiert. Endlich liegt die langersehnte Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vor, und sie ist deutlicher ausgefallen, als erwartet worden ist. Ich will hier aber noch einmal deutlich machen, dass es den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen bereits vorher gegeben hat. Der EuGH artikuliert in seiner Entscheidung einen hohen Anspruch an die Unabhängigkeit der Aufsicht über den Datenschutz. Das hat dazu geführt, dass der Gesetzentwurf noch einmal geändert werden musste und die ursprünglich vorgesehene Rechtsaufsicht des Innenministeriums über die Landesbeauftragte wieder gestrichen wurde.

Zugleich haben wir uns entschieden, eine Regelung zur Sicherung der Kontrollrechte der Abgeordneten in Form eines Fragerechts und der Akteneinsicht in das Gesetz aufzunehmen. Damit sind die wesentlichen Voraussetzungen für die Übertragung der Aufsicht über den nichtöffentlichen Bereich an die Landesdatenschutzbeauftragte gegeben. Das wird zweifellos zu einer Stärkung des Datenschutzes im Land Brandenburg führen.

Ich freue mich darüber, dass sich eine breite Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf abzeichnet. Angesichts dessen stellt man sich die Frage, warum das dann so lange gedauert hat. Die Diskussionen laufen seit etwa zehn Jahren.

Die notwendigen Entscheidungen werden spät, aber nicht zu spät getroffen. Ich erinnere an die jahrelangen Abwehrschlachten, die das Schönbohm-Ministerium gegen diese naheliegende Veränderung geführt hat, und das zunehmend mit Verweis und unter Vertröstung auf das EuGH-Urteil, mit dem wir nun umgehen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion zur Ausgestaltung der Datenschutzbeauftragten in ihrer neuen Verantwortung schloss auch die Frage ein, ob es in diesem Zusammenhang erforderlich und richtig sei, die Landesbeauftragte zu einer obersten Landesbehörde umzugestalten. Ein entsprechender Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lag vor. Wir haben uns geeinigt, diesen Schritt nicht zu gehen, da eine Anbindung als Beauftragte des Landtags das notwendige Maß an Unabhängigkeit sichert. Allerdings wird aus dem praktischen Funktionieren der größer werdenden Behörde der Landesbeauftragten abzuleiten sein, welche Ausstattung erforderlich ist, um der deutlich größeren Verantwortung nachkommen zu können. Die Datenschutzaufsicht im privaten Bereich wird nur wirksamer funktionieren, wenn präventiv eine intensive Kontrolltätigkeit realisiert wird. Das ist nicht zuletzt auch personell mit einem großen Aufwand verbunden. Hier gibt es einen Unterschied zum öffentlichen Bereich. Es reicht nicht aus, sich an einer veränderten Zuständigkeit zu erfreuen, wenn das nicht

mit einer real höheren Wirksamkeit des Datenschutzes verbunden wird. Da sind wir in völliger Übereinstimmung, Herr Petke, was ja nicht jeden Tag vorkommt. - Danke schön.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der Abgeordneten Nonnemacher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort.

Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie bereits bei der 1. Lesung des Gesetzentwurfs im Februar dieses Jahres betont, ist die grundsätzliche Intention, nämlich die lange angemahnte Zusammenführung der Datenschutzaufsicht für den öffentlichen und privaten Bereich überfällig, richtig und begrüßenswert.

Wir hatten am 22. Februar 2010 jedoch bereits auf das Problem der Rechtsaufsicht hingewiesen und einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht. Wir sahen die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Rechtsaufsicht durch den Innenminister als nicht vereinbar mit der in Artikel 28 Abs. 1 der EU-Datenschutzrichtlinie geforderten völligen Unabhängigkeit der Kontrollbehörde an und schlugen vor, diese an höherer Stelle bei der Landesregierung anzusiedeln.

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 9. März dieses Jahres hat diese Bedenken in eindrucksvollster Weise bestätigt und die völlige Unabhängigkeit der Datenschutzaufsichtsbehörde dahin gehend interpretiert, dass jegliche Art der staatlichen Aufsicht als europarechtswidrig anzusehen ist. Wir haben unseren Änderungsantrag daraufhin modifiziert und die im ersten Gesetzentwurf festgeschriebene Rechtsaufsicht ersatzlos gestrichen.

Die Koalitionsfraktionen haben einen partiell deckungsgleichen Änderungsantrag in die Sitzung des Innenausschusses am 15. April 2010 eingebracht, und es erfüllt mich mit großer Freude, sagen zu können, dass alle Fraktionen hier im Haus die völlige Unabhängigkeit von staatlicher Aufsicht über die Landesbeauftragte einstimmig befürwortet haben.

Leider hat der zweite Teil unseres Änderungsantrags, nämlich das Amt der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht als oberste Landesbehörde auszugestalten, nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Als eine Fraktion, die die Bedeutung des Datenschutzes immer wieder betont, bedauern wir sehr, dass diese Stärkung der Rechtsstellung der Landesbeauftragten nicht vollzogen wurde. Wir glauben außerdem, dass der Intention des EuGH-Urteils zur völligen Unabhängigkeit der Amtsführung der Datenschutzkontrollstellen dadurch Rechnung getragen wird, dass Entscheidungshoheit bei Haushalt, Personal und Organisation besteht. Dies und die erforderlichen Eingriffs- und Durchsetzungsbefugnisse wären bei einer obersten Landesbehörde gegeben, im Moment sind sie nicht gegeben.

Die jetzt vorgelegte Fassung des Gesetzentwurfs stellt zweifellos einen Fortschritt dar - das sehen wir auch -, aber wir hätten uns weitergehende Regelungen gewünscht und zweifeln an, dass die Intention des EuGH-Urteils hier vollständig umgesetzt ist. Außerdem hätten wir uns gewünscht, dass der von uns bean-

tragten moderaten Erhöhung der Stellen im Bereich der Datenschutzaufsichtsbehörde zugestimmt worden wäre. Meine Fraktion wird sich bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf der Stimme enthalten. - Danke.

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Da die Landesregierung auf einen Redebeitrag verzichtet, sind wir am Ende der Rednerliste. Ich stelle die Beschlussempfehlung in der Drucksache 5/798 - Neudruck - zur Abstimmung. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei zwei Enthaltungen ist der Empfehlung mehrheitlich gefolgt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg
(gemäß Beschluss des Landtages vom 21.10.2009
- Drs. 5/2-B)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses

Drucksache 5/615

Die Debatte eröffnet der Abgeordnete Senftleben; er spricht für die CDU-Fraktion.

Senftleben (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle wissen, dass Diskussionen über die Geschäftsordnung nicht der Hauptbestandteil unserer Arbeit sein sollten und auch nicht sein werden. Wir werden mit dem heutigen Beschluss - bzw. mit unserer Enthaltung - eine Arbeitsgrundlage für dieses Parlament haben. Auch wenn es viele Diskussionen gab - Fakt ist, dass es eine solche geben muss.

Die Geschäftsordnung ist die Grundlage der Arbeit miteinander, untereinander, gegeneinander und füreinander.

Aber sie ist auch eine Grundlage dafür, dass Regierung und Opposition mit ihren Rechten, natürlich auch mit ihren Pflichten, erkennbar sind und diese auch nutzen können. Ich glaube am Anfang deutlich sagen zu müssen: Diese Geschäftsordnung, wie sie heute von Rot-Rot und auch durch den Beschluss des Hauptausschusses vorliegt, wird den Rechten der Minderheiten in diesem Landtag nicht gerecht.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Herr Görke hat übrigens beim RBB gesagt, diese moderne Geschäftsordnung sei ein Beispiel für ganz Deutschland. Ich sage ganz deutlich, auch an die Kollegen der Linken gerichtet, die gesagt haben, sie würden ein neues Klima in den Landtag tragen:

(Jürgens [DIE LINKE]: Wir sitzen hier!)

Ich weiß, wo Sie sitzen.

(Jürgens [DIE LINKE]: Dann müssen Sie uns auch anschauen! - Heiterkeit)

Da haben Sie anscheinend an der Klimaanlage die falsche Taste gedrückt, nämlich nicht die Taste für Wärme, sondern die für Kälte.

(Beifall CDU)

Natürlich ist es richtig, dass wir zukünftig nicht nur hier in diesem Plenarsaal lebendig und wahrhaftig diskutieren können, sondern auch in den öffentlichen Ausschusssitzungen.

(Jürgens [DIE LINKE]: Das haben Sie die ganzen Jahre verhindert!)

- Ja. - Wir können zukünftig die Möglichkeit des Diskutierens hier im Plenarsaal auch durch die Möglichkeiten erweitern, die wir gemeinsam beschlossen haben. Aber das war es dann auch schon mit der großen Gemeinsamkeit auf diesem Gebiet.

Meine Damen und Herren, ich greife einmal ein Beispiel heraus, das Herr Krause

(Krause [DIE LINKE]: Hier!)

von den Linken - er ist auch noch anwesend - gefeiert hat. Im Februar sagte er in der „Märkischen Oderzeitung“, er finde es ganz toll, dass sie, die Linken, es geschafft haben, dass der Petitionsausschuss zukünftig öffentlich tagen darf.

(Krause [DIE LINKE]: Vor Ort tagen darf!)

Schade ist nur, dass er dabei vergessen hat, seinen Geschäftsführer, Herrn Görke - der mit uns darüber verhandelt und gesagt hat: nein, der Petitionsausschuss ist zukünftig nicht öffentlich - darüber zu informieren.

(Einzelbeifall CDU)

Zweiter Punkt: Der Ausschussvorsitzende Herr Domres von den Linken feierte sich selbst auf einer öffentlichen Veranstaltung, zu der er auch die Presse eingeladen hatte. Zu einer Sitzung des Petitionsausschusses außerhalb des Landtags in der Uckermark lud Herr Domres die Pressevertreter ein, damit diese hinterher über Petitionsanliegen der Bürger informieren können. Uns im Landtag sagte er, wir dürften nicht öffentlich beraten, weil damit Geheimnisse der Menschen verraten werden könnten.

(Zuruf der Abgeordneten Wöllert [DIE LINKE])

Diesen Widerspruch müssen Sie erst einmal auflösen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Letzter Punkt: Es wird noch besser. Ich freue mich auch über Ihre Aufregung, das ist immer ganz spannend. Das ist ja auch mein Anliegen.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Wer ist hier wohl aufgeregt?)

Die Landearbeitsgemeinschaft „Schule in Brandenburg“ der Linken hat am 2. oder 3. Juni 2006 Unterschriften übergeben, nämlich an den Ausschussvorsitzenden des Petitionsausschusses,

Herrn Domres. Das Anliegen war übrigens die Kita-Initiative. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie damals bescheiden waren und gesagt haben: Diese Übergabe machen wir nicht öffentlich, weil sie Geheimnisse von 1 700 Leuten aus Brandenburg betrifft, die unterschrieben haben. Da haben Sie vor allen Kameras dieses Landes gefeiert, dass Herr Petzold von den Linken die Unterschriften an den Ausschussvorsitzenden Herrn Domres übergeben hat. Da war es Ihnen recht, dass Öffentlichkeit bei Petitionen erreicht werden kann.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Ja!)

Sie haben sich ziemlich schnell gewandelt, meine Damen und Herren von den Linken, und werden damit Ihren eigenen Ansprüchen nicht mehr gerecht.

(Beifall CDU)

Ein Weiteres lässt tief blicken: Wir haben in diesem Landtag jetzt natürlich mehr bunte Vielfalt. Die Grünen und die FDP-Fraktion bereichern mit Sicherheit die Diskussionen im Parlament. Aber sie haben auch Rechte, nämlich Rederechte. In den Ausschusssitzungen darf jeder Mitarbeiter einer Verwaltung, geladen durch Ministerinnen und Minister, reden, weil er nämlich Fachargumente liefern darf. Aber wir, die gewählten Abgeordneten, müssen uns das Rederecht durch Handzeichen und Beschluss des Ausschusses erst einmal erbitten, nämlich für die Kollegen, die nicht im Ausschuss vertreten sind. Das Rederecht gehört in diesem Landtag jedem Abgeordneten in jedem Ausschuss! Dafür stehen wir auch weiterhin, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Abgeordneter.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das ist gut!)

Senfleben (CDU):

Meine Damen und Herren, das letzte Beispiel ist der Posten des Vizepräsidenten des Landtags. Wir haben in Deutschland - das wissen Sie - mehrere Landtage, und wir haben in keinem einzigen Bundesland - nur in Brandenburg - die Situation, dass die Opposition keinen solchen Posten innehaben darf.

(Jürgens [DIE LINKE]: Sie sind so postengeil, das ist unverschämt!)

Übrigens acht Mal, Kollegen von der SPD, dürfen Sie als größte Fraktion in der Opposition einen solchen Posten stellen, die Linken vier Mal. Sie sagen, wir dürften das hier in Brandenburg nicht. Vielleicht dann, wenn wir als Opposition anders mit Ihnen umgehen. Das ist Erpressung gegen Posten! Das gab es schon einmal, das brauchen wir nicht. Wir brauchen Freiheit für die Minderheiten dieses Landtags und für die Opposition.

(Beifall CDU)

Danke schön.

(Beifall CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wegen der überzogenen Redezeit lasse ich heute keine Zwischenfragen zu. - Jetzt setzen wir mit der Abgeordneten Geywitz für die SPD-Fraktion fort.

Frau Geywitz (SPD):

Liebe Kollegen, da sage doch einer, dass Geschäftsordnungsdebatten langweilig seien - das Gegenteil ist der Fall. Herzlichen Dank, Kollege Senftleben.

(Senftleben [CDU]: Bitte schön!)

Er hat das Auditorium wieder wach gemacht.

(Jürgens [DIE LINKE]: Wir waren immer wach!)

Es ist sehr schön, wenn wir Zeuge des historischen Fortschritts werden. Vor fünf Jahren war es noch eine Fraktion hier im Hause, die verhindert hat, dass die Ausschusssitzungen öffentlich sind.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Genau! - Beifall SPD und DIE LINKE)

Da kann man sich jetzt fragen: Wurde das geändert, weil Sie fünf Jahre Zeit zum Nachdenken hatten? Oder hat die Tatsache, dass Sie jetzt nicht mehr in der Regierung, sondern in der Opposition sind, den Standpunkt zu dieser Frage verändert? Oder war es jemand, der heute gar nicht da ist, nämlich Ihre jetzige Fraktionsvorsitzende, Saskia Ludwig, die damals schon eine avantgardistische Meinung in Ihrer Fraktion hatte, nämlich dass man öffentlich tagen soll? Sie konnte sich offensichtlich durchsetzen.

Was natürlich auch sehr spannend ist, ist die Frage: Wie sieht man es, wenn man in der Opposition ist, und wie sieht man es, wenn man in der Regierung ist? Bezüglich der Frage des Vizepräsidentenpostens kann man zurückschauen: Wie war das denn 1999? Da hatten wir, glaube ich, eine Koalition. Herr Senftleben, wir waren damals noch nicht dabei,

(Senftleben [CDU]: Doch! Ich war schon hier!)

aber unsere Vorgänger. Die Kollegen von der Linkspartei waren in der Opposition. Man überlegt: Wer war damals Vizepräsident? Jemand von der Linkspartei? Nein. Jemand von der CDU? Ja. Aber ich nehme an, dass die Linkspartei damals überhaupt keinen Vizepräsidenten stellen wollte. Oder? Ich weiß es nicht.

(Zurufe)

Ich finde, wir haben heute zwei sehr anstrengende Plenartage hinter uns. Unsere beiden Kollegen dort oben waren keineswegs mit der Sitzungsführung überfordert. Ich glaube, man sollte sich gut überlegen, ob man jetzt in diesem Landtag noch einen Posten mit Fahrer und Sekretärin schafft und ob das die parlamentarische Arbeit wirklich voranbringt.

(Jürgens [DIE LINKE]: Ganz genau!)

Ich finde, was ein großer Fortschritt ist und unsere Arbeit erleichtern wird, ist die neue Protokollregelung, dank der die

Ausschussprotokolle vorliegen, bevor wir die nächste Sitzung haben. Das ist sehr hilfreich, ein Standard, den wir bis jetzt nicht hatten. Wir haben auf Initiative unserer Fraktion und der Linksfraktion auch ein zusätzliches Anhörungs- und Rederecht für die sorbischen Vertreter hier im Land geschaffen. Ich denke, das ist eine sehr sinnvolle Sache.

Zur Frage des Petitionsausschusses: Ich glaube, alle Kollegen, die schon länger im Petitionsausschuss waren, haben diese Frage mit Ihnen, Herr Senftleben, mehrfach diskutiert. Sie haben dazu offensichtlich einen speziellen Standpunkt und vertreten ihn auch ganz energisch. Aber in diesem Haus gibt es dafür keine Mehrheit. Wir lehnen ihn nicht ab, weil Sie in der Opposition sind. Es herrscht in der Tat ein neues Klima in dieser neuen Koalition. Wir haben - daran können Sie sich als CDU-Fraktion noch erinnern - schon gemeinsame Anträge gestellt, beispielsweise zu Regionalen Wachstumskernen, wenn ich mich nicht irre. Wir haben auch schon zusammen mit den Grünen gemeinsame Änderungsanträge gestellt. Wir machen sogar einen Entschließungsantrag zum Antrag von SPD und Linke. Also, wir hören nicht auf zu denken, wenn unser Antrag fertig ist. Darum geht es gar nicht. Es ist auch in keiner Weise undemokratisch, wenn wir ab und zu einen Antrag von Ihnen ablehnen. Das ist nämlich der Sinn der Sache, dass es eine Teilung zwischen Regierungsfractionen und Opposition gibt. Sie haben fünf Jahre lange die Chance, Ihr politisches Gegenmodell lautstark zu vertreten, beim Wähler mit Argumenten zu werben, die sich an der Vergangenheit oder an der Zukunft orientieren. Dann können die Brandenburger beim nächsten Mal abstimmen, wen sie besser finden. So lange können wir auf der Grundlage dieser Geschäftsordnung in diesem Landtag streiten und miteinander abstimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Goetz setzt für die FDP-Fraktion fort.

Goetz (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Geschäftsordnungsfragen sind immer Machtfragen. Das ist einfach so. Das erleben wir auch bei der Geschäftsordnung, deren Entwurf jetzt vorgelegt worden ist. Was wir hier haben, ist letztlich, wenn man es abschließend betrachtet, ein Instrument der Mehrheit zur Disziplinierung der Minderheit. Genau so ist die Geschäftsordnung angelegt.

(Beifall des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Ich erinnere daran, dass wir uns schon allein über die Sitzordnung hier im Hause gestritten haben. Es ging uns darum, dass wir drei Oppositionsfractionen, die der Grünen, der CDU und der FDP, einfach nur nebeneinandersitzen wollten. Wir hätten uns intern über die Sitzordnung geeinigt. Selbst das wurde uns von der Mehrheit verweigert. Die Grünen mussten nach ganz außen auf die eine Seite, die CDU und die FDP mussten auf die andere Seite, damit das rote Meer schön hier vorn sitzen kann. Das verstehe ich ja auch, dass die hier vorn sitzen wollen.

(Jürgens [DIE LINKE]: Wenn die Sitzordnung schon ein Problem ist, Herr Goetz!)

Aber damit wird die Kommunikation zwischen den Oppositionsfractionen erschwert.

Genau darum ging es Ihnen, dass man weitere Wege hat und die Abstimmung zwischen den drei Oppositionsfraktionen nicht so vornehmen kann, wie es möglich wäre, wenn man nebeneinandersitzen würde. Dass das verweigert wird, ist einfach kleinkariert, kleinlich. Es ist schäbig, wie Sie sich an dieser Stelle verhalten haben.

In der bisherigen Geschäftsordnung hieß es, die Sitzordnung wird im Benehmen mit den Fraktionen hergestellt. Da kann man nur feststellen: In diesem Präsidium gab es zur Sitzordnung kein Benehmen. So ist das gelaufen. Wenn man den Passus „Benehmen“ herausstreicht, wird deutlich, was Sie wollen, nämlich dass die Mehrheit entscheidet, wo die Minderheit sitzen soll. Am liebsten hätten Sie sie vielleicht sogar draußen vor der Tür. Das kann ich sogar verstehen. Aber so weit reicht Ihre Geschäftsordnung eben nicht.

(Zurufe von der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

- Mir ist völlig klar, dass Sie das so sehen. Nur, so weit reicht es dann eben doch nicht. Gewählt ist gewählt. Damit werden Sie in den nächsten viereinhalb Jahren leben müssen.

Die Vizepräsidentschaft ist ein weiterer Punkt. Es ist ein völliges Unding in Deutschland - ich weiß, dass früher mit der Linken möglicherweise auch nicht fair umgegangen worden ist -, dass die Opposition keine Vizepräsidentschaft hat. Es geht uns dabei nicht um Dienstwagen und Chauffeure oder irgendwelche Büros.

(Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Wenn wir zwei Vizepräsidenten haben und nur einer da ist, können die sich meinetwegen einen Chauffeur und ein Büro teilen - alles kein Problem. Es geht darum, dass mit dem Amt des Vizepräsidenten argumentiert werden kann, dass jemand als Vizepräsident hier oben und eben nicht nur als Vertreter einer Fraktion, die, weil sie nicht zu den stärksten gehört, nicht den Vizepräsidenten stellt, sitzen kann. Es wäre eine Frage des demokratischen Selbstverständnisses gewesen. Es hätte niemandem wehgetan. Es wäre möglich gewesen. Auch das ist verweigert worden - schade, dass es so weit nicht reicht - möglicherweise aufseiten der Linken aus verletzter Eitelkeit, weil ihnen ähnlich mitgespielt wurde. Das kann ich nachvollziehen. Aber es wäre auch anders gegangen, und das wäre ein Zeichen gewesen, das Sie jetzt hätten setzen können. Schade, dass Sie diese Größe nicht hatten.

Das Rederecht des Stellvertreters ist angesprochen worden - das ist ein wichtiger Punkt. Wenn man mit einem Abgeordneten in einem Ausschuss sitzt, heißt das beispielsweise für uns im Wissenschaftsausschuss Folgendes. Jens Lipsdorf hat als Vorsitzender diesen Ausschuss zu leiten, hat sich überparteilich zu verhalten, hat darauf zu achten, dass alle fair ihre Meinung sagen können. Wer soll dann dort, bitte schön, drastisch und deutlich die Position der FDP vertreten? Er darf es eigentlich nicht. Sie beschneiden das Rederecht des Stellvertreters, das wir an dieser Stelle dringend bräuchten, oder Sie kommen und sagen: „Er verletzt seine Pflichten als Ausschussvorsitzender“, wenn er klare FDP-Positionen vertritt.

(Beifall FDP und CDU)

Das ist nicht in Ordnung, weil Sie uns in unseren Rechten begrenzen.

Das tut der SPD nicht weh. Das tut der Linken nicht weh. Das tut der CDU auch nicht wirklich weh, weil sie zu zweit sind. Sie haben das Problem nicht. Aber die kleinen Fraktionen, FDP und Grüne, haben die Schwierigkeit, nicht fair, nicht voll argumentieren zu können. Liberale Positionen werden im Ausschuss automatisch verwässert. Es ist ärgerlich, dass Sie das so gehandhabt haben. - Jetzt freue ich mich auf die Zwischenfrage.

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Goetz (FDP):

Mit Vergnügen.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Herr Goetz, sind Sie eventuell auch der Meinung, dass sich das Wahlergebnis, das im Landtag repräsentiert wird, auch in den Ausschüssen widerspiegeln muss?

Goetz (FDP):

Frau Kollegin, ich kann nicht ganz nachvollziehen, was das Wahlergebnis damit zu tun hat, ob jemand in einem Ausschuss reden darf. Man muss reingehen, den Finger heben und darauf hoffen, dass sich eine gnädige Mehrheit aus dem rot-roten Meer heraus findet und sagt: „Du darfst jetzt, bitte schön, reden.“ Das hat doch nichts mit dem Wahlergebnis zu tun.

(Frau Hackenschmidt [SPD]: Es gibt doch einen Vertreter, Sie können doch reden!)

- Frau Hackenschmidt, ich erkläre es Ihnen gern noch einmal. Wir haben einen Mann im Ausschuss. Im Wissenschaftsausschuss heißt das, Jens Lipsdorf als Vorsitzenden. Wenn der Vertreter reden soll, dann muss Jens Lipsdorf aufstehen und hinausgehen.

(Unruhe)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Ihre Neigung zu Zwiegesprächen zu unterdrücken und sich zu konzentrieren.

Goetz (FDP):

So einfach ist das. Es wäre genauso einfach gewesen, für Abhilfe zu sorgen, indem man den beiden kleinen Fraktionen die Möglichkeit gibt, auch dann, wenn man einen Ausschussvorsitz hat, seine Meinung zu sagen, damit sich liberale bzw. grüne Positionen wiederfinden. - Ich merke, es gibt Grund zur Aufregung. Ich freue mich auf die nächste Zwischenfrage.

Jürgens (DIE LINKE):

Herr Goetz, können Sie mir den Passus in der Geschäftsordnung nennen, der es dem Ausschussvorsitzenden verbietet, seine Meinung im Ausschuss kundzutun?

Goetz (FDP):

Es gibt Pflichten, Herr Kollege, wie der Ausschussvorsitzende einen Ausschuss zu führen hat, nämlich überparteilich und neutral.

(Jürgens [DIE LINKE]: Er hat Meinungsfreiheit!)

- Er hat das Recht, seine Meinung zu sagen. Aber genau dort ist er begrenzt, genauso wie der Landtagspräsident zum Beispiel hier seine Meinung nicht sagen darf und sich zurückhalten muss. So ist es auch bei Ausschüssen. Die Fairness gebietet es, ihn dann aus der Geschäftsführung des Ausschusses herauszunehmen und zu sagen: Du bist jetzt da und kannst deine Meinung sagen. - Schön wäre es gewesen, wenn es gegangen wäre.

Eines ist natürlich auch klar. Diese Geschäftsordnung, so viele Nachteile sie hat, so schlecht sie in Teilen auch ist, ist besser als keine Geschäftsordnung. Das nämlich würde Ihnen Tür und Tor öffnen, nur das zu machen, was Sie wollen. Insofern sind Ihnen leichte Zügel angelegt worden. Deswegen stimmen wir nicht dagegen. Dafür können wir auch nicht sein. Wir werden uns enthalten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Görke spricht für die Fraktion DIE LINKE.

Görke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben unter Berücksichtigung der Erfahrungen der letzten 20 Jahre in allen Fraktionen ein halbes Jahr über viele Veränderungen diskutiert - ich bedanke mich beim Kollegen Schulze und bei der Kollegin Schier, die im Zusammenhang mit ihrer damaligen Verantwortung viele Sachen vordiskutiert haben -, sodass wir nun eine Geschäftsordnung verabschieden können, die aus meiner Sicht zu einer der besten in Deutschland gehört.

(Widerspruch bei CDU und FDP - Senftleben [CDU]: Exportschlager!)

- Da habe ich nichts zurückzunehmen.

Schauen Sie in die Geschäftsordnung einiger alter Bundesländer und sehen Sie, wie ordentlich dort das Rederecht definiert ist. Sie finden dort ähnliche Formulierungen wie jetzt in unserer.

Die wichtigste Änderung ist die, über die wir lange gestritten haben. Sie ist an vielen Widerständen gescheitert. Sie als CDU waren eines der Hemmnisse, das überwunden werden musste, wonach die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen hier im Landtag Brandenburg endlich Einzug halten kann. Es ist schon ein bisschen merkwürdig, dass Sie jetzt völlig überziehen, Herr Kollege Senftleben, und die grundsätzliche Öffentlichkeit auch auf die Sitzungen des Petitionsausschusses übertragen wollen. Ich bitte Sie wirklich - das habe ich auch im Hauptausschuss gesagt -: Schauen Sie noch einmal in den Aktenvermerk der Landesbeauftragten für den Datenschutz und und für das Recht auf Akteneinsicht, welche Positionen dort geäußert worden sind.

Im Übrigen will ich Sie einfach darüber aufklären: Bei den Sitzungen des Petitionsausschusses vor Ort geht es um Bürgersprechstunden und nicht um öffentliche Sitzungen des Petitionsausschusses. Wenn Sie es noch einmal hören wollen, Herr Kollege, dann ist der Kollege Domres gern bereit, Ihnen wie im Hauptausschuss eine Weiterbildungsveranstaltung dazu zu geben.

(Zuruf des Abgeordneten Senftleben [CDU])

Ich will auch etwas zu dem Eindruck sagen, dass die Grünen, seitdem sie sind, die Initiatoren für die Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen sein sollen. Ich empfehle einen Blick auf die Internetseite der Koalitionsfraktionen. Die Koalitionsvereinbarung von SPD und Linken trifft eine eindeutige Aussage dazu. Bevor sich dieser Landtag konstituierte, hatten wir schon vereinbart:

„Im Landtag streben die Koalitionspartner mehr Bürgerfreundlichkeit und Transparenz für Entscheidungsfindungsprozesse an. Die Sitzungen der Landtagsausschüsse sollen künftig ... öffentlich sein.“

Danach handeln wir auch in Bezug auf den Petitionsausschuss, der die Bürgersprechstunden seit Kurzem als Variante anbieten kann.

Im Übrigen wurde die Rubrik „Bürgerfreundlichkeit und Transparenz“ maßgeblich initiiert, mitgestaltete Änderungen wurden vorangebracht. Die Regelung zum Verfahren bei der Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung nach Artikel 94 ist neu formuliert.

Die Gewährleistung des Rederechts, auch des Anhörungsrechts, wie vorhin schon erwähnt, des Rates für sorbisch/wendische Angelegenheiten - eine langjährige Forderung der Sorben und Wenden selbst - ist verankert worden.

Es gibt erstmalig Regelungen zum Verfahren bei der Durchführung von Sondersitzungen. Ich glaube, das kommt Ihnen als Opposition sehr entgegen.

Die Tagesordnungen von Ausschusssitzungen werden im Benehmen mit den anderen Fraktionen festgelegt. Damit sind dort die Minderheitenrechte der einzelnen Fraktionen gesichert.

Die Stärkung der Rechte der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht und die verfahrensrechtliche Absicherung der Arbeit der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur sind ebenfalls geregelt.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zur politischen Kultur im Landtag sagen. Seit zehn Jahren, seitdem die alten Koalitionsfraktionen ausnahmslos Anträge ohne die Opposition eingebracht haben - es gab ein Hemmnis; wir wissen, wer das war -, gibt es nun wieder gemeinsame Anträge von Koalition und Opposition. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, den Stand zu ermitteln. Mit Stand Ende März 2010 wurde rund ein Drittel - 12 von 37 - der Sachanträge von SPD und Linken gemeinsam mit einer Oppositionsfraktion oder allen Oppositionsfraktionen eingebracht. Das ist ein Beleg dafür, dass wir auch auf der Grundlage einer neuen Geschäftsordnung miteinander in die gleiche Richtung marschieren können.

Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie der Geschäftsordnung zu. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete von Halem spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu keinem Thema haben wir in so vielen Runden diskutiert wie zur Geschäftsordnung, obwohl dieses Thema, wie man auf Neudeutsch sagt, ziemlich unsexy erscheint. Aber ich denke mir, dass die Diskussionen der letzten Monate und die Debatte dies widerlegt haben.

Für mich als Linguistin hat die Geschäftsordnung für die parlamentarische Auseinandersetzung eine ähnliche Funktion wie die Grammatik für die Sprache. Sie regelt die demokratischen Abläufe, innerhalb derer wir unsere politischen Ansichten gegeneinander abwägen, Pro und Kontra deklinieren. Sie unterscheidet also Haupt- und Nebensätze und schafft damit letztendlich klare Machtverhältnisse zwischen den Beteiligten. Gleichzeitig hat die Geschäftsordnung neben aller Regelungsdichte auch noch eine ausgesprochen sympathische Seite - und das ist hier noch nicht erwähnt worden -, nämlich den § 100, der Abweichungen nur dann für unzulässig erklärt, wenn mindestens fünf Abgeordnete widersprechen. Diesen Paragraphen habe ich als Erstes gelernt.

Als Vertreterin der kleinsten Oppositionspartei kann ich hinzufügen, dass die jetzt vorliegende Geschäftsordnung nicht für alle gleich erfreulich ist. Das ist auch der Grund dafür, dass wir uns bei der Abstimmung nachher enthalten werden. Denn nicht nur sichert die Geschäftsordnung den Mehrheiten ihr Auskommen, sondern umgekehrt schaffen auch die Mehrheiten sich mit der Geschäftsordnung ihre Bewegungsfreiheiten. Das Ausmaß von Minderheitenrechten wird in der Demokratie von den Mehrheiten bestimmt. So war und ist es zum Beispiel für uns höchst unerfreulich, dass das Präsidium die Sitzordnung im Benehmen mit den Fraktionen bestimmt, was im konkreten Fall schlichtweg bedeutet, Mehrheitsverhältnissen zu unterliegen.

Zwei weitere Punkte hätten wir uns anders gewünscht: Wir halten es weiterhin für richtig und politisch geboten, dass wir, wenn wir schon nur einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin haben, diese aus den Reihen der stärksten Oppositionspartei heraus wählen, aber da sorgten die Mehrheiten für ihren eigenen Machterhalt. Auch die Option einer zusätzlichen Vizepräsidentin wurde mit dem aus unserer Sicht windigen Argument verworfen, das koste zu viel Geld. Das wäre leicht zu entkräften gewesen, denn es gab die Bereitschaft, die Kosten aufzuteilen - zumindest vonseiten der Opposition. Auch unkonventionelle Lösungen wären hier denkbar gewesen. Zum Beispiel sieht die Geschäftsordnung in Thüringen nur zwei Vizepräsidenten vor, de facto sind aber vier eingesetzt - somit können alle Parteien beteiligt werden. Aber nein, das war hier mit den Hüterinnen und Hütern der Macht nicht zu verhandeln.

Ebenso enttäuschend verliefen unsere Verhandlungen über die

Rederechte von Abgeordneten in den Ausschüssen. Gerade für uns als kleine Fraktion, die wir alle Fachbereiche auf wenige Personen verteilen müssen, wäre es ein Plus an Beweglichkeit, zu einzelnen Tagesordnungspunkten auch andere Abgeordnete reden lassen zu dürfen als die jeweiligen Ausschussmitglieder. Das bedeutet noch lange nicht, die festgelegten Stimmrechte anzutasten, Frau Wöllert. Aber warum sollte es nicht möglich sein, Abgeordneten in den Ausschüssen grundsätzlich Rederecht zu gewähren, in denen sie weder ordentliches noch stellvertretendes Mitglied sind? Warum muss es jetzt in § 79 heißen: „In Ausschüssen hat das ordentliche Mitglied und nur bei dessen Verhinderung das stellvertretende Mitglied Rederecht“? Dies ist gegenüber dem Stand, wie es vorher war, sogar eine Verschärfung. Weitere Mitglieder der entsprechenden Fraktionen haben nur ein Rederecht bei Verhinderung der beiden vorher Genannten. Auf diese Art und Weise auf wohlwollendes Entgegenkommen der Würdenträger hoffen zu müssen entspricht mitnichten unserem Verständnis von demokratisch gewährten Minderheitenrechten.

(Beifall GRÜNE/B90 und vereinzelt bei der CDU - Zurufe des Abgeordneten Görke [DIE LINKE] und von der SPD)

Aber wir haben auch Grund zur Freude: Wir Bündnisgrünen haben zur konstituierenden Sitzung die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen beantragt. Wenn ich jetzt höre, die Koalition hätte dies bereits in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, dann kann ich dazu nur sagen: Bei uns steht es schon seit Jahren im Wahlprogramm, und wir haben nach der Wahl gesagt, dass dies eine unserer ersten Initiativen sein wird.

(Zuruf von der SPD: Wir sind älter als Sie!)

- Nein, Sie nicht!

Die Vehemenz, mit der wir jetzt alle dafür streiten bzw. uns darum streiten, wer die Ersten waren, lässt mich, die ich hier neu bin, schon etwas verwundert zurück. Ich frage mich: Was war denn eigentlich, bevor wir gekommen sind?

(Unruhe bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Dass jetzt die Öffentlichkeit in den meisten Fällen umgesetzt ist und heute - ein halbes Jahr nach unserer Antragstellung - auch formal besiegelt wird, ist ein Gewinn für den parlamentarischen Betrieb. Wir konnten beobachten, dass sich die Berichterstattung über die parlamentarischen Abläufe tatsächlich entzerrt hat, da die Journalisten nicht mehr nur zu den Parlamentsdebatten Zugang haben. Gleichzeitig wird klar, dass die Angst vor dem Massenansturm ein Trugschluss war. Falls es doch einmal passieren sollte, dass wir eine Turnhalle anmieten müssen, dann können wir uns über dieses öffentliche Interesse nur freuen.

Jetzt haben wir mit der Geschäftsordnung eine neue Basis für eine weitere Entwicklung geschaffen, und die Öffentlichkeit der Ausschüsse ist der größte Gewinn, der dazu führen wird, demokratische Abläufe transparenter zu machen und mit neuer Lebendigkeit zu erfüllen - als Bestandteil unserer Aufgabe, politische Entscheidungen nicht nur zu treffen, sondern Bürgerinnen und Bürgern auch deutlich zu machen, warum und wie wir das tun. - Herzlichen Dank.

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung verzichtet bei diesem Tagesordnungspunkt auf einen Redebeitrag. Damit lasse ich über die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses abstimmen, Drucksache 5/615. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einer merklichen Anzahl von Enthaltungen ist die Geschäftsordnung des Landtags damit angenommen. Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 5.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Bericht über notwendige Änderungen des Brandenburgischen Hochschulgesetzes gemäß Beschluss des Landtages vom 16. Dezember 2009 - Drs. 5/122 (ND)-B zu „Konsequenzen aus dem Bildungsstreik ziehen - für eine qualifizierte Weiterentwicklung der Bologna-Reform“

Bericht
der Landesregierung

Drucksache 5/799

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Damit ist der Bericht der Landesregierung von Ihnen zur Kenntnis genommen. - Ich schließe Tagesordnungspunkt 6.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 2
gemäß § 12 Absatz 2 PetG

Drucksache 5/780

Es wurde vereinbart, hierzu keine Debatte zu führen. Damit ist die Übersicht 2 des Petitionsausschusses zur Kenntnis genommen. - Ich schließe Tagesordnungspunkt 7.

Nun wartet ab 18 Uhr der Landesverband Außeruniversitäre Forschung wegen des Parlamentarischen Abends auf uns. Wir haben jetzt die Möglichkeit, den nächste Tagesordnungspunkt auf morgen zu verschieben oder unsere Gäste eine halbe Stunde warten zu lassen. Wozu neigen Sie?

(Zurufe von der SPD, der CDU und der Fraktion DIE LINKE: Warten lassen!)

- Ich wusste, dass die Unhöflichkeit die Mehrheit findet, und ich eröffne daher den **Tagesordnungspunkt 8**:

Evaluation und Fortschreibung des Schulressourcenkonzepts

Antrag
der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 5/884

(Allgemeine Unruhe - Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

- Je besser Sie sich konzentrieren, desto zügiger können wir das abhandeln. Die Abgeordnete Große von der Fraktion DIE LINKE eröffnet die Debatte.

(Allgemeine Unruhe - Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

Frau Große (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es war eigentlich verabredet, dass wir das morgen behandeln; nun schaffen wir es aber doch noch. Ich gebe mir auch Mühe, es kurz und schmerzlos zu machen.

(Allgemeine Unruhe)

Der Antrag, mit dem wir uns jetzt zu befassen haben, ist sozusagen der Schmelztiegel aus dem, was wir gestern und heute im Haushalt verabredet haben. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, werden sich möglicherweise fragen, was dieser Antrag soll - das Schulressourcenkonzept muss ja ohnehin fortgeschrieben werden.

(Allgemeine Unruhe - Zuruf: Lauter!)

Präsident Fritsch:

Sie müssen nicht noch „lauter“ rufen, wenn Sie selbst nicht leise sind, meine Damen und Herren!

Frau Große (DIE LINKE):

Im Jahr 2012/2013 hätte es ohnehin die zweite Fortschreibung dieses Schulressourcenkonzepts gegeben, und zwar auch ohne unsere Beauftragung. Wir aber wollen die Landesregierung auffordern, dies vorfristig zu tun. Das haben wir im Koalitionsvertrag so vereinbart, es gibt aus unserer Sicht Handlungsbedarf. Uns hier im parlamentarischen Raum wird das im Übrigen auch ermöglichen, bei künftigen Debatten von einer gleichen Datenbasis auszugehen. Wir müssen dann vielleicht nicht mehr um unterschiedliche Zahlen streiten, sondern können unsere Energie für die Lösung der angestauten Probleme einsetzen. Das wird uns einiges abverlangen, uns allen. Die Koalition hat der Bildung höchste Priorität eingeräumt; die Haushaltslage haben wir in den beiden letzten Tagen hinlänglich diskutiert.

Es gilt dennoch ein ambitioniertes Ziel der Koalition umzusetzen. Wir wollen eine im Vergleich mit den alten Bundesländern zugegebenermaßen günstige Lehrer-Schüler-Relation von derzeit 1 : 15,4 halten. Dies wird nur mit einem enormen Kraftakt zu erreichen sein.

Die Schülerzahlen bleiben über den Zeitraum bis zum Schuljahr 2014/15 weitgehend stabil. Erst ab 2020 ist im Übrigen wieder mit einem demografischen Echo, also der dann wiederum verringerten Anzahl von Schülerinnen und Schülern, zu rechnen. Wir alle hoffen sehr, dass wir dann die demografische Rendite auch einfahren können. In dieser Legislatur müssen die Weichen dafür gestellt werden, dass es einen enormen Ersatzbedarf von Lehrkräften ab 2014 gibt. Ich möchte hier noch einmal ausdrücklich sagen: Die Zahl, die in der Begründung aufgeführt ist, bezieht sich auf Personen und nicht auf Stellen.

Eine verlässliche Lehrkräftebedarfsplanung ist also unabding-

bar. Der gegenwärtige Stand muss kritisch analysiert werden. Wir brauchen exakte Daten zu den einzelnen Schulamtsbereichen, zu den Beschäftigungsumfängen der Lehrkräfte, zur Deckung des Fachunterrichts, zur Ausstattung der einzelnen Schulstufen, zu den Abgängen aus Altersgründen, zur Fluktuation usw. Auf der Grundlage dieser Analyse erwarten wir dann eine konkrete Strategie für die nächsten fünf Jahre, denn das war bisher immer eine einigermaßen zuverlässige Basis für das Schulressourcenkonzept.

Die Bedarfe sind übrigens auch im Konzept von 2007 schon ziemlich klar benannt. Das haben wir hier in der letzten Legislatur diskutiert. Aber es fehlte die Strategie, das Ziel auch zu erreichen. Eine Strategie, wie Brandenburg in den nächsten Jahren stabil mit genügend gut qualifizierten Lehrkräften ausgestattet werden kann, wird aber entscheidend dafür sein, die Ausbildungs- und Studierfähigkeit von Schülerinnen und Schülern zu verbessern, und das wollen wir ja alle.

Zur Strategie gehören auch Aussagen zur beabsichtigten Zielvereinbarung mit der Universität Potsdam bezüglich der zu erweiternden Kapazitäten genauso wie möglicherweise Quereinsteigerprogramme und Qualifizierungsmaßnahmen. Darüber hinaus ist der gemeinsame Lehrkräftearbeitsmarkt mit Berlin zu berücksichtigen.

Die vergangenen Jahre waren in vielerlei Hinsicht für den Schulbereich wilde Jahre. Dabei habe ich vor allem im Auge: die stark sinkenden Schülerzahlen, die daraus von der damaligen Landesregierung abgeleiteten Personalabbaumaßnahmen und Stellenstreichungen sowie den Beitrag, den auch der Bildungsbereich zur Haushaltskonsolidierung leisten musste. Das hat zu zahlreichen Versetzungen, Umsetzungen und Diskontinuitäten verschiedenster Art geführt. Es hat zu Unruhe, Unsicherheiten bei den Lehrkräften, Eltern und Schülern, zu vermehrtem Unterrichtsausfall, zu höheren Belastungen vieler Lehrkräfte geführt.

Das ist jetzt eigentlich vorbei. Jetzt könnte Kontinuität einziehen. Wir könnten uns noch stärker auf die Qualität konzentrieren, wenn es uns gelingt, die angespannte Lehrkräftesituation zu bewältigen. Genau das ist eben diese riesige Herausforderung. Neben unserer Haushaltssituation kommt erschwerend hinzu, dass ähnliche Bedarfe in allen Bundesländern gleichzeitig prognostiziert werden und schon jetzt ein gnadenloser Wettbewerb ausgebrochen ist. Es wird sich zeigen, ob unsere Strategie, mit der Verbeamtung zu werben, aufgehen wird. Es muss in den nächsten fünf Jahren sehr genau analysiert werden, was wie greift.

Dass wir schon in diesem Jahr 450 statt bisher 180 Lehrkräfte einstellen, obwohl nur 250 das System aus Altersgründen verlassen, ist ein erster richtiger Schritt. Wenn sich im Schulamtsbereich Perleberg - darüber haben wir gestern schon kurz gesprochen - 450 Lehrkräfte auf 90 Stellen beworben haben, stimmt das ja hoffnungsvoll und zeigt, wie groß der Einstellungsstau noch ist, der sich in den vergangenen Jahren ergeben hat. Es zeigt aber auch, dass es nicht so unattraktiv ist, in unserem Land zu arbeiten. Eigentlich müssten wir alle, die sich bei uns beworben haben, festhalten, weil die Situation ja nicht so komfortabel bleiben wird.

Fakt ist: Wir müssen die Probleme aus eigener Kraft lösen. Das Schulressourcenkonzept soll dazu eine Grundlage sein. Darauf aufbauend gilt es dann, Konzepte zu entwickeln und zeitnah Maßnahmen einzuleiten, um die Unterrichtsversorgung und

die Unterrichtsqualität in den kommenden Jahren auf einem hohen Niveau zu sichern. Anfang 2011 werden wir anhand des dann vorliegenden Schulressourcenkonzepts in den politischen Wettbewerb um die besten Lösungsansätze treten können.

Vonseiten der Oppositionsfractionen hat es einen Änderungsantrag gegeben. Ein Punkt „Vertretungsreserve“ sollte noch aufgenommen werden. Wir sind der Meinung, dass das nicht sein muss, weil dies in dem ersten Punkt, den wir einfordern, aufgehoben ist. Je nachdem, wie wir unsere Schulen mit Lehrkräften ausstatten können, werden wir auch die Vertretungsreserve sichern können. Wir müssen aber festlegen, welche Prozentzahl wir uns leisten können. Das muss kein Extraauftrag für die Landesregierung sein.

Insofern werbe ich sehr dafür, dass Sie diesem Antrag zustimmen. Er ermöglicht es uns, wie ich schon sagte, gemeinsam nach Lösungen für dieses schwierige Problem zu suchen. Das Schulressourcenkonzept ist ja nicht mehr und nicht weniger als eine Grundlage, auf deren Basis wir dann in den nächsten Haushaltsdebatten um die Lehrerstellensituation ringen werden. Insofern, meine Damen und Herren, auch der Oppositionsfractionen, bitte ich Sie, diesmal zuzustimmen. - Danke schön.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Hoffmann spricht für die CDU-Fraktion.

Hoffmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen! Auch wenn das Thema das letzte ist, das hier am späteren Abend behandelt wird, und die Veranstalter des Parlamentarischen Abends auf uns warten, wäre es falsch, die Bedeutung dieses Schulressourcenkonzepts zu unterschätzen. Denn darin werden im Wesentlichen zwei Dinge festgelegt:

Zum einen beinhaltet das Schulressourcenkonzept die Festbeschreibung, wie viele Lehrerstellen es in den kommenden Jahren in Brandenburg im Schulsystem geben wird. Das ist natürlich wichtig für eine verlässliche und sichere Planung.

Zum anderen - und das ist im Zuge der Regierungsprogrammatik noch viel wichtiger - ist das Schulressourcenkonzept das Schlüsselkonzept, das entscheidend die künftige Schulpolitik der Landesregierung mitbestimmen wird.

An der Festschreibung der Zahl der Lehrerstellen, die künftig in Brandenburg vorgehalten werden sollen, wird sich die rot-rote Regierungskoalition mit ihrer versprochenen Bildungsoffensive messen lassen müssen. Jetzt müssen Sie Farbe bekennen! Schaut man in die von der Landesregierung vor drei Wochen vorgelegte Personalbedarfsplanung bis 2014, sieht man, dass die Landesregierung immer noch Lehrerstellen abbauen will: bis 2014 weitere 280 Stellen. Es ist also bislang nicht viel von der propagierten Bildungsoffensive zu sehen. Als Bildungspolitiker hoffe ich aber natürlich, dass die Regierungskoalition die Chance der Evaluation und Fortschreibung des Schulressourcenkonzepts nutzt, die Personalbedarfsplanung zu revidieren und dem Bedarf anzupassen.

Dem Anliegen der Regierungskoalition, das Schulressourcen-

konzept zu evaluieren und fortzuschreiben, stimmen wir grundsätzlich zu. Es ist richtig, dass das erfolgen muss. Deshalb haben wir das auch quasi in einem Änderungsantrag bestätigt - der wirklich nur Änderungen in ganz kleinem Umfang betrifft -, den wir zusammen mit FDP und Grünen eingebracht haben.

Was wir aber nicht unterstützen, ist die Tatsache, dass das Schulressourcenkonzept jetzt offensichtlich dafür genutzt werden soll, den Status quo der Lehrerplanung fortzuschreiben, um Rot-Rot zu helfen, die im Wahlkampf gegebenen Versprechen hinter sich zu lassen. Wir können die im Antrag von SPD und Linken festgeschriebene Lehrer-Schüler-Relation von 1 : 15,4 deshalb nicht mittragen, weil Sie damit jetzt lediglich offiziell das in Stein meißeln wollen, was unter der Hand allen längst bekannt ist, nämlich die Tatsache, dass es mit dieser Regierung nicht die versprochene Verbesserung geben wird. De facto würde das ja auch bedeuten, dass wir das drängendste Problem in den Schulen, nämlich die fehlenden Lehrer bzw. den Unterrichtsausfall, nicht berücksichtigen. Die CDU hat ja immer wieder betont, dass die Absicherung des planmäßig zu erteilenden Unterrichts an erster Stelle stehen muss. Es kann einfach nicht sein, dass vom Bildungsministerium immer wieder von vornherein eingeplant wird, dass das Land dieser Verpflichtung nicht nachkommen wird. Die rot-rote Landesregierung möchte dieses Thema weiterhin aussparen. Sie will die Problematik aussitzen. Dieses Verhalten können wir nicht unterstützen.

Wir machen mit unserem Änderungsantrag deutlich, dass das Problem des Unterrichtsausfalls offensiv angegangen werden muss, weil es sich von selbst nicht erledigen wird. Aus unserer Sicht muss also das fortzuschreibende Schulressourcenkonzept eine bedarfsgerechte Vertretungsreserve beinhalten, weil es für uns eine politische Priorität ist, dieses Problem endlich entschlossen anzugehen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich bitte aus diesem Grund an dieser Stelle um Ihre Zustimmung zu dieser kleinen, aber unserer Meinung nach wichtigen Änderung.

Im Übrigen freue ich mich unabhängig von Ihrem Abstimmungsverhalten darauf, Sie morgen früh alle hier wiederzusehen. - Danke schön.

(Beifall CDU und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Günther spricht für die SPD-Fraktion.

Günther (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hoffmann, Sie wiederholen das mit dem Unterrichtsausfall ja ständig.

(Hoffmann [CDU]: Es scheint ja nicht anzukommen!)

Manchmal habe ich den Eindruck, Sie sind ein bisschen traurig, dass er nur 1,5 % beträgt.

(Hoffmann [CDU]: Das ist eine ganz absurde Theorie!)

Bezüglich Ihrer These, dass das das größte Problem sei, sollten Sie angesichts dessen, dass wir - leider mit steigender Tendenz - 10 % Schulabbrecher haben, noch einmal nachdenken.

Aber da ich hier beim letzten Tagesordnungspunkt auch beobachtet werde, wie viele Sätze ich spreche, versuche ich einmal zu diesem schwierigen Thema zu kommen, zu dem Sie sich entschieden haben, hier miteinander die Aussprache zu suchen, zum Schulressourcenkonzept - ein in der Tat schwieriges Thema. Schon das Wort klingt eher nach Rohstoffen und Bodenschätzen, und irgendwie stimmt dieser Vergleich ja auch, denn auch gut ausgebildete junge motivierte Lehrerinnen und Lehrer sind für die Brandenburger Schulen wertvollste Rohstoffe, die wir in den nächsten Jahren brauchen werden, und zwar überall im Land. Das neue Schulressourcenkonzept wird nämlich nicht einfach nur eine Überarbeitung des alten sein, nein, es wird eine neue Zeitrechnung einläuten.

(Oh! bei der CDU)

- Ja, ich wollte zum letzten Tagesordnungspunkt noch ein paar dramatische Formulierungen bringen. Aber es ist nicht übertrieben, denn als das noch gültige Schulressourcenkonzept im Jahr 2002 auf den Weg gebracht wurde, waren die Schülerzahlen - seit der Wende - um rund die Hälfte gesunken. Trotzdem sollte kein Lehrer betriebsbedingt gekündigt werden. Deshalb ging es bei dem bisherigen Schulressourcenkonzept darum, zu erfahren, wie viele Lehrer Austrittsangebote aus dem Schuldienst angenommen haben, wie viele Versetzungen in andere Schulamtsbezirke notwendig waren, wie viele Lehrerinnen und Lehrer die Altersteilzeit in Anspruch genommen haben usw. Jedenfalls war das Wort Personalüberhang das bestimmende Wort. Es gibt noch einen Schulamtsbezirk, wo das immer noch der Fall ist, aber die Regel ist es in Brandenburg nicht mehr.

Im nun neuen Schulressourcenkonzept wird es ganz wesentlich darum gehen, wie viele neue Lehrerinnen und Lehrer genau wir in Zukunft in welchem Zeitraum und in welchen Schulformen brauchen. Denn wir haben das Versprechen abgegeben, ab dem kommenden Jahr die ohnehin schon gute Schüler-Lehrer-Relation in Brandenburg noch einmal um 0,1 zu verbessern und dann mindestens bis zur nächsten Landtagswahl stabil zu halten. Das ist nicht nur eine finanzielle Anstrengung, sondern erfordert auch erhöhte Anstrengungen in der Lehrerbildung. Wir müssen auch passgenauer für die Fächer ausbilden, die wir heute und in Zukunft besonders brauchen.

Nicht zuletzt brauchen wir natürlich Angebote für Referendare, um die besten Studentinnen und Studenten in Brandenburg zu halten, sie zu binden. Gleichzeitig müssen wir genau wissen, wie viele Lehrkräfte in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen werden.

Schon jetzt ist klar: Wir müssen und wir werden uns intensiv um den Lehrernachwuchs kümmern. Wir werden jungen und -hoffentlich - motivierten Lehrerinnen und Lehrern in Brandenburg gute Bedingungen bieten. Wir werden sie verbeamen, und sie werden gemessen an dem, was Menschen in Brandenburg heute verdienen, gut bezahlt werden. Ich erwarte im Gegenzug von diesen Lehrerinnen und Lehrern, die sich für Brandenburg entscheiden, dass sie die Chance, die in dieser Anstellung liegt, auch nutzen.

Ich erwarte, dass durch neue und motivierte Lehrerinnen und Lehrer viel frischer Wind, viele neue Ideen und Konzepte in unsere Schulen drängen. Unseren Schulen sollten - ja, sollten - unruhige Zeiten bevorstehen, und zwar von innen, nicht mehr von außen - durch die Politik -, sondern durch Kreativität und Eigeninitiative der Lehrerschaft. Das sollte eine positive Unruhe sein, die zu einer höheren pädagogischen Qualität führt. Wir liefern als Politik dafür eine verlässliche Personalplanung, und wir schaffen Klarheit und Transparenz für Politik, für Schulen und Eltern, und dafür brauchen wir ein neues Schulressourcenkonzept. Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Büttner spricht für die FDP-Fraktion.

Büttner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Immer wieder hören wir von Schulen, die keinen Nachfolger für auscheidende Schulleiter finden und an denen es nicht genug Lehrer gibt, um Unterrichtsausfall zu vermeiden. Darum ist es wichtig, sich um eine langfristige Planung des Lehrbedarfs in Brandenburg zu bemühen, woran sich dann der Handlungsbedarf orientieren muss. Daher begrüßen wir den Antrag der Regierungsfractionen der SPD und der Linken zur Evaluierung des Schulressourcenkonzepts. Auch wir Liberalen sind der Meinung, dass man es anpassen und fortschreiben sollte.

Zunächst muss festgehalten werden, wie viele Lehrer wir in den nächsten Jahren benötigen. Vor allem müssen wir wissen, wie viele Lehrer in den einzelnen Fachbereichen in den Schulen gebraucht werden. Diese Bedarfe sind Grundlage ordentlicher Planung und müssen in die Eckpunkte eingebaut werden. Fakt ist auch, dass wir mehr neue Lehrer brauchen. Das hat die Landesregierung erkannt, indem der Bildungsminister eine Verbeamtungsoffensive gestartet hat, um neue Lehrer zu werben.

Ich sage auch sehr deutlich - unabhängig davon, was unsere Grundauffassung als Liberale von Verbeamtungen ist -, dass es wahrscheinlich momentan keine andere Möglichkeit gibt, um Lehrer nach Brandenburg zu bekommen. Ich frage mich aber auch, ob sich diese teure Mühe denn lohnen wird. Ich habe es gestern in meiner Rede zum Haushalt schon gesagt, dass Brandenburg mit der Verbeamtung der Lehrer nicht mit anderen Bundesländern Schritt halten kann.

Neben einer wesentlich niedrigeren Bezahlung von bis zu 17 % und höheren Verpflichtungen in den Unterrichtsdeputaten besteht die hohe Gefahr, dass sich junge, hier in Brandenburg verbeamtete Lehrer in andere Bundesländer versetzen lassen, in denen sie für ihr Engagement mit Beförderungsaussichten belohnt werden. Diese Motivation schlägt sich dann natürlich auch auf die Schülerinnen und Schüler nieder. Diesen Vorteil der Beförderung muss die Landesregierung auch dem brandenburgischen Lehrer zugute kommen lassen, um im Wettbewerb bestehen zu können.

Diesem Wettbewerb standzuhalten heißt auch, dass wir den Referendaren Zukunft geben und alles daran setzen müssen,

dass sie in diesem Land bleiben. Wir haben eigentlich sehr gute Voraussetzungen, denn an der Universität Potsdam werden jedes Jahr viele Lehrer ausgebildet. Sie kennen das Land und sehen hoffentlich auch ihre Zukunft in Brandenburg. Damit tun sich Chancen auf, die die Landesregierung nutzen kann und nutzen muss. Das geht jedoch nur, indem man den Lehrern gute Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung und eine ordentliche Beförderungsstruktur bietet.

Meine Damen und Herren! Das Schulressourcenkonzept an der Schüler-Lehrer-Relation zu bemessen halten wir von der FDP für falsch. Dieses Verhältnis von Schülern und Lehrern sagt nicht viel aus, besonders da die Relation der Förderschulen mit eingerechnet ist, die die Zahl verfälscht. Diese Zahl sagt auch nichts über die Qualität des Unterrichts aus. Das zeigen auch große Klassen mit mancherorts bis zu 30 Schülern.

Ein großes Problem stellt der Unterrichtsausfall dar. Es ist uns klar, dass Ausfall niemals hundertprozentig verhindert werden kann. Aber um auf Vertretungsbedarf entsprechend reagieren zu können, muss eine ordentliche und angemessene Vertretungsreserve zur Verhinderung von Unterrichtsausfall angelegt sein. Daher haben die Oppositionsfractionen in diesem Haus einen Änderungsantrag zum Antrag der Regierungsfractionen gestellt, der den Punkt einer bedarfsgerechten Vertretungsreserve als Schwerpunkt im Schulressourcenkonzept widerspiegelt.

Liebe Kollegin Große, wenn es in Punkt 1, wie Sie ja gesagt haben, beinhaltet ist, dann schadet es ja auch nichts, ihn als zusätzlichen Punkt noch aufzunehmen.

(Beifall GRÜNE/B90)

Insofern appellieren wir noch einmal an Ihre Fraktionen, dass Sie unserem Änderungsantrag zustimmen.

Der Bildungsminister hat den ersten Schritt getan. Aber, Herr Minister, Sie müssen weitere Schritte tun, um die Selbstständigkeit der Schulen zu stärken, denn die Schulleiter vor Ort kennen die Bedürfnisse ihrer Schüler und Lehrer am besten und können am effektivsten darauf reagieren.

Meine Damen und Herren, ich weise noch einmal darauf hin: Wir brauchen eine gute Bildungspolitik in diesem Land. Wir als Liberale wollen Sie auch in Ihrer Arbeit unterstützen, Herr Minister. Wir glauben, dass es ein so wichtiges Thema ist - darüber sind wir uns in diesem Hause wohl alle einig -, dass wir da gern mit Ihnen zusammenarbeiten, wenn es auch aus unserer Sicht in die richtige Richtung geht. Die bekommt man eben nur durch gut ausgebildete, vor allem auch angemessen viele Lehrer, die ihre Schüler dann individuell fördern können. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Büttner. - Nun erhält die Abgeordnete von Halem von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Frau von Halem (GRÜNE/B90):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Einbringerinnen und Einbringer dieses Antrags!

Herzlichen Glückwunsch! Sie wollen dem Landtag die Evaluation und Fortschreibung des Schulressourcenkonzepts Anfang 2011 vorlegen.

Angesichts dessen, dass mit dem alten Schulressourcenkonzept von 2007 beschlossen worden war, die nächste Fortschreibung bis zum 31. Juli 2011 vorzulegen - steht auf der letzten Seite -, haben wir mit diesem halben Jahr wirklich wertvolle Zeit gewonnen. Um ehrlich zu sein: Warum stellen Sie diesen Antrag? Warum müssen einhundert erwachsene Menschen eine halbe Stunde hier über etwas debattieren, was das Ministerium doch einfach machen könnte? Ist es nicht Ihr Haus?

(Beifall GRÜNE/B90 und CDU - Zurufe von der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Dass die 1 250 von Ihnen gepriesenen Neueinstellungen nicht ausreichen, um die Schüler-Lehrer-Relation von 15 : 4 zu halten und schon gar nicht, um die Zahl der Ausscheidenden zu decken, wissen wir alle doch schon seit Monaten. Das Ministerium hat es uns in Beantwortung der Kleinen Anfrage im November letzten Jahres vorgerechnet, ich habe es Ihnen mehrfach vorgerechnet im Bewusstsein dessen, dass Sie die Zahlen kennen, und Finanzminister Markov - qua Amt mit Rechenkunst betraut - hat es Ihnen ebenfalls schon vorgerechnet, und jetzt beantragen Sie, dass das von Ihnen geführte Ministerium die Rechnung erneut aufstellt, um darüber zu schreiben: Schulressourcenkonzept.

Herr Günther, wenn Sie sagen: Nein, jetzt geht es um eine neue Zeitrechnung!, dann interpretieren Sie etwas hinein, was aus dem Antrag erst einmal nicht zu ersehen ist. Darin steht nämlich genau das Gleiche, was der Auftrag des alten Schulressourcenkonzepts war, nur eben neu.

(Zustimmung bei der CDU)

Wo ist denn da der Neuigkeitswert? Ich sehe da null Neuigkeitswert. Für mich ist es ein bisschen so, als würden Sie mit der Trillerpfeife neben einem fahrenden Zug herlaufen und verzweifelt versuchen, ihm ein Startsignal zu geben. Nein, der Zug fährt schon, und Sie sind an der Regierung. Laufen Sie ruhig ein Stückchen vor und kümmern sich darum, wohin der Zug fährt und dass die Weichen richtig gestellt werden.

Es ist natürlich richtig, und es hat niemand etwas dagegen, das Schulressourcenkonzept fortzuschreiben. Es ist klar: Wir brauchen diese Zahlen. Auch hier sind wir unkritisch und stimmen geschlossen zu. Wir könnten uns aber größere Schritte vorstellen, zum Beispiel: Warum reden Sie in der Antragsüberschrift und noch einmal im Beschlusstext von Evaluation des Schulressourcenkonzepts? Evaluationen sind vor allem eine Modeerscheinung, und sie sind nur dann sinnvoll, wenn sie mit konkreten Fragen unterfüttert sind. Aber das machen Sie hier gar nicht. Was meinen Sie denn mit Evaluation? Geht es Ihnen um eine veränderte Schwerpunktsetzung, um eine neue pädagogische Ausrichtung oder doch nur um die schlichte Fortschreibung von Zahlenreihen?

Ich könnte mir schon das eine oder andere vorstellen, was in ein neues Schulressourcenkonzept integriert werden könnte. Außer der gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien beantragten Einberechnung der Vertretungsreserve könnte man zum Beispiel eine Prognose aufstellen, wie denn der zusätzli-

che Lehrkräftebedarf für die FLEX-Klassen ist und ob es vielleicht richtig wäre, Ganztagschulen mit einem eigenen Schlüssel zu berechnen. Wird nämlich der Unterricht quantitativ ausgeweitet, geht die Bedarfsplanung allein über die Schüler-Lehrer-Relation nicht auf.

Noch ein Punkt: Wir reden von der Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention und vom schrittweisen Übergang zur inklusiven Schule. Ich weiß: Die Regionalkonferenzen zu diesem Thema sollen erst im Sommer stattfinden. Aber das Thema sollte doch vielleicht in die Schulressourcenplanung Eingang finden.

Wir haben diese Ergänzungspunkte nicht in Änderungsanträge gegossen, weil wir meinen, dass sie eigentlich so sinnvoll und selbstverständlich sind, dass verantwortungsbewusstes und vorausschauendes Handeln sie implizieren könnte.

(Zustimmung bei der CDU)

Zum Schluss noch ein Satz zur Lehrkräfteplanung, denn der Antrag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der Linken, enthält Erstaunliches. 1 250 Neueinstellungen reichen nicht. Das wissen Sie und brüsten sich trotzdem mit dieser Planung. In diesem Antrag steht:

„Aufgrund des hohen Altersdurchschnitts der Lehrkräfte scheiden in den nächsten Jahren mehr als 4 000 Lehrkräfte aus dem Schuldienst aus. Diese müssen ersetzt und darüber hinaus notwendige zusätzliche Einstellungen vorgenommen werden.“

Was bedeutet denn das eigentlich? Mein sprachliches Grundverständnis sagt mir, dass Sie oder zumindest die Autoren dieses Satzes und die unterzeichnenden Fraktionsvorsitzenden davon ausgehen, mehr als 4 000 Lehrkräfte einzustellen. Was wollen Sie denn da eigentlich? 1 250, die Aufrechterhaltung der Schüler-Lehrer-Relation von 15,4 oder einen Neueinstellungskorridor 4 000 plus. Vielleicht sollten Sie doch noch einmal in Ruhe rechnen, auch auf die Gefahr hin, dass für den fahrenden Zug erst einmal keine Weichen gestellt werden. Unseren Segen haben Sie.

(Beifall GRÜNE/B90)

Präsident Fritsch:

Minister Rupprecht spricht für die Landesregierung.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Blick auf die Uhr verspreche ich: Es wird ganz kurz. Ich halte den Antrag nicht für überflüssig, wie Frau von Halem es formuliert hat. Natürlich war es klar: Die Erfinder des Schulressourcenkonzepts 2002 haben es auch schon ins erste Konzept geschrieben: Es muss von Zeit zu Zeit evaluiert und fortgeschrieben werden, weil sich die Rahmenbedingungen ändern, weil es auch Überraschungen innerhalb von fünf Jahren gibt, die man nicht so punktgenau prognostizieren konnte. Deshalb nehme ich diesen Auftrag gern entgegen und verspreche, dass wir uns Mühe geben, die Probleme, die sich zukünftig ergeben werden, mithilfe dieses Konzepts so gut wie möglich zu lösen. Es ist nicht ganz einfach, weil die Rahmenbedingungen nicht besser werden.

Wir haben in der Demografie zwar einen Wandel, sind nämlich in den niedrigeren Jahrgangsstufen in den Schulen ja bei einem konstanten Niveau angekommen, aber in der Gymnasialen Oberstufe gibt es diese Veränderungen der Schülerzahlen nach wie vor, die auch nicht genau zu prognostizieren sind. Wir werden uns bemühen, diesem Auftrag nachzukommen.

Zum Ergänzungsantrag der Opposition: Ich will heute eigentlich nicht noch einmal etwas zum Unterrichtsausfall und den Maßnahmen zu seiner Verhinderung sagen. Ich habe es oft genug gesagt: Das ist nicht primär ein Ressourcenproblem. Ich habe auch zum Thema Statistik gestern ausführlich Stellung genommen. Deshalb, glaube ich, brauchen wir über diesen Antrag - ich jedenfalls - an dieser Stelle nicht weiter zu referieren.
- Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Wir sind damit am Ende der

Rednerliste angelangt, und ich stelle als erstes den Änderungsantrag in der Drucksache 5/1084 der Oppositionsfractionen zur Abstimmung. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich stelle den Antrag der Regierungskoalition in der Drucksache 5/884 zur Abstimmung. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Der Antrag ist ohne Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren! Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 8 und die 14. Sitzung des Plenums, erinnere Sie daran, dass sich die Mitglieder des Hauptausschusses morgen um 8 Uhr im Raum 306 versammeln und die Plenarsitzung um 9 Uhr beginnt.

Ende der Sitzung: 18.27 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****Zum TOP 5:****Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg
(gemäß Beschluss des Landtages vom 21. Oktober 2009 -
Drucksache 5/2-B)**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 14. Sitzung am 6. Mai 2010 die Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg mit den Anlagen 1 bis 9 beschlossen.

Zum TOP 8:**Evaluation und Fortschreibung des Schulressourcenkonzepts**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 14. Sitzung am 6. Mai 2010 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird beauftragt, mit Blick auf eine möglichst langfristige Lehrerbedarfsplanung das Schulressourcenkonzept zu evaluieren, es dem tatsächlichen aktuellen und künftigen Bedarf entsprechend anzupassen und auf dieser Grundlage bis zum Schuljahr 2014/15 fortzuschreiben und einen Ausblick auf die weitere Entwicklung bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts zu geben. Diese Fortschreibung soll dem Landtag Anfang 2011 vorgelegt werden.

Es soll sich auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

1. langfristiger Lehrkräftebedarf,
2. notwendige Neueinstellungen,
3. Angebote für die Lehrerfort- und -weiterbildung,
4. Anforderungen an die Lehrerbildung und Sicherung ausreichender Kapazitäten an den Hochschulen,
5. Einstellung von Referendarinnen und Referendaren.“

**Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu TOP 3 -
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Brandenburg für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010 - HG 2010) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 5/400 einschließlich Korrekturblatt****- Einzelplan 08**

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 5/923

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau von Halem (GRÜNE/B90)
Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Jungclaus (GRÜNE/B90)
Frau Niels (GRÜNE/B90)
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)
Vogel (GRÜNE/B90)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Alter (SPD)
Baaske (SPD)
Baer (SPD)

Beyer (FDP)
Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Frau Böhmisch (DIE LINKE)
Bommert (CDU)
Bretz (CDU)
Büttner (FDP)
Burkardt (CDU)
Christoffers (DIE LINKE)
Dellmann (SPD)
Dombrowski (CDU)
Domres (DIE LINKE)
Eichelbaum (CDU)
Folgart (SPD)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Fritsch (SPD)
Genilke (CDU)
Frau Geywitz (SPD)
Görke (DIE LINKE)
Goetz (FDP)
Groß (DIE LINKE)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Frau Heinrich (CDU)
Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Holzschuher (SPD)
Homeyer (CDU)
Jürgens (DIE LINKE)
Frau Kaiser (DIE LINKE)
Frau Kircheis (SPD)
Kosanke (SPD)
Krause (DIE LINKE)
Lakenmacher (CDU)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Lipsdorf (FDP)
Ludwig (DIE LINKE)
Maresch (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Dr. Münch (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Ness (SPD)
Petke (CDU)
Platzeck (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Richter (SPD)
Rupprecht (SPD)
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Prof. Dr. Schierack (CDU)
Schippe (SPD)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Senftleben (CDU)
Speer (SPD)
Frau Stark (SPD)
Frau Tack (DIE LINKE)
Frau Teuteberg (FDP)
Tomczak (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Dr. Woidke (SPD)
Frau Wolf-Molociuc (DIE LINKE)
Ziel (SPD)

Folgende Abgeordnete enthielten sich der Stimme:

Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Schulze (SPD)

- Einzelplan 20

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 5/928

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Frau Blechinger (CDU)
Bommert (CDU)
Bretz (CDU)
Burkardt (CDU)
Dombrowski (CDU)
Eichelbaum (CDU)
Genilke (CDU)
Frau von Halem (GRÜNE/B90)
Frau Heinrich (CDU)
Hoffmann (CDU)
Homeyer (CDU)
Jungclaus (GRÜNE/B90)
Lakenmacher (CDU)
Frau Niels (GRÜNE/B90)
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)
Petke (CDU)
Frau Schier (CDU)
Prof. Dr. Schierack (CDU)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Senftleben (CDU)
Vogel (GRÜNE/B90)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Alter (SPD)
Baaske (SPD)
Baer (SPD)
Beyer (FDP)
Bischoff (SPD)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Büttner (FDP)
Christoffers (DIE LINKE)
Dellmann (SPD)
Domres (DIE LINKE)
Folgart (SPD)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Fritsch (SPD)
Frau Geywitz (SPD)
Görke (DIE LINKE)
Goetz (FDP)
Frau Große (DIE LINKE)
Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Holzschuher (SPD)
Jürgens (DIE LINKE)
Frau Kaiser (DIE LINKE)
Frau Kircheis (SPD)

Kosanke (SPD)
Krause (DIE LINKE)
Kunert (SPD)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Lipsdorf (FDP)
Ludwig (DIE LINKE)
Maresch (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Dr. Münch (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Ness (SPD)
Platzeck (SPD)
Richter (SPD)
Rupprecht (SPD)
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Schippel (SPD)
Schulze (SPD)
Speer (SPD)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Teuteberg (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Dr. Woidke (SPD)
Frau Wolf-Molorciuc (DIE LINKE)
Ziel (SPD)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 5/930

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Beyer (FDP)
Frau Blechinger (CDU)
Bommert (CDU)
Bretz (CDU)
Büttner (FDP)
Burkardt (CDU)
Dombrowski (CDU)
Eichelbaum (CDU)
Genilke (CDU)
Goetz (FDP)
Frau von Halem (GRÜNE/B90)
Frau Heinrich (CDU)
Hoffmann (CDU)
Homeyer (CDU)
Jungclaus (GRÜNE/B90)
Lakenmacher (CDU)
Lipsdorf (FDP)
Frau Niels (GRÜNE/B90)
Frau Nonnemacher (GRÜNE/B90)
Petke (CDU)
Frau Schier (CDU)
Prof. Dr. Schierack (CDU)
Frau Schulz-Höpfner (CDU)
Senftleben (CDU)
Frau Teuteberg (FDP)
Tomczak (FDP)
Frau Vogdt (FDP)
Vogel (GRÜNE/B90)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Alter (SPD)
Baaske (SPD)
Baer (SPD)
Bischoff (SPD)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Christoffers (DIE LINKE)
Dellmann (SPD)
Domres (DIE LINKE)
Folgart (SPD)
Frau Fortunato (DIE LINKE)
Fritsch (SPD)
Frau Geywitz (SPD)
Görke (DIE LINKE)
Groß (DIE LINKE)
Frau Große (DIE LINKE)
Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Henschke (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Dr. Hoffmann (fraktionslos)
Holzschuher (SPD)
Jürgens (DIE LINKE)
Frau Kaiser (DIE LINKE)
Frau Kircheis (SPD)

Kosanke (SPD)
Krause (DIE LINKE)
Kuhnert (SPD)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Ludwig (DIE LINKE)
Dr. Luthardt (DIE LINKE)
Maresch (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Dr. Münch (SPD)
Frau Muhß (SPD)
Ness (SPD)
Platzeck (SPD)
Richter (SPD)
Rupprecht (SPD)
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Schippel (SPD)
Schulze (SPD)
Speer (SPD)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Dr. Woidke (SPD)
Frau Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)
Ziel (SPD)